

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
KREISVERBAND Frankfurt am Main**

Protokoll der Kreismitgliederversammlung vom 8.11.2025

Sitzungsleitung: Anna Grundel und Nargess Eskandari-Grünberg
Tina Zapf Rodriguez und Stefan Maher
Elke Voitl und Sebastian Deckwarth
Beatrix Baumann und Bastian Bergerhoff

Protokoll: Friederike von Franqué und Katharina Meixner,
Robin Kitten und Moritz Jungeblodt

Ort: Saalbau Ronneburg, Gelnhäuser Str. 2, 60435 Frankfurt am Main
Einladung: per Mail und per Post am 8.10.2025

Begrüßung

Die Kreismitgliederversammlung beginnt am 8. November 2025 um 9:00 Uhr im Saalbau Ronneburg, Gelnhäuser Str. 2, 60435 Frankfurt am Main.

Die Kreismitgliederversammlung wird von Tara Moradi, der Sprecherin des Kreisverbandes Frankfurt am Main, begrüßt.

1. Formalia

Als Sitzungsleitung wird vom Kreisvorstand Anna Grundel, Nargess Eskandari-Grünberg, Tina Zapf Rodriguez, Stefan Maher, Elke Voitl, Sebastian Deckwarth, Beatrix Baumann und Bastian Bergerhoff vorgeschlagen. Die Mitgliederversammlung stimmt einstimmig für diesen Vorschlag. Anna Grundel und Nargess Eskandari-Grünberg übernehmen die Sitzungsleitung.

Es werden Friederike von Franqué, Katharina Meixner, Robin Kitten und Moritz Jungeblodt für die Protokollführung vorgeschlagen. Die Mitgliederversammlung stimmt einstimmig für diesen Vorschlag.

Es wird festgestellt, dass form- und fristgerecht per Mail und per Post am 8.10.2025 eingeladen wurde.

Es werden Nicole Lauterwald und Liisa Pärssinen vorgestellt, die auf der Mitgliederversammlung als Awareness-Ansprechpersonen fungieren

1. 1. Beschluss der Tagesordnung

Anna Gründel stellt die Tagesordnung für die Kreismitgliederversammlung vor. Änderungsanträge liegen nicht vor. Auf Nachfrage werden keine weiteren Wünsche geäußert. Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

1. 2. Beschluss der Geschäftsordnung

Nargess Eskandari-Grünberg stellt die Geschäftsordnung, insbesondere die Redezeiten für die Debatten, vor. Die Geschäftsordnung ist im Anhang zu diesem Protokoll aufgeführt. Auf Nachfrage werden keine Anträge oder Einwände geäußert. Die Geschäftsordnung wird einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen.

1. 3 Beschluss des Protokolls vom 23.08.2025

Anna Gründel fragt, ob es Anträge oder Widerspruch zum Protokoll der Kreismitgliederversammlung vom 23.08.2025 gibt. Es werden keine Einwände erhoben. Das Protokoll wird einstimmig beschlossen.

2. Wahlprogramm

Der Entwurf des Wahlprogramms „GRÜN fängt beim Menschen an“ zur Kommunalwahl 2026 wird von den Sprecher*innen des Kreisverbandes, Tara Moradi und Burkhard Schwetje, eingebracht. Hiernach findet eine offene Debatte mit zwölf quotiert gezogenen Beiträgen statt. Es reden in der Reihenfolge ihrer Nennung Pia Troßbach, Bastian Bergerhoff, Martina Feldmayer, Wolfgang Strengmann-Kuhn, Beatrix Baumann, Emre Telyakar, Tina Zapf-Rodriguez, Elke Voitl, Hilime Arslaner, Julia Eberz, Wendel Burkhard und Nargess Eskandari-Grünberg.

2.0 Einleitung

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel „Einleitung – GRÜN fängt beim Menschen an“ wird aus der Antragskommission von Liisa Pärssinen vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass der Antrag Ä2 von Manuel Denkwitz übernommen wird und dass der Antrag Ä4 von Christoph Rosenbaum modifiziert übernommen wird. Der Antrag Ä1 von Manuel Stock wird modifiziert in Kapitel 2.19 „Vielfalt: Unsere Stärke“ übernommen. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll. Der Antrag Ä3 der AG Planen, Bauen, Wohnen wurde zurückgezogen. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 2.0 wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 2.0 wird einstimmig zugestimmt.

2.1 Frankfurt: Europas Grünes Herz

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 1 „Frankfurt: Europas Grünes Herz“ wird aus der Antragskommission von Alex Mitsch vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass der Antrag Ä1 von Daniel Brenner übernommen wird und dass der Antrag Ä2 von Bastian Bergerhoff modifiziert übernommen

wird. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll. Der Antrag Ä1 der Grünen Jugend Frankfurt wird eingebracht. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Die Gegenrede wird von Beatrix Baumann gehalten. Der Änderungsantrag wird abgelehnt. Das Kapitel 2.1 wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 1 wird einstimmig zugestimmt.

2.2 Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 2 „Frauen: Feminismus und Gleichstellung“ wird aus der Antragskommission von Natascha Kauder vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä1, Ä2, Ä3, Ä5, Ä6, Ä7, Ä8, Ä9, Ä10, Ä11, Ä12, Ä14 und Ä15 der AG Frauen übernommen werden. Der Antrag Ä20 der AG Planen, Bauen, Wohnen wird übernommen, jedoch in Kapitel 2.7 „Mobilität: Frankfurt gut verbunden“. Die Anträge Ä4, Ä16, Ä17 und Ä18 der AG Frauen werden modifiziert übernommen. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 2.2 wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 2 wird einstimmig zugestimmt.

2.3 Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 3 „Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft“ wird aus der Antragskommission von Christoph Rosenbaum vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass der Antrag Ä1 von Jürgen Eiselt, Ä2 von Christian Marx, Ä4 von Kilian Vitt, Ä5 von Manuel Stock und Ä6 von Bastian Bergerhoff modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll. Der Antrag Ä3 von Jürgen Eiselt wird abgestimmt. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Der Änderungsantrag Ä3 wird von Jürgen Eiselt eingebracht. Die Gegenrede hält Thomas Schlimme. An der Debatte beteiligen sich Friederike von Franqué und Bastian Bergerhoff. Der Änderungsantrag wird abgelehnt. Das Kapitel 2.3 wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 3 wird einstimmig zugestimmt.

2.4 Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 4 „Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima“ wird aus der Antragskommission von Christoph Rosenbaum vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass der Antrag Ä1 von Christian Marx, Ä2 von Daniel Brenner, Ä10 von Miriam Dahlke, Ä11 von Philipp Magiera, Ä15, Ä26 und Ä27 der AG Tierschutz, Ä22 von Martina Feldmayer, Ä23 der AG Planen, Bauen und Wohnen sowie Ä24 von Holger Scheel modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä3, Ä4, Ä5, Ä6 von Daniel Brenner sowie Ä12, Ä13, Ä14, Ä16, Ä17, Ä19, Ä20 und Ä25 der AG Tierschutz, Ä21 von Manuel Denkwitz sowie Ä28 der STG 6 und der AG Grünes Leben am Stadtrand übernommen werden.

Der Änderungsantrag Ä18 der AG Tierschutz wird abgestimmt. Der Änderungsantrag wird abgelehnt. Der Änderungsantrag Ä18 wird von Manuel Denkwitz eingebracht, die Gegenrede hält Julia Eberz. An der Debatte beteiligen sich Beate Huf und Burkhard Schwetje. Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Das Kapitel 4 wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 2.4 wird einstimmig zugestimmt.

2.5 Klimaanpassung: Stadt gestalten, Klima schützen

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 5 „Klimaanpassung: Stadt gestalten, Klima schützen“ wird aus der Antragskommission von Christoph Rosenbaum vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass der Antrag Ä1 der AG Planen, Bauen und Wohnen übernommen wird. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 2.5 wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 5 wird einstimmig zugestimmt.

2.6 Wohnraum: Grünraum, Freiraum, eine Stadt für alle

Das Vrfahren zu den Anträgen zum Kapitel 6 „Wohnraum: Grünraum, Freiraum, eine Stadt für alle“ wird aus der Antragskommission von Daniel Brenner vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä3 von Daniel Brenner, Ä7 von Manuel Denkwitz, Ä9 von Martina Feldmayer, Ä11, Ä13, Ä15, Ä16, Ä17 der AG Planen, Bauen und Wohnen sowie Ä31 der STG6 übernommen werden. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä2 von Jürgen Eiselt, Ä4 und Ä5 von Christina Holch, Ä8 von Martina Feldmayer, Ä12, Ä14, Ä18 und Ä19 der AG Planen, Bauen und Wohnen, Ä22 der STG6 und Ä23 von Roman Szytler modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Die Anträge Ä6 von Burkhard Schwetje und Ä10 der AG Planen, Bauen und Wohnen wurden zurückgezogen. Der Antrag Ä1 von Jürgen Eiselt wird abgestimmt. Die Anträge Ä21 der Grünen Jugend Frankfurt und Ä14 der AG Planen, Bauen und Wohnen werden gegeneinander abgestimmt. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Der Antrag Ä1 wird von Jürgen Eiselt eingebracht. Die Gegenrede hält Desislava Zhecheva. Der Antrag wird abgestimmt. Der Änderungsantrag Ä1 wird abgelehnt. Der Antrag Ä21 wird von Johannes Lauterwald eingebracht. Die Gegenrede hält Bastian Bergerhoff. Der Antrag Ä21 wird abgelehnt. Damit ist Ä14 beschlossen, und im Kapitel 14 sind die Anträge Ä10 und Ä20 übernommen.

Das Kapitel 6 wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 2.6 wird einstimmig zugestimmt.

2.7 Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 7 „Mobilität: Frankfurt gut verbunden“ wird aus der Antragskommission von Liisa Pärsinnen vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä4 von Frank Frisius, Ä6 von Jürgen Eiselt, Ä17 von Frank Frisius, Ä18 von Beatrix Baumann, AG Soziales und Gesundheit und AG Frauen, Ä19 von Christine Holch, Ä26 von Wolfgang Siefert sowie Ä29, Ä30, Ä31 und Ä32 von Pascal Schieferstein übernommen werden.

Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä2 und Ä3 von Falko Görres, Ä5 von Jürgen Eiselt, Ä7, Ä9, Ä12 und Ä13 von Tom Oettinger, Ä14 von Daniel Brenner, Ä21, Ä22 und Ä23 der AG Planen, Bauen und Wohnen, Ä24 von Thomas Schlimme, Ä27 und Ä35 von Pascal Schieferstein, Ä37 der STG6 und Ä38 von Robin Jannis Kitten modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Die Anträge Ä1 von Falko Görres, Ä10 und Ä11 von Tom Oettinger, Ä15 von Robin Jannis Kitten sowie Ä28, Ä33, Ä34 und Ä36 von Pascal Schieferstein wurden zurückgezogen. Die Anträge Ä8 von Tom Oettinger, Ä16 und Ä20 der Grünen Jugend sowie Ä25 von Wolfgang Siefert werden abgestimmt. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Der Antrag Ä8 wird von Magdalena Spieß eingebracht. Es wird keine Gegenrede gehalten. Dem Antrag wird zugestimmt.

Der Antrag Ä16 wird von Marco Paul eingebracht. Die Gegenrede hält Julia Eberz. Es wird ein GO-Antrag zur Erweiterung der Redeliste gestellt, dem zugestimmt wird. An der Debatte beteiligen sich Beatrix Baumann, Burkhard Schwetje, Annette Krause und Bastian Bergerhoff. Ein weiterer GO-Antrag zur Erweiterung der Redeliste wird gestellt und zugestimmt. An der Debatte beteiligen sich außerdem Katharina Knacker und Wolfgang Siefert. Ein GO-Antrag zur Erweiterung der Redeliste wird von Tom Oettinger gestellt, die Gegenrede wird von Tara Moradi gehalten. Der Antrag Ä16 wird abgestimmt und mit einigen Ja-Stimmen angenommen.

Der Antrag Ä20 wird von Beate Huf eingebracht. Die Gegenrede hält Thomas Schlimme. Der Antrag wird abgestimmt und abgelehnt.

Der Antrag Ä25 wird von Wolfgang Siefert eingebracht. Die Gegenrede hält Katharina Meixner. An der Debatte beteiligen sich Paula Hübbe und Wolfgang Strengmann-Kuhn. Der Antrag wird zugestimmt.

Das Kapitel 7 wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 2.7 wird einstimmig zugestimmt.

2.8 Nachhaltige Wirtschaft: im Haushalt auf Wirkung setzen

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 8 „Nachhaltige Wirtschaft: im Haushalt auf Wirkung setzen“ wird aus der Antragskommission von Frauke Neumann-Silkow vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass der Antrag Ä4 von Martina Düwel modifiziert übernommen wird. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll. Der Antrag Ä2 von Bastian Bergerhoff wird übernommen. Die Anträge Ä3 der AG Planen, Bauen und Wohnen sowie Ä1 und Ä6 von Christian Marx wurden zurückgezogen.

Der Antrag Ä7 von Johannes Lauterwald wird zur Abstimmung gestellt. Bei Zustimmung würde dieser Ä4 ersetzen. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Der Änderungsantrag Ä7 wird von Johannes Lauterwald eingebracht. Die Gegenrede hält Bastian Bergerhoff. An der Debatte beteiligen sich Daniela Heynen und Burkhard Schwetje. Der Änderungsantrag Ä7 wird abgestimmt. Der Antrag wird abgelehnt, und damit bleibt die Übernahme von Ä4 bestehen.

Das Kapitel 8 wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 2.8 wird einstimmig zugestimmt.

2.9 Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 9 „Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt“ wird aus der Antragskommission von Frauke Neumann-Silkow vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä2 und Ä11 von Daniel Brenner, Ä4 von Daniel Brenner, Ä7 von Kilian Vitt, Ä9 von Bastian Bergerhoff sowie Ä10, Ä14 und Ä16 von Manuel Denkwitz modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä1 von Daniel Brenner, Ä12 und Ä13 von Manuel Denkwitz sowie Ä19 der STG6 übernommen werden. Die Anträge Ä3 von Daniel Brenner, Ä8 von Kilian Vitt, Ä17 der AG Planen, Bauen & Wohnen und Ä18 von Johannes Lauterwald wurden zurückgezogen.

Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 2.9 „Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 9 wird einstimmig zugestimmt.

2.10 Frankfurter Stadtwirtschaft: klimaneutral, sozial, digital

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 10 „Frankfurter Stadtwirtschaft: klimaneutral, sozial, digital“ wird aus der Antragskommission von Natascha Kauder vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä1 von Christian Marx, Ä2 von Daniel Brenner und Ä4 von Nicole Lauterwald modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll. Die Anträge Ä3 von Bastian Bergerhoff, Ä5 von Manuel Denkwitz und Ä6 von Beatrix Baumann werden übernommen.

Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 2.10 „Frankfurter Stadtwirtschaft: klimaneutral, sozial, digital“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 2.10 wird einstimmig zugestimmt

2.11 Smart City: Mit digitalen Mitteln Demokratie fördern

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 11 „Smart City: Mit digitalen Mitteln Demokratie fördern“ wird aus der Antragskommission von Natascha Kauder vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä1 und Ä2 von Christian Marx sowie Ä4 von Nicole Lauterwald übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Der Antrag Ä3 von Carsten Zecher wurde zurückgezogen. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 2.11 „Smart City: Mit digitalen Mitteln Demokratie fördern“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 11 wird einstimmig zugestimmt.

2.12 „Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 12 „Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht“ wird aus der Antragskommission von Titus Dharmababu vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä2 von Kilian Vitt, Ä5 von Sebastian Hakan Deckwarth und Ä11 von Liisa Yasmin Pärssinen modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Die Anträge Ä1 von Daniel Brenner, Ä5, Ä6, Ä7, Ä8 der AG Soziales und Gesundheit, Ä9 und Ä13 von Liisa Yasmin Pärssinen sowie Ä12 von Elke Voitl werden übernommen. Der Antrag Ä3 von Kilian Vitt wird im Kapitel „Vielfalt“ behandelt, und der Antrag Ä10 von Liisa Yasmin Pärssinen wird zurückgezogen.

Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 2.12 „Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 12 wird einstimmig zugestimmt.

2.13 Stadt für jedes Alter: Sozialpolitik für Generationsgerechtigkeit

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 13 „Stadt für jedes Alter: Sozialpolitik für Generationsgerechtigkeit“ wird aus der Antragskommission von Alexander Mitsch vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä1 der Grünen Jugend Frankfurt, Ä2 von Kilian Vitt, Ä4 der AG Soziales und Gesundheit und Ä5 von Elke Voitl modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Der Antrag Ä3 der AG Soziales und Gesundheit wird übernommen. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 2.13 „Stadt für jedes Alter: Sozialpolitik für Generationengerechtigkeit“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 13 wird einstimmig zugestimmt.

2.14 Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 14 „Wohnen für alle“ wird aus der Antragskommission von Christoph Rosenbaum vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä14 von Christine Holch und Ä20 von Daniel Brenner übernommen werden. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä2, Ä3 und Ä5 von Kilian Vitt, Ä8 von Philipp Magiera, Ä9 von Martina Feldmayer, Ä10 und Ä21 der AG Planen, Bauen und Wohnen sowie Ä12, Ä13, Ä15, Ä16, Ä17 und Ä18 von Johannes Lauterwald modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Die Anträge Ä1 und Ä4 von Kilian Vitt sowie Ä11 von Johannes Lauterwald werden abgestimmt. Der Antrag Ä19 der Grünen Jugend Frankfurt hat sich durch den Antrag Ä20 im Kapitel 3 erledigt. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Ein GO-Antrag von David Edelmann wird gestellt, dass Ä1 „15 %“ modifiziert zu „10 %“ wird. Die Gegenrede hält Beatrix Baumann. Der GO-Antrag wird abgestimmt und angenommen.

Der Antrag wird von Noah Freundt Fernández eingebracht. Die Gegenrede hält Desislava Zhecheva. An der offenen Diskussion beteiligen sich Beate Huf und Karin Guder. Der Antrag wird abgestimmt. Dem modifizierten Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Der Änderungsantrag Ä4 wird von Tom Oettinger eingebracht. Es wird ein GO-Antrag gestellt, die beiden Absätze getrennt abzustimmen. Der GO-Antrag wird ohne Gegenstimme angenommen. Ein weiterer GO-Antrag von Bastian Bergerhoff, zu jedem Absatz eine Aussprache von je 2/2 zuzulassen, wird ohne Gegenrede zugestimmt.

Der erste Absatz des Änderungsantrags Ä4 wird abgestimmt und mehrheitlich abgelehnt. An der Diskussion zum zweiten Absatz von Änderungsantrag Ä4 beteiligen sich Beatrix Baumann und Johannes Lauterwald. Der zweite Absatz des Änderungsantrags Ä4 wird abgestimmt und mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag Ä11 wird von Johannes Lauterwald eingebracht. Die Gegenrede hält Desislava Zhecheva. Der Antrag wird abgestimmt und mehrheitlich angenommen.

Das Kapitel 14 „Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 14 wird einstimmig zugestimmt.

2.15 Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 15 „Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf“ wird aus der Antragskommission von Martina Düwel vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä2 von Maria Meinhard, Ä6 von Valeska Simon, Ä7 von Johannes Lauterwald, Ä9 von Wendel Burkhardt, Ä12 der AG Bildung, Ä14 von Valeska Simon und Ä24 von Brigitte Abraham übernommen werden.

Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä3 von Maria Meinhardt, Ä4 von Kilian Vitt, Ä9 und Ä10 von Wendel Burkhardt, Ä11 und Ä15 der AG Bildung sowie Ä16, Ä17, Ä18, Ä20, Ä21 und Ä22 von Brigitte Abraham modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Die Anträge Ä5 von Christine Rückert und Ä23 von Brigitte Abraham wurden zurückgezogen. Der Antrag Ä1 von Maria Meinhardt wird abgestimmt. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Der Antrag Ä1 wird von Jacqueline Erla eingebracht. Die Gegenrede hält Bastian Bergerhoff. Der Antrag Ä1 wird abgestimmt und abgelehnt.

Das Kapitel 15 „Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 15 wird einstimmig zugestimmt.

2.16 Gesundheit: Menschenrecht und Gemeinschaftsaufgabe

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 16 „Gesundheit: Menschenrecht und Gemeinschaftsaufgabe“ wird aus der Antragskommission von Martina Düwel vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä2 von Philipp Magiera und Ä4 von Sven Ganter übernommen werden. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä1 von Jürgen Eiselt und Ä4 der AG Tierschutz modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 16 „Gesundheit: Menschenrecht und Gemeinschaftsaufgabe“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 16 wird einstimmig zugestimmt.

2.17 Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 17 „Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international“ wird aus der Antragskommission von Natascha Kauder vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä1, Ä2, Ä3, Ä4, Ä6 und Ä9 von Julia Eberz sowie Ä8 der AG Planen, Bauen, Wohnen übernommen werden. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä5 von Julia Eberz und Ä7 von Nicole Lauterwald modifiziert übernommen werden.

Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 17 „Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 17 wird einstimmig zugestimmt.

2.18 Sportstadt für alle: Frankfurt fördert Fair Play

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 18 „Sportstadt für alle: Frankfurt fördert Fair Play“ wird aus der Antragskommission von Natascha Kauder vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass der Antrag Ä4 von Manuel Denkwitz übernommen wird. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä2 von Daniel Brenner, Ä3 von Martina Feldmayer sowie die Anträge Ä4 und Ä5 von Marcus Schmitt modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Der Antrag Ä1 von Falko Görres wurde zurückgezogen. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird bei einer Gegenstimme zugestimmt. Das Kapitel 18 „Sportstadt für alle: Frankfurt fördert Fair Play“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 18 wird einstimmig zugestimmt.

2.19 Vielfalt: Unsere Stärke

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 19 „Vielfalt: Unsere Stärke“ wird aus der Antragskommission von Titus Dharmababu vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä1 und Ä2 von Dimitrios Bakakis, Ä4 und Ä5 von Martina Feldmayer, Ä6 der AG Planen, Bauen, Wohnen,

Ä7 von Beatrix Baumann, Ä8, Ä9, Ä10, Ä11, Ä14, Ä16 und Ä27 von Emre Telyakar sowie Ä19, Ä20, Ä22, Ä23, Ä24, Ä25, Ä26 und Ä28 von Liisa Yasmin Pärssinen übernommen werden.

Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä3 von Sebastian Hakan Deckwarth, Ä12, Ä15, Ä17, Ä18 und Ä21 von Emre Telyakar sowie Ä29 von Kilian Vitt modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Der Antrag Ä13 von Emre Telyakar wurde zurückgezogen. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 19 „Vielfalt: Unsere Stärke“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 19 wird einstimmig zugestimmt.

2.20 Starkes Sicherheitsnetz: Schutz, Hilfe und Prävention

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 20 „Starkes Sicherheitsnetz: Schutz, Hilfe und Prävention“ wird aus der Antragskommission von Alex Mitsch vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä5 von Christoph Rosenbaum und Ä7 von Liisa Yasmin Pärssinen übernommen werden. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä2 und Ä3 von Kilian Vitt, Ä6 und Ä8 von Liisa Yasmin Pärssinen sowie Ä9 der AG Tierschutz modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Der Antrag Ä3 von Sebastian Hakan Deckwarth wurde zurückgezogen. Der Antrag Ä1 von Tom Oettinger wird abgestimmt. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt.

Der Antrag Ä1 wird von Tom Oettinger eingebracht. Christoph Rosenbaum hält eine Gegenrede. Der Antrag wird abgestimmt und mehrheitlich zugestimmt.

Das Kapitel 20 „Starkes Sicherheitsnetz: Schutz, Hilfe und Prävention“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 20 wird einstimmig zugestimmt

2.21 Demokratie & Bürger*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 21 „Demokratie und Bürger*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie“ wird aus der Antragskommission von Frauke Neumann-Silkow vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä1 und Ä2 von Robin Jannis Kitten übernommen werden. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä4 von Emre Telyakar sowie Ä5 und Ä6 von Liisa Yasmin Pärssinen modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Die Anträge Ä3 und Ä8 von Robin Jannis Kitten wurden zurückgezogen. Die Anträge Ä7 und Ä9 von Robin Jannis Kitten werden abgestimmt. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig bei zwei Enthaltungen zugestimmt.

Der Antrag Ä7 wird von Robin Jannis Kitten eingebracht. Die Gegenrede hält Miriam Dahlke. Der Antrag wird abgestimmt und mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag Ä9 wird von Robin Jannis Kitten eingebracht. An der Debatte beteiligen sich Christine Holch und Sebastian Deckwarth. Der Antrag wird abgestimmt und mehrheitlich zugestimmt.

Das Kapitel 21 „Demokratie und Bürger*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 21 wird einstimmig zugestimmt.

2.20 Schlussabstimmung

Beatrix Baumann fragt, ob es eine Gegenrede zum Gesamtantrag, dem Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2026 „Grün fängt beim Menschen an“, in der modifizierten Form gibt. Es meldet sich niemand. Der Antrag wird abgestimmt. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

3. Anträge

Bastian Bergerhoff teilt mit, dass keine weiteren Anträge gestellt wurden.

4. Verschiedenes

Es wird der Schreibgruppe bestehend aus Mirjam Glanz, Thomas Schlimme, Wolfgang Strengmann-Kuhn und Tara Moradi gedankt, dafür, dass sie einen Entwurf zum Wahlprogramm erstellt und hunderte Vorschläge gesichtet und eingearbeitet haben.

Es wird der Antragskommission bestehend aus Liisa Yasmin Pärssinen, Daniel Brenner, Alexander Mitsch, Natascha Kauder, Frauke Neumann-Silkow, Martina Düwel, Christoph Rosenbaum und Titus Dharmababu gedankt, dass sie Verfahrensvorschläge für über 200 Änderungsanträge zum Wahlprogramm ausgearbeitet haben.

Das Präsidium bedankt sich bei den vielen Mitgliedern, die durch ihre ehrenamtliche Unterstützung während der KMV diese erst möglich gemacht haben. Zudem wird den Mitarbeiter*innen der Kreisgeschäftsstelle gedankt.

Die KMV endet um 16:05 Uhr.

Anhang

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Frankfurt

Oppenheimer Str. 17
60594 Frankfurt
Tel.: +49 (069) 9637 687 11
kreisverband@gruene-frankfurt.de
www.gruene-frankfurt.de

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Geschäftsordnung der Kreismitgliederversammlung zur Verabschiedung des Kommunalwahlprogrammes

Beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung am 08.11.2025,

§1 Gleichberechtigung und Frauenstatut

Das Frauenstatut ist beim Führen der Redeliste, bei der Besetzung von Präsidium und Antragskommission sowie bei Bewerbungen und der Besetzung von Positionen zu beachten.

§2 Papierlose Kreismitgliederversammlung

Tagesordnungen, Anträge und Bewerbungen für Kreismitgliederversammlungen werden grundsätzlich papierlos über Antragsgrün (frankfurt.antragsgruen.de) behandelt. Einladungen ergehen per E-Mail an alle Mitglieder. Auf expliziten Wunsch kann für die Einladungen für einzelne Mitglieder auch der Postweg genutzt werden, der Wunsch ist durch das jeweilige Mitglied bei der Kreisgeschäftsstelle anzumelden.

§3 Präsidium, Mandatsprüfung

- Der Kreisvorstand benennt das Präsidium der Kreismitgliederversammlung. Das Frauenstatut ist zu beachten.
- Die Mandatsprüfung geschieht durch die Geschäftsstelle oder von ihr beauftragte Personen.

§4 Antragskommission

- Die Kreismitgliederversammlung hat am 22. März 2025 eine Antragskommission gewählt. Sie setzt sich aus 8 gewählten Mitgliedern zusammen.

- Die Antragskommission bereitet die Behandlung von Änderungsanträgen in Zusammenarbeit mit den Antragsteller*innen vor. Sie kann Empfehlungen zum Abstimmungsverfahren geben. Über die Annahme der Empfehlungen beschließt die Kreismitgliederversammlung.

§5 Antragsberechtigung, Stimmrecht, Rederecht

- Antrags-, Stimm- und Rederecht haben alle Mitglieder des Kreisverbands, deren Mitgliedschaft nicht wegen Zahlungsrückständen ruht.
- Rederecht haben darüber hinaus grundsätzlich alle Teilnehmer*innen der Versammlung. Über Ausnahmen beschließt die Versammlung auf Vorschlag des Präsidiums.

§6 Bewerbungen und Wahlen

- Maßgeblich für die Zulassung von Bewerber*innen sind die Regelungen der Satzung sowie ggf. die Regelungen des Parteiengesetzes oder der einschlägigen Wahlgesetze. Im Zweifel entscheidet die Versammlung auf Vorschlag des Kreisvorstands und der Mandatsprüfer*innen über die Zulässigkeit von Bewerbungen.
- Maßgeblich für das Stimmrecht bei Wahlen sind die Regelungen der Satzung sowie ggf. die Regelungen der einschlägigen Wahlgesetze. Mitglieder, deren Mitgliedschaft wegen Zahlungsrückständen ruht, haben kein Stimmrecht.

§7 Antragstellung und Antragsfristen

- Anträge können von jeder antragsberechtigten Person gestellt werden. Sie sind in jedem Fall schriftlich einzureichen. Hierfür stellt der Kreisverband ein Online-Tool bereit (z.B. Antragsgrün).
- Eigenständige Anträge sind spätestens 7 Tage (7 mal 24 Stunden) vor Beginn der Versammlung einzureichen. Abweichungen sind bei in der Sache begründeter Dringlichkeit auf entsprechenden Antrag durch die Kreismitgliederversammlung zu beschließen. Auch Dringlichkeitsanträge und die darauf bezogenen Änderungsanträge sind über das vorgesehene Online-Tool einzureichen.
- Änderungsanträge zum Tagesordnungspunkt Wahlprogramm sind bis zum 25. Oktober 23:59 Uhr schriftlich über Antragsgrün zu stellen. Bei Anträgen, die nicht das Wahlprogramm betreffen sind Änderungsanträge bis zum Eintritt in das Abstimmungsverfahren (zum entsprechenden eigenständigen Antrag) möglich. Sie sind schriftlich zu stellen, wobei das Präsidium bzw. die Antragskommission technische Hilfestellung leistet.
- Die Antragskommission ist berechtigt, zu Beginn der Abstimmung über Anträge Vorschläge für das Abstimmungsverfahren zu machen. Über die Annahme der Empfehlungen beschließt die Kreismitgliederversammlung.

- Geschäftsordnungsanträge sind sofort nach Beendigung des laufenden Redebeitrags oder der laufenden Abstimmung zu behandeln. Sie werden unmittelbar nach einer Pro- und einer Kontrarede abgestimmt.

- Geschäftsordnungsanträge sind ausschließlich solche

- o auf Nichtbefassung;
 - o auf Schluss der Redeliste;
 - o auf Schluss der Debatte;
 - o auf Wiedereröffnung der Debatte;
 - o auf Abwahl der Antragskommission oder eines ihrer Mitglieder;
 - o auf Änderung der Tagesordnung nach ihrem Beschluss zu Beginn der Versammlung;
 - o auf eine Unterbrechung der Beratung;
 - o auf Begrenzung der Redezeit abweichend von den allgemeinen Regelungen;
 - o auf Wiederholung der Abstimmung;
 - o nochmalige Verlesung der zur Abstimmung anstehenden Anträge;
 - o auf Feststellung der Beschlussfähigkeit;
 - o darauf, jemandem außerhalb der Redeliste das Wort zu erteilen.

§8 Bewerbungsfristen

- Bewerbungen können online von jeder berechtigten Person eingereicht werden und sind in jedem Fall schriftlich einzureichen.
- Bewerbungen sind spätestens 2 Tage (48 Stunden) vor Beginn der Versammlung einzureichen.

§9 Redezeiten

- Die Redezeit in Debatten beträgt grundsätzlich 2 Minuten pro Beitrag.
- Die Redezeit zu Geschäftsordnungsanträgen beträgt jeweils 3 Minuten für Pro- und Kontra-Rede.
- Die Redezeit bei Antragseinbringungen beträgt 10 Minuten.
- Die Redezeit bei Einbringungen von Änderungsanträgen beträgt 3 Minuten für Pro- und Kontra-Rede
- Abweichende Regelungen sind auf Vorschlag möglich, bedürfen aber der Zustimmung der Versammlung.

A0 GRÜN fängt beim Menschen an

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.0 Einleitung

Antragstext

1 Liebe Frankfurter*innen,

2 am 15. März 2026 entscheiden Sie über die Zukunft unserer Stadt.

3 Wir Frankfurter*innen – Sie und wir – haben es in der Hand, ob Frankfurt eine
4 Stadt bleibt, die mutig vorangeht, ökologisch, sozial, gerecht und vielfältig.
5 Mit Ihrer Stimme können Sie ein Zeichen setzen: gegen rückwärtsgewandte Politik,
6 gegen Spaltung und Stillstand – und für ein weltoffenes, modernes und
7 solidarisches Frankfurt.

8 Frankfurt ist eine Stadt der Möglichkeiten und der Vielfalt. Menschen aus über
9 180 Nationen leben hier zusammen und gestalten Wirtschaft, Kultur und
10 Nachbarschaft. Diese Vielfalt ist unsere größte Stärke und die Grundlage einer
11 Stadt, die funktioniert. Dazu gehören nach unseren Vorstellungen auch Busse und
12 Bahnen, die zuverlässig fahren, Wohnungen, die bezahlbar sind, Bäume, die
13 Schatten spenden, Kinder, die sicher zur Schule kommen, und eine Demokratie, die
14 im Alltag spürbar ist.

15 Doch wir leben in herausfordernden Zeiten. Populismus, Rückschritt und Egoismen
16 werden wieder lauter. Rechtsextreme und Demokratiefeinde versuchen, die
17 Fortschritte der letzten Jahre zurückzudrehen. Als führende progressive Partei
18 und stärkste Kraft im Römer stellen wir uns diesem Rechtsruck entschieden
19 entgegen. Wir stehen für eine menschenzentrierte, feministische und
20 zukunftsorientierte Politik, die Frankfurt vereint, statt es zu spalten.

21 Wir Frankfurter GRÜNE übernehmen Verantwortung – vorausschauend, gerecht und
22 ökologisch. Denn Zukunft entsteht nur, wenn wir sie gemeinsam anpacken. In den
23 letzten Jahren haben wir gezeigt, dass positiver Wandel möglich ist. Frankfurt
24 ist grüner, gerechter und widerstandsfähiger geworden, mit mehr Raum für
25 Menschen, für Kultur, für Bildung und für soziale Sicherheit. Wir haben viel
26 erreicht, aber noch mehr vor. Unsere Ideen und Pläne für die kommenden fünf
27 Jahre finden Sie in den folgenden Kapiteln dieses Wahlprogramms.

28 Unser Ziel ist es, Frankfurt auf die Zukunft vorzubereiten – sozial, ökologisch
29 und wirtschaftlich stark. Dafür braucht es eine Politik, die Klimaschutz,
30 soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Verantwortung zusammendenkt. Denn die
31 Klimakrise, steigende Mieten, soziale Ungleichheit, Digitalisierung und
32 wirtschaftlicher Wandel lassen sich nur mit unserer klaren und
33 verantwortungsvollen Ausrichtung lösen.

34 Unsere Vision ist ein klimaneutrales Frankfurt, das Energie aus Sonne, Wind und
35 Abwärme gewinnt und seinen CO₂-Ausstoß konsequent reduziert.

36 Ein Frankfurt, das die Idee der 15-Minuten-Stadt Wirklichkeit werden lässt mit
37 kurzen Wegen, grünen Plätzen und lebendigen Stadtteilen.

38 Ein Frankfurt, das nachhaltig wirtschaftet, Innovationen fördert und gute
39 Arbeitsplätze schafft.

40 Ein Frankfurt, in dem sich Kultur und Kunst frei entfalten und Menschen in allen
41 Stadtteilen erreichen.

42 Und ein Frankfurt, das Vielfalt und Teilhabe stärkt. Unsere Haltung ist
43 feministisch inklusiv, demokratisch und antifaschistisch, denn die größte Gefahr
44 für unsere Demokratie ist der Faschismus und seine Spielarten.

45 Um all das umzusetzen, braucht es starke GRÜNE im Römer. Keine andere Partei
46 verbindet wie wir den Dreiklang aus Klimaschutz, sozialer Verantwortung und
47 Vielfalt. Wir stehen für Haltung statt Hass, für Fortschritt statt Rückschritt,
48 für Zusammenhalt statt Spaltung.

49 Dieses Programm ist das Ergebnis eines breiten Beteiligungsprozesses: grüne
50 Mitglieder, Mandatsträger*innen, Verbände, Vereine, Initiativen und viele
51 engagierte Frankfurter*innen haben ihre Ideen, Erfahrungen und Perspektiven
52 eingebracht. Es ist ein Programm für alle, die diese Stadt lieben und an sie
53 glauben – ein Programm von Frankfurter*innen für Frankfurter*innen.

54 Wir freuen uns darauf, diesen Weg gemeinsam mit Ihnen weiterzugehen für eine
55 Stadt, in der alle gut leben, arbeiten und sich sicher fühlen können.

56 Denn bei allem bleiben Sie, die Menschen in Frankfurt, der Mittelpunkt unserer
57 Politik.

58 Frankfurt bleibt nur zukunftssicher, wenn es grün bleibt.

A1 Frankfurt: Europas GRÜNES Herz

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.1. Frankfurt: Europas GRÜNES Herz

Antragstext

1 Menschen aus über 180 Nationen prägen unsere Stadt: Wir leben, lieben, studieren
2 und arbeiten über Grenzen hinweg und machen Frankfurt zu einem Ort, an dem die
3 europäische Idee jeden Tag Realität ist. Ideen, Kulturen und Sprachen fließen
4 hier zusammen. Frankfurt zeigt, dass Europa direkt vor unserer Haustür
5 stattfindet: auf den Straßen, in den Schulen, den Vereinen und den Unternehmen.
6 Für uns GRÜNE ist Europa deshalb ein selbstverständlicher Teil der
7 Kommunalpolitik. Wir übersetzen europäische Politik für die kommunalen
8 Bedürfnisse und Herausforderungen.

9 Der Erfolg des European Green Deal zeigt sich in der Umsetzung vor Ort. Deshalb
10 haben wir uns bereits in dieser Legislaturperiode für ein klimaneutrales
11 Frankfurt 2035 stark gemacht. Wir sind Gründungsmitglied und Hauptsitz des
12 europaweit größten kommunalen Städtebündnisses für den Klimaschutz: Im
13 „Klimabündnis“ arbeitet Frankfurt intensiv mit anderen europäischen Städten und
14 Gemeinden zusammen. Denn offene europäische Grenzen und gemeinsame Standards
15 schaffen nicht nur Wohlstand, sondern auch faire Bedingungen für Unternehmen,
16 Innovation und eine zukunftsfähige Wirtschaft.

17 Ein starker europäischer Binnenmarkt ist die Grundlage für Frankfurts Erfolg.
18 Durch den Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB), der neuen EU-Anti-
19 Geldwäschebehörde (AMLA) und der europäischen Versicherungsaufsicht (EIOPA) ist
20 unsere Stadt ein Knotenpunkt europäischer Finanz- und Wirtschaftspolitik. Mit
21 dem Flughafen, seiner Lage an einer wichtigen paneuropäischen Schifffahrtsstraße
22 und als Straßen- und Eisenbahnknotenpunkt ist Frankfurt außerdem ein wichtiges
23 logistisches Drehkreuz in Europa – ein wirtschaftliches Kraftzentrum im Herzen
24 des Binnenmarkts.

25 Frankfurt hat damit beste Voraussetzungen eine Vorreiterrolle in Europa zu
26 übernehmen: beim Klimaschutz, der nur grenzüberschreitend gelingt; bei der
27 sozialen Gerechtigkeit, die niemanden zurücklässt, und bei der Verteidigung von
28 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als europäischen Grundpfeiler. Wir wollen
29 mehr Austausch und Beteiligung, stärkere Partnerschaften mit europäischen
30 Städten und eine aktive Rolle Frankfurts in der EU. Persönlichen Begegnungen

31 schaffen Vertrauen, fördern gegenseitiges Verständnis und stärken das
32 europäische Bewusstsein – entscheidende Voraussetzungen für den Zusammenhalt.
33 Als weltoffene Stadt pflegt Frankfurt zahlreiche internationale
34 Städtepartnerschaften: Jüngster Zugang ist das ukrainische Lwiw (Mai 2024) – ein
35 klares Signal der Solidarität in Zeiten des russischen Angriffskriegs. Frankfurt
36 soll auch bei der Aufnahme geflüchteter Menschen, in der Entwicklungspolitik und
37 der transnationalen Bildungs- und Erinnerungspolitik aktiver Teil progressiver,
38 demokratischer Städtebündnisse sein. Deshalb wollen wir auch gezielt Gruppen
39 ansprechen, die bislang wenig Zugang zu internationalen Austauschmöglichkeiten
40 hatten.

41 Den großen Herausforderungen unserer Zeit – ob Klimakrise, Energieabhängigkeit
42 oder soziale Spaltung – können wir nur gemeinsam begegnen. Wir GRÜNE tragen
43 bereits seit fünf Jahren Verantwortung für unsere weltoffene Metropole und
44 bekennen uns in Zeiten eines erstarkenden Nationalismus und zunehmender
45 Abschottung ganz klar zu den europäischen Werten: Freiheit, Vielfalt und
46 Nachhaltigkeit.

47 Unsere grünen Ziele für Frankfurt:

48 Wir werden ...

- 49 • **Frankfurt zum Demokratie-Labor Europas machen.** Dazu werden wir ein
50 Digitales Europaportal einführen: zu EU-Rechten, Beteiligungsformaten und
51 Fördermöglichkeiten. Außerdem soll Frankfurt Mitglied in „Solidarity
52 Cities“ & ICORN (International Cities of Refuge Network) werden, um eine
53 Zuflucht für bedrohte Journalist*innen und Kunstschaaffende sowie ein
54 Residency-Programm für Menschenrechts-Aktivist*innen schaffen
- 55 • **ein Frankfurt Climate Finance Forum schaffen.** Dazu wollen wir eine
56 jährliche Konferenz mit EZB, EIB, AMLA und anderen Finanzplatz-
57 Akteur*innen zu Green-Bond-Standards und sozial gerechter Transformation
58 organisieren. Außerdem wollen wir uns gemeinsam mit unseren Partnerstädten
59 für den Titel der „European Green Capital“ bewerben.
- 60 • **Mobilität junger Frankfurter*innen innerhalb Europas fördern.** Dazu wollen
61 wir an dem Programm zur jährlichen Vergabe von 200 kostenlosen Interrail-
62 Tickets an junge Frankfurter*innen unter 25 Jahren festhalten und ihre
63 Anzahl sogar weiter aufstocken.
- 64 • **Europa vor Ort steuern.** Dazu soll die Europa-Stabsstelle zum Büro für
65 Europäische Transformation erweitert werden, das EU-Förderprogramme
66 (Horizon, LIFE, NetZeroCities) aktiv einwirbt und städtische Projekte
67 koordiniert. Das Büro soll Bürger*innen, und Unternehmer*innen kleiner und
68

mittelständischer Unternehmen bei der Beantragung europäischer Fördergelder unterstützen. Zusätzlich werden wir ein interdisziplinäres Europaforum Frankfurt einrichten und den jährlichen Demokratietag Europa um einen Bürgergipfel, einem Jugendrat und Bürgerräte mit den Partnerstädten ausbauen.

- **Vereine und Bürgerinitiativen fördern.** Die Stadt weitert ihre Unterstützung für Vereine, Städtepartnerschaftsvereine und Bürgerinitiativen aus, die im Sinne der europäischen Einigung aktiv sind. Voraussetzung ist eine klare Ausrichtung an den demokratischen Grundwerten. Gefördert werden kulturelle Austauschformate, Begegnungen und Projekte mit europäischen Partnerstädten – insbesondere, wenn sie zur Stärkung des europäischen Zusammenhalts und der zivilgesellschaftlichen Vernetzung beitragen.
 - **Frankfurts Rolle als transnationale Metropole mit Partnerstädten, zivilgesellschaftlichen Initiativen und EU-Projekten strategisch ausbauen.** Dazu gehört ein Aktionsplan „Lwiw – Wiederaufbau & Resilienz“, der einen engen Austausch bei Stadtplanung, Energie und Kultur vorsieht. Neue Freundschaften mit Kommunen in Moldau, Georgien und auf dem Westbalkan begleiten den EU-Beitritt auf kommunaler Ebene.
 - **das Zukunftsforum Flucht und Teilhabe als kommunales Austauschformat mit Partnerkommunen etablieren.** Der Fokus liegt auf gerechter Migrationspolitik, Menschenrechten und Empowerment.
 - **den europäischen Austausch der Stadtverwaltungen fördern.** Mitarbeitende der Stadtverwaltung erhalten die Möglichkeit, über mehrere Wochen in der Verwaltung einer europäischen Partnerstadt mitzuarbeiten. Der Austausch bietet wertvolle Einblicke in andere kommunale Strukturen, stärkt die europäische Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene und bringt neue Impulse für die tägliche Arbeit in Frankfurt.
 - **den schulischen Austausch erweitern.** Wir setzen uns dafür ein, dass europaweite Austauschprogramme für Schüler*innen über den Sprachunterricht hinaus gezielt auch interkulturelle Kompetenzen und Werte vermitteln. Ziel ist es, dass jede*r Schüler*in in der Zeit von der Grundschule bis zum Abschluss der Berufsausbildung oder des Abiturs mindestens einmal an einem europäischen Austauschprogramm teilnehmen kann. Die Stadt stellt dafür entsprechende Fördermittel zur Verfügung, sodass auch Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien die Möglichkeit offensteht.
 - **Erasmus+ für Auszubildende stärken.** Während das Erasmus-Programm für Studierende bereits gut etabliert ist, soll die Stadt Frankfurt gezielt die Teilnahme von Auszubildenden am Erasmus+-Programm fördern. Dies geschieht durch gezielte Information, Beratung, Koordinierungsarbeit sowie

107 durch Empowerment der Berufsschulen – in enger Zusammenarbeit mit Kammern,
108 Unternehmen und Trägern der beruflichen Bildung.

- 109 • **den Bau der Europäischen Schule voranbringen.** Frankfurt fördert gezielt
110 seine Europäische Schule. Für alle Mitarbeitenden der europäischen
111 Institutionen sowie internationale Fachkräfte und deren Familien ist sie
112 ein wichtiges Angebot. Nach der finalen Auswahl eines neuen Standorts
113 setzen wir uns dafür ein, dass die Arbeiten für den Neubau schnell
114 beginnen können und es eine gute und effiziente ÖPNV Anbindung gibt. Die
115 europäische Schule als internationaler und vielfältiger Lernort soll auch
116 in das Stadtviertel, das sie beherbergen wird, ausstrahlen und sich dort
117 vernetzen.

A2 Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.2 Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragstext

1 Frankfurt ist Vorreiterin in der Frauenpolitik. Wir sehen es als unsere Pflicht
2 an, diesen Weg entschlossen fortzusetzen und dem Schutz von Frauen und Mädchen
3 höchste Priorität einzuräumen: Für eine Stadt, in der alle Frauen sicher, frei
4 und selbstbestimmt leben können.

5 Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein akutes, systemisches und damit – leider
6 – alltägliches Problem, das in vielen Fällen verborgen bleibt. Noch immer
7 erleben Frauen das eigene Zuhause als den gefährlichsten Ort. Hinter
8 verschlossenen Türen gedeiht die Gewalt, die meist vom Partner oder der Familie
9 ausgeht. Das muss aufhören und ins Bewusstsein der Stadtgesellschaft gelangen.
10 Wir setzen uns konsequent dafür ein, bestehende Schutzangebote und
11 Unterstützungsstrukturen auszubauen. Lücken, die der erste Bericht zur Umsetzung
12 der Istanbul Konvention in Frankfurt sichtbar gemacht hat, müssen wir schließen.
13 Dabei haben wir die verletzlichsten Gruppen besonders im Blick: Frauen in
14 prekärer Prostitution, obdachlose Frauen, Seniorinnen, geflüchtete, lesbische
15 und trans Frauen sowie Frauen mit Behinderung.

16 Gleichzeitig treten wir entschieden gegen rechte Kräfte an, die hart erkämpfte
17 Gleichstellungsrechte angreifen und Frauen zurück in traditionelle Rollenmuster
18 drängen wollen. Frauenpolitik ist Querschnittsaufgabe. Sie gehört in alle
19 Bereiche der Politik: von Stadtplanung über Gesundheit bis Wirtschaft und
20 soziale Sicherung.

21 Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Care-Arbeit fair verteilt und
22 wertgeschätzt wird, in der Frauen wirtschaftlich unabhängig leben können und in
23 der Frauen und Mädchen sichtbar sind und aktiv mitgestalten. Frankfurt setzt mit
24 uns Maßstäbe: als sichere Stadt für alle Frauen, als Vorbild für
25 Geschlechtergerechtigkeit und als solidarische Gemeinschaft, in der
26 Gleichstellungspolitik von allen getragen wird.

27 **Unsere grüne Vision für Frankfurt:**

28 **Wir wollen...**

- die Istanbul-Konvention konsequent umsetzen, damit Frankfurt für alle Frauen und Mädchen eine sichere und gewaltfreie Stadt wird.
- gelebte Gleichstellung und echte Teilhabe von Frauen in allen Lebensbereichen.
- eine faire Verteilung und Anerkennung von Sorgearbeit.
- wirtschaftliche Unabhängigkeit und Karrierechancen für alle Frauen.
- eine solidarische Stadtgesellschaft, die Frauenrechte stärkt und Diskriminierung entschieden entgegentritt.

Schutz von Frauen und Mädchen

Gewalt gegen Frauen ist ein systemisches Problem, das in vielen Fällen unsichtbar bleibt. Besonders gefährdet sind Frauen in ihrem eigenen Zuhause. Wir Grüne begegnen dieser Realität mit dem konsequenten Ausbau von Schutz- und Unterstützungsstrukturen, klaren Interventionsmechanismen und umfassenden Präventionsmaßnahmen. Wir wollen, dass jede Frau, die von häuslicher Gewalt betroffen ist, unabhängig von Einkommen und Vermögen, Herkunftsstadt und Wohnsituation sowie Aufenthaltsstatut, Zugang zu einer Schutzeinrichtung erhält.

Der strukturellen Diskriminierung von und Gewalt an Frauen muss sich die Gesellschaft entschieden entgegenstellen. Deshalb setzen wir Grüne uns seit Jahren für die vollständige und vorbehaltlose Umsetzung der Istanbul Konvention ein.

Wir werden:

- spezifische Schutzangebote für besonders gefährdete Gruppen wie prostituierte, obdachlose, geflüchtete, trans*, lesbische, ältere Frauen und Frauen mit Behinderungen ausbauen – inklusive Schutzwohnungen mit bedarfsgerechter Platzzahl.
- um Gewalt zu beenden und erneute Gewaltausübung zu verhindern, die Täterarbeit ausbauen und zum Opferschutz, vor allem bei häuslicher Gewalt, Verhaltensänderungen bei den Tätern herbeiführen.
- das Spanische Modell flächendeckend umsetzen: durch den Einsatz von Gefährderbeurteilungen, Fallanalysen und elektronischen Fußfesseln konnte Spanien Gewalt und Femizide erfolgreich eindämmen.

- 61 • ein kommunales Modellprojekt nach dem hessischen Vorbild „man“ ausbauen,
62 um Männer und Jungen gezielt als Multiplikatoren für Gleichstellung und
63 Gewaltfreiheit zu gewinnen.

- 64 • Präventionsangebote wie das Heroes-Projekt und Selbstbehauptungstrainings
65 wie die von "Frauen in Bewegung e.V." für alle Altersgruppen stärken und
66 ausweiten.

- 67 • Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt als verpflichtenden Bestandteil
68 in allen Einrichtungen der Jugend-, Senioren-, Geflüchteten- und
69 Behindertenhilfe verankern.

- 70 • das Konzept „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ zunächst als
71 Modellprojekt räumlich begrenzt einführen und bei Erfolg in weiteren
72 Stadtteilen ausrollen.

- 73 • die psychosoziale "Broken-Rainbow"-Beratung für queere Menschen sowie das
74 Angebot für neurodivergente Betroffene sichern.

75 **Sicherheit im öffentlichen Raum**

76 Menschen, und besonders Frauen und Mädchen, meiden Orte, an denen sie sich nicht
77 sicher fühlen – auch öffentliche Räume. Diese Ängste nehmen wir sehr ernst.
78 Sicherheit im öffentlichen Raum ist für uns Grüne eine Frage der Gerechtigkeit.
79 In unserer Stadt sollen sich alle Menschen sicher und frei bewegen können.
80 Stadtplanung muss ganz besonders die Sicherheit von Frauen und Mädchen
81 gewährleisten und Angsträume abbauen.

82 Wir wollen:

- 83 • in Verkehrs- und Stadtplanung konsequent geschlechtsspezifische Aspekte
84 einbeziehen – mit Fokus auf Beleuchtung, Sichtachsen, Haltestellen,
85 Brücken, Parks und Unterführungen.

- 86 • mit Frauenreferat, Polizei, Stadtplanung, VGF, Gastronomie und Clubszene
87 konkrete Maßnahmen für mehr Sicherheit im Nachtleben und auf Heimwegen
88 entwickeln.

- 89 • auf Bundesebene darauf hinwirken, dass gewaltbetroffene Migrantinnen mit
90 unsicherem Aufenthaltsstatus einen eigenständigen Aufenthaltstitel
91 erhalten.

- 92 • den Einsatz professioneller, gender- und gewaltsensibel geschulter

93 Dolmetscher*innen in der Beratung von Betroffenen verbindlich machen.

- 94 • die Beratungsmöglichkeiten zu digitaler Gewalt und Cybermobbing für Frauen
95 und Mädchen verbessern, wie bereits im Jugend- und Sozialamt sowie im
96 Frauensoftwarehaus geschehen.
- 97 • eine jährliche „Internationale Woche gegen Frauenhass“ initiieren und das
98 gemeinsam mit Kultur, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Partnerstädten.
- 99 • eine Fachtagung zu religiösem Extremismus mit Fokus auf Frauen
100 veranstalten, um einen entstigmatisierenden öffentlichen Umgang zu
101 fördern.
- 102 • eine jugendgerechte, datenschutzkonforme App für Mädchen entwickeln,
103 partizipativ gestaltet, mit Informationen zu Schutzräumen,
104 Beratungsangeboten und sicheren Freizeitorten, orientiert am Frankfurter
105 Frauenguide.
- 106 • Gleichstellung und echte Teilhabe von Frauen in allen Lebensbereichen
107 erreichen und absichern.

108 **Care- und Sorgearbeit fair verteilen**

109 Für andere Menschen zu sorgen, sowohl beruflich als auch privat, ist essenziell
110 für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aber nach wie vor ist Care-Arbeit
111 ungleich verteilt und wird weiterhin insbesondere von Frauen geleistet. Sie
112 haben weniger Zeit für sich, erwirtschaften geringere Einkommen und erwerben
113 damit auch wesentlich geringere Rentenansprüche, was für sie in vielen Fällen in
114 Altersarmut mündet. Wir Grüne setzen uns für ein Ende der stereotypen
115 Zuschreibung und die faire Verteilung von Care- und Sorgearbeit ein. Wir kämpfen
116 für die Entlastung von Frauen und die Anerkennung des gesellschaftlichen
117 Stellenwerts von Care-Arbeit.

118 Wir wollen

- 119 • Initiativen zur fairen Aufteilung von Sorgearbeit finanziell fördern.
- 120 • eine großangelegte Kampagne zur Anerkennung und gerechten Aufteilung von
121 Care-Arbeit starten, inkl. Aktionstagen, Preisverleihungen und starken
122 Vorbildern.
- 123 • Frankfurt zur stillfreundlichen Stadt machen: mit Stillräumen in
124 öffentlichen Gebäuden, Wickelmöglichkeiten in allen Toiletten und einem

125 familienfreundlichen Label für Betriebe.

- 126 • ein städtisch unterstütztes Modellprojekt zur Elterngeld-Aufstockung für
127 die paritätische Elternzeit prüfen.
- 128 • ein Gutscheinmodell für haushaltsnahe Dienstleistungen für
129 Alleinerziehende mit Frankfurt-Pass einführen: zur gezielten Entlastung
130 und gegen prekäre Arbeitsverhältnisse.

131 **Karriere, Gleichstellung, Unabhängigkeit**

132 Frauen verdienen nach wie vor weniger als Männer und sind nicht gleichberechtigt
133 an Entscheidungen beteiligt. Wir Grüne wollen, dass alle Menschen unabhängig von
134 ihrem Geschlecht, die gleichen Chancen und Rechte haben. Gleichberechtigung
135 bedeutet für uns auch gleiche Bezahlung und faire Chancen für Frauen in
136 Führungspositionen, denn Erwerbstätigkeit schützt vor Altersarmut und stärkt die
137 Unabhängigkeit. Deshalb wollen wir strukturelle Hürden, auf die Frauen immer
138 wieder stoßen, beseitigen.

139 **Wir wollen:**

- 140 • Programme für Wiedereinsteigerinnen nach der Eltern- und Pflegezeit,
141 Teilzeit-Qualifizierungen, IT-Kurse und Berufscoachings weiter ausbauen.
- 142 • Frauenquoten in Führungspositionen in der Stadtverwaltung und den
143 städtischen Betrieben konsequent durchsetzen.
- 144 • Netzwerke und Mentoring für Frauen in Führung stärken.
- 145 • den Preis „Familienfreundlichste Arbeitgeber“ einführen, basierend auf
146 klaren Kriterien wie Vollzeit-Quoten von Frauen, hohen Anteilen von
147 Männern in Elternzeit sowie flexiblen Arbeitszeitmodellen.
- 148 • die Frauendezernentin dauerhaft im Leitungsgremium der SWAK (Ständige
149 Wirtschafts- und Arbeitsmarktkonferenz der Stadt Frankfurt) verankern.
- 150 • Rahmenbedingungen für selbständige Frauen verbessern, u.a. mit einem
151 Modellprojekt zum Mutterschutz.
- 152 • uns für Frauenwirtschaftstage, Gründerinnenfonds und Wettbewerbe
153 einsetzen.

- 154 • mit IHK, HWK und Verbänden gezielte Übergänge aus Minijobs in
155 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ermöglichen.
- 156 • die EU-Entgelttransparenzrichtlinie in einer lokalen Kampagne
157 thematisieren.
- 158 • Mädchen und Frauen für MINT-Berufe und Jungen für Care-Berufe begeistern.
- 159 • die finanzielle Bildung für Frauen ausbauen, um ihre Vorsorgekompetenz zu
160 stärken und Altersarmut vorzubeugen.

161 **Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte**

162 Sexuelle Selbstbestimmung und medizinische Versorgung sind Grundrechte, die wir
163 sichern und stärken.

164 Wir werden:

- 165 • das Modellprojekt „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung“
166 verfestigen und weiterentwickeln sowie die anonyme Dokumentation von
167 Gewaltfolgen/Spurensicherung in städtischen Kliniken als Standard
168 etablieren.
- 169 • die medizinische Versorgung schwangerer Frauen ohne Versicherungsschutz
170 garantieren und absichern.
- 171 • Sexual- und Schwangerschaftskonfliktberatung weiterhin fördern.
- 172 • Schwangerschaftsabbrüche in städtischen Kliniken mit gynäkologischer
173 Abteilung als Regelangebot etablieren.
- 174 • die Kostenübernahme für Verhütungsmittel und die Pille danach für
175 bedürftige Frauen sichern.
- 176 • kostenlose Menstruationsartikel in Schulen flächendeckend anbieten.
- 177 • FGM/C-betroffene Frauen durch kultursensible Weiterbildung von Ärzt*innen
178 und Fachkräften besser versorgen und unterstützen.
- 179 • prüfen, wie sich Frankfurt am Aufbau einer mikrochirurgischen Versorgung
180 für Genitalrekonstruktion beteiligen kann.

- 181 • die Arbeit des LIBS (inkl. Frauen*Festival) langfristig fördern und
182 sichern.

A3 Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.3 Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft

Antragstext

1 Die Klimakrise ist für viele Menschen in den vergangenen Monaten immer spürbarer
2 geworden. Wetterextreme wie Hitzewellen oder Überschwemmungen treten immer
3 häufiger auf. Flutkatastrophen wie 2021 im Ahrtal oder 2024 in Valencia
4 (Spanien) haben deutlich gemacht, wie wichtig eine klimaresiliente Stadtplanung
5 und jedes verhinderte zehntel Grad Erderwärmung sind. 2024 war das erste Jahr,
6 in dem die globale Oberflächentemperatur im Schnitt bereits um 1.5 Grad über dem
7 vorindustriellen Niveau lag – genau jenes Minimalziel, auf das sich die
8 Weltgemeinschaft im Pariser Klimaschutzabkommen geeinigt hatte. Jedoch steigt
9 die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre kontinuierlich weiter und
10 das Eintreten einer zwei, drei oder vier Grad wärmeren Welt wird immer
11 wahrscheinlicher – inklusive aller daraus resultierenden Folgen für die Natur
12 und die Menschen in der Welt, in Europa und auch in Frankfurt.

13 Sind diese Zukunftsszenarien alternativlos? Nein. Sind wir Menschen machtlos
14 gegen diese Entwicklungen? Definitiv nicht. Die Eindämmung der globalen
15 Klimakrise entscheidet sich in der Politik, in den Parlamenten, in der
16 Wirtschaft und bei uns in Frankfurt am 15. März 2026 mit einem Kreuz auf dem
17 Wahlzettel. Die Realität in den vergangenen Monaten zeigt: Sobald GRÜNE in Land
18 und Bund nicht mehr in Regierungsverantwortung sind, werden Fortschritte in der
19 Klimapolitik wieder zurückgedreht und Klimamaßnahmen in den Hintergrund
20 gedrängt.

21 Klimaschutz bedeutet auch Schutz unserer Stadt. Frankfurt gehört schon heute zu
22 den heißesten Städten Deutschlands. Hitzeinseln in den Quartieren, überhitzte
23 Straßen und ausgetrocknete Plätze sind für viele Menschen eine tägliche
24 Belastung. Gleichzeitig drohen Starkregen und Überschwemmungen, wenn innerhalb
25 weniger Stunden so viel Wasser fällt wie sonst in einem ganzen Monat oder Jahr.
26 Wir wollen Frankfurt so umbauen, dass es beides aushält: mehr kühlendes Grün,
27 mehr offene Flächen, die Regen aufnehmen können, und eine Stadtplanung, die auf
28 die Extremwetter von morgen vorbereitet ist. So machen wir Frankfurt
29 widerstandsfähig: für uns und die kommenden Generationen.

30 Die Klimakrise ist die größte Herausforderung unserer Zeit und Frankfurt trägt
31 als Weltmetropole eine besondere Verantwortung, lokal zu handeln. Wir haben uns
32 das Ziel gesetzt, unsere Stadt bis 2035 klimaneutral zu machen. Damit das
33 gelingt, müssen wir die Energiewende mit voller Kraft vorantreiben: Gebäude
34 energetisch sanieren, Dächer und Fassaden zu Solarflächen ausbauen, und die
35 Wärmeversorgung Schritt für Schritt auf erneuerbare Energien umstellen.

36 Uns ist klar: Klimaschutz gelingt nur, wenn er sozial gerecht ist. Deshalb
37 setzen wir auf eine Politik, die Eigentümer*innen, Mieter*innen und soziale
38 Einrichtungen gleichermaßen unterstützt – durch Beratung, Förderung und klare
39 Leitplanken. So verbinden wir Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und
40 wirtschaftliche Chancen.

41 Wir haben in der vergangenen Koalition bereits mit vielem angefangen: Wir haben
42 die Erstellung der kommunalen Wärmeplanung auf den Weg gebracht, wir haben mit
43 dem Masterplan Mobilität die Grundlagen für eine Verkehrswende gelegt, wir haben
44 in Zusammenarbeit mit dem Klimaentscheid ein großes Maßnahmenpaket beschlossen.
45 Dies alles wollen wir fortsetzen. Frankfurt kann eine Vorreiterstadt für die
46 Energiewende werden, wenn wir heute die richtigen Entscheidungen treffen.

47 Unsere grünen Ziele für Frankfurt:

48 Wir werden...

- 49 • das Ziel, **Frankfurt bis 2035 klimaneutral zu machen**, konsequent
50 weiterverfolgen.
- 51 • Frankfurt **grüner und kühler machen**, Straßen, Plätze und Dächer bepflanzen
52 und unsere Stadt nach dem Prinzip der Schwammstadt zum Wasserspeicher
53 machen.
- 54 • durch weitere Trinkwasserbrunnen, kühle Orte, Hitzeaktionspläne und
55 Maßnahmen gegen Hochwasser **die Bevölkerung schützen**.
- 56 • **unsere Solaroffensive fortsetzen und den Ausbau der Photovoltaik in**
57 **Frankfurt stark beschleunigen**. Dazu investieren wir in Photovoltaik auf
58 städtischen Gebäuden und beraten, vernetzen und fördern die
59 Eigentümer*innen gewerblicher Gebäude sowie andere Institutionen (z.B. die
60 Kirchengemeinden).
- 61 • **die Installation von Photovoltaik auf Dächern von vorgesehenen Neubauten**
62 **im Stadtgebiet zum Standard machen**. Im April 2025 haben wir einen
63 Beschluss der Stadtverordnetenversammlung erreicht, der eine Solarpflicht
64 bei Neubauten auf mindestens 50% der nutzbaren Dachflächen vorsieht.

- 65 Diesen Beschluss wollen wir verteidigen und zukünftig auch die Fassaden
66 von Hochhäusern einbeziehen.
- 67 • **die Förderung von Maßnahmen im privaten und unternehmerischen Bereich**
68 **durch das Programm „Klimabonus“ weiter ausbauen.** Wir haben 21 Millionen
69 Euro bereitgestellt, um klimafördernde Projekte wie Solaranlagen,
70 Batteriespeicher und Ladesäulen, Dach-, Fassaden- und Hofbegrünungen sowie
71 Regenwasserspeicher zu unterstützen. Dieses Programm wird so gut
72 angenommen, dass wir es mit mehr Mitteln ausstatten werden.
- 73 • **die Fernwärmenetze massiv ausbauen, damit in Zukunft umweltfreundlich**
74 **erzeugte Wärme Wohnungen und Büros heizen kann.** Bis Sommer 2026 soll die
75 Kommunale Wärmeplanung, an der derzeit gearbeitet wird, beschlossen
76 werden. Die Planungen sollen in den Ortsbeiräten und in großen
77 öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt werden. So machen wir
78 transparent, wann und wie der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern im
79 Wärmebereich gelingt. Zusätzlich zu den 245 Millionen Euro, die wir in den
80 Jahren 2022 bis 2025 für Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen
81 bereitgestellt haben, werden wir für die Jahre ab 2026 weitere Gelder in
82 mindestens gleicher Größenordnung investieren.
- 83 • **den Bau eines Großwärmespeichers beim Heizkraftwerk West durch die Mainova**
84 **politisch unterstützen,** damit sich Stromproduktion und Wärmeproduktion je
85 nach Bedarf effizient gestalten lassen.
- 86 • **uns dafür einsetzen, dass die Mainova aus dem Lobbyverband „Zukunft Gas“**
87 **(aktueller Name „Gas und Wasserstoff Wirtschaft“) austritt.** Die
88 Mitgliedschaft untergräbt das Vertrauen in die Abkehr von fossilen
89 Brennstoffen.
- 90 • **die Energieberatung für Bürgerinnen und Bürger verbessern.** Andere Städte
91 haben gezeigt, dass durch verstärkte proaktive Ansprache und Beratung
92 (sog. „Energiekarawanen“) die Sanierungsquoten ansteigen. Außerdem wollen
93 wir die Zahl von Informationsveranstaltungen zu Energieberatung erhöhen
94 und die dafür erforderlichen Mittel entsprechend aufstocken.
95 Handwerksbetriebe sollen über nicht fossile Lösungen noch mehr
96 Informationen und Schulungen erhalten. In Zusammenarbeit mit den
97 Fachverbänden werden wir potenzielle Hindernisse auf dem Weg zu nicht
98 fossilen Lösungen im privaten Wärmebereich identifizieren und nach
99 Möglichkeit beseitigen. Wir werden die Bekanntheit der bestehenden
100 Beratungseinrichtungen steigern und positive Beispiele energetisch
101 effizienter Gebäude herausstellen.
- 102 • **die Energiewende sozialverträglich umsetzen.** Ein verstärktes Augenmerk
103 legen wir auf die Unterstützung von Menschen mit geringen finanziellen

- 104 Ressourcen und auf die Beratung und Unterstützung von Besitzer*innen von
105 öffentlich genutzten Gebäuden, wie z.B. Kirchengemeinden oder
106 Trägervereine sozialer Einrichtungen.
- 107 • **das Potenzial der Nutzung von Geothermie forciert ausloten und nach
108 Möglichkeit ausnutzen.** Die Voraussetzungen für die Nutzung von Geothermie
109 sind in weiten Teilen des Stadtgebiets sehr gut. Daher wollen wir sie von
110 Geothermie weiter vorantreiben.
- 111 • **die Abwärme der Rechenzentren in die Wärmeplanung integrieren.** In
112 Frankfurt gibt es dahingehend noch viel ungenutztes Potential. Im Gallus
113 zum Beispiel wird ein neues Areal mit 1300 Wohnungen in Kürze
114 fertiggestellt. Das Quartier nutzt künftig die Abwärme des nahen gelegenen
115 Rechenzentrums zum Heizen.
- 116 • **die Abwärme des Industrieparks Höchst für die Wärmeversorgung der
117 angrenzenden Stadtteile erschließen.** Das Potenzial ist seit Jahren
118 bekannt. Jetzt geht es darum, die Pläne dafür voranzutreiben.
- 119 • **städtische Gebäude auf fossilfreie Wärmeversorgung umstellen.** Damit wollen
120 wir zeigen, wie vielfältig die Ansätze für eine fossilfreie
121 Wärmeversorgung sind: von Fernwärme und Wärmepumpen über Geo- und
122 Solarthermie bis hin zu Abwärme aus der Umgebung und energetische
123 Sanierung.
- 124 • **Neubauten wie Schauspiel und Oper energetisch klimaneutral bauen.** Wir
125 haben mit dem Neubau des Höchster Krankenhauses bereits gezeigt, dass sich
126 auch schwierige Funktionsgebäude in Passivhausbauweise errichten lassen.
127 Plus-Energie-Häuser der ABG und der KEG in Frankfurt zeigen ebenfalls die
128 technische Machbarkeit und die vielen wirtschaftlichen Vorteile
129 zukunftsweisender Bauarten. Schauspiel und Oper sollen einen langen
130 Zeitraum überdauern und entsprechend zukunftsfähig errichtet bzw.
131 ausgestattet sein.
- 132 • **dem Fachkräftemangel für die klimaneutrale Energiewirtschaft
133 entgegentreten.** Unsere Ideen und Visionen hierzu sind im Kapitel
134 Wirtschaft zu finden.
- 135 • **die Gründung von Bürgerenergiegenossenschaften unterstützen.**

A4 Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.4 Umweltmetropole: Frankfurt blüht für
Menschen, Tiere und das Klima

Antragstext

1 Grün in der Stadt ist nicht nur wichtig für das Klima, sondern auch für das
2 Lebensgefühl der Menschen in Frankfurt. Wir wollen, dass sie sich wohl fühlen
3 und ihre Umgebung als angenehm empfinden. Bäume und Blumen, Sträucher und Wiesen
4 leisten dazu einen bedeutenden Beitrag. Wir haben in der vergangenen Wahlperiode
5 Parks neu eröffnet, bestehende Grünzüge aufgewertet und mehr als 10 Hektar neue
6 Wiesenflächen angelegt. Wir haben uns das Ziel gesetzt, bis 2030 rund 10.000
7 neue Bäume zu pflanzen und dies zu etwa einem Drittel bereits umgesetzt. Wir
8 nehmen die Menschen mit auf dem grünen Weg. Mit einer Initiative vor Ort haben
9 wir in Frankfurt-Eckenheim den ersten Tiny Forest gepflanzt. Auch bei kleinen
10 Entsiegelungsaktionen wie Green-it-up oder den Mini-Beeten geben wir
11 Anwohner*innen die Möglichkeit, ihre Umgebung selbst aktiv grüner und schöner zu
12 machen. Wir wollen mehr Grün auf Dächern und Fassaden. Mit der
13 Gestaltungssatzung für Freiraum und Klima haben wir dafür verbindliche Vorgaben
14 geschaffen. Viele weitere Maßnahmen zur Begrünung setzen wir Schritt für Schritt
15 um.

16 **Unsere grünen Ziele für Frankfurt:**

17 Wir wollen ...

- 18 • Die Artenvielfalt in unserer Stadt erhalten.
- 19 • Den Grüngürtel ausbauen und weiterentwickeln.
- 20 • Trinkwasser sparen, den Schutz vor Hochwasser verbessern und Frankfurt zur
21 wasserspeichernden Schwammstadt umgestalten.
- 22 • uns für konsequenteren Tierschutz einsetzen.

23 **Frankfurts Flora und Fauna schützen:**

24 Die meisten Menschen wollen in einer grünen Umgebung leben. Stadtparks und
25 Spielplätze, Bäume in den Straßen, Wiesen und Blumen im ganzen Stadtgebiet sind
26 wichtig für unser Wohlbefinden. Frankfurt hat sieben ausgewiesene
27 Naturschutzgebiete. Zudem bieten Grüngürtel und Stadtwald bedrohten Tier- und
28 Pflanzenarten Lebensraum. Wir haben ein beispielhaftes Arten- und
29 Biotopschutzkonzept erstellt. Unser Ziel ist es, dass auch künftige Generationen
30 diesen Reichtum an Flora und Fauna erleben. In einer wachsenden Stadt sind
31 Flächen rar und gerade Grünflächen Begehrlichkeiten und Interessenskonflikten
32 ausgesetzt. Die Bevölkerung aber schätzt ihren Grüngürtel als Erholungsraum und
33 grüne Oase in der Klimakrise. Wir werden ihn verteidigen.

34 Wir werden...

- 35 • **unsere Grünanlagen attraktiver machen.** Mit dem Wachstum der Bevölkerung
36 ist auch der Bedarf an zugänglichen Grünflächen gestiegen. Wir haben die
37 Mittel für die Pflege der Grünanlagen bereits deutlich erhöht, sind uns
38 aber im Klaren darüber, dass noch mehr Ressourcen nötig sind, um den
39 erhöhten Anforderungen gerecht zu werden.
- 40 • **neue Grünanlagen entwickeln und Verbindungen zwischen den Grünanlagen schaffen.** Das „Grüne Ypsilon“ zwischen den Stadtteilen Ginnheim und
41 Dornbusch bildet eine wichtige Grünverbindung von der Innenstadt in den
42 Grüngürtel und flankiert mehrere Wohngebiete. Große Teile dieses Vorhabens
43 hat die Stadt bereits in der laufenden Legislaturperiode umgesetzt. Wir
44 werden an unserem grünen Leuchtturm auch in Zukunft weiterbauen.
- 45 • **die Plätze in der Stadt begrünen und hitzeresilienter machen.** Mit dem
46 Leitfaden für klimaangepasste Stadtplatzgestaltung haben wir die
47 Arbeitsgrundlage dafür geschaffen. Der Luisenplatz und der Paul-Arnsberg-
48 Platz sind nur zwei von vielen öffentlichen Orten, die wir bereits
49 umgestaltet haben. In Abstimmung mit den Anwohner*innen und
50 Gewerbetreibenden vor Ort läuft derzeit die Umgestaltung des
51 Riedbergplatzes ebenso wie die des Atzelbergplatzes auf Hochtouren. Und
52 die nächsten Grünvorhaben sind schon bestimmt ...
- 53 • **das „Straßenbegleitgrün“ ökologischer pflegen, seltener mähen und**
54 **Wanderkorridore für zahlreiche Tierarten schaffen.**
- 55 • **die Grünanlagen vielfältiger und insektenfreundlicher gestalten.** Mit der
56 Einrichtung von Wildwiesen (Hummel-Pin) haben wir bereits ein Zeichen
57 gesetzt. Es könnte aber noch viel bunter werden! Nach Möglichkeit sollten
58 bei jeder Mahd Rückzugsstreifen für Insekten stehen bleiben.
- 59 • **das Potenzial der Grünflächen großer Wohnanlagen für Biodiversität und**

60
61

62 **Klima heben.** Wir werden auf die Wohnungsbaugesellschaften zugehen mit dem
63 Ziel, eine ökologischere Pflege für diese Grünflächen und ihren
64 Baumbestand zu erreichen.

- 65 • **ungenutzte Flächen entsiegeln und renaturieren.** Dabei unterstützen wir
66 auch private Initiativen wie Pat*innen für „Mini-Beete“ dabei, versiegelte
67 Fläche wieder zu öffnen und die geeigneten Pflanzen auszuwählen. Durch
68 Teilnahme am bundesweiten Wettbewerb „Lass die Steine hüpfen“ werben wir
69 für Entsiegelung und messen uns mit anderen Städten. Mit dem Projekt
70 „Green it up – mein kunterbuntes Quartier“ setzt Frankfurt hier bereits in
vielen Stadtteilen Maßstäbe.
- 71 • **eine verbindliche Kompensationsstrategie entwickeln.** Frankfurt wächst
72 stärker als viele andere Großstädte, was zu Eingriffen in Natur und
73 Landschaft führt. Mit der Kompensationsstrategie legen wir fest, dass es
74 für jede wegfallende Grünfläche einen Ausgleich innerhalb der Stadtgrenzen
75 geben muss. Das ist unser Ansatz für eine ökologische Entwicklung und
76 bessere Lebensqualität, mit der Umweltziele erreicht werden und die
77 Akzeptanz von Infrastrukturprojekten steigt.
- 78 • **netto Null bei der Entsiegelung anstreben:** Als mittelfristiges Ziel
79 streben wir an, dass im Stadtgebiet insgesamt mehr Fläche entsiegelt als
80 versiegelt wird. Jeder Neuversiegelungen muss eine Entsiegelung in
81 möglichst unmittelbarer Nähe folgen.
- 82 • **Wanderbaumalleen nach dem Vorbild von München einsetzen:** Durch mobile
83 Bäume in Kübeln lassen sich triste Straßen wochenweise in grüne Alleen
84 verwandeln. Sie geben Anwohner*innen einen guten Vorgeschmack auf eine
85 dauerhafte Bepflanzung mit schattenspendenden Bäumen und überbrücken die
86 Zeit bis es soweit ist.
- 87 • **innerstädtische Gewässer freilegen** – nicht nur um Biodiversität zu fördern
88 und das Mikroklima zu verbessern, sondern auch um neue
89 Freizeitmöglichkeiten zu schaffen und die Lebensqualität in der Stadt zu
90 erhöhen.
- 91 • **Haus- und Gebäudewände begrünen**, so wie die Wand am Müllheizkraftwerk in
92 Hedderheim. Die Vertical Meadows (senkrechte Wiesen) bestehen aus
93 Pflanzen mit einem großen Wert für die Biodiversität. Überall, wo hohe
94 Wände zur Verfügung stehen, werben wir für das Konzept. Bereits jetzt
95 können die Bürger*innen Frankfurts über den „Klimabonus“ Fördergelder für
96 die Begrünung ihrer Fassaden beantragen. Diese Mittel wollen wir
97 verstetigen.

- 98 • **landwirtschaftliche Flächen zukünftig stärker unter ökologischen und**
99 **sozialen Gesichtspunkten verpachten.** Die Stadt Frankfurt und stadtnahe
100 Stiftungen besitzen große landwirtschaftliche Flächen, die an
101 Landwirt*innen verpachtet sind. Wir setzen uns dafür ein, dass bei neuen
102 Verträgen oder Vertragsverlängerungen Kriterien der sozial ökologischen
103 Nachhaltigkeit noch stärker als bisher zum Tragen kommen.

- 104 • **keine gentechnisch veränderten Pflanzen, kein Glyphosat und keine**
105 **Neonikotinoide auf kommunalen Flächen zulassen.** Die bereits im
106 Koalitionsvertrag von 2021 verankerte Vereinbarung werden wir auch in
107 Zukunft beibehalten.

- 108 • **die Landwirtschaft für Agroforst-Projekte gewinnen.** Agroforst, die
109 Kombination von Landwirtschaft mit Baumkulturen, hat sich bereits in
110 anderen Ländern bewährt. Wir sind uns sicher, dass dies auch in Frankfurt
111 möglich ist.

- 112 • **Maßnahmen gegen zu viel Licht in der Nacht ergreifen.** Wir entwickeln eine
113 Lichtleitlinie für die öffentliche Beleuchtung und einen Lichtleitfaden
114 für den Privatbereich. Ein Sofortprogramm zur Nachrüstung besonders
115 problematischer Lichtquellen, ein kommunales Förderprogramm für private
116 Eigentümer*innen, Gewerbe und Vereine sowie eine stadtweite Lichtanalyse
117 mit der Ausweisung ökologischer Dunkelzonen tragen dazu bei, störende
118 Lichtquellen sukzessive abzuschalten.

- 119 • **die Deutscherrenbrücke zur grünen Verbindungsachse von Oberrad bis zum**
120 **Ostpark umbauen.** Wenn die Deutsche Bahn die Brücke in 3-4 Jahren durch eine
121 neue ersetzt und schließlich stilllegt, soll daraus eine grüne Achse oder
122 „Green Line“ für Rad- und Fußverkehr erhalten bleiben und gleichzeitig
123 stark begrünt werden – ein ganz besonderes Verbindungsstück und Symbol für
124 ein grünes Frankfurt.

- 125 • **das Projekt zum Schutz der letzten Feldhamster ausweiten.** Sie waren in
126 Frankfurt beinahe ausgestorben. Lediglich ein einziger Bau ließ sich noch
127 nachweisen. Im Mai 2023 wurden dank unserer Etatanträge schließlich einige
128 Feldhamster ausgewildert. Wenige Monate später ergab eine Zählung über 50
129 Jungtiere. Wir wollen dieses Projekt auf größeren Flächen fortführen und
130 auf weitere Arten übertragen.

- 131 • **ein Programm zum Schutz der Wildbienen als wichtigem Teil des Ökosystems**
132 **auflegen.** Wir weiten das Projekt „Frankfurt summt“ perspektivisch aus,
133 kartieren regelmäßig die Wildbienenbestände, legen spezielle Blühflächen
134 an und motivieren Menschen mit Bildungsangeboten zur Umgestaltung ihrer
135 Gärten und Balkone.

- 136 • **unsere Streuobstwiesen verjüngen, erhalten und neue anlegen.** Sie sind
137 Hotspots der Biodiversität, CO₂-Speicher und grüne Klassenzimmer zugleich.
138 Jede Frankfurter Schule könnte perspektivisch die Patenschaft für eine der
139 Wiesen übernehmen.
- 140 • **die Möglichkeit der Umsetzbarkeit eines urbanen Waldgartens nach dem
141 Vorbild von Berlin und Kassel prüfen.** Dort werden die Projekte
142 wissenschaftlich begleitet. Universitäten, Vereine, Stadt, und die
143 Stadtgesellschaft sind beteiligt. Das Bundesamt für Naturschutz fördert
144 Waldgärten aus dem Bundesprogramm Biologische Vielfalt.
- 145 • **Jugend- bzw. Stadtfarmen stärker unterstützen und weiter aufbauen.** Wir
146 haben im Rennbahnpark bereits eine erste Kinderfarm eröffnet – ein
147 ausbaufähiges Projekt! Auch auf dem Georgshof in Nied soll nun eine
148 Kinder- und Jugendfarm entstehen. Bei der ehrenamtlichen Arbeit im
149 Gemeinschaftsgarten entwickeln Menschen aller Generationen schnell ein
150 grünes Bewusstsein.
- 151 • **den Grüngürtel als Lernort für nachhaltige Entwicklung nutzen.** Bildung und
152 Naturschutz zusammendenken: Das vermitteln Vereine wie Umweltlernen e.V.
153 oder die NaturLots:innen auf dem alten Flugplatz Bonames. Sie haben die
154 Expertise, in Exkursionen und Mitmach-Aktionen den Menschen die Natur nahe
155 zu bringen. Wir wollen die Erfolge fortführen und, mit mehr Ressourcen
156 hinterlegt, deutlich ausbauen.
- 157 • **den Grüngürtel weiter ausbauen.** Dazu wollen wir prüfen, wie sich die
158 Fließwasserverbindungen entlang des Berger Hangs und des Bornheimer Hangs
159 naturnah entwickeln lassen, wie die Auenlandschaft im Frankfurter Osten
160 ökologisch gestaltet werden kann und wie der Grüngürtel weiterwachsen
161 kann. Perspektivisch sollen auch Flächen zwischen Nieder-Eschbach und
162 Bonames zum Grüngürtel anschließen, der sich im Westen zukünftig bis
163 Zeilsheim erstrecken soll.
- 164 • **NaturLots:innen im ganzen Gebiet des Grüngürtels einsetzen.** NaLos sind als
165 Kümmerer jetzt schon in der gesamten Rhein-Main-Region Best-Practice. Sie
166 informieren dort über Naturschutzbelange, helfen den Freizeitwert der
167 Grüngebiete langfristig zu erhalten und melden Müll und Verstöße gegen
168 Natur- oder Landschaftsschutz. Wir wollen ihre Rolle weiter ausbauen und
169 mit Mitteln unterstützen.
- 170 • **Flächenpflege durch Beweidung im Grüngürtel erproben.** Dazu legen wir ein
171 Förderprogramm für Modellprojekte auf: Robuste Rinder, Pferde,
172 Wasserbüffel, sollen möglichst ganzjährig auf ausgewiesenen Flächen
173 grasen. Dies würde bestimmte Pflanzen und Kleintiere besonders fördern und
174 außerdem eine Attraktion für die Bevölkerung darstellen.

- 175 • den **Stadtwald noch stärker nach ökologischen Kriterien bewirtschaften und die aktuelle Waldstrategie dahingehend weiterentwickeln.** Mulden und Gräben
176 tragen dazu bei, dass das Regenwasser versickert. Im Wald der Stadt
177 Frankfurt am Taunushang sind wir mit solchen Maßnahmen schon sehr
178 erfolgreich. Im Gegensatz zum Land Hessen wenden wir hier das weltweit
179 anerkannte FSC-Siegel an. Grundsätzlich sollen die vielfältigen
180 klimatischen, ökologischen und sozialen Funktionen des Waldes im
181 Vordergrund stehen, also Erholung, Arten- und Biotopschutz, sowie der
182 Erhalt einer gesunden, klimaresilienten Mischwaldstruktur.

- 184 • **einen „runden Tisch“ einberufen**, an dem sich Umweltgruppen, Stadtforst,
185 Umweltamt und andere Stakeholder austauschen und Konzepte für eine
186 zukunftsfähige Bewirtschaftung des Waldes entwickeln.

- 187 • **die Verbindungen zwischen Grüngürtel und Innenstadt verbessern.** Das
188 Konzept der „Strahlen“, die von der Stadtmitte in den Grüngürtel
189 führen, ist nach wie vor sinnvoll. Wir wollen einige Straßen und Wege zu
190 grünen Korridoren erweitern, die als Hotspots der Biodiversität
191 miteinander verbunden sind und es den Anwohnenden ermöglicht, den
192 Grüngürtel über begrünte Wege zu erreichen.

- 193 • **Menschen motivieren, in ihren Gärten und Vorgärten Biotope zu anzulegen.**
194 Dazu werden wir Wettbewerbe ausrichten und Förderprogramme auflegen.
195 Themen wie Wildbienen- und Vogelschutz spielen dabei eine wichtige Rolle.

- 196 • **die bestehende Förderung „Klimabonus“ bekannter machen.** Noch mehr
197 Hausbesitzer*innen und Unternehmen sollen erfahren, dass die Stadt die
198 Begrünung ihrer Häuser mit Zuschüssen unterstützt.

- 199 • **Partizipationsangebote zur Pflege von Grünflächen und Stadtbäumen ausweiten.** Vielerorts übernehmen Anwohner*innen bereits die Pflege von
200 Flächen um Bäume. Diese Möglichkeit wollen wir noch bekannter machen und
201 Nachbarschaften für größere Flächen gewinnen. Auch Vereinen wie Wildwiesen
202 e.V. sollen die Pflege für solche Flächen übernehmen dürfen.

- 204 • **das Arten- und Biotopschutzkonzept bekannter machen und Finanzmittel
205 einwerben.** Wir werden Veranstaltungen zum Arten- und Biotopschutzkonzept
206 anbieten und Menschen stärker an der Umsetzung beteiligen. In
207 wirtschaftsstarken Branchen wie der Finanzbranche wollen wir Akteur*innen
208 die Möglichkeit anbieten, sich persönlich finanziell an
209 Artenschutzprojekten zu beteiligen.

- 210 • **den Einsatz schwimmender Inseln auf dem Main („Enteninseln“) erproben.** Als
211 Beitrag zur Biodiversität bieten bepflanzte, schwimmende Inseln

212

213 Wasservögeln und anderen Tieren am Main Schutz und sind ein grüner
214 Blickfang in Ufernähe.

- 215
- 216 • **die Ausweisung neuer Klein-Naturschutzgebiete für die Genehmigung durch die Untere Naturschutzbehörde vorbereiten**, um Trittsteinbiotope zwischen den größeren Naturschutzgebieten zu gewinnen.

217 **Wasserversorgung und Überflutungsvorsorge**

218 Und Wasser? Wasser ist Leben. Wir benötigen es nicht nur zum Trinken und Kochen.
219 In jedem Lebensmittel, das wir einkaufen, steckt Wasser – vom Anbau über
220 Transport und Verarbeitung bis zum fertigen Produkt. Süßwasser ist ein kostbares
221 Gut, das wir schützen, gerecht verteilen und verantwortungsvoll nutzen müssen.
222 Für uns Grüne ist Wasser Gemeingut und Menschenrecht zugleich. Frankfurt bezieht
223 seit über 150 Jahren Wasser aus dem hessischen Umland. Kaum eine Metropolregion
224 der Welt kann sich alleine mit Wasser versorgen. Aber mit einer wachsenden
225 Bevölkerung ist auch klar: ein Mehr an Import darf nicht die Antwort sein.
226 Vielmehr wollen wir eine Wasserpolitik, die ökologisch tragfähig ist, soziale
227 Gerechtigkeit sichert und auf Nachhaltigkeit setzt.

228 Auch in Zeiten der Klimakrise spielt Wasser in Frankfurt eine große Rolle:
229 Extremregenereignisse nehmen zu, Sommer werden heißer und trockener. Mit der
230 Entwicklung Frankfurts zur Schwammstadt kann es uns gelingen, Regenwasser vor
231 Ort zu sammeln, zur Kühlung in Hitzeperioden zu nutzen und Überflutungen
232 vorzubeugen.

233 Wir Grüne stehen hinter einer Wasserpolitik, die den gesamten Kreislauf
234 betrachtet. Das bedeutet auch: Das Abwasser aus unseren Kläranlagen muss sauber
235 und frei von ökologischen Risiken sein.

236 Wir werden...

- 237 • **die Eigenproduktion von Trinkwasser durch Ausweitung der Mainwasserversickerung im Stadtwald erhöhen.** Derzeit stammt etwa ein
238 Viertel des Frankfurter Trinkwassers aus dem Stadtwald, diesen Anteil
239 wollen wir durch Ausweitung der Versickerungsflächen erhöhen.
- 241 • **den Kinzigstausee für die Trinkwasserversorgung nutzbar machen.** Die
242 Trinkwasserversorgung zwischen Frankfurt und Schlüchtern wird damit auf
243 eine breitere Grundlage gestellt.
- 244 • **Mikroschadstoffe wie Medikamentenrückstände aus dem Abwasser der Kläranlagen filtern lassen.** Dazu ist eine sogenannte „vierte
245

246 Reinigungsstufe“ erforderlich. Die entstehenden Kosten dafür sollen in
247 Zukunft über den Gebührenhaushalt abgerechnet werden.

- 248 • **Neubaugebiete unter Wasserschutz-Gesichtspunkten planen und bauen.**
249 Regenwasser soll dort künftig gesondert aufgefangen und zur Bewässerung
250 verwendet werden. Das gelingt über Brauchwasserkreisläufe.
- 251 • **Mulden anlegen, um bei Starkregen Wasser aufzufangen.** In Grünanlagen,
252 neben Straßen, auf Spielplätzen und Sportanlagen wollen wir – je nach
253 Möglichkeit – Wasser in Mulden auffangen. Dies mildert die Folgen von
254 Starkregenereignissen ab und bringt an heißen Tagen auch Kühlung.
- 255 • **die Zusammenarbeit mit den Gemeinden am Taunushang intensivieren, um
256 Hochwasserrisiken durch die Taunusbäche zu verringern.** Wir stellen
257 finanzielle Mittel für Renaturierungsmaßnahmen an Taunusbächen bereit, die
258 gleichzeitig dem Hochwasserschutz Frankfurts dienen. Mit Wasserrückhalte-
259 Maßnahmen schon außerhalb Frankfurts lassen sich Überflutungsrisiken in
260 der Stadt abmildern.
- 261 • **Beratung zur Vorsorge vor Schäden durch Starkregen anbieten.** Frankfurt hat
262 eine vorbildliche Starkregen Gefahrenkarte vorgelegt, die im Internet für
263 alle Menschen einsehbar ist. Besonders bedrohten Gebieten und Straßen
264 wollen wir eine Basisberatung mit Informationsveranstaltungen, Flyern und
265 Online-Services zur Schadensprävention anbieten. Am Frankfurter Berg
266 sollen Anwohner*innen über öffentliche und private Maßnahmen der
267 Starkregenvorsorge informiert werden. Das Modell werden wir auch in
268 anderen Stadtteilen nutzen.
- 269 • **die Renaturierung der Gewässer weiter vorantreiben und natürliche
270 Retentionsflächen schaffen.** Wo immer die Stadt Zugriff auf Gewässer hat,
271 wollen wir Ufer abflachen, Mäander einbauen, Gewässerrandstreifen sichern
272 und möglichst ökologisch pflegen. Die ökologische Aufwertung dient, wo
273 möglich, auch dem Hochwasserschutz und wird mit entsprechenden Ressourcen
274 ausgestattet.
- 275 • **die Nidda wieder komplett fischgängig machen.** Der Abbau der Wehre, die die
276 Wanderung von Fischen in der Nidda bisher verhinderten, ist fast
277 abgeschlossen. Nach dem Höchster Wehr haben wir nun auch das Sossenheimer
278 Wehr geöffnet und renaturiert. Die Renaturierung des Praunheimer Wehrs ist
279 weitgehend abgeschlossen. Für das Hausener Wehr läuft der Antrag auf
280 Planfeststellung. Jede dieser Umbaumaßnahmen hat positive ökologische
281 Effekte und steigert die Naherholungsqualität der Nidda erheblich.
- 282 • **die Renaturierung des Fechenheimer Mainbogens weiter vorantreiben.** Dort
283

284 ist bereits ein neuer Altarm entstanden. Ein zweiter, sehr großer Altarm
285 soll nun hinzukommen und zur weiteren Renaturierung des Mainbogens führen.
286 Momentan läuft das dazu nötige Flurbereinigungsverfahren. Wir unterstützen
dieses Projekt weiterhin nach Kräften.

- 287 • **die Wasserrahmenrichtlinie zum Gewässerschutz verstärkt umsetzen.** Wir
288 wollen Uferrandstreifen ökologischer bewirtschaften, weitere Flächen
289 entlang von Gewässern aufkaufen und dafür das Vorkaufsrecht der Stadt
290 nutzen. Verstöße gegen den Gewässerschutz wollen wir besser kontrollieren
291 und dafür die entsprechenden Ressourcen bereitstellen. Bei Verpachtung
292 städtischer Flächen mit Gewässerrandstreifen an Landwirt*innen soll es
293 klare Absprachen und Kontrollen geben.
- 294 • **mit mehr Ressourcen ausgestattet die Einhaltung des gesetzlich
295 vorgeschriebenen Mindestabstands zu Gewässerrändern kontrollieren.** So
296 stellen wir sicher, dass keine Schadstoffe in die Gewässer gelangen.
- 297 • **mehr Brauchwasser zur Bewässerung nutzen.** Grünanlagen sollen vermehrt mit
298 Main- oder Brauchwasser bewässert werden. Der Einbau weiterer Zisternen im
299 ganzen Stadtgebiet erhöht die dafür nutzbare Brauchwassermenge. Gute
300 Ergebnisse sind bereits an den Zisternen im Grüngürtel Platenstraße oder in
301 der Taunusanlage zu verzeichnen. Hier wird in Zukunft das Wasser zudem
302 über Drainagen gesammelt und abfließendes Regenwasser der Hochhausfassaden
303 zur Bewässerung der Grünanlagen genutzt.
- 304 • **auch Sportanlagen möglichst nur noch mit Brauchwasser bewässern.** Das würde
305 große Mengen an Trinkwasser einsparen. Denn selbst Kunstrasen braucht
306 Feuchtigkeit. Noch müssen rechtliche Fragen (zur Haftung) geklärt werden.
307 Bei einem positiven Prüfergebnis kann es losgehen.
- 308 • **die Zahl der Trinkbrunnen in Frankfurt weiter erhöhen.** Der freie Zugang zu
309 Wasser auf öffentlichen Plätzen ist bei Hitze eine wichtige Maßnahme zum
310 Gesundheitsschutz. Gleichzeitig möchten wir die Initiative „Refill“
311 bekannt machen: Geschäfte mit dem „Refill“-Aufkleber machen darauf
312 aufmerksam, dass sie Leitungswasser kostenfrei in mitgebrachte
313 Trinkflaschen abfüllen.
- 314 • **uns für „Nebelduschen“ auf Frankfurts öffentlichen Plätzen einsetzen.** Ein
315 entsprechender Prüfauftrag ist bereits verabschiedet. Nebelduschen sorgen
316 auf öffentlichen Plätzen auf Knopfdruck mit feinem Wassernebel für
317 Abkühlung. Eine erste Nebeldusche gibt es bereits an der Hauptwache. Bei
318 der stadtweiten Umsetzung folgen wir dem Beispiel der Stadt Wien, wo
319 bereits 175 Nebelduschen installiert sind.

- 320 • **Wasserfontänen und Wasserspiele weiter ausbauen.** Solche Elemente sorgen
321 für Kühlung, machen Spaß und steigern als Spiel- und Kommunikationsmittel
322 die Attraktivität der Nachbarschaft.

- 323 • **Frankfurt zur Blue Community machen.** Damit verpflichten wir uns, Wasser
324 als Menschenrecht und Gemeingut zu schützen, die öffentliche
325 Wasserversorgung dauerhaft in kommunaler Hand zu sichern und
326 Leitungswasser gegenüber Flaschenwasser zu fördern. Gleichzeitig bauen wir
327 internationale Partnerschaften auf, um den Zugang zu sauberem Wasser
328 weltweit zu stärken.

329 **Frankfurt kann sauber**

330 Eine Wohlfühlstadt ist sauber. Deshalb ist die Stadtreinigung tagtäglich im
331 Frankfurter Stadtgebiet unterwegs. Und wir geben ihr mit vielen Initiativen und
332 hohen Investitionen politischen Rückenwind: Die Kapazitäten zur Entsorgung von
333 Sperrmüll haben wir um 50% erhöht. In unserem Konzept „Saubерkeit aus einer
334 Hand“ haben wir die Zuständigkeiten vereinfacht, effektiver geordnet und das
335 Programm zudem auf die ÖPNV-Haltestellen ausgeweitet. Das tut dem Stadtbild gut
336 und steigert die Attraktivität des ÖPNV zusätzlich. Auch „Stadtsauberkeit Plus“
337 im Frankfurter Westen, in der Innenstadt und im Bahnhofsviertel trägt wesentlich
338 zu mehr Sauberkeit bei. So werden die Abfalleimer im Bahnhofsviertel bis zu
339 viermal täglich geleert. Die Nassreinigung der Straßen beginnt bereits morgens
340 um 4:30 Uhr. Bis zu zehn Kubikmeter Abfall holt die Stadtreinigung täglich
341 allein aus dem Bahnhofsviertel – häufig achtlos weggeworfener Müll. Das Geld in
342 die Stadtreinigung ist gut investiert. Und doch könnte mehr Achtsamkeit aller
343 Einwohner*innen den Stadtraum in Sachen Müll und Sauberkeit zusätzlich
344 entlasten. Viele Engagierte beim jährlichen Cleanup Day zeigen, dass die
345 Frankfurter*innen Sauberkeit können und sich ein sauberes Stadtbild sehr
346 wünschen.

347 Wir werden...

- 348 • **uns für eine Verpackungssteuer nach dem Tübinger Modell einsetzen.** Dort
349 hat sich das Aufkommen von Einwegverpackungen im öffentlichen Raum nach
350 deutlich reduziert.

- 351 • **Pfandsysteme wie beispielsweise Recup und Vytal sichtbarer machen,** damit
352 Mehrweg für Restaurants, Cafés und To-go-Angebote zur selbstverständlichen
353 Alternative wird. Zusätzlich werden wir bei allen städtischen
354 Veranstaltungen auf Einwegverpackungen verzichten.

- 355 • **Sauberheitskampagnen wie Cleanffm und den CleanUp Day mit Beteiligung der**
356 **Bevölkerung weiter ausbauen.** Sauberkeit beginnt mit dem Bewusstsein der

357 Menschen für eine saubere Stadt. Dafür sind Vorbilder sehr wichtig. Eine
358 Rekordteilnahme von 7647 Teilnehmenden am „CleanUp Day“ 2025 soll uns
359 Anreiz sein, diesen Weg weiter zu verfolgen. Die Sauberkeitspat*innen
360 motivieren dazu, gemeinschaftlich Verantwortung zu übernehmen.

- 361 • **im Rahmen der städtischen Zuständigkeiten auch in den Fahrzeugen des ÖPNV
362 für mehr Sauberkeit sorgen.**
- 363 • **die Möglichkeit, Müllaufkommen digital zu melden, weiter ausbauen.**
- 364 • **das Toilettenkonzept, für das wir 9,2 Millionen Euro bereitgestellt haben,
365 Zug um Zug weiter umsetzen.** Viele neue bzw. neu sanierte Toilettenanlagen
366 in Frankfurt sind bereits fertiggestellt. Jetzt sollen an rund 20 weiteren
367 Orten neue Toiletten entstehen oder marode Anlagen saniert werden.
- 368 • **den Weg zur „Zero Waste City“ weitergehen.** Das Prinzip „Null Abfall“
369 erhält Ressourcen durch verantwortungsvollen Konsum, nachhaltige
370 Produktion sowie die Wiederverwendung und Verwertung von Abfall. Die
371 Zertifizierung als Zero Waste City ist ein Programm des Zero Waste Europe-
372 Netzwerks. Das Umweltamt hat bereits einen Katalog aus Maßnahmen erstellt,
373 die die Stadt in den kommenden Jahren umsetzen wird.
- 374 • **das Recycling von Baustoffen wie Beton bekannter machen und fördern.** In
375 Frankfurt gibt es bereits Unternehmen, die Baustoffrecycling aktiv
376 betreiben.

377 Tierschutz in der Stadt

378 Auch Tiere – ob Haustiere, Nutztiere oder Stadtwild – lieben es grün. Sie sollen
379 in Frankfurt ein möglichst gutes Leben haben. Eine tierfreundliche Stadt ist
380 eine lebenswerte Stadt. Dies ist nicht nur aus ethischen Gründen geboten,
381 sondern stärkt auch das Verantwortungsbewusstsein und das soziale Miteinander.

382 Wir werden...

- 383 • **die bestehenden Tierschutzregelungen in Frankfurt streng anwenden.** Damit
384 das Veterinäramt Kontrollen noch häufiger und wirksamer durchführen kann,
385 ist die personelle Ausstattung zu verbessern.
- 386 • **Tierschutzverbänden mehr Gehör verschaffen** und uns bei der Landesregierung
387 für ein Verbandsklagerecht von Tierschutzorganisationen einsetzen.
- 388 • **bei der Stadtentwicklung die Bedürfnisse von Tieren mitdenken.** Neubau- und

389 Sanierungsprojekte sollen Lebensräume für Tiere miteinbeziehen: durch
390 begrünte Dächer und Fassaden, strukturreiche Grünflächen, Nistkästen und
391 Quartiere für Vögel, Fledermäuse oder Insekten sowie Durchlässe in Zäunen
392 für Kleintiere wie Igel.

- 393 • **Tierschutzbeauftragte und einen Tierschutzbeirat einsetzen.** Um den
394 Tierschutz in der Stadtverwaltung dauerhaft zu verankern, streben wir die
395 Schaffung eines kommunalen Tierschutzbeauftragten an. Ergänzend regen wir
396 die Einrichtung eines Tierschutzbeirats an, in dem Vertreter*innen von
397 Tierschutzorganisationen, Tierheimen, Veterinäramt und anderen relevanten
398 Gruppen regelmäßig zusammenkommen.
- 399 • **einen städtischen Tierschutzpreis einführen,** der vorbildliches Engagement
400 von Privatpersonen, Initiativen oder Institutionen im Sinne von Tierwohl
401 und Tierrechten würdigt. Die jährliche Verleihung soll öffentlich sichtbar
402 machen, wie vielfältig und wirkungsvoll sich Menschen in Frankfurt für
403 Tiere einsetzen.
- 404 • **die Tierheime stärken und finanziell absichern.** Das Frankfurter Tierheim
405 und ähnliche Tierschutzvereine und Auffangstationen brauchen ausreichende
406 Unterstützung. Sie übernehmen eine wichtige öffentliche Aufgabe.
- 407 • **der Umsetzung der Katzenschutzverordnung mehr Gewicht geben.** Frankfurt hat
408 eine solche Verordnung für das gesamte Stadtgebiet erlassen. Sie schreibt
409 vor, dass freilaufende Katzen kastriert, gekennzeichnet und registriert
410 sein müssen. Wir begrüßen diesen wichtigen Schritt und werden auf eine
411 effektive Umsetzung drängen. Die Zahl von geschätzt 18.000 streunenden
412 Katzen zeigt, wie groß das Problem ist. Unkontrollierte Vermehrung führt
413 zu großem Leid: Viele Streuner sind krank, unterernährt und brauchen
414 Hilfe.
- 415 • **das professionelle Stadtaubenmanagement weiter ausbauen.** Wir wollen mehr
416 betreute Taubenschläge und -türme in Frankfurt einrichten. Dort erhalten
417 die Tiere artgerechtes Futter. Ihre Eier werden gegen Attrappen
418 ausgetauscht.
- 419 • **Beschränkungen der Einsatzzeiten von Mährobotern zum Schutz von Igeln und
420 anderen Wildtieren aussprechen.** Mähroboter stellen, besonders für
421 nachtaktive Tiere wie Igel, eine große Gefahr dar, da die Tiere nicht
422 fliehen und so leicht verletzt oder getötet werden. Die Stadt Hildesheim
423 untersagt den Einsatz aus Gründen des Tierschutzes und zum Schutz vor Lärm
424 sowohl nachts als auch zur Zeit der Mittagsruhe und an Sonn- und
425 Feiertagen. Diesem Beispiel wollen wir folgen.

- 426 • **Zirkussen mit Wildtieren keine städtischen Flächen zur Verfügung stellen.**
427 Sie können Tieren kein artgerechtes Leben bieten. Ständiger Transport,
428 beengte Käfige und mangelnde Beschäftigung führen zu massivem Stress und
429 Leiden. Mit dem Nutzungsverbot zeigt Frankfurt Verantwortung.

430 **Flughafen**

431 Der Frankfurter Flughafen mit über 80.000 Arbeitsplätzen hat eine große
432 Bedeutung für die Stadt und ist durch seine Hub-Funktion für sehr viele
433 Wirtschaftsbereiche sehr wichtig. Jedoch gehen vom Flughafen auch massive
434 Belastungen aus, wie Lärm, Ultrafeinstaub und andere Schadstoffe. Unsere Ideen
435 und Konzepte zur Weiterentwicklung des Flughafens sind im Kapitel Wohnstadt,
436 Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt zu
437 finden.

A5 Klimaanpassung: Stadt gestalten, Klima schützen

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.5 Klimaanpassung: Stadt gestalten, Klima schützen

Antragstext

1 Starkregen und Hitze gehören zu unserem Alltag. Darunter leiden wir alle – ganz
2 besonders aber unser Ökosystem und die Schwächsten unter uns. Wir müssen nicht
3 nur die fortschreitende Klimakrise eindämmen und die Klimakatastrophe
4 verhindern, sondern auch ihren nicht mehr aufzuhalten Folgen entgegentreten.
5 Die am stärksten Betroffenen müssen wir schützen, die Stadt als Lebensraum
6 erhalten und Hitzeinseln verhindern oder eingrenzen. Die Anpassung unserer
7 hochverdichteten Stadt an den Klimawandel ist eine der zentralen Aufgaben der
8 nächsten Jahrzehnte. Wir bauen die Zukunft!

9 Unsere grünen Ziele für Frankfurt

10 Wir werden...

- 11 • die Klimafolgenanpassung zu einem zentralen Planungskriterium für die
12 städtische Entwicklung machen.
- 13 • Dach- und Fassadenbegrünung weiter fördern und ausbauen und an der
14 Gestaltungssatzung Freiraum und Klima festhalten.
- 15 • „Schwammstadt“- Konzepte fördern und umsetzen, damit Frankfurt bei
16 Starkregen und Hochwasser besser geschützt ist.
- 17 • durch blau-grüne Infrastruktur eine Stadt schaffen, die sowohl mit
18 Starkregen als auch mit Hitze und Trockenheit umgehen kann.
- 19 • das Programm zur klimanangepassten Gestaltung von öffentlichen Plätzen
20 weiter ausbauen und beschleunigen.
- 21 • deutlich mehr Flächen entsiegeln und grüne Oasen in der Stadt schaffen.

- bei behutsamer Verdichtung die Qualität unserer Freiräume erhalten und weiterentwickeln
- einen verbindlichen Plan für die Entwicklung unserer Freiflächen erstellen und einen Grünflächenanteil je Einwohner*in einhalten. Dafür stellen wir zusätzliche Mittel und Personal bereit.
- Vorbild sein und als Stadt selbst ein Pilotprojekt zum wassersensiblen Umbau städtischer Liegenschaften starten.
- ein modernes Regenwassermanagement einführen.
- den städtischen Wasserhaushalt durch eine verbindliche Zisternensatzung für Neubauten und bei umfangreichen Sanierungen stärken.
- die Einführung einer Wassernutzungssteuer (Wassercent) prüfen lassen, die jedoch sozial gestaffelt sein muss. Einkommensschwache Haushalte dürfen nicht unverhältnismäßig belastet werden.
- quartiersbezogene Energiekonzepte zum integralen Bestandteil der Stadtentwicklung machen, um CO₂-neutral und gleichzeitig resilient gegenüber klimatischen Veränderungen zu werden.
- auf Multicodierung von Flächen und Gebäuden setzen: Rasenflächen dienen z.B. auch zur Wasserrückhaltung bei Starkregen. Indem Flächen gleich mehrere Funktionen erfüllen, wird knapper Raum effizient genutzt.
- den Grüngürtel bewahren und mit weiteren Grünflächen vernetzen, um den Arten- und Naturschutz zu stärken.
- die Finanzierung der Grünflächenpflege absichern. Eine nachhaltige Grünflächenpolitik sorgt dafür, dass das Pflegebudget für Frankfurts Grünflächen automatisch mitwächst.

A6 Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.6 Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine
Stadt für alle

Antragstext

1 Frankfurt steht angesichts seines Wachstums vor großen Herausforderungen.
2 Steigende Mieten und Immobilienpreise machen bezahlbaren Wohnraum für immer mehr
3 Menschen unerreichbar. Besonders dramatisch ist die Entwicklung bei den
4 Sozialwohnungen. Der Bestand ist auf ein historisches Tief geschrumpft. Das
5 steht in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Bedarf.

6 Zudem ist Frankfurt die drittstädtteste Stadt Deutschlands. Das erhöht den
7 Nutzungsdruck auf die verfügbaren Flächen enorm. Ohne planvoll gesteuerte
8 Nachverdichtung gehen wertvolle Grünflächen und Bäume verloren, was im
9 Widerspruch zur notwendigen Klimaanpassung steht.

10 Angesichts der Klimakrise ist es jetzt umso wichtiger, Frankfurt in eine
11 klimaresiliente, durchgrünte und entsiegelte Stadt zu verwandeln. Das bedeutet,
12 Flächen so zu gestalten, dass sie bei Hitze abkühlen, Wasser speichern und
13 Schatten spenden. Um die Klimaziele zu erreichen, muss Frankfurt seinen
14 Gebäudebestand deutlich schneller sanieren.

15 Für eine nachhaltige, gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung braucht es einen
16 strategisch, integrierten Ansatz. Er soll kooperative Verwaltungsstrukturen und
17 innovative Beteiligungsprozesse fördern sowie Digitalisierung nutzen, um
18 Flächen- und Interessenskonflikte sichtbar zu machen. Er soll aber auch
19 Planungs- und Genehmigungsprozesse vereinfachen und Bürokratie abbauen. Nur
20 gemeinsam können wir Frankfurt zukunftsfähig, krisenfest und lebenswert
21 gestalten.

22 Unsere grüne Vision für Frankfurt

23 Wir wollen...

- 24 • **eine Stadt, die für alle Menschen lebenswert ist** – nicht nur für
25 Privilegierte.

- 26 • **unserer Stadt nachhaltig, krisenfest und gerecht weiterentwickeln.**
27 Zentrale Bausteine sind für uns Grüne dabei Klimaanpassungsmaßnahmen,
28 nachhaltige Mobilität, eine resiliente Nutzungsmischung, **öffentlicher Raum**
29 **mit hoher Aufenthaltsqualität**, sozial gerechte Wohnangebote und
30 Digitalisierung.

- 31 • **die komplexen Herausforderungen unserer wachsenden Stadt integriert und**
32 **partizipativ angehen** und das Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellen.

33

Nachhaltige und gemeinwohlorientierte 34 Stadtentwicklung

35 Wir bauen für die Zukunft. Wir wollen, dass in Frankfurt nachhaltig, gerecht und
36 sozialverträglich gebaut wird. Städtebau darf nicht den Investor*innen dienen,
37 sondern muss sich am Gemeinwohl orientieren. Zu attraktiven Stadtvierteln kommen
38 wir mit einer konsequenten Planungskultur.

39 Wir werden...

- 40 • **in einem integrierten Stadtentwicklungskonzept 2040+ die Prinzipien der**
41 **Leipzig Charta einer gerechten, grünen und produktiven Stadt verankern** und
42 damit verbindliche Leitlinien für alle Planungen schaffen.

- 43 • **kontinuierliches Monitoring und Evaluation von Projekten mitdenken.**
44 Planungen und Konzepte müssen praxisnah sein und umgesetzt werden.

- 45 • **stärker als bisher auf das Prinzip der integrierten Planung setzen**, die
46 alle relevanten Aspekte der Stadtentwicklung miteinander verzahnt:
47 Ressortübergreifende Projektteams entwickeln Quartiere und
48 Querschnittsthemen. Die Koordination übernimmt das Stadtplanungsamt.

- 49 • **das Prinzip der Partizipation stärken**, indem wir Quartiersbeiräte
50 einsetzen, die Beteiligungskultur in der Verwaltung stärken und dem
51 Leitbild der Koproduktion folgen. Das heißt: Ein regelmäßiges
52 Stadtentwicklungsforum bringt alle relevanten Akteur*innen zusammen und
53 sorgt für Transparenz und Austausch.

- 54 • **Barrierefreiheit sowie die Perspektiven von Menschen mit Behinderungen und**
55 **Pflegebedarf von Anfang an in die Stadtplanung integrieren** und
56 altersgerechten, inklusiven Wohnraum als festen Bestandteil einer
57 gerechten Stadtentwicklung verankern.

- 58 • **bei unseren Planungen die regionale Dimension berücksichtigen** und uns

59 intensiv mit den Umlandkommunen abstimmen. Das gilt insbesondere auch für
60 den neuen „Stadtteil der Quartiere“ im Nordwesten.

- 61 • **den Ansatz der feministischen Stadtplanung verfolgen**, der auf sozialer
62 Gerechtigkeit und Partizipation aufbaut.
- 63 • **nachhaltige Baustandards in der Stadtplanung verankern**. Ökologische
64 Nachhaltigkeit und Resilienz sind zentrale Werte für eine zukunftsähnliche
65 Stadt. Wir treffen dazu verbindliche Vereinbarungen mit Investor*nnen.
66 Gleichzeitig verabschieden wir uns von überholten Standards, die im
67 Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen nicht mehr sinnvoll
68 erscheinen.
- 69 • **für alle Neubauvorhaben verbindliche Klimaneutralitätsziele in**
70 **städtebaulichen Verträgen festlegen**.
- 71 • **überall dort, wo Verkehrsinfrastruktur ausgebaut wird, eine städtebauliche**
72 **Begleitplanung auflegen**.
- 73 • den U4-Lückenschluss zukünftig mit neuen Möglichkeiten und Erweiterung der
74 und Freiraumnutzung verbinden.
- 75 • Gesundheitsschutz zum festen Bestandteil der Stadtplanung machen: Gesund
76 sind **durch** viele gut erreichbare Parks und Grünflächen **mit ausreichend**
77 **Sitz- und Beschattungsmöglichkeiten**, konsequenter Lärmschutz sowie die
78 Förderung gesunder Mobilität und sauberer Luft für alle.
- 79 • **Toiletten und sauberes Trinkwasser in der Stadt flächendeckend zugänglich**
80 **machen**.
- 81 • **mit dem Ansatz des Animal-Aided Design (ADD) auch die Bedürfnisse von**
82 **Tieren in der Stadtplanung berücksichtigen** und in Frankfurt eine gute
83 Kultur der Koexistenz etablieren.
- 84 • **die Stadt soll sicherstellen, dass Handwerkskammern und -betriebe**
85 **systematisch und frühzeitig in Planungsprozesse einbinden** und die
86 Gewerbeflächenstrategie der Stadt entsprechend erweitern.

87 Lebenswerte und zukunftsähnliche Stadtquartiere

88 Wir verfolgen bei der Stadtplanung einen ganzheitlichen Ansatz. Ob bei der
89 Entwicklung neuer oder der Aufwertung bestehender Quartiere: Jedes Viertel ist
90 einzigartig und erfordert eine individuelle Lösung, die das Gemeinwohl in den

91 Mittelpunkt stellt.

92 Wir setzen auf lebendige, vielfältige Quartiere, in denen Wohnen, Arbeiten,
93 Einkaufen, Bildung, Kultur, Sport und Freizeit eng miteinander verbunden sind.
94 Das erleichtert den Alltag, ermöglicht kurze Wege, die sich zu Fuß, mit dem
95 Fahrrad oder dem ÖPNV zurücklegen lassen, und schont die Umwelt. Eine gute
96 Durchmischung sorgt außerdem dafür, dass alle Menschen am öffentlichen Leben
97 teilhaben können.

98 Unsere Vision sind Quartiere, die soziale Vielfalt, ökologische Verantwortung
99 und eine gute städtebauliche Qualität gleichermaßen fördern. Bewohner*innen
100 sollen an der Gestaltung mitwirken können. Ihre Lebensansprüche und Bedürfnissen
101 werden Teil der Planung.

102 Wir werden...

- 103 • **uns bei der Entwicklung von Quartieren am Konzept der „15-Minuten-Stadt“
104 orientieren:** Alles ist in der Nähe und gut erreichbar. Mit der
105 Nutzungsmischung steigen Lebensqualität und ökologische Nachhaltigkeit. In
106 allen Stadtteilen werden die Nahversorgungszentren gestärkt. Mit der ABG
107 Frankfurt Holding richten wir Kioske für den täglichen Bedarf ein.
- 108 • **Neubaugebiete ökologisch vorbildlich planen.** Von Energieverbrauch bis
109 Wasserwirtschaft und Begrünung gelten für solche Gebiete künftig hohe
110 ökologische Ansprüche.
- 111 • **unsere Spielplätze und Freizeitanlagen weiterentwickeln.** Wir haben bereits
112 wesentlich mehr Geld für eine bessere Pflege von Spielplätzen und
113 Freizeitanlagen bereitgestellt. Über 20 neue Plätze für Groß und Klein
114 sind hinzugekommen. Frankfurt hat damit pro Kopf mehr als dreimal so viele
115 Freizeitanlagen wie München. Diese Investitionen wollen wir weiter
116 ausbauen und überall Barrierefreiheit berücksichtigen. Das Ziel ist eine
117 „bespielbare Stadt“ mit Calisthenics Anlagen und Spielplätzen für alle
118 Altersgruppen.
- 119 • **ein Programm zur Belebung der Erdgeschosszonen entwickeln.** Die Förderung
120 wichtiger lokaler Geschäfte und ein gutes Leerstandmanagement sorgen für
121 lebendige Zentren in allen Stadtteilen.
- 122 • **uns für eine sozial gerechte und inklusive Stadtentwicklung einsetzen.**
123 Eine gute soziale Durchmischung stärkt den Zusammenhalt und fördert
124 gleiche Chancen für alle.
- 125 • **in benachteiligten Stadtteilen gezielt in hochwertig gestaltete**

126 öffentliche Räume mit Bürger*innenbeteiligung, mobilitätsfördernde und
127 soziale Infrastruktur investieren.

- **Geflüchteten und Wohnungslosen dezentrale Wohneinheiten in allen Stadtteilen anbieten.**
 - **Inklusion und Barrierefreiheit als wichtige Planungskriterien verankern und fördern.** die Barrierefreiheit weiter ausbauen, unter anderem durch Universal Design und die Umsetzung der UN-BRK (Behindertenrechtskonvention) soll Frankfurts Barrierefreiheit spürbar zunehmen.
 - **urbane Gärten und essbares Stadtgrün in allen Quartieren fördern und bürgerschaftliche Initiativen unterstützen.**
 - **das Frankfurter Programm Aktive Nachbarschaft ausbauen.** Langfristig soll in allen Stadtteilen ein flächendeckendes Quartiersmanagement entstehen. Indem wir Nachbarschaftsinitiativen fördern, stärken wir lokale Netzwerke.
 - **die Qualität der öffentlichen Räume unserer Stadt verbessern.** Durch vorgezogene Maßnahmen z.B. für Klimafolgenanpassung lässt sich die Umsetzung beschleunigen.
 - **konsumfreie Räume mit hoher Aufenthaltsqualität schaffen, die vor Ort mitgestaltet werden.**
 - **Dritte Orte für junge Menschen schaffen und stärken.** Neben der Schule und ihrem Zuhause brauchen Jugendliche weitere Orte an denen sie sich konsumfrei und selbstbestimmt aufhalten können.
 - **Mehr Begegnungsräume schaffen und ermöglichen, auch in den äußeren Stadtteilen.** Dazu zählen wir unter anderem die Außengastronomie.
 - **Kirchengebäude, die zum Verkauf stehen, für städtische Zwecke sichern.** Damit decken wir den Bedarf an sozialer Infrastruktur weiter.
 - **den Mainkai für den Autoverkehr sperren.** Auf Grundlage eines öffentlichen Planungswettbewerbs wird dieser Abschnitt am Fluss zu einem großzügigen Grün- und Aufenthaltsraum umgestaltet.
 - **die Innenstadt beleben und aufwerten.** Dazu braucht es ein integriertes Innenstadtmanagement unter Federführung des Stadtplanungsamts, das alle Aspekte von Aufenthaltsqualität bis Bausubstanz, von Barrierefreiheit bis

158 Erreichbarkeit und gut durchmischter Nutzung im Blick hat. Eine jährliche
159 Innenstadtkonferenz setzt Höhepunkte im Prozess.

- 160 • **die Planung für den „Stadtteil der Quartiere“ weiter voranbringen**
161 –verträglich für alle Seiten und unter Berücksichtigung eines sehr hohen
162 Anteils an bezahlbarem Wohnraum und Grünflächen.
- 163 • **den Gutleuthafen/Guleut-West zum produktiven Quartier entwickeln.** Hier
164 zeigt sich, wie urbane Produktion, Handwerk und Wohnen in Innenstadtnähe in
165 Zukunft aussehen können. Den Gutleuthafen verstehen wir als Leuchtturm,
166 von dem starke Entwicklungsimpulse für die ganze Stadt ausgehen. Mittels
167 ämterübergreifender Zusammenarbeit und unter Beteiligung der
168 Anwohner*innen werden wir uns für eine beschleunigte Umsetzung stark
169 machen.
- 170 • **die südliche Platensiedlung gemeinsam mit den Anwohner*innen**
171 **weiterentwickeln.** Mit einem transparenten Bebauungsplanverfahren, das gute
172 Planung, soziale Infrastruktur, bezahlbaren Wohnraum und Grünflächen von
173 Anfang an einschließt, stärken wir das Vertrauen und ermöglichen eine
174 nachhaltige und sozialgerechte Nachverdichtung.
- 175 • **einen neuen städtebaulichen Entwurf für die versiegelten Flächen der**
176 **Günthersburghöfe beauftragen.** Um die Grünflächen für die öffentliche
177 Nutzung zu erhalten, sollte die Stadt sie übernehmen und erschließen.
- 178 • **den Kulturcampus als innovatives Quartier mit dem „Offenen Haus der**
179 **Kultur“ und Angeboten für gemeinschaftliches Wohnen realisieren.** Der Umbau
180 des Juridicums soll demonstrieren, wie eine Umbaukultur gelingen kann, die
181 die bestehende Bausubstanz einbezieht und ihren kulturellen Wert erhält.
- 182 • **das VGF-Depot in Eckenheim nachhaltig und multifunktional umgestalten.** Mit
183 seiner wachsenden Bahnflotte braucht Frankfurt dringend weitere
184 Kapazitäten. Statt jedoch neue Flächen zu versiegeln, setzen wir auf die
185 Reaktivierung der Bestände.

186 **Städtische Lenkung und Nachverdichtung**

187 Mit der hohen Nachfrage nach Wohnraum nimmt der Druck auf Freiflächen zu. Aber
188 auch die Bedeutung von Klimaschutz und Klimaanpassung steigt: Grüne
189 Infrastruktur macht die Stadt klimaresilienter. Die massive Konkurrenz um
190 Flächen stellt Kommunen vielerorts vor große Herausforderungen.

191 Für uns Grüne muss Bauen höchste Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. Wir setzen

192 für Frankfurt auf das Prinzip der Nachverdichtung. Das verringert den
193 Flächenverbrauch und schafft als Grundlage für eine lebendige und gerechte
194 Stadtgesellschaft sowohl bezahlbaren Wohnraum als auch eine gute soziale und
195 grüne Infrastruktur. Auch hier zählt für uns eine ausgewogene Nutzung.

196 Wir werden...

- 197 • **bei der Nachverdichtung auf das Prinzip der dreifachen Innenentwicklung
198 setzen:** Die Stadt schafft neuen Wohnraum, fördert nachhaltige Mobilität,
199 wertet Freiräume ökologisch und sozial auf und saniert ihren
200 Gebäudebestand.
- 201 • **städtische Räume, die ihre ursprüngliche Funktion verlieren, umwandeln.** So
202 nutzen wir sie gezielt als Ressource mit Potenzial für die
203 Innenentwicklung. Die Stadt muss dafür das städtebauliche Sanierungsrecht
204 konsequent anwenden und das Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellen.
- 205 • **auch auf gezielte Nachverdichtungspotenziale und die Transformation von
206 Gewerbe-, Industrie- und Büroflächen setzen.** Damit erzielen wir eine
207 stärkere funktionale Durchmischung und integrieren urbane Produktion in
208 die Quartiere.
- 209 • **unsere Bestandsquartiere kompakt und zukunfts-fähig weiterentwickeln** und
210 auch dabei auf eine ausgewogene Nutzungs-Balance achten. Eine bauliche und
211 funktionale Verdichtung darf nur mit einem quantitativen und qualitativen
212 Ausbau des Freiraums sowie der Mobilitätsangebote einhergehen.
- 213 • **den Frankfurter Baulandbeschluss mit seinen verbindlichen Quotenanwendungen,
214 evaluieren und weiterentwickeln.** Unser Ziel ist ein „Frankfurter
215 Baukasten“ für bezahlbares Wohnen und gute Stadtentwicklung nach dem
216 Vorbild München.
- 217 • **eine aktive Liegenschaftspolitik etablieren.**
- 218 • **den kommunalen Zwischenerwerb und das Vorkaufsrecht aktiv nutzen** und mit
219 einem rollierenden Immobilienfonds die nötige finanzielle Flexibilität
220 schaffen.
- 221 • **mit einem kommunalen Monitoring den Frankfurter Immobilienmarkt
222 systematisch beobachten** und relevante Verkaufsprozesse frühzeitig
223 erkennen.

224 **Nachhaltiges Bauen**

225 Wohnraum wird dringend benötigt. Gleichzeitig verbrauchen Bauvorhaben hohe
226 Mengen an Ressourcen und Energie. Für uns Grüne ist klar: Alle Bürger*innen
227 sollen auch morgen gut und gerne in unserer Stadt leben können. Um die
228 Wohnkosten zu senken und die Umwelt zu schonen, setzen wir auf klimagerechte
229 Standards und nachhaltiges Bauen.

230 Wir werden...

- 231 • **den kommunalen Gebäudebestand konsequent ökologisch nachhaltig sanieren –**
232 mit **konsequent** nachhaltigen Baumaterialien, Kreislaufwirtschaft und
233 innovativen Energielösungen.
- 234 • **eine ganzheitliche Bewertungsmatrix einführen**, die neben der
235 Wirtschaftlichkeit auch die CO2-Bilanz, den kulturellen Wert und die
236 städträumliche Bedeutung berücksichtigt. Der vorhandene Bestand stellt mit
237 seiner „grauen Energie“ ein enormes Ressourcenlager dar, das es zu
238 bewahren gilt.
- 239 • **dem Prinzip „Sanierung vor Abriss“ folgen** und eine entsprechend gründliche
240 Prüfung zur Pflicht machen.
- 241 • **die Bauwirtschaft in die „Zero Waste City“-Strategie integrieren** und
242 gezielte Anreize schaffen, um Unternehmen bei der Umsetzung von Zero-
243 Waste-Prinzipien zu unterstützen. Sie wird entscheidender Teil einer
244 ressourcenschonenden und kreislauforientierten Stadtentwicklung.
- 245 • **bei eigenen Bauprojekten auf lokale Kreislaufwirtschaft setzen** und
246 Recyclingstationen errichten. Wir stärken die Rolle der FES als zentralem
247 Partner für die Bauschutt-Aufbereitung. Frankfurt benötigt perspektivisch
248 eine lokale Infrastruktur mit Lagern für aufbereitete Materialien und
249 wiederverwendbare Gebäudeteile.
- 250 • **durch gezielte Vorgaben bei der Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen den**
251 **Einsatz ressourcenschonender Materialien fördern**. Gemeinsam mit
252 Hersteller*innen werden wir Lösungen erarbeiten, die nachhaltige
253 Produktionsprozesse erleichtern.
- 254 • **Nachhaltigkeit zum festen Bestandteil von Wettbewerben machen**. Mit dem
255 Hochhausentwicklungsplan haben wir uns bereits auf diesen Weg begeben. Nun
256 soll die Erfahrung in alle städtischen Wettbewerbe einfließen.
- 257 • **die Potenziale der Digitalisierung auch im Bereich Bauen nutzen**, z.B.
258 durch Building Information Modeling (BIM). Wir werden digitale
259 Bebauungsplanverfahren nach dem bundesweiten XPlanung-Standard einführen,

260 der bereits in anderen deutschen Großstädten erfolgreich zum Einsatz
261 kommt. Das ermöglicht eine niedrigschwellige Bürgerbeteiligung,
262 beschleunigte Planungsprozesse und eine bessere behördenübergreifende
263 Zusammenarbeit.

- 264 • **uns für die Weiterentwicklung nachhaltiger Baustandards einsetzen.** Im
265 Gebäudetyp E („Einfaches Bauen“) sehen wir eine vielversprechende
266 Alternative zu konventionellen Bauweisen.
- 267 • **bei geeigneten Projekten z.B. mit der ABG modellhaft und wissenschaftlich
268 begleitet vorangehen,** um den Frankfurter Passivhausstandard zeitgemäß
269 weiterzuentwickeln.
- 270 • **die kommunale Wärmewende vorantreiben** und uns in diesem Zusammenhang für
271 einen Mix aus Fördern und Fordern einsetzen. Neben dem neuen Frankfurter
272 Modernisierungsbonus brauchen wir ein aktives Beratungsnetzwerk für
273 private Eigentümer*innen. Durch die Verknüpfung mit der kommunalen
274 Wärmeplanung geben wir ihnen Planungssicherheit und fördern
275 quartiersbezogene Ansätze.
- 276 • **uns beim Gesetzgeber für verbindliche Regelungen der Abwärmennutzung von
277 Rechenzentren stark machen.**
- 278 • **den Fernwärme-Ausbau mit der Sanierungsoffensive verknüpfen, um sowohl
279 Kosten als auch Belastungen zu senken.**
- 280 • **neue Quartiere von Anfang an klimaneutral planen,** wo möglich unter Nutzung
281 von Geothermie, Solarenergie-Pflicht und Sektorkopplung.
- 282 • **die Autobahn 661 einhausen,** weil sie aktuell Stadtteile trennt, Lärm
283 verursacht und wertvolle Flächen zerschneidet. Mit der Einhausung lassen
284 sich neue Grünflächen erschließen, die Quartiere Bornheim, Seckbach und
285 der Riederwald miteinander verbinden und Versäumnisse früherer
286 Verkehrspolitik korrigieren. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund sich
287 an den Kosten beteiligt.

A7 Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.7 Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragstext

Frankfurt ist eine hochverdichtete Metropole. Noch nie waren so viele Menschen in der Stadt wie heute. Tagsüber sind es deutlich über eine Million; 460.000 Menschen pendeln täglich zwischen Frankfurt und dem Umland. Und die Stadt wächst weiter. Um die Mobilität angesichts des begrenzten Raums auch weiterhin erhalten zu können, ist es notwendig, vermehrt auf platzsparende Verkehrsmittel und Verbindungen zu setzen: ÖPNV, Fahrrad und Wege zu Fuß verbrauchen nur einen Bruchteil von dem, was für den PKW-Verkehr benötigt wird. Für die Mobilität in einer wachsenden Stadt, aber auch für Klimaschutz und Lebensqualität setzen wir deshalb auf den Umweltverbund aus ÖPNV, Fahrrad und Fußverkehr. Durch diesen Ansatz erhalten wir zugleich für alle, die darauf angewiesen sind, die Möglichkeit, in Frankfurt Auto zu fahren.

Der Erfolg gibt uns Recht. Jüngste Studien haben gezeigt: Die mit dem Fahrrad zurückgelegten Strecken werden länger. Sehr stark zugenommen hat darüber hinaus der Fußverkehr. Hier ist ein Sprung von 25,9 Prozent (2018) auf 37,1 Prozent (2023) festzustellen. Der ÖPNV hat fast wieder das Niveau der Zeit vor Corona erreicht, während der Autoverkehr deutlich zurückgegangen ist: von 33,1 Prozent auf 23,4 Prozent. Trotzdem ist die Autodichte auf den Straßen hoch, was belegt, dass der Platz dafür endlich ist und wir Mobilität nur in einem Mix mit ÖPNV, Fahrrad und Fußverkehr aufrechterhalten können.

Auch die Sicherheit im Straßenverkehr steht für uns im Mittelpunkt. Mit der „Vision Zero“ setzen wir uns das Ziel, die Zahl der Verkehrstoten in Frankfurt auf null zu senken – so wie es Helsinki bereits 2024 gelungen ist.

Unsere GRÜNE Vision für Frankfurt

Wir wollen...

- den ÖPNV schneller, zuverlässiger und sicherer machen.
- Fußwege für alle frei und das Zufußgehen zum angenehmen Erlebnis machen.

- 27 • **Fahrradfahren in Frankfurt weiterhin komfortabel und sicher machen.**
- 28 • **dem Autofahren einen angemessenen Anteil am verfügbaren Raum überlassen**
29 **und den CO₂-neutralen Autoverkehr fördern.** Die von Handwerker*innen,
30 Lieferdiensten oder Menschen mit Behinderung benötigten Kraftfahrzeuge
31 sollen dabei eine hohe Priorität haben.

32 **ÖPNV: Stabiler Takt in einem stark ausgebauten**
33 **Streckennetz**

34 Der öffentliche Personennahverkehr, kurz ÖPNV, ist von zentraler Bedeutung für
35 eine fließende Mobilität in Frankfurt. Mehr als 250 Millionen Fahrgäste haben
36 2024 Busse und Bahnen genutzt. Damit ist der ÖPNV das Rückgrat der
37 Mobilitätswende. Wir bauen ihn weiter aus. Klar ist: Der Bau neuer Strecken ist
38 aufwendig und erfordert sehr viel Zeit. Oft sind neue Linien erst nach Jahren
39 oder Jahrzehnten fertiggestellt. Doch wer nicht anfängt, kommt auch nicht
40 weiter. Wohl in keiner Regierungszeit wurden in Frankfurt so viele ÖPNV-
41 Großprojekte gleichzeitig vorangetrieben wie in den Jahren von 2021 bis 2025.
42 Wir werden diesen Weg konsequent fortsetzen. Für einen stabilen Takt im
43 ausgebauten Streckennetz wollen wir weitere Fahrer*innen ausbilden. Außerdem
44 setzen wir uns für zuverlässigere und pünktlichere Bahnen und Busse und für mehr
45 Sauberkeit in den Bahnhöfen ein. Der vorgelegte Gesamtverkehrsplan Schiene 2035
46 ist das seit Jahrzehnten größte Ausbaukonzept für S- und U-Bahn und erstmals
47 auch wieder für ein deutlich erweitertes Straßenbahnnetz.

48 Wir werden...

- 49 • **die Regionaltangente West fertig bauen.** Nach jahrzehntelanger Planung
50 befindet sie sich nun endlich im Bau. Damit wird im Westen eine
51 leistungsfähige Direktverbindung vom Hochtaunuskreis bis nach Frankfurt-
52 Höchst, zum Flughafen und Stadion geschaffen, die die innerstädtischen
53 Knotenpunkte wie den Hauptbahnhof deutlich entlasten.
- 54 • **den Bau der nordmainischen S-Bahn als Grünes Landesprojekt vorantreiben.**
55 Im Jahr 2025 war für die lange geplante Strecke zwischen Hanau und
56 Frankfurt-Konstablerwache endlich der erste Spatenstich. Anfang der 2030er
57 Jahre soll die neue Trasse fertig sein.
- 58 • **den sechsgleisigen Ausbau der Achse Stadion-Hauptbahnhof mit einer neuen**
59 **Mainbrücke weiter vorantreiben.** Das Projekt ist wichtig, um S-Bahn,
60 Regional- und Fernverkehr vor dem Hauptbahnhof zu entflechten und soll
61 2030 fertig sein. Reisende werden von deutlich mehr und pünktlicheren
62 Zügen profitieren.

- 63 • den **Bau des Fernbahntunnels weiter unterstützen**. Allerdings drängen wir
64 auf umweltverträgliche Verfahren und legen bei der Auswahl der Varianten
65 großen Wert darauf, dass während der langen Bauzeit keine Sperrung von U-
66 Bahnstrecken nötig wird.

- 67 • **beim Lückenschluss für die U4 zwischen Ginnheim und Bockenheimer Warte die
68 festgelegte, umweltverträgliche und attraktive Variante verfolgen.**

- 69 • **den Ausbau der U5 über das Europaviertel hinaus bis zum künftigen
70 Wohngebiet Römerhof vorantreiben.**

- 71 • **auf der anderen Seite der U5 die Verlängerung von Preungesheim bis zur
72 Station Frankfurter Berganstreben** und damit den Anschluss der U5 an die S6
73 erreichen.

- 74 • **uns für eine Verlängerung der U7 aussprechen, um den neuen Stadtteil der
75 Quartiere im Nordwesten anzubinden** und von vornherein **als** autoarmen
76 Stadtteil zu planen.

- 77 • **mit der Verlängerung der U7 auch den Bau eines P+R-Platzes Taunusblick
78 verbinden**. Perspektivisch ist eine Verlängerung bis nach Steinbach
79 möglich. Damit entstehen in dieser Region weitere Verbesserungen des ÖPNV-
80 Angebots.

- 81 • **mit der Verlängerung der A-Strecke (U1,2,3,8) zur Sachsenhäuser Warte neue
82 Wohngebiete an das U-Bahn-Netz anschließen** und Sachsenhausen so vom
83 Verkehr entlasten.
84 Damit ergibt sich außerdem die Möglichkeit, dass Fahrgäste der Buslinien
85 aus dem Süden schon an der Babenhausener Landstraße in die U-Bahn
86 einstiegen. Durch einen Rückbau der Babenhausener Landstraße von vier auf
87 zwei Fahrstreifen werden Flächen für P+R sowie für Entsiegelungen und
88 Aufforstungen im Stadtwald frei.

- 89 • **die Straßenbahnhaltestelle vor dem Hauptbahnhof viergleisig ausbauen**.
90 Dieser Ausbau, der im Zusammenhang mit dem Bau des Fernbahntunnels
91 beschleunigt geplant werden konnte, wird die Zahl der Straßenbahnfahrten
92 nahezu verdoppeln. Gleichzeitig wird das Vorhaben neue Lösungen für den
93 Fuß- und Radverkehr am Hauptbahnhof bringen.

- 94 • **eine Ringstraßenbahn von Bornheim über Eckenheim, Nordend, Ginnheim bis
95 Bockenheim planen und bauen**. Das Projekt wurde bereits in den jeweiligen
96 Ortsbeiräten vorgestellt. Die neue Linie wird Stadtteile ohne Umwege über
97 die Innenstadt miteinander verbinden, Wege verkürzen und die
98 Innenstadtrouten stark entlasten.

- 99 • **durch eine Verlängerung der U4 die Anbindung von Bergen vorantreiben.** Die
100 vom RMV vorgestellte Variante einer Regionaltangente Ost durch den Berger
101 Hang direkt unterhalb von Bergen sehen wir kritisch, denn der Bau darf so
102 wenig wie möglich in den Natur- und Erholungsraum eingreifen. Deswegen
103 haben wir uns für eine vergleichende Variantenuntersuchung stark gemacht,
104 die alle Aspekte für Mensch und Umwelt mitberücksichtigt.

- 105 • **das Durchkommen der Buslinien auf viel befahrenen Straßen beschleunigen.**
106 Dazu wollen wir die Blockade der Busspuren z.B. durch abgestellte
107 Fahrzeuge verhindern und zusätzliche Busspuren einrichten.

- 108 • **die Verbindungen über den Main durch neue Buslinien über bestehende
109 Brücken verbessern.** Eine Busverbindung zwischen Sindlingen und Schwanheim
110 über die Werksbrücke West wäre ebenso möglich wie zwischen Osthafen und
111 Oberrad über die Osthafenbrücke. Auch Verbindungen über andere Brücken
112 sollten attraktiver werden.

- 113 • **gemeinsam mit der Stadt Offenbach die Möglichkeit einer Ringstraßenbahn
114 zwischen Fechenheim und Oberrad prüfen.** Eine Machbarkeitsstudie wurde
115 bereits in die Wege geleitet. Konkrete Ergebnisse stehen aus.

- 116 • **weitere günstige Flat-Angebote für den ÖPNV entwickeln.**

- 117 • **Menschen mit niedrigem Einkommen besonders günstige ÖPNV-Angebote machen:**
118 Schon jetzt können Frankfurt-Pass-Inhaber*innen das Deutschlandticket für
119 29 Euro erwerben. Diese und ähnliche vergünstigten Flat-Angebote wollen
120 wir auf weitere bedürftige Gruppen ausweiten.

- 121 • **die Technik im S-Bahntunnel so digitalisieren, dass 28 statt 24 Züge pro
122 Stunde durch den Tunnel fahren können.** Bei einer wachsenden Stadt wie
123 Frankfurt wäre eine höhere Kapazität für die Zukunftsfähigkeit des ÖPNV
124 ein großer Gewinn. Entsprechende Planungen wollen wir schnellstmöglich bei
125 der Bahn und dem RMV anregen.

- 126 • **noch im Jahr 2026 auch die Stationen Niddapark und Römerstadt barrierefrei
127 nachrüsten.** Damit wären alle 84 U-Bahnstationen Frankfurts barrierefrei
128 ausgestattet.

- 129 • **den barrierefreien Ausbau der Bus- und Straßenbahnhaltestellen weiter
130 fortsetzen.** Nach den zahlreichen Umbauten der vergangenen Jahre, sind
131 inzwischen deutlich mehr als die Hälfte aller Stationen barrierefrei.

- 132 • **auf die Deutsche Bahn einwirken, damit auch die S-Bahn-Stationen endlich
133 alle barrierefrei werden.** S-Bahn-Stationen sind wichtige Knotenpunkte im

134 ÖPNV mit Zehntausenden von Fahrgästen täglich. Dennoch fehlen an Stationen
135 wie der Galluswarte, am Westbahnhof oder an der Ostendstraße weiterhin
136 Aufzüge. Die Deutsche Bahn ist für den Umbau verantwortlich. Sie soll auch
137 künftige Reparaturen an Aufzügen deutlich beschleunigen.

- 138 • **auf die Deutsche Bahn einwirken, damit ein flächendeckendes Angebot an**
139 **Toiletten in den S-Bahnhöfen besteht.**
- 140 • **die Sauberkeit der Haltestellen weiter verbessern.** Wir haben dazu das
141 Konzept der „Reinigung aus einer Hand“ bereits auf die oberirdischen
142 Stationen ausgeweitet. Wir setzen uns dafür ein, dass die dafür
143 notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden.
- 144 • **viele weitere E-Busse einsetzen.** Ihr Einsatz hat sich in Frankfurt sehr
145 bewährt und die Technik schreitet schnell voran. Elektrisch angetriebene
146 Busse sind abgasfrei und klimafreundlich, aber auch leiser. Für
147 Anwohner*innen sind sie deshalb ein Segen. Mittelfristig möchten wir die
148 gesamte Busflotte elektrifizieren.
- 149 • **dafür eintreten, dass die U- und Straßenbahnen der VGF (wie seit Anfang**
150 **2024) weiter mit sauberem Ökostrom fahren.** Dies wollen wir möglichst auf
151 den gesamten Betrieb des RMV ausdehnen.
- 152 • **autonomes Fahren im ÖPNV unterstützen, um fehlendes Fahrpersonal zu**
153 **kompensieren.** Dazu müssen die rechtlichen Möglichkeiten geschaffen werden.
- 154 • **die Umweltprämie „Deutschlandticket für abgegebenes Auto“ weiterführen.** Im
155 Juli 2024 haben wir die Möglichkeit geschaffen, dass Frankfurter*innen,
156 die auf ein eigenes Auto verzichten, ein kostenloses Deutschland-
157 Jahresticket erhalten. Dafür hat die Stadt 500.000 Euro im Haushalt
158 bereitgestellt. Dieses Konzept wollen wir fortführen, um den Autoverkehr
159 in der Stadt zu verringern.
- 160 • **den Ausbau und Betrieb des ÖPNV auskömmlich finanzieren** und neue
161 Finanzierungsquellen erschließen: In der Pendlerhauptstadt Frankfurt
162 sollen sich Unternehmen an den Kosten beteiligen. Wir werden uns weiter
163 für eine entsprechende Arbeitgeberabgabe einsetzen. Unternehmen, die ihren
164 Mitarbeiter*innen ein Jobticket finanzieren, sollen zumindest teilweise
165 von der Abgabe entlastet werden. So kann das Vorhaben auch eine
166 Steuerungswirkung entfalten.
- 167 • **die City Maut als weitere mögliche Finanzierungsquelle für den ÖPNV**
168 **vorantreiben.** Bisher werden die Autostraßen ausschließlich öffentlich
169 finanziert, während Nutzer*innen von Bussen und Bahnen den ÖPNV zu mehr

170 als 50% selbst tragen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Schaffung
171 einer Rechtsgrundlage zur City-Maut ein. In Frankfurt bereiten wir ihre
172 Einführung vor, damit sie zügig umgesetzt werden kann, sobald die
173 Rechtsgrundlage geschaffen wurden.

174 **Weniger Motorisierter Individualverkehr (MIV)** 175 **besser gelenkt**

176 Der Masterplan Mobilität sieht vor, den Anteil des Motorisierten
177 Individualverkehrs (MIV) am Verkehrsaufkommen bis 2035 um 10 Prozent zu
178 reduzieren – aus unserer Sicht ein realistisches Ziel, das den Bedürfnissen
179 aller Frankfurter*innen gerecht wird. Eine Straße ist mehr als nur eine Fahrbahn
180 für Autos. Entlang der Straße leben, laufen, begegnen sich Menschen. Auch Bäume,
181 Büsche, Beete, Bänke brauchen Platz. Es soll ruhig und sicher sein. Die Fahrbahn
182 muss anderen Verkehrsmitteln wie ÖPNV oder Fahrrad genügend Raum geben. Dennoch
183 wollen wir Staus vermeiden, wo es geht, und Lösungen für das wachsende Bedürfnis
184 nach Lieferungen aller Art finden.
185 Wir werden...

- 186 • **Tempo 20/30/40 je nach innerörtlichem Straßentyp als stadtverträgliche**
187 **Geschwindigkeit unterstützen.** Frankfurt hat sich 2022 der Städteinitiative
188 „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ angeschlossen.
189 Diese Initiative fordert den Bund dazu auf, die rechtlichen
190 Voraussetzungen zu erfüllen, dass Städte selbst
191 Geschwindigkeitsbegrenzungen anordnen können, wo sie es selbst für
192 sinnvoll und notwendig halten.
- 193 • **die Parkraumbewirtschaftung auf weitere Gebiete ausdehnen.** Anwohner*innen
194 sollen bevorzugt in der Nähe ihrer Wohnungen parken dürfen, um unnötigen
195 Parkplatzsuchverkehr zu vermeiden. Auswärtige sollen nach Möglichkeit
196 direkt zu Parkhäusern geleitet werden oder den ÖPNV nach Frankfurt nehmen.
- 197 • **ein modernes und funktionierendes Parkleitsystem installieren.** Nach der
198 erfolgreichen Realisierung des digitalen Parkdatenservers für Onlinenutzer
199 und Navigationssysteme (Projekt „Parken und Leiten“) wollen wir die
200 verfügbarsten Daten mit dem Städtischen Verkehrsleitinformationssystem VLIS
201 auch auf die Straße bringen.
- 202 • **Superblocks nach dem Vorbild von Barcelona und anderen Städten einrichten.**
203 Drei davon sind bereits beschlossen. In Bockenheim wurden mit den
204 Verkehrsmessungen schon erste Maßnahmen zur Umsetzung eingeleitet. Wir
205 wollen das Konzept gezielt ausweiten, den Verkehr dort auf die großen
206 Hauptachsen verlagern und Wohngebiete gezielt entlasten. Wir unterstützen
207 die zahlreichen Initiativen, wie „Superblock Bockenheim“ oder die

208 Initiative für einen Superblock rund um die Berger Straße.

- 209 • **die Anlieferung durch Paketdienste und den Lieferverkehr
210 umweltverträglicher und stadtverträglicher gestalten.** Die Teilstrategie
211 Logistik im Masterplan Mobilität beschreibt, wie der zunehmende
212 Lieferverkehr geordnet werden soll. So wollen wir Lieferzonen ausweisen
213 und vermehrt Mikro-Depots und Paketstationen einrichten. An zentralen
214 Orten im Stadtteil oder an Supermärkten sollen Quartierdepots für Waren
215 und Pakete eingerichtet werden.
- 216 • **vermehrt Parkplätze tagsüber für den Lieferverkehr reservieren und sie
217 nachts Anwohner*innen zur Verfügung stellen.** In den fahrradfreundlichen
218 Nebenstraßen setzen wir dieses Konzept bereits um und machen damit
219 positive Erfahrungen.
- 220 • **rund 1000 Mobilitätsstationen errichten und damit E-Scootern,
221 Leihfahrrädern und Car-Sharing feste Plätze zuweisen.** E-Scooter sollen
222 nicht mehr überall herumstehen, sondern primär in diesen Stationen. In der
223 Innenstadt funktioniert das bereits. Wir wollen dieses Konzept nun auf die
224 ganze Stadt ausrollen, wenn auch die Dichte der Stationen nicht überall
225 die gleiche sein kann. Es wird kleine, mittlere und große Stationen geben.
226 An den größeren wird dann auch der Umstieg vom E-Scooter, Leihfahrrad oder
227 ÖPNV auf das Car-Sharing-Auto möglich sein.
- 228 • **uns dafür einsetzen, dass Scancars zur automatischen Erfassung falsch
229 parkender Autos erlaubt werden.** Wir wollen auf Bundesebene über den
230 Städtetag und auf allen weiteren möglichen Wegen eine Gesetzesänderung
231 erwirken und fordern das Land Hessen auf, in Frankfurt einen Modellversuch
232 zuzulassen.
- 233 • **die Verkehrssituation vor Schulen verbessern.** Es kann nicht sein, dass so
234 viele Eltern ihre Kinder mit dem Auto zur Schule bringen, weil sie die
235 Verkehrssituation als zu gefährlich einschätzen. Schulwege müssen an jeder
236 Stelle, insbesondere direkt vor den Schulen, für alle Kinder sicher sein.
237 Nachdem die ersten beiden Schulstraßen gut funktionieren, werden wir diese
238 Maßnahme an weiteren Orten ausweiten. Außerdem werden wir die Initiative
239 „Bici-Bus“ weiterhin unterstützen.
- 240 • **Tempo 30 vor allen Altenheimen einrichten** und wo möglich und sinnvoll
241 Verkehrsüberwege anlegen, die den besonderen Bedürfnissen der
242 Bewohner*innen Rechnung tragen.
- 243 • **gegen den Ausbau der A5 kämpfen.** Die Stadt Frankfurt soll sich weiterhin
244 klar gegen den vom Bundesverkehrsministerium geplanten 10-spurigen Ausbau
245 stellen.

246 der A5 aussprechen. Statt Autobahnen zu verbreitern, sollten Brücken
247 saniert und der ÖPNV ausgebaut werden. Eine Verbreiterung der A5 wäre eine
248 unzumutbare Belastung für alle, die jetzt schon in der Nähe oder direkt
249 neben der Autobahn leben. Über den Zeitraum jahrelanger Bauarbeiten wäre
250 die Kapazität der Autobahn zudem drastisch eingeschränkt – und das nur, um
251 irgendwann eine in Zeiten der allgemeinen Mobilitätswende weit
252 überdimensionierte A5 zu haben. Wir werden uns gegen jeden weiteren
Autobahnausbau auf Frankfurter Gemarkung wehren.

253 **Vorfahrt für E-Mobilität**

254 Das Auto mit Verbrennungsmotor hat keine Zukunft. Die EU will die Neuzulassungen
255 ab 2035 verbieten. Zum Vergleich: In Norwegen beträgt der Anteil neu
256 zugelassener Elektro-Autos bereits heute 97 Prozent. Der Antrieb mit Strom aus
257 erneuerbaren Energien ist eine schnell umsetzbare, einfache Lösung, um den
258 Autoverkehr leiser und klimafreundlicher zu gestalten. Außerdem werden in den
259 nächsten Jahren die Preise für Diesel und Benzin deutlich steigen, so dass sich
260 E-Autos auch individuell zunehmend rechnen. Dabei dürfen wir aber nicht
261 vergessen: Eine Wende des Antriebssystems ist noch keine Mobilitätswende! E-
262 Autos verbrauchen genauso viel Platz wie Verbrenner und sind bei Unfällen
263 genauso gefährlich. Da wir als GRÜNE das Autofahren weiter ermöglichen wollen,
264 fördern wir den Ausbau der E-Mobilität mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen.

265 Wir werden...

- 266 • **die Zahl der Ladestationen im Stadtgebiet weiter erhöhen.** Wir haben fast
267 aus dem Nichts inzwischen deutlich über 1000 Ladestationen an öffentlichen
268 Straßen errichten lassen. Wir führen nun Ausschreibungen für die Wahl
269 vieler weiterer Standorte durch, wobei die Ortsbeiräte mit ihrer guten
270 Ortskenntnis einbezogen werden. Wir werden alle Stadtteile
271 berücksichtigen.
- 272 • **das Aufladen von E-Autos am eigenen Haus nach Möglichkeit erleichtern.**
- 273 • **Parkhäuser stärker auf E-Mobilität auslegen** und, wie in der vergangenen
274 Wahlperiode bereits begonnen, die dortigen Lademöglichkeiten stark
275 ausbauen.
- 276 • **in Ladestationen aller Art mittelfristig Rücklademöglichkeit ins**
277 **öffentliche Stromnetz integrieren** – so schaffen wir ein resilientes
278 Stromnetz, das für große und wechselnde Herausforderungen gewappnet ist.
- 279 • **Elektro-Taxis fördern** und im Zuge des Ausbaus der Ladestationen nach und
280 nach auch die Umstellung der Taxiflotte auf E-Mobilität einfordern.

281 Gleiches gilt für Fahrdienste und Car-Sharing.

282 Radfahren sicherer und komfortabler machen

283 Rund 20 Prozent aller Wege in Frankfurt werden mit dem Fahrrad zurückgelegt.
284 Dabei nimmt die zurückgelegte Strecke, nicht zuletzt dank des Aufkommens von E-
285 Bikes, deutlich zu. Fahrradfahren ist gesund, leise und klimafreundlich.

286 Menschen, die mit dem Fahrrad unterwegs sind, haben – wie alle anderen auch –
287 ein Recht auf Sicherheit. Ihr Leben und ihre Gesundheit sind zu schützen. Beim
288 Radentscheid haben über 40.000 Menschen ihrem Wunsch nach besserer
289 Radinfrastruktur Ausdruck verliehen. Und wir haben das Radfahren in Frankfurt in
290 den letzten Jahren entsprechend sicherer und auch komfortabler gemacht. Während
291 der Bau neuer ÖPNV-Strecken Jahrzehnte dauern kann, lassen sich Verbesserungen
292 in der Radinfrastruktur oft sehr schnell umsetzen. Diesen Weg wollen wir
293 fortsetzen

294 Wir werden...

- 295 • **die Fahrradverbindungen in den peripheren Stadtteilen systematisch
296 ausbauen.** Infolge des Radentscheids haben wir im inneren Stadtgebiet das
297 Radwegenetz drastisch verbessert. Nun wollen wir solche Verbesserungen
298 auch in den äußeren Stadtteilen umsetzen und mehr Verbindungen wie
299 zwischen Nieder-Eschbach und Nieder-Erlenbach Realität werden lassen. Für
300 den Frankfurter Westen liegt bereits das Radverkehrskonzept West zur
301 Umsetzung vor. Wir werden solche Konzepte für alle vier Himmelsrichtungen
302 erstellen und nach und nach realisieren.
- 303 • **den Ausbau von Schnellradwegen weiter vorantreiben.** Die Planungen für den
304 Schnellradweg nach Darmstadt wurden kürzlich vorgestellt. Für die Routen
305 nach Wiesbaden und Hanau hat die Planung begonnen.
- 306 • **weitere Straßen fahrradfreundlich ausbauen und begrünen**, wie wir es am
307 Beispiel Oeder Weg, Kettenhofweg und Grüneburgweg vorgemacht haben. In den
308 neu eingerichteten, fahrradfreundlichen Nebenstraßen hat der Autoverkehr
309 stark abgenommen und der Fahrradverkehr zugenommen. Die
310 Aufenthaltsqualität ist deutlich gestiegen. Wir wollen diese bundesweit
311 beachteten Erfolgsmodelle ausweiten.
- 312 • **die Ergebnisse des „Radentscheids“ konsequent weiter umsetzen.** Im
313 Beschluss „Fahrradstadt Frankfurt“, der durch die Verhandlungen mit der
314 Initiative Radentscheid entstanden ist, gibt es viele Straßen, die noch
315 nicht umgesetzt wurden. Wir stehen weiter hinter dem Beschluss und setzen
316 ihn um.

- 317 • **mehr Rechtsabbiegepfeile für Fahrräder installieren.** An den meisten Ampeln
318 können Radfahrende gefahrlos rechts abbiegen ohne zu warten. Das wollen
319 wir durch mehr solcher Pfeile legalisieren.
- 320 • **mehr Radwege vom Bürgersteig auf die Straße verlegen.**
- 321 • **den Ausbau von Fahrradbügeln weiter vorantreiben.** Wir haben in den letzten
322 Jahren zirka 2000 neue Fahrradbügel pro Jahr errichtet und wollen dieses
323 Tempo beibehalten. So halten wir die Sichtachsen von Kreuzungen frei und
324 verbessern die Fahrradinfrastruktur.
- 325 • **die Planung von neuen Radwegen außerhalb von Wohngebieten vorantreiben,**
326 sodass auch dezentrale Stadtteile gut mit dem Rad erreichbar sind.

327 **Fußverkehr: Gut und gerne unterwegs in der 328 Flanierstadt**

329 Zu Fuß unterwegs sein zu können, ist ein Grundbedürfnis fast aller Menschen.
330 Sich überall in der Stadt frei zu Fuß bewegen zu können, ist deshalb das
331 Mindeste, was wir ermöglichen werden. Wir wollen, dass die Straßen sicher
332 werden, dass Kinder zu Fuß alleine sicher zur Schule kommen und dass sich auch
333 alte und körperlich eingeschränkte Menschen sicher durch Frankfurt bewegen
334 können. Unterwegs in der Stadt muss es für alle ausreichend Orte zum Ausruhen
335 und für Begegnungen geben. Auf einen Plausch mit der Nachbarin um die Ecke...

336 Wir werden...

- 337 • **die vom Verkehrsdezernat entwickelte Fußverkehrsstrategie für Frankfurt
338 umsetzen.** Ziel ist es, den Fußverkehr zu fördern und sicherzustellen, dass
339 Fußgänger*innen sich sicher und komfortabel in der Stadt bewegen können.
340 Dieses Vorhaben ist Teil des Masterplans Mobilität.
- 341 • **die Arbeit der ersten Fußverkehrsbeauftragten für Frankfurt unterstützen.**
342 Mit der Schaffung dieser Stelle haben wir ein deutliches Zeichen gesetzt,
343 dem Fußverkehr mehr Bedeutung beizumessen. Wir werden ihn auch mit mehr
344 Personal in den Ämtern fördern.
- 345 • **Kreuzungen und Fahrbahnüberquerungen sicherer machen.** Die größte Gefahr
346 für Fußgänger*innen besteht beim Überqueren von Autostraßen. Damit das
347 sicherer wird, müssen gerade die Sichtachsen der Kreuzungen in Tempo-30-
348 Zonen fre gehalten werden.
- 349 • **Ampeln und Ampelschaltungen ändern.** Sie stellen manchmal Barrieren im

350 Fußverkehr dar. Wir werden deswegen überprüfen, wo Ampeln durch
351 Zebrastreifen ersetzt oder wo Vorrangampeln eingesetzt werden können.
352 Müssen zur Überquerung einer Straße mehrere Ampeln passiert werden, wollen
353 wir hier mehr „grüne Wellen“ für Fußgänger*innen erwirken.

- 354 • **den Mainkai für den Fußverkehr öffnen und für den Autoverkehr schließen.**
355 Der Autoverkehr beeinträchtigt die Erholungsqualität am Mainufer derzeit
356 sehr und stellt ein sehr störendes Hindernis zwischen dem Eisernen Steg
357 und Römerberg dar, wo sich große Tourist*innenströme bewegen. Bei vielen
358 Veranstaltungen hat sich gezeigt, dass eine Öffnung dieser Fläche für die
359 Menschen sehr gut angenommen wird und verkehrstechnisch machbar ist.
360 Städte wie Paris, wo noch weit größere Straßen entlang der Seine vom
361 Autoverkehr befreit wurden, können uns zum Vorbild dienen.
- 362 • **mehr öffentliche Bänke aufstellen.** Zum Fußverkehr gehört auch, dass man
363 sich ausruhen kann. Dies ist gerade für Ältere, Schwangere und Menschen
364 mit Behinderung wichtig und erhöht grundsätzlich die Lebensqualität für
365 alle.
- 366 • **die Einkaufsstraßen attraktiver machen.** In den Einkaufsstraßen der
367 Quartiere, wo viele Menschen zu Fuß unterwegs sind, braucht es dafür mehr
368 Platz. Das gilt z.B. auf der Berger Straße, der Leipziger Straße oder der
369 Schweizer Straße. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort und den
370 Gewerbetreibenden entwickeln wir entsprechende Konzepte.
- 371 • **die nutzbare Breite von Gehwegen erhöhen.** Es muss mittelfristig möglich
372 sein, überall mit Kinderwagen, Rollstuhl oder Rollator durchzukommen. Zwei
373 Menschen müssen nebeneinander auf dem Gehweg laufen können. Das gilt ganz
374 besonders, wenn Menschen mit Behinderung eine Begleitperson benötigen.
- 375 • **Hindernisse auf den Gehwegen beseitigen.** An Kreuzungen und Überwegen
376 müssen noch viele Bordsteinkanten abgesenkt werden. Langfristiges Ziel ist
377 es, alle Fußwege barrierefrei mit Doppelquerungen auszustatten. Wir werden
378 den Weg, den wir in dieser Wahlperiode begonnen haben, konsequent
379 fortsetzen und Hindernisse auf Gehwegen beseitigen. Umgekehrt darf es
380 keine neuen Parkscheinautomaten, Ladesäulen oder ähnliches Mobiliar auf
381 Gehwegen geben.
- 382 • **Baustellen barrierefreier machen.** Wir möchten das Freiburger Konzept zur
383 barrierefreien Sicherung von Baustellen nach Notwendigkeit auf Frankfurt
384 anwenden. Dabei sollen Baustellen so gestaltet werden, dass sie für
385 Menschen mit Sinnes- und Mobilitätseinschränkungen klar erkennbar und
386 sicher passierbar sind. Baustellen sollen auch besser gegen unzulässiges
387 Betreten gesichert werden.

- 388 • **Wegweiser für wichtige Fußverkehrsachsen aufstellen und mit Zeitangaben**
389 **versehen.** Wir haben es geschafft, in der ganzen Stadt Wegweiser für den
390 Radverkehr aufzustellen. Für die Innenstadt und wichtige Fußverkehrsachsen
391 wollen wir die Wegweiser mit Zeitangaben für den Fußverkehr ergänzen.

- 392 • **die Kaiserstraße weiter aufwerten.** Die Umgestaltung des Hauptbahnhofes
393 führt dazu, dass wir auch das Bahnhofsviertel verkehrlich neu ordnen
394 müssen. Dies birgt u.a. für die Kaiserstraße, die vom Bahnhof bis zur
395 Hauptwache reicht und neben einem schönen Baum- und Gebäudebestand auch
396 von vielen tollen Läden gesäumt wird, eine sehr große Chance. Sie sollte
397 wieder zu einer durchgehenden Flaniermeile werden. Der Anfang ist mit dem
398 Kaisertor bereits gemacht.

A8 Nachhaltige Wirtschaft: im Haushalt auf Wirkung setzen

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.8 Nachhaltig Wirtschaft: im Haushalt auf
Wirkung setzen

Antragstext

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik.
2 Nachhaltigkeit bedeutet für uns ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltig.

3 Ökonomisch setzen wir auf die „grüne Null“. Verschuldung ist sinnvoll, wenn das
4 geliehene Geld in zukunftsgerichtete Investitionen fließt und damit zukünftige
5 Ausgaben vermeidet und langfristig gute Infrastruktur und Lebensqualität für die
6 Frankfurter*innen sichert. Wir wollen die Finanzierung langfristig sichern.
7 Gleichzeitig sind wir bereit, kurzfristig über Verschuldung Investitionen zu
8 ermöglichen, um eine nachhaltige Entwicklung sicherzustellen und zukünftige
9 finanzielle Belastungen zu vermeiden.

10 Wir wollen eine Haushalts- und Finanzpolitik, die auf eine wirkungsorientierte
11 Haushaltsführung ausgerichtet und dabei auch ökologisch und sozial nachhaltig
12 ist. Der Haushalt muss so aufgestellt sein, dass Ressourcen nicht einfach
13 verteilt werden, sondern nach ihrer Wirksamkeit beurteilt. Welche Probleme löst
14 eine Maßnahme? Um das sichtbar zu machen, werden wir eine
15 Nachhaltigkeitsberichterstattung und verstärkt auch Genderbudgeting einsetzen.
16 Bereits bei der öffentlichen Beschaffung und Vergabe fördert die klare Vorgabe
17 ökologischer und sozialer Kriterien solche nachhaltigen Veränderungen. Zudem
18 setzen wir auf ökologisch und sozial verantwortliche Finanzanlagen.

19 Unsere grünen Ziele für Frankfurt

20 Wir werden...

- 21 • **die Politik der „grünen Null“ weiterverfolgen.** Sie erlaubt es, Kredite für
22 nachhaltige Investitionen aufzunehmen (z.B. bei der Energiewende) und
23 verhindert langfristig zusätzlichen Belastungen in den künftigen
24 kommunalen Haushalten.
- 25 • **die Investitionen in Klimaschutz und Klimawandelanpassung gezielt**

- 26 **fortsetzen.** Parallel fordern wir weiterhin Unterstützung durch Bund und
27 Land, denn die Zukunftstransformation ist eine gesamtgesellschaftliche
28 Aufgabe.
- 29 • **die Beschaffung durch die Stadt und durch städtische Unternehmen fairer**
30 **und nachhaltiger gestalten**, den Schutz von Umwelt und Menschenrechten
31 entlang der Produktions- und Lieferkette sicherstellen und Leistungen
32 möglichst regional einkaufen.
- 33 • **Vergaben an eine Tarifbindung knüpfen**, wobei Bund und Land die
34 gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen müssen. Die bestehenden
35 rechtlichen Möglichkeiten wollen wir ausschöpfen.
- 36 • **soziale Härten bei der Grundsteuer abfedern.** Wir werden die Verteilung der
37 Steuerlasten durch die neue Grundsteuer analysieren, um soziale Härten zu
38 identifizieren. Betroffene wollen wir gezielt durch
39 Unterstützungsleistungen entlasten.
- 40 • **Wir wollen ein echtes Gender Budgeting.** Damit wollen wir im städtischen
41 Haushalt deutlich machen, wie sich Ausgaben und Maßnahmen auf die
42 Geschlechtergerechtigkeit auswirken. Das ist ein wichtiges Instrument, um
43 echte Gleichberechtigung sicherzustellen.
- 44 • **Fördermöglichkeiten transparenter und einfacher zugänglich machen.** Dazu
45 wollen wir eine „Kompetenzstelle Fördermittel“ und ein Förderkataster
46 einrichten und so das Know-how über lokale wie überregionale Fördertöpfe
47 stärker bündeln. Überregionale Fördertöpfe, z.B. der Ministerien, sollen
48 leichter gefunden und zugänglich werden.
- 49 • **uns für grüne und bürgerintegrative Finanzierungsmittel und ESG-**
50 **förderliche Anlagen einsetzen** und dazu immer auch die Nutzung alternativer
51 Finanzinstrumente entlang der Chancen am Kapitalmarkt prüfen.
52 Möglichkeiten sind u.a. die projektbezogene Begebung von Green Bonds oder
53 die Beteiligung von Bürger*innen an Finanzierungsvorhaben.
- 54 • **unsere nachhaltige Anlagenpolitik weiter ausbauen:** Wir legen städtische
55 Vermögenswerte verstärkt in den Bereiche Klimaschutz sowie ökologische und
56 soziale Nachhaltigkeit an.
- 57 • **uns für Nachhaltigkeitsberichterstattung, dezentrale Haushaltssteuerung**
58 **und Haushaltswahrheit einsetzen**, um die Folgen städtischen Handelns
59 entlang ökologischer wie sozialer Kriterien transparent zu machen.
- 60 • **das Land finanziell an an den Kosten beteiligen, die durch überregionale**

61 **Angebote entstehen.** Frankfurt steht zur interkommunalen Solidarität, sieht
62 sich aber auch als Leistungserbringer für die Region und das Land Hessen
63 insgesamt und ist auf entsprechende Unterstützung angewiesen. Darüber
64 müssen wir weiter verhandeln.

A9 Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.9 Wohnstadt, Weltstadt,
Wirtschaftsmetropole: für ein faires und
nachhaltiges Frankfurt

Antragstext

1 Die vielfältige Unternehmenslandschaft in Frankfurt gewährleistet eine hohe
2 Lebensqualität. Damit das auch in Zukunft der Fall ist, gestalten wir den
3 Wirtschaftsstandort nachhaltiger. Denn als europäische Wirtschaftsmetropole hat
4 Frankfurt auch eine Vorbildfunktion für andere Großstädte.

5 Wir wollen eine Wirtschaft, die Verantwortung übernimmt für Gesellschaft und
6 Umwelt, die sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze bietet und in der Region
7 verankert ist: eine Wirtschaft im Dienst der Menschen. Wir sehen es als unsere
8 Aufgabe an, Frankfurts Unternehmen konstruktiv zu begleiten und die
9 wirtschaftlichen Ziele mit Klimaplan und Kreislaufwirtschaft in Einklang zu
10 bringen.

11 Uns ist bewusst, dass es in unserem dicht bewohnten Stadtgebiet bei wachsender
12 Einwohnerzahl zu Interessenkollisionen kommen kann. Der Bedarf an Wohnraum, an
13 Grünflächen für mehr Lebensqualität, der Erhalt der Artenvielfalt und die
14 notwendige Anpassung an den menschengemachten Klimawandel sind große
15 Herausforderungen mit Konfliktpotenzial. Wir wollen diese Konflikte im Dialog
16 mit Wirtschaft, Ortsbeiräten und Naturschutzverbänden lösen und zu innovativen
17 und ausgleichenden Vereinbarungen im Interesse aller Bürger*innen kommen.

18 Unsere grüne Vision für Frankfurt

19 Wir wollen...

- 20 • **ein zukunftsfähiger Industriestandort sein** und die Industrie dafür
21 nachhaltiger ausrichten.

- 22 • **gute Bedingungen für den Einzelhandel und eine hohe Aufenthaltsqualität**
23 schaffen – sowohl in der Innenstadt, als auch in den Stadtteilzentren und

24 Randlagen.

- 25 • **eine Stadt sein, die das Handwerk wertschätzt.** Dafür müssen sich die
26 Bedingungen für das Handwerk verbessern.
- 27 • **auch für Kreativwirtschaft, Tourismus und Start ups eine attraktive**
28 **Metropole bleiben .**

29 **Finanzplatz Frankfurt: Stärken nutzen und**
30 **ausbauen**

31 Frankfurt gehört zu den führenden Finanzplätzen der Welt, ist neben Paris
32 führender Finanzplatz in der EU und Deutschlands Finanzplatz Nummer eins. Viele
33 gut bezahlte Arbeitsplätze sind damit verbunden. Wir wollen, dass dies so
34 bleibt.

35 Wir setzen uns dafür ein, dass der Finanzplatz seine bestehenden Stärken,
36 insbesondere bei neuen Technologien und nachhaltigen Finanzlösungen, ausbaut.
37 Wir wollen außerdem erreichen, dass Frankfurt für die zahlreichen deutschen und
38 europäischen Finanzinstitute, die EZB und Aufsichtsbehörden ein attraktiver
39 Standort bleibt. Dazu gehört, neben einer entsprechend guten Infrastruktur, ein
40 großes Angebot an Wohnraum und gut ausgebildeten Fachkräften, eine starke
41 Willkommenskultur und eine ebenso starke Vernetzung der Wirtschaft mit Politik
42 und Wissenschaft.

43 Wir werden...

- 44 • **uns dafür einsetzen, dass Frankfurt Vorreiter im Bereich Sustainable**
45 **Finance bleibt.** Wir unterstützen politisch eine starke Vernetzung zwischen
46 den Verantwortlichen der Bank- und Versicherungsbranche, den
47 Aufsichtsbehörden, den unabhängigen Gremien sowie den Hochschulen.
- 48 • **weiterhin die jährlich stattfindende Fair Finance Week unterstützen –**
49 organisatorisch durch lokale Akteur*innen und Institutionen als auch
50 politisch und kommunikativ durch die Stadtverwaltung.
- 51 • **in enger Abstimmung mit der Finanzbranche das Thema Geldwäschebekämpfung**
52 **angehen.**
- 53 • **die Gründung und Ansiedlung europäischer FinTechs und finanznaher**
54 **Dienstleistungsunternehmen unterstützen.**

55
56

Frankfurt soll moderner Industrie- und Logistikstandort bleiben

57 Frankfurt ist nicht nur ein wichtiger Finanzplatz, sondern auch ein bedeutender
58 Industriestandort mit einem engen Netzwerk aus produzierenden Unternehmen,
59 verarbeitendem Handwerk und industrienahen Dienstleistungen. Diesen Motor der
60 wirtschaftlichen Entwicklung soll unser Masterplan am Laufen halten.

61 Wir werden...

- **den Masterplan Industrie zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts fortführen.**
- **den Osthafen erhalten.** Allen Überlegungen, ihn durch andere Nutzungen in seiner Struktur zu verändern, stellen wir uns weiterhin entschieden entgegen. Der Osthafen ist aus unserer Sicht für die nachhaltige Entwicklung des produzierenden Gewerbes in unserer Stadt grundlegend.
- **die Straßenverbindungen in den Gewerbegebieten zügig sanieren** und dafür noch höhere personelle Kapazitäten und Investitionsmittel bereitstellen.

Räume für Industrie und Gewerbe effizient nutzen

70 Eine vielfältige und wachsende Stadt wie Frankfurt braucht einen breiten
71 Branchenmix und Arbeitsplätze für Beschäftigte aller Berufe und Bildungsstufen.
72 Das stärkt die Krisenfestigkeit und sichert hohe Gewerbesteuer-Einnahmen, von
73 denen die Bürger*innen der Stadt ganz unmittelbar profitieren. Wir wollen daher
74 die für Industrie und Gewerbe verfügbare Gesamtfläche und Infrastruktur erhalten
75 und behutsam erweitern.

76 Wir werden...

- **das Leerstandskataster für Gewerbeflächen ausbauen und proaktiv einsetzen,** um Leerständen zu vermeiden und neue Unternehmen anzusiedeln. In dem Kataster müssen alle relevanten Objektdaten inklusive drohender Leerstände digital erfasst, fortlaufend verwaltet und aktualisiert werden. Das Kataster soll mit städtischen Verwaltungsprozessen, insbesondere mit Stadtplanung und Wirtschaftsförderung, verknüpft werden.
- **mit unseren Nachbarkommunen gemeinsame Gewerbegebiete ausweisen** und die Flächennutzung so optimieren.

Gewerbegebiete nachhaltig entwickeln

Unternehmen sind für einen erheblichen Anteil von Treibhausgasemissionen der Stadt verantwortlich. Dabei haben klassische Gewerbegebiete auch in anderer Hinsicht einen erhöhten Anpassungsbedarf an die Folgen der menschengemachten Erderwärmung: Sie weisen in der Regel einen hohen Versiegelungsgrad auf und sind abhängig von funktionierender Infrastruktur wie Verkehrswegen sowie einer entsprechenden Wasser- und Energieversorgung. Ihre Gestaltung muss sich bei zunehmender Verdichtung und Durchmischung der Stadt in Zukunft außerdem stärker an den Bedürfnissen der Wohnbevölkerung am Standort und der dort arbeitenden Menschen anpassen.

Wir werden...

- **das Beratungsangebot „Klimaschutz für Frankfurter Unternehmen“ intensivieren.** Das Frankfurter Klimareferat und die Wirtschaftsförderung stehen mit Unternehmen bereits in engem Kontakt, um sie gezielt bei der Umsetzung von Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung, Mobilität, Umweltschutz und Nachhaltigkeit zu unterstützen.
- **darauf hinwirken, dass Gewerbegebiete ein Standortmanagement einrichten.** Vorbild dafür ist das nachhaltige Industrie- und Gewerbegebiet Fechenheim-Nord/Seckbach.
- **krisenfeste grüne Gewerbegebiete fördern.** Für eine nachhaltige Entwicklung wollen wir neben effizienten, nachhaltigen Energieträgern auch den Anteil an Grünflächen erhöhen. Wir wollen außerdem einen möglichst breiten Branchenmix in den Gewerbegebieten erreichen. Die Vergabe von Grundstücken soll an solchen Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet werden.
- **die nachhaltige Erreichbarkeit von Gewerbegebieten verbessern,** indem wir neue Fußwege und Radverbindungen dorthin schaffen. Durch Freizeitangebote sollen die Gewerbeparks für die Menschen in den Betrieben und am Standort attraktiver und offener werden.

Potenzielle der Kreislaufwirtschaft heben

Der Kreislaufwirtschaft, in der Materialien und Produkte so lange wie möglich wiederverwendet, repariert oder aufgearbeitet werden, gehört die Zukunft. Frankfurt hat deshalb die Circular Cities Declaration unterzeichnet und ist seither Teil der europäischen Initiative pro Kreislaufwirtschaft. Durch eine konsequente Förderung zirkulärer Prinzipien vernetzen wir Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt, bremsen die Ressourcenverschwendungen und stärken die Wertschöpfung in der Region. Unternehmen müssen wesentlich weniger Rohstoffe importieren, werden unabhängiger und, im Fall von Krisen, widerstandsfähiger. Sie reduzieren ihre Treibhausgasemissionen und schaffen neue Arbeitsplätze. Als

123 Metropole mit intensiver Bautätigkeit spielt für uns die Bauwirtschaft eine
124 Schlüsselrolle. Kreislaufwirtschaft trägt hier zur signifikanten Verringerung
125 der Treibhausgasemissionen bei, die durch Bau und Rückbau von Immobilien
126 entstehen. Damit Kreislaufwirtschaft gelingt, ist eine enge Koordination mit
127 Kommunen und der Wirtschaft im gesamten Rhein-Main-Gebiet unerlässlich.

128 Wir werden...

- 129 • **für die Logistik der Kreislaufwirtschaft an kurzen Wegen arbeiten.**
- 130 • **Initiativen der Kreislaufwirtschaft unterstützen**, um eine effiziente
131 Nutzung von Nebenprodukten und Rohstoffen innerhalb der Region zu fördern.
132 Für neue Gewerbeansiedlungen sollten industrielle Symbiosen aktiv
133 gefördert werden.
- 134 • **Real-Labore zur Förderung innovativer Ansätze in der Kreislaufwirtschaft
135 als Experimentierräume stärken.** Wir wollen den Bekanntheitsgrad des
136 bestehenden Zero Waste Labs der FES erhöhen. Zudem setzen wir uns für
137 strategische Partnerschaften mit Wirtschaftsbetrieben und Hochschulen ein.
138 Wir werden prüfen, inwiefern weitere gemeinwohlorientierte Aktivitäten in
139 gesonderten städtischen Gesellschaftsstrukturen vorteilhaft entwickelt
140 werden können.
- 141 • **den Secondhand-Handel ausweiten.** Viele Secondhand- und Recycling-
142 Kaufhäuser Frankfurts liegen in Gewerbegebieten am äußeren Stadtrand. Wir
143 wollen mit den Anbietern und dem Einzelhandel prüfen, inwiefern sich
144 ähnliche Angebote auch in höher frequentierten Lagen etablieren lassen.
- 145 • **Förderprogramme für Startups mit nachhaltigen Geschäftsmodellen
146 entwickeln**, die Kreislaufprinzipien bereits im Produktdesign verankern.
147 Das soll jungen Unternehmen helfen, innovative Ansätze marktfähig zu
148 machen und die Kreislaufwirtschaft als festen Bestandteil der lokalen
149 Wirtschaft voranbringen.

150 **Aufenthaltsqualität in Innenstadt und
151 Stadtteilzentren verbessern**

152 Der Einzelhandel ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Allerdings steht er vor
153 großen Herausforderungen: Menschen kaufen immer seltener in lokalen
154 Fachgeschäften ein und immer häufiger in Online Shops. Hinzu kommen hohe
155 Standortmieten in den begehrten Innenstadtlagen, eine stetige Abhängigkeit von
156 großen europäischen und amerikanischen Ketten und hohe Leerstände in Shopping
157 Centern.

158 Wir müssen sowohl die Innenstadt inklusive Altstadt als auch die
159 Stadtteilzentren neu beleben und an die sich wandelnden Einkaufsbedürfnisse
160 anpassen. Eine bunte Mischung aus Kultur, Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und
161 Gastronomie trägt in Zukunft zu attraktiven Zentren bei, in denen Menschen im
162 Mittelpunkt stehen. Dazu müssen Leerstände umgenutzt werden.

163 Stadtentwicklung und Stadtplanung müssen diese Entwicklungen künftig mitdenken,
164 Anpassungen möglich machen und dabei auch die gute Erreichbarkeit dieser neuen
165 pulsierenden Zentren muss im Rahmen derüber entsprechende Verkehrskonzepte
166 mitgedacht werden.sicherstellen. Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept wollen
167 wir entsprechend fortschreiben.

168 Wir werden...

- 169 • **im Dialog mit den Verbänden und Gewerbevereinen die Aufenthaltsqualität in**
170 **den Zentren verbessern.** Einkaufsstraßen werden wir verkehrsberuhigt und
171 sicher gestalten. Durch Begrünung, Verschattung, gezielt platzierte
172 Sitzgruppen und Trinkwasserbrunnen ist die Aufenthaltsqualität zu jeder
173 Jahreszeit hoch. Das verschafft dem Einzelhandel eine stabile Basis für
174 geschäftlichen Erfolg.

- 175 • **eine Mischung aus Geschäften verschiedener Kategorien, eine vielfältige**
176 **Gastronomie, Räume für temporäre Ausstellungen und Kleinkunst-Theater**
177 **öschaffen.** Ferner soll es Platz für Gründer*innen und kleine Shops geben,
178 die sich die Lage z.B. durch subventionierte Standortmieten und
179 Umbaukosten leisten können. Wir wollen in den Zentren mehr Räume ohne
180 Konsumzwang für Begegnung, Kreativität und zum „Abhängen“ schaffen.

- 181 • **die Stabstelle Stadtmarketing in ihrer wichtigen, koordinierenden**
182 **Querschnittsfunktion mit weiteren personellen Ressourcen ausstatten.**

- 183 • **längere Öffnungszeiten der Außengastronomie möglich machen.** Dafür werden
184 wir – moderiert durch Stadt und Ortsbeiräte – einvernehmlichen
185 Vereinbarungen zwischen Anwohner*innen und ihrem berechtigten Interesse
186 nach Ruhe sowie Gastronomie und Kiosken te beanregen.

187 Lebendige Stadtteile, auch am Stadtrand

188 Seit Jahren ist ein wirtschaftlicher und sozialer Wandel an den Stadträndern
189 Frankfurts festzustellen. Einzelhändler und Dienstleister ziehen sich aus
190 diesen Gebieten zurück und der Leerstand von Gewerbeimmobilien nimmt zu.
191 Gewachsene Strukturen sind zunehmend bedroht, wie zahlreiche Beispiele aus den
192 verschiedenen Ortsbezirken zeigen. Diesen Trend wollen wir umkehren. Unsere
193 Vision ist die 15-Minuten-Stadt, in der alle Dinge und Dienstleistungen des

194 täglichlichen Bedarfs fußläufig oder mit dem Rad erreichbar sind.

195 Wir werden...

- 196 • **die bestehende Wirtschaftsförderung absichern und durch eine
197 stadtteilübergreifende Gewerbestrategie ergänzen.**

- 198 • **besonders schützenswerte und förderungswürdige Gewerbebetriebe
199 identifizieren und weitestmöglich unterstützen.** Besonderes Augenmerk liegt
200 auf Betrieben, die aus Sicht der Bürger die Stadtteilidentität prägen und
201 eine große Bedeutung für die Nahversorgung und das soziale Gefüge haben.

- 202 • **mit politischer Unterstützung die Quartierszentren erhalten.**

- 203 • **in einer Bürger*innen-Befragung stadtteilweise ermitteln, welche
204 öffentlichen und privaten Einrichtungen Angebote fehlen.** Im Anschluss soll
205 die Stadt prüfen, wie sich Lücken schließen lassen: ob etwa leerstehende
206 Räume als Treffpunkte zur Verfügung gestellt werden können. Lassen sie
207 sich beispielweise von den städtischen Ehrenbeamten für den Austausch mit
208 der Bevölkerung nutzen?

- 209 • **langfristig die Stadtteilwirtschaft durch die Verlagerung von allen Ämtern,
210 die direkten Kontakt mit Bürger*innen haben, in die Außenbezirke
211 verlagern.** Durch Mitarbeiter*innen und Kund*innen der Behörden.
212 entsteht vor Ort u.a. zusätzliche Kaufkraft.

213 Handwerk stärken

214 Das Handwerk ist wichtig – für Klimaschutz, Digitalisierung,
215 Versorgungssicherheit und sozialen Zusammenhalt. In Frankfurt stehen viele
216 kleine und mittlere Handwerksbetriebe unter Druck: Hohe Mieten, fehlende
217 Gewerbeflächen und Nachwuchsmangel gefährden ihre Zukunft. Die Stadt hat sich
218 zur Förderung des Handwerks bekannt, doch der politische Wille muss nun in die
219 konkrete Umsetzung übergehen. Gleichzeitig braucht es eine strategische
220 Bündelung der Fachkräftepolitik für grüne Schlüsselberufe. Wichtig ist zudem,
221 die Bedürfnisse des Handwerks frühzeitig in Planungsprozesse einzubeziehen und
222 bestehenden Betrieben langfristige Perspektiven am Standort zu geben.

223 Wir werden...

- 224 • **perspektivisch mehrere Handwerkerhöfe im Stadtgebiet etablieren.**

- 225 • **für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik sowie für Elektro- und**

226 **Bauhandwerk gezielte städtische Kooperationsplattformen mit Kammern,**
227 **Schulen und Ausbildungszentren etablieren.**

- 228 • **eine zentrale Koordinierungsstelle „Grüne Berufe“ schaffen.** Die Stadt
229 bündelt bereits verschiedene Aktivitäten zur Fachkräfteentwicklung. Sie
230 sollen gezielt auf klima- und energierelevante Berufe ausgerichtet werden.

231 • **den Bestand der Handwerksbetriebe vor Verdrängung durch Umnutzung,**
232 **Mieterhöhung oder Standortverlust schützen.**

233 • **Flächen für das Handwerk sichern** z. B. durch gezielte Grundstücksvergabe,
234 mehrgeschossige Gewerbegebäute oder klare Festsetzungen in Bebauungsplänen.
235 Die Gewerbeflächenstrategie werden wir entsprechend anpassen.

236 **Gründungsmetropole Frankfurt**

237 Die vielfältige Wirtschaft Frankfurts spiegelt sich auch in der Startup-Szene
238 wider. Wir wollen die Rolle der Stadt als Gründungsmetropole gegenüber anderen
239 Standorten stärken. Neben etablierten Programmen wie „Frankfurt Forward“ legen
240 wir den Fokus auf Gründungen von Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte.

241 Wir werden...

- 242 • **im Gründungszentrum „Kompass“ alle Gründungsaktivitäten der Stadt bündeln**
243 und gezielt Formate fördern, die Gründer*innen mit Investoren aus dem
244 Rhein-Main-Gebiet zusammenbringen. So mobilisieren wir Vermögen für junge
245 Ideen. Ein weiterer Schwerpunkt soll die Beratung von Gründer*innen mit
246 Migrationsgeschichte sein.

247 • **die erfolgreiche Gründungsförderung für Gründerinnen bauen wir aus.**

248 • **den Frankfurter Gründer*innenpreis fortführen.** Wir wollen, dass bei den
249 Teilnahmebedingungen nachhaltige und gesellschaftlich wirksame Konzepte
250 ausreichend berücksichtigt werden.

251 • **den Co-Finanzierungspool für Projekte von Gründer*innen verstetigen** und
252 damit eine verlässliche Finanzierung für diese Projekte durch andere
253 Institutionen ermöglichen.

254 • **Gründer*innen und Kulturschaffenden ermöglichen, vorübergehenden Leerstand**
255 **kreativ zu nutzen.** Dazu gehören auch leerstehende städtische Immobilien.

- 256 • das Programm „Frankfurt Forward“ weiterführen.
257 • „Futury“ als Gründungszentrum fördern.

258 **Kultur- und Kreativwirtschaft unterstützen**

259 Die Kultur- und Kreativbranche ist für Frankfurt von großer wirtschaftlicher und
260 gesellschaftlicher Bedeutung. Über 4.000 ansässige Unternehmen gehören dazu. Sie
261 sind auch Impulsgeber für andere Branchen. Die Kultur- und Kreativbranche
262 fördert die internationale Wahrnehmung und Attraktivität Frankfurts, etwa durch
263 Veranstaltungen wie die Buchmesse. Mit über 14.000
264 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hat die digitale Kreativwirtschaft
265 (Software und Games) bereits heute den mengenmäßig größten Anteil an der Kultur-
266 und Kreativwirtschaft. Das Potenzial für Frankfurt ist enorm. Durch den
267 Internetknotenpunkt ist die Stadt ein erstklassiger Standort für internationale
268 digitale Events. Lokale Veranstalter*innen und Kreativkräfte wollen wir
269 unterstützen und ihr Business sichtbar machen.

270 Wir werden...

- 271 • für die Frankfurter Verlage und den Börsenverein des Deutschen Buchhandels
272 weiterhin ein offener Ansprechpartnersein und uns für deren Belange
273 einsetzen. Wir wollen, dass die Buchmesse als wichtige Leitmesse und
274 kulturelles Großereignis dauerhaft erhalten bleibt und Anerkennung
275 erfährt.
- 276 • für die Games-Branche Räume zur Vernetzung schaffen und den Aufbau der
277 Community unterstützen.
- 278 • die Austragung von Gaming-Events in Frankfurt fördern mit dem Ziel, diese
279 in der Stadt zu etablieren und Frankfurt als Games-Standort bekannter zu
280 machen.
- 281 • Frankfurt als Drehort stärken, indem wir Genehmigungsverfahren
282 verschlanken und so die Zahl der Produktionen von Serien und Filmen in und
283 aus Frankfurt erhöhen.

284 **Tourismus-Stadt Frankfurt**

285 Der Tourismus in der Stadt und der Region verdient als Wirtschaftsfaktor eine
286 höhere Wertschätzung. Frankfurt kann sich mit anderen deutschen Städten hier
287 sehr wohl messen und belegt auf den Ranglisten regelmäßig einen der vorderen
288 Plätze. Im Bereich Geschäftsreisen/ Messen konkurriert die Stadt sogar auf dem

289 internationalen Markt der "Weltstädte".

290 Wir werden...

- 291 • **ein Update des Masterplans Tourismus 2030 vornehmen.** Wir wollen, dass
292 entscheidende Faktoren wie Vermarktungsstrategien, langfristige
293 Budgetplanung, sowie die Bau- und Verkehrsplanung im Bereich Tourismus an
294 die deutlich gestiegenen Anforderungen angepasst werden.
- 295 • **Tourismus und Messe durch eine bessere Zusammenarbeit noch enger
296 verzähnen.** Die Akteur*innen arbeiten oft parallel anstatt gemeinsam. Hier
297 ist ein Umdenken besonders seitens der stadteigenen Gesellschaften nötig.
298 Wir wollen, dass die Stadt Frankfurt und ihre stadteigenen Gesellschaften
299 sich als Dienstleister der touristischen Anbieter verstehen.
- 300 • **einen Runden Tisch Tourismus für touristische Dienstleister*innen
301 einrichten.**

302 Rechenzentren zum Nutzen aller gestalten

303 Wir wollen, dass Frankfurt bedeutendster Standort für Rechenzentren in der EU
304 bleibt. Allerdings haben sich Rechenzentren zu einer der am schnellsten
305 wachsenden, energieintensiven Branchen entwickelt. Zudem stellt derDer
306 zunehmende Bedarf von Rechenzentren an Energie und Energie und Stromanschlüssen
307 stellt die Stadt eine vor große Herausforderung für die Stadt dar. In den letzten
308 Jahren wurden zudem viele Betriebe aus Frankfurt verdrängt, weil
309 Rechenzentrumsbetreiber Grundstücke weit über den üblichen Marktpreisen kaufen
310 konnten. Die Ansiedelung von Rechenzentren braucht deshalb künftig eine bessere
311 Koordination und planungsrechtliche Steuerung. Der Abgleich mit anderen
312 Prioritäten der Stadt wie Klimaverträglichkeit, Wärmewende oder Erhalt von
313 Arbeitsplätzen und Gewerbestrukturen muss sichergestellt sein.

314 Mit dem aktualisierten „Gewerbeflächenentwicklungsprogramm“ haben wir ein
315 Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, das bestehendes Gewerbe besser schützt und
316 die Entwicklung von Standorten für Rechenzentren besser steuert. Wir streben
317 einen dauerhaften Dialog mit Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft an, um
318 eine für alle vorteilhafte Entwicklung zu gestalten und die Kräfte im Bereich
319 Digitalisierung und KI zu bündeln. Es geht aber auch darum zu überprüfen,
320 inwiefern Genehmigungsverfahren beschleunigt werden können, um im Standort-
321 Wettbewerb bestehen zu können.

322 Wir werden...

- 323 • **das "Gewerbeflächenentwicklungsprogramm" zur Ansiedelung von Rechenzentren**
324 **fortschreiben.** Ziel muss es sein, dass die Abwärme der Rechenzentren
325 genutzt werden kann und die Rechenzentren sich besser in die Gesamtstadt
326 einordnen. Die Rahmenplanung muss regelmäßig überprüft und an technische
327 Entwicklungen angepasst werden. Einer unregulierten Entwicklung erteilen
328 wir eine Absage.

- 329 • **ein Konzept für die Nutzung der Abwärme von Rechenzentren erarbeiten.** Um
330 das große Potenzial praktisch nutzbar zu machen, bedarf es noch einiger
331 Schritte und größerer Investitionen insbesondere in Nahwärmesysteme und das
332 Fernwärmesystem.

- 333 • **neue Rechenzentren nur noch an Standorten zulassen, an denen die Abwärme**
334 **genutzt werden kann.** Dazu gehört auch, dass immer genügend Platz für eine
335 Großwärmepumpe eingeplant werden vorhanden sein muss, außerdem muss und
336 die Stromversorgung von Rechenzentrum und Großwärmepumpe ohne Einbußen an
337 anderer Stelle in der Stadt sicher gestellt ist sein, ohne dass dieser
338 Strom an anderer Stelle fehlt. Über den Deutschen Städtebund werden wir
339 darauf hinwirken, dass Damit die notwendigen Prioritäten bei der Anmeldung
340 von großen Stromverbrauchern gesetzt werden können, werden wir über den
341 Deutschen Städtebund auf die Bundesebene einwirken. Wir werden uns dafür
342 einsetzen, dass nur noch neue Rechenzentren mit Wasserkühlung
343 zugelassen werden.

- 344 • **uns für die nachhaltige und möglichst mehrgeschossige Bauweise von**
345 **Rechenzentren einzusetzen,** um den Flächenbedarf und die Hitzebelastung
346 möglichst gering zu halten.

347 **Eine Zukunft für den Flughafen**

348 Frankfurt und der Frankfurter Flughafen – das ist eine spannungsreiche
349 Beziehung. Die Region leidet massiv unter dem Flugverkehr – viel zu viele
350 Menschen jeden Tag und jede Nacht. Auch die Gefährdungen durch erhöhte
351 Ultrafeinstaub-Werte machen wirksame Gegenmaßnahmen erforderlich. Andererseits
352 trägt der Flughafen zur Internationalität, zur Wirtschafts- und Innovationskraft
353 unserer Stadt und Region bei und schafft ein großes und vielfältiges
354 Arbeitsplatzangebot. Wir wollen dieses Arbeitsplatzangebot im Interesse der
355 Beschäftigten, aber auch der Stadt krisenresistenter machen. Wir wollen den
356 Flughafen klima- und raumverträglich entwickeln und seine Zukunft sichern.

357 Der Flughafen soll sich zu einem nachhaltigen Mobilitätsunternehmen
358 weiterentwickeln: durch Ausweitung der Nachtruhe, die Verlagerung von
359 Kurzstreckenflügen auf die Bahn, eine bessere Verzahnung mit dem öffentlichen
360 Nahverkehr und durch den klimaneutralen Betrieb der eigenen Infrastruktur.

361 **Wir werden**

- 362 • **uns dafür einsetzen, Klimaneutralität für den Frankfurter Flughafen**
363 **schneller zu erreichen.** Dazu werden wir gemeinsam mit der Fraport einen
364 Plan erarbeiten. Für die Flughafen-Infrastruktur (Gebäude und Logistik)
365 wollen wir Klimaneutralität bereits bis 2035 erreichen.
- 366 • **Kooperationen statt Konkurrenz fördern.** Frankfurt setzt sich gemeinsam mit
367 anderen Flughafenstandorten für gesetzliche Änderungen auf Bundes- und
368 Europaebene ein, um Kooperationen für nachhaltige Mobilität zu
369 ermöglichen.
- 370 • **über die kommunalen Vertreter*innen in den Aufsichtsgremien wirksame**
371 **Strategien zum Klima- und Lärmschutz einfordern.** Sie sollen u.a. darauf
372 hinwirken, dass über entsprechende Flughafenentgelte der Einsatz lärmärmer
373 Fluggeräte begünstigt wird.
- 374 • **die interkommunale Zusammenarbeit mit den Flughafenanrainerkommunen**
375 **verstärken, um** in den Gremien gemeinsame Positionen zu verabschieden. Die
376 gemeinsamen Forschungsaktivitäten zu den gesundheitlichen Auswirkungen der
377 Luftverkehrsemissionen auf die Bevölkerung setzen wir fort. Wir werden
378 kommunale Vertreter*innen dazu anhalten, keine neuen finanziellen Anreize
379 für die künstliche Ansiedlung von Flugverkehr zu schaffen.
- 380 • **weiter für ein echtes Nachtflugverbot von 8 Stunden kämpfen.** Wir setzen
381 uns außerdem für Lärmpausen am Tag und eine Verlagerung von
382 Kurzstreckenflügen auf die Schiene ein. Wir wachen darüber, dass die
383 sogenannten Mediationsnacht (Flugverbot von 23:00 Uhr bis 5:00 Uhr)
384 uneingeschränkt umgesetzt wird.
- 385 • **keinem weiteren Ausbau des Flughafens zustimmen.**
- 386 • **die Forschung und Entwicklung für klimaschonenden, nachhaltigen**
387 **Luftverkehr mit erneuerbaren Treibstoffen unterstützen.**
- 388 • **uns weiter für die Reduktion der Ultrafeinstaubbelastungen durch Kerosin-**
389 **Reinigung aus dem Flughafenbetrieb einsetzen.** Darüber hinaus sollen
390 organisatorische Maßnahmen geprüft werden, z.B. wie sich die Laufzeit der
391 Turbinen am Boden verkürzen lässt.

A10 Frankfurter Stadtirtschaft: klimaneutral, sozial, digital

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.10 Frankfurter Stadtirtschaft:
klimaneutral, sozial, digital

Antragstext

1 Wir wollen nachhaltiges und faires Wirtschaften in Frankfurt populärer machen.
2 Das stärkt auch Betriebe, die bereits lokal produzieren. Die Stadt Frankfurt
3 selbst muss hier als Vorreiterin und Vorbild für Wirtschaft und
4 Zivilgesellschaft auftreten. Seit 2011 ist Frankfurt „Fairtrade-Stadt“.
5 Maßgeblich für zentrale Einkaufsentscheidungen ist das Fairtrade-Siegel: Die
6 Stadt verpflichtet sich damit, bei allen Beschaffungen Umwelt- und
7 Sozialstandards zu berücksichtigen und bevorzugt nachhaltige Produkte. Das gilt
8 auch für die Anlage städtischer Gelder, die die Stadt nach fairen Kriterien
9 vornimmt. Damit das Fairtrade-Prinzip an Reichweite gewinnt, arbeitet die
10 Verwaltung mit der Zivilgesellschaft zusammen. In der Praxis gibt es dennoch
11 einige Defizite und Lücken – beispielsweise bei der dezentralen Beschaffung oder
12 Veranstaltungen mit städtischer Beteiligung. Die wollen wir schließen bzw.
13 beseitigen.

14 Unsere grünen Ziele für Frankfurt

15 Wir werden...

- 16 • **dafür sorgen, dass Nachhaltigkeit auch bei städtischen Veranstaltungen
17 stärker berücksichtigt wird.** Weil die Stadt deren Ausrichtung überwiegend
18 an privatwirtschaftliche Unternehmen vergibt, müssen die Vergabekriterien
19 entsprechend angepasst werden. Für genehmigungspflichtige, nicht-
20 städtische Veranstaltungen auf Flächen der Stadt muss es eine Mehrweg-
21 Pflicht und Sanktionsmöglichkeiten geben. Die dort regelmäßig anfallenden
22 Müllmengen sind mit den Nachhaltigkeitsprinzipien von Frankfurt
23 unvereinbar.
- 24 • **die logistische Unterstützung bei Veranstaltungen prüfen.** Wir wollen, dass
25 die Stadt Frankfurt lokale Veranstalter*innen von Festen bei der Umsetzung
26 des Nachhaltigkeits- und Mehrweggedankens stärker unterstützt. Dazu gehört
27 beispielsweise, dass sie selbst regelmäßig benötigte Geräte und
28 Materialien gemeinnützig vorhält und zu entsprechend niedrigen Kosten

29 ausleihrt.

- 30 • **städtische Unternehmen bei ihrer Umstellung auf nachhaltiges Wirtschaften**
31 **weiter begleiten.** Entsprechende Vorgaben und formulierte Erwartungen
32 schaffen hier Transparenz. Auch gemeinsame Projekte fördern den
33 praxisnahen Austausch.

34 **Gut für alle: Verwaltungsprozesse vereinfachen**
35 **und verschlanken**

36 Die Verwaltungsprozesse der Stadt Frankfurt wollen wir verbessern und
37 beschleunigen. Es geht nicht nur um Digitalisierung, sondern auch um eine
38 Verschlankung und Vereinfachung. Grundlage dafür sind eine systematische Analyse
39 der Abläufe und Abstimmungswege in den Ämtern, ausreichend personelle Ressourcen
40 zur Begleitung der Veränderungsprozesse und die Akzeptanz für Veränderungen bei
41 der Belegschaft. Die Kommunikation mit der Verwaltung soll für alle möglichst
42 nutzerfreundlich und effizient sein. Die Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes
43 wollen wir so schnell wie möglich erfüllen. Wir werden die Empfehlungen des
44 Hessischen Rechnungshofes sowie des Städte- und Landkreistages zu Compliance und
45 Entbürokratisierung dazu eingehend auf ihre Umsetzbarkeit prüfen.

46 Wir werden...

- 47 • **Prozesse datenbasiert und vorausschauend steuern.** Für die Planung von
48 Verwaltungstätigkeiten und Entscheidungen verfolgen wir die Idee des
49 „Digital Twin“. Wir wollen für alle wichtigen Verwaltungsprozesse eine
50 gute Datenbasis vorhalten und Entscheidungen zunächst simulieren.
- 51 • **die ämterübergreifende Zusammenarbeit fördern und agiler vorgehen.** Dazu
52 werden wir Projekte über Organisationsgrenzen hinweg ausrichten, mit
53 entsprechenden Personalressourcen ausstatten und zügig umsetzen. Das regt
54 auch zum Wissensaustausch zwischen den Ämtern an.
- 55 • **geeignete Prozesse nicht nur verbessern, sondern auch automatisieren, um**
56 **Freiräume zu schaffen und Stellen gezielt zu entlasten.** Wir wollen die
57 Kommunikation innerhalb der Ämter stärken und eine Fehlerkultur einführen.
- 58 • **die Informationsfreiheitssatzung der Stadt Frankfurt nach den Bedürfnissen**
59 **der Bürger*innen weiterentwickeln.** Wir setzen uns für einen offenen und
60 transparenten Umgang der Verwaltung mit Daten und Vorgängen ein.
- 61 • **eine faire Lastenverteilung sicherstellen.** Wir werden überprüfen, welche
62 Leistungen die Stadt für das Land und den Bund erbringt und inwieweit

63 diese städtischen Leistungen in Bezug auf das Konnexitätsprinzip („Wer
64 bestellt, der bezahlt“) auch mit Finanzmitteln hinterlegt sind.

- 65 • **städtische Finanz- und Verwaltungsprozesse kontrollieren und verbessern.**
66 Den Sonderausschuss „Controlling & Revision“ werden wir beibehalten. Zudem
67 werden wir sämtliche Berichte der Verwaltung auf ihre Notwendigkeit hin
68 überprüfen und redundante Tätigkeiten abschaffen.
- 69 • **die Umsetzung von Beschlüssen nachhalten.** Wir wollen agile Methoden und
70 Instrumente in der Verwaltung einführen, die es erlauben, Prozesse
71 transparent zu gestalten. So soll es möglich sein, dass Bürger*innen nach
72 Entscheidungen und Reformen einen Einblick in die Fortschritte der
73 Umsetzung bekommen.
- 74 • **digitale Medienbrüche innerhalb einzelner Ämter und darüber hinaus
75 vermeiden.** So werden wir bei der Beschaffung von Software stärker auf
76 digitale End-to-End-Prozesse achten.
- 77 • **Bürgerbeteiligung ausbauen, beschleunigen und vereinfachen.** Das Portal
78 „Frankfurt-fragt-mich“ und den „Mängelmelder“ werden wir weiterentwickeln
79 und genauer darauf achten, dass auf die eingestellten Anregungen auch
80 Rückmeldung folgt. Das Meldetool für Anzeigen im ruhenden Verkehr werden
81 wir so umgestalten, dass Meldungen über externe Dienstleister an das
82 Ordnungsamt wieder möglich sind.
- 83 • **Barrierefreiheit in der Verwaltung gewährleisten.** Die Frankfurter
84 Behinderten-Arbeitsgemeinschaft (FBAG) beziehen wir bei allen kritischen
85 Verwaltungs- und Veränderungsprozessen mit Blick auf Barrierefreiheit
86 beratend ein. Die FBAG erhält die dafür benötigten Ressourcen.
- 87 • **Mehrsprachigkeit ausbauen.** Eine internationale, multikulturelle Stadt wie
88 Frankfurt bietet Informationen zu wesentlichen Verwaltungsprozessen
89 wenigstens in englischer Sprache an. So finden sich bereits wesentlich
90 mehr Menschen ohne fremde Hilfe in Verwaltungsfragen zurecht. Für die
91 Übersetzung nutzen wir datenschutzkonforme Bots.

92 **Die Stadt als gute Arbeitgeberin**

93 Nur zufriedene Mitarbeiter*innen sind motiviert und erbringen langfristig gute
94 Arbeit. Arbeitsplätze bei der Stadt sollen deshalb so gestaltet sein, dass sie
95 mit den persönlichen Lebensentwürfen der Mitarbeiter*innen vereinbar sind. Ihre
96 Zufriedenheit ist uns sehr wichtig. Die Stadt verzichtet bereits auf eine
97 Befristung von Stellen. An vielen weiteren Verbesserungen arbeiten wir. Das
98 volle Potenzial der multikulturellen Frankfurter Gesellschaft soll sich auch in

99 der Belegschaft der Ämter und städtischen Unternehmen wiederspiegeln.

100 Wir werden...

- 101 • **das Angebot flexibler Arbeitsplätze erweitern.** Wir wollen flexible
102 Arbeitsplätze auch außerhalb der Innenstadt anbieten und dazu als
103 Pilotprojekt auch Arbeitsplätze für geeignete digitale Tätigkeiten im
104 Frankfurter Westen und anderen Stadtteilen einführen.
- 105 • **gute Führungskräfte in der Stadt fördern und Führungskräftetrainings
106 stärken.** Ein besonderes Augenmerk legen wir auf Querschnittskompetenzen
107 und interdisziplinäre Zusammenarbeit, die der Transformation der
108 Verwaltung zugute kommen.
- 109 • **die Diversität in Führungspositionen sowohl in der Verwaltung als auch in
110 den Unternehmen der Stadt Frankfurt steigern.**
- 111 • **uns für mehr Arbeits- und Praktikumsplätze für Menschen mit Behinderungen
112 in der Stadtverwaltung einsetzen.** Dazu gehören auch Praktikumsplätze für
113 kognitiv behinderte Menschen.
- 114 • **Pendler*innen nachhaltig unterstützen.** Angestellte der Stadt erhalten
115 weiterhin günstige Tickets für den ÖPNV. Für noch mehr nachhaltigen
116 Verkehr zu Fuß und mit dem Rad prüfen wir die Möglichkeit von Jobrädern
117 und schaffen, sofern noch nicht vorhanden, in allen Ämtern auch sichere
118 Abstellmöglichkeiten.

A11 Smart City: Mit digitalen Mitteln Demokratie fördern

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.11 Smart City: Mit digitalen Mitteln
Demokratie fördern

Antragstext

1 Digitalisierung bietet gute Chancen für einen besseren Bürger*innen-Service:
2 Wenn der Zugang zu Verwaltungsleistungen leichter wird, Verwaltungsprozesse
3 effizienter und Ämter in der Smart City besser vernetzt sind, fördert das das
4 Vertrauen in die Politik. Nicht zuletzt bietet die digitale Transformation auch
5 große Chancen für den Klimaschutz.

6 Wir wollen die Vorteile der digital vernetzten Stadt für unseren Wohlstand und
7 ein gerechtes, demokratisches Miteinander nutzen. Unser Ziel ist es, die
8 Digitalisierung der Dienstleistungen nachhaltig, sozial und zukunftsorientiert
9 zu gestalten. Dabei setzen wir auf Inklusion, ökologische Verantwortung und die
10 Stärkung der digitalen Teilhabe. Digitale Inklusion heißt für uns, allen
11 Frankfurter*innen, unabhängig von Alter, Bildungsniveau, Muttersprache oder
12 Einschränkung den barrierefreien Zugang zu digitalen Diensten zu ermöglichen. Um
13 Ausgrenzungen zu verhindern, ist es wichtig, dabei immer auch analoge
14 Möglichkeiten aufrechtzuerhalten.

15 Die Basis für die Transformation bereiten erfolgreich umgesetzte Projekte wie
16 die Informationsfreiheitssatzung, die den Zugang zu Informationen der Stadt
17 bereits vereinfacht hat, und die aktuelle Rahmenstrategie Digitalisierung der
18 Stadt Frankfurt am Main. Sie ist aus der Meta-Strategie Digitalisierung
19 Frankfurt 2.0 hervorgegangen und bringt die Transformation zu einer modernen,
20 bürger*innennahen, effizienten und zukunftsfähigen Stadtverwaltung maßgeblich
21 voran. Die Verwaltung ist das Betriebssystem unserer Gesellschaft. Ein Staat,
22 der einfach funktioniert, schafft Vertrauen und Planungssicherheit für
23 Bürger*innen und Unternehmen.

24 Der demografische Wandel macht auch vor der Frankfurter Stadtverwaltung nicht
25 Halt. Wir wollen mehr Mitarbeitende für die Verwaltung gewinnen, indem wir die
26 Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin erhöhen. Der systematische Aufbau
27 digitaler Kompetenzen in der gehört dazu. Breit angelegte Schulungsprogramme
28 tragen zur erfolgreichen digitale Transformation der Stadt bei.

29 Auch Kommunen stehen im Fokus von Cyberangriffen, die große Teile der Verwaltung
30 für längere Zeit lahmlegen können. Die Arbeitsfähigkeit wiederherzustellen,
31 verursacht enorme Kosten. Der Schutz aller Daten und Systeme hat in der
32 digitalen Stadt deshalb hohe Priorität. Für die Smart City setzen wir auf
33 höchste Datenschutzstandards und vollständige Transparenz über Datenerhebung und
34 -nutzung. Durch ethisch verantwortungsvolle Kooperationen mit Wissenschaft und
35 lokaler Wirtschaft fördern wir Innovationen und stärken gleichzeitig die
36 demokratische Kontrolle über die Daten der Stadt. Die Stadtgesellschaft soll
37 Verwaltungshandeln mitgestalten können. Digitalisierung erweitert auch die
38 Möglichkeiten partizipativer Ansätze, die wir gezielt fördern.

39 **Unsere grünen Ziele für Frankfurt**

40 Wir werden...

- 41 • **die Effizienz in den Verwaltungsprozessen steigern.** Dafür setzen wir auf
42 die Verwendung standardisierter Schnittstellen zu Fachverfahren und einer
43 einheitlichen E-Akte. Wir haben in der Digitalstrategie 2.0 klare
44 Prämissen für die Digitalisierung der Stadt festgelegt: neben Effizienz
45 sind das Barrierefreiheit, Nachhaltigkeit, Sicherheit und Bürgernähe.
- 46 • **die Steuerung und strategische Planung der Verwaltungsdigitalisierung konsequent zentralisieren.** Kompetenzen bündelt das neue Transformation
47 Office der Stadtverwaltung, das als zentrale Planungs- und
48 Steuerungsinstitution fungiert. Hier laufen alle städtischen
49 Digitalisierungsvorhaben zusammen mit dem Ziel, dass bis 2030 alle
50 Verwaltungsleistungen online verfügbar sind.
- 51 • **eine ressortübergreifende Datenstrategie entwickeln.** Die Einführung einer
52 Struktur verlinkter offener Daten mit gemeinsamen Standards und
53 Schnittstellen schafft die Grundlage für eine effizientere
54 Verwaltungsarbeit und bessere Dienstleistungen. Die systematische Analyse
55 und Verknüpfung von Daten ermöglicht sowohl Bürger*innen als auch
56 Verwaltungsmitarbeiter*innen die bessere Nutzung von Daten.
- 57 • **soweit möglich auf freie und offene Software sowie Open-Source-Lösungen und herstellerunabhängige Standards setzen.** Dadurch erhöhen wir die
58 digitale Souveränität der Stadt. Durch reformierte Vergabерichtlinien
59 sowie Ausstiegsszenarien und Migrationsstrategien für den Umstieg auf
60 quelloffene Programme kommen wir diesem Ziel näher.
- 61 • **den Einsatz von KI gemäß der deutschen Umsetzung der europäischen KI-Verordnung fördern,** um Verwaltungsmitarbeiter*innen gezielt bei ihrer
62 Arbeit zu unterstützen und ihnen Sicherheit im Umgang mit KI zu geben.

- 66 • **die Cybersicherheit verbessern.** Wir legen den Fokus auf vorzeitiges
67 Erkennen von Risiken, kontinuierliche Modernisierung bestehender Systeme
68 sowie einheitliche Notfallpläne. Die Weiterbildung der Mitarbeiter*innen,
69 regelmäßige Übungen und weitere Maßnahmen aus dem BSI-Grundschutz sollen
70 helfen, Angriffe auf kritische Infrastrukturen zu verhindern.

- 71 • **ressourcenschonende Hardware und nachhaltige IT-Lösungen in allen**
72 **kommunalen Einrichtungen einführen** und die IT-Vergabekriterien darauf
73 ausweiten.

- 74 • **Digitalisierung als Werkzeug für den Klimaschutz nutzen**, z. B. mit dem
75 Ausbau von Sensor-Technologien zur Überwachung von Wasserpegeln,
76 Energieverbrauch, Luftqualität und Abfallmanagement. Selbst der
77 Stresslevel junger Bäume ist mittels Sensorik messbar; der Baumbestand
78 lässt sich über KI-basierte Bilderkennung erfassen.

- 79 • **die verfügbaren Daten für Bürger*innen besser sichtbar machen**, um den
80 einfachen Zugang zu Informationen zu stärken.

- 81 • **die Umsetzung der Informationsfreiheitssatzung in Frankfurt konsequent**
82 **fördern**.

- 83 • **die urbane Datenplattform weiter öffnen**, um zivilgesellschaftliche
84 Initiativen und innovative Lösungsansätze aus der Stadtgesellschaft dort
85 abzubilden.

- 86 • **digitale Beteiligungstools als zusätzliche Möglichkeiten der Partizipation**
87 **am Stadtgeschehen ausbauen**. Bürger*innen sollen sich sowohl bei formalen
88 Prozessen als auch bei allen informellen Prozessen digital einbringen
89 können. Das ermöglichen lebendige, pluralistische und öffentliche digitale
90 Diskussionsräume, die wir schaffen wollen.

- 91 • **digitale Bildung als Demokratiegarant voranbringen**. Digitale Lernräume wie
92 das TUMO-Lernzentrum zur MINT-Förderung bei Jugendlichen und das digitale
93 StadtLabor, eine offene Plattform für Bürger*innen-Beiträge aus ganz
94 Frankfurt, werden wir konsequent ausbauen.

- 95 • **alle Akteur*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft für eine**
96 **gemeinsame digitale Strategie vernetzen**. Wir kooperieren weiter mit
97 engagierten Initiativen wie Datenschützer Rhein-Main, den CCC Frankfurt
98 und Node e.V. und veranstalten Hackathons mit der Stadtverwaltung als
99 digitale demokratiefördernde Möglichkeit. Wir werden mehr Frauen und
100 Mädchen für IT-Berufe in der Verwaltung einwinnen. Mit Barcamps,
101 Innovationslabs und anderen Formaten stärken wir die Innovationskraft der

102

Stadt.

103

- **die Zusammenarbeit mit Landes- und Bundesbehörden intensivieren, um eine flächendeckende Versorgung mit digitalen Dienstleistungen zu erreichen.** Hierfür setzen wir konsequent auf die bundID (zukünftig DeutschlandID) als bundesweit einheitlichem Nutzerkonto.
- **an dem Ziel festhalten, mindestens 90% der Privathaushalte bis zum Jahr 2030 mit einem Glasfaseranschluss zu versorgen.** Frankfurt braucht eine moderne Versorgung mit schnellem Internet für alle.

104

105

106

107

108

109

A12 Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.12 Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht

Antragstext

1 Grüne Sozialpolitik richtet sich an alle Menschen in Frankfurt. Sie ist die
2 Grundlage für ein gutes und gelingendes Zusammenleben. Die sozial gerechte Stadt
3 ist die Basis für eine funktionierende Stadtgesellschaft, lebenswerte Quartiere
4 und eine nachhaltige Wirtschaft.

5 Wir wollen ein buntes, vielfältiges Frankfurt, an dem alle Menschen
6 selbstbestimmt teilhaben können – frei von Ausgrenzung, Diskriminierung und
7 Gewalt. Eine erfolgreiche Sozialpolitik unterstützt die soziale Balance, die
8 ein sicheres und solidarisches Miteinander und auch Aushandlungsprozesse auf
9 Basis demokratischer Grundwerte ermöglicht.

10 Unsere Sozialpolitik hilft Menschen in besonderen Notsituationen. Wir stellen
11 Hilfe bereit, wenn sie gebraucht wird. Denn, je nach Lebenslage, haben Menschen
12 ganz unterschiedliche Wünsche und Bedürfnisse: Lebensalter, Erwerbstätigkeit,
13 Erziehungsauftrag, Sorgearbeit, finanzielle Situation, Bildungsstand,
14 Wohnsituation u.v.m. beeinflussen, ob und wobei eine Person Unterstützung
15 braucht.

16 Unsere grüne Vision für Frankfurt

17 Wir wollen...

- 18 • **soziale Angebote gut und verständlich vermitteln:** durch aufsuchende
19 Sozialarbeit (betroffene Menschen werden aktiv angesprochen), lebensnahe
20 Informationen und Veranstaltungen. Auf positive Beispiele, Anlaufstellen
21 und Hilfsangebote in der Stadt machen wir aufmerksam.
- 22 • **die Ressourcen und Potenziale der Frankfurter Bürger*innen einbeziehen,**
23 indem wir Möglichkeiten des Engagements aufzeigen und möglichst viele
24 Gruppen an der sozialen Stadtentwicklung beteiligen.

- 25 • **dass hilfesuchende Menschen in Frankfurt auch schnell und einfach Hilfe**
26 **bekommen.** Leistungen, auf die sie ein Anrecht haben, sollen von den
27 Behörden proaktiv angeboten werden.

28

Quartiere gestalten

29 Quartiersmanager*innen bzw. Nachbarschaftsbüros unterstützen Menschen in ihrem
30 direkten Lebensumfeld dabei, sich zu vernetzen, zu organisieren und Gemeinschaft
31 zu erleben. Sie sorgen für Begegnungen im Quartier und können bei Bedarf
32 niedrigschwellige Hilfen sowie bürgerschaftliches Engagement vermitteln. Ihre
33 Arbeit wirkt gegen Einsamkeit und die damit einhergehenden gesundheitlichen und
34 sozialen Probleme.

35 Gemeinsam mit den Menschen im Quartier wollen wir Begegnungsräume gestalten. Sie
36 sollen für möglichst alle Menschen, aber auch für einzelne Gruppen,
37 insbesondere Kinder, Frauen, Jugendliche, Familien und ältere Menschen,
38 ansprechend, offen und einfach zugänglich sein. Vor allem soll hier kein
39 „Konsumzwang“ bestehen.

40 Wir werden...

- 41 • **die Anzahl der Quartiersmanager*innen/ Nachbarschaftsbüros schrittweise**
42 **erhöhen.** Dafür prüfen wir die Nutzung von Bundes-/Landesmitteln. Den
43 Bedarf ermitteln wir auf Basis der Armutgefährdung sowie der
44 Lebenslagenkarten. Mittelfristig sind in allen Frankfurter Stadtteilen
45 Quartiersmanager*innen/ Nachbarschaftsbüros geplant.
- 46 • **Kochen und essen als Gemeinschaftserlebnis fördern.** In den Stadtteilen
47 soll es jeweils mindestens einen offenen, gut erreichbaren und
48 barrierefreien Ort für günstiges Mittag- oder Abendessen geben. Ältere
49 Menschen, die dort nicht alleine hingelangen, und Menschen mit
50 Mobilitätseinschränkungen sollten die Möglichkeit erhalten, einen
51 Fahrdienst zu nutzen.
- 52 • **für die Gemeinwesenarbeit auch Grundstücke sichern.** Bei der
53 Stadtteilplanung und der Vergabe von städtischen Grundstücken muss
54 Gemeinwohlorientierung Berücksichtigung finden: z.B. durch die Vergabe
55 von Erbbaurechten für gemeinnützige Träger zu günstigeren Konditionen,
56 mittels Konzeptvergaben oder durch die Öffnung von Erdgeschoßflächen zur
57 nachbarschaftlichen Nutzung bei Wohnbauprojekten. Kirchliche Gebäude und
58 Gemeindezentren, die zum Verkauf stehen, wollen wir zu öffentlichen
59 sozialen Räumen umgestalten.
- 60 • **kreative Initiativen, die Menschen in den Stadtteilen über soziale Lagen**

61 hinweg zusammenbringen, unterstützen.

62 Ich für meine Stadt Frankfurt am Main

63 Ein großer Teil der Bevölkerung Frankfurts möchte sich aktiv für die
64 Stadtgesellschaft engagieren. Wie? Das richtet sich ganz individuell nach den
65 persönlichen Vorlieben und Möglichkeiten. Einfach zugängliche Informations- und
66 Beratungsangebote vermitteln die Vielfalt der Möglichkeiten bürgerschaftlichen
67 Engagements und bringen Interessen und Bedarfe zusammen.

68 Wir werden...

- 69 • **die Vermittlung von bürgerlichem Engagement weiter ausbauen.** Die Beratung
70 soll auf individuelle Vorstellungen und persönliche Vorlieben eingehen und
71 – unter anderem über eine digitale Plattform (bestehende
72 Beratungsangebote, aktuell www.frankfurt-hilft.de) – ein Clearing
73 herbeiführen: gut verständliche dargestellte Bedarfe werden mit
74 Engagementprofilen zusammengebracht.
- 75 • **eine Übersicht städtischer sozialer Projekte zur Förderung von Teilhabe
76 für private und institutionelle Spenden erstellen** (z.B. wie #weitergeben,
77 Bündnis gegen Kinderarmut, Angebote im Trägernetzwerk). So wird
78 transparent, wofür die jeweiligen Träger die überlassenen Geldmittel
79 einsetzen und es entsteht Verbundenheit zwischen Spender*in und
80 Organisation.

81 Kreativität ohne Konsum: Räume der Begegnung 82 ausbauen

83 Frankfurt braucht mehr offene Plätze und öffentliche Räumlichkeiten, in denen
84 Menschen machen können, worauf sie Lust haben – ohne Konsumzwang und
85 unabhängig von ihrem Geldbeutel; egal, ob man in Ruhe ein Buch lesen oder seine
86 Gedanken schweifen lassen möchte, Menschen kennenlernen, sich unterhalten, mit
87 Freund*innen entspannen, spielen oder kreativ sein. An ihrer Gestaltung sollen
88 verschiedene Gruppen mitwirken können. Auch Klimaoasen, die an heißen Tagen
89 einen kühlen Aufenthalt ermöglichen, gehören dazu.

90 Frankfurt hat bereits einige Orte wie den Musikbunker, die Saalbauten und das
91 Haus der Jugend, die Bürger*innen kostengünstig für Familienfeiern,
92 Vereinsarbeit, kreatives Schaffen und Sport nutzen können. Wir wollen
93 auswerten, wie das angenommen wird und die Konzepte entsprechend anpassen.

94 Wir werden...

- 95 • **Orte, die regelmäßig besucht werden, sozial gestalten.** So bieten etwa
96 „Friedhofscafés“ auf Friedhöfen eine einfache Einkehrmöglichkeit und
97 beleben den Ort. Konzepte wie die „Babbel-Bank“ laden Menschen zum Treffen
98 und zur Kommunikation ein. Solche Ideen wollen wir fördern.

- 99 • **Räume in der Stadt ermitteln, die nicht oder nur zeitweise genutzt werden**
100 und sie für eine Mehrfach- oder Zwischennutzung öffnen. Gemeinderäume
101 werden z.B. vorübergehend für Band-, Tanz- oder Chorproben genutzt, leere
102 Ladengeschäfte und Etagen in Kaufhäusern für Jugendliche eingerichtet oder
103 zeitweise in Clubs umfunktioniert. „Pop-up“ hat Konjunktur. Auch für
104 große, leerstehende Gebäude wie die alte Zentralbibliothek entwickeln wir
105 neue Nutzungskonzepte.

- 106 • **bei allen zukünftigen Großprojekten soziale, konsumfreie Räume einplanen**
107 und freie Nutzungsmöglichkeiten schaffen. Dies gilt insbesondere für
108 prestigeträchtige Kulturprojekte in bester Lage, wie den Neubau der
109 Städtischen Bühnen oder den Kulturstadtteil. Vorbilder wie das „Amare“ in
110 Den Haag, die Stadtbibliothek „Oodi“ in Helsinki oder das Stadthaus in
111 Kopenhagen finden sich in vielen europäischen Nachbarstädten.

- 112 • **bei der Suche nach Räumlichkeiten die „RADAR- Kreativräume“ für Frankfurt
113 nutzen.** RADAR dient eigentlich der Vermittlung von Gewerberäumen und
114 arbeitet im Auftrag des Frankfurter Stadtplanungsamtes in Kooperation mit
115 dem Kulturamt und der Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH. Die Nutzung
116 soll aber ausgeweitet werden.

117 **Einsamkeit begegnen**

118 In Frankfurt nimmt Einsamkeit in allen Altersgruppen zu. Untersuchungen haben
119 gezeigt, dass sie sich genauso lebensverkürzend auswirkt wie Rauchen. Folgen
120 von Einsamkeit sind Depressionen, Suizidgefährdung, Alkoholismus und der Verlust
121 von Teilhabe am sozialen Leben. Da es einsamen Menschen häufig schwerfällt, die
122 Initiative zu ergreifen, kann der Zustand unbemerkt chronisch werden. Und
123 obwohl Frankfurt über zahlreiche soziale Angebote von Kirchengemeinden,
124 Vereinen, Sozialeinrichtungen u.v.m. verfügt, erreichen diese Hilfen betroffene
125 Menschen zu selten.

126 Jeder Stadtteil sollte deshalb vernetzende und beratende Profis, wie z.B. eine*n
127 Quartiersmanager*in, haben, die auf besonders betroffene Menschen aktiv zugehen:
128 auf ältere Menschen, psychisch Erkrankte, Studierende, Alleinerziehende usw..
129 Einsamkeit zu bekämpfen, trägt auch zur Stärkung der sozialen Integration und
130 Zusammengehörigkeit der gesamten Gesellschaft bei.

131 Wir werden...

- 132 • den Ansatz der aufsuchenden Sozial- und Bürgerarbeit weiter ausbauen und
133 finanziell absichern (z.B. das Sozialrathaus mobil).

- 134 • eine intersektionale „Frankfurter Strategie gegen Einsamkeit“ entwickeln,
135 die zahlreiche Dezernate und Politikfelder einbindet: Bildung/Jugend,
136 Gesundheit, Frauen, Kultur, Sport und Freizeit, Diversität, Planen, Bauen
137 und Wohnen, Demokratie und Bürger*innen-Beteiligung. Grundlage der
138 integrierten Arbeit kann u.a. eine Studie zum Thema Einsamkeit in
139 Frankfurt sein.

- 140 • hauptamtlich und ehrenamtlich beschäftigte Personen in der sozialen
141 Arbeit besser vernetzen, zum Beispiel die Quartiersmanager*innen,
142 Nachbarschaftshelfer*innen oder Stadtbezirksvorsteher*innen.

143 Inklusion und Barrierefreiheit

144 Wir streben eine inklusive Gesellschaft an, in der niemand ausgegrenzt wird.
145 Häufig wird der Begriff Inklusion nur für Menschen mit Behinderungen verwendet.
146 Für uns bedeutet Inklusion die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe für
147 alle. Inklusive Sozialpolitik schafft Strukturen bzw. verändert bestehende
148 Strukturen so, dass alle Menschen an der Gesellschaft teilhaben können.

149 Uns ist wichtig zu betonen, dass Menschen mit Behinderung nicht behindert sind,
150 sondern behindert werden. Für sie ist der Abbau von Barrieren besonders wichtig.
151 Von weniger Barrieren, zum Beispiel im öffentlichen Raum, im Wirtschaftsleben,
152 bei Behörden oder in der digitalen Welt, profitieren wir aber alle.

153 Deutschland hat 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet. Dies
154 beinhaltet die Verpflichtung „Menschen mit Behinderungen“ ein Leben in
155 Chancengleichheit, Selbstbestimmung und Diskriminierungsfreiheit zu
156 ermöglichen. In der „Inklusiven Gesellschaft“ nehmen alle Menschen
157 gleichberechtigt ihren Platz ein. Es ist Aufgabe der Stadt Frankfurt dieses
158 „Menschenrecht“ umzusetzen.

159 Hindernisse, die dem entgegenstehen, werden wir weiter abbauen – physisch,
160 digital, institutionell und mental. Barrierefreiheit ist keine Sondermaßnahme.
161 Sie ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und gilt für alle
162 Lebensbereiche, beginnend bei der Wohnung und dem Arbeitsplatz, bis hin zur
163 Freizeitgestaltung im öffentlichen Raum, der Fortbewegung, Gesundheit und
164 kulturellen Teilhabe. Denn für Menschen mit Behinderungen ist der Alltag auch in
165 Frankfurt trotz vieler Fortschritte weiterhin voller Hürden, die eine
166 gesellschaftliche Teilhabe erheblich erschweren.

167 Wir werden...

- 168 • **Inklusion als Querschnittsaufgabe in allen städtischen Ämtern und Vorhaben verankern** – mit Zielvereinbarungen und jährlichem Monitoring.
- 169
- 170 • **die Expertise der betroffenen Menschen einholen und ihre Beteiligung zusammen mit der Frankfurter Behindertenarbeitsgemeinschaft (FBAG) sicherstellen.** Dafür wird diese entsprechend neu ausgerichtet und finanziert.
- 171
- 172
- 173
- 174 • **die Frankfurter Behindertenarbeitsgemeinschaft (FBAG) neu strukturieren** und als zentrales Beteiligungsgremium mit festen Sitzungsterminen, Budget und mehrsprachiger Öffentlichkeitsarbeit ausstatten.
- 175
- 176
- 177 • **die Zusammenarbeit der „Stabsstelle Inklusion“ und der Frankfurter Behindertenarbeitsgemeinschaft verstärken.** Die Stabsstelle hat Bauherren und Verkehrsgesellschaften zur Barrierefreiheit beraten und Umbauten öffentlicher Gebäude ebenso gefördert wie die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Erwerbs- und Kulturleben. In öffentlichen Ämtern und Einrichtungen hat sie darüber hinaus eine barrierefreie Kommunikation unterstützt.
- 178
- 179
- 180
- 181
- 182
- 183
- 184 • **die Stabsstelle Inklusion weiter ausbauen.** Sie erhält die Aufgabe, alle Ämter und Aktivitäten der Stadt im Bereich Inklusion zu koordinieren
- 185
- 186 • **das „Community Outreach Programm“ weiter ausbauen.** Menschen mit Behinderungen kennen ihre Bedarfe selbst am besten. Deswegen ist eine engere Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Selbstvertretungen wichtig. Dafür erhält die Stabsstelle Inklusion künftig eine Koordinierungseinheit.
- 187
- 188
- 189
- 190
- 191 • **eine Untersuchung in Auftrag geben, die die Barrierefreiheit von Gebäuden der Grundversorgung untersucht.** Dazu gehören medizinische und therapeutische Praxen, Banken, Apotheken, die Post sowie Lebensmittelgeschäfte in den Stadtvierteln.
- 192
- 193
- 194
- 195 • **barrierefreie Kommunikation auf städtischen Webseiten, in Ämtern, Publikationen und Veranstaltungen verbindlich vorschreiben.**
- 196
- 197 • **uns für barrierefreie Angebote bei allen öffentlichen Leistungen einzusetzen.**
- 198
- 199 • **uns dafür stark machen, dass die Stadt als inklusive Arbeitgeberin weiterentwickelt und wahrgenommen wird.**
- 200
- 201 • **Leitlinien für eine inklusive Durchführung von Ausstellungen, Events und**

202 **Veranstaltungen entwickeln**, insbesondere unter städtischer Beteiligung.

- 203 • **Fortbildungen für alle Ämter zum Thema Barrierefreiheit durchführen.**
- 204 • **die Mittel zur barrierefreien Kommunikation für öffentliche Ämter und**
205 **Einrichtungen aufstocken.**
- 206 • **einen Mängelmelder für Barrieren einführen**, der analog zum
207 Radverkehrsmelder Mängel systematisch an die Verwaltung weiterleitet.
- 208 • **die Mittel zum barrierefreien Umbau öffentlicher Gebäude deutlich**
209 **aufstocken**, insbesondere Schulen, Kultureinrichtungen, Ämtern und
210 öffentlicher Infrastruktur.
- 211 • **gezielte Angebote für queere Menschen mit Behinderungen** aufbauen –mit
212 Fokus auf Empowerment, Schutzräume und Beratung.

213 **Armut überwinden**

214 Mehr als 160.000 Menschen in Frankfurt haben weniger als 1.381 Euro pro Monat
215 (bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen) zur Verfügung und leben damit unterhalb
216 der Armutsgrenze. Wir streben eine Gesellschaft ohne Armut an, in der niemand
217 ausgegrenzt wird, Menschen genügend Geld haben, Sozialleistungen dort ankommen,
218 wo sie benötigt werden, und Menschen in Armut eine Arbeitsmarkt-Perspektive
219 haben.

220 Armut bleibt oft unsichtbar und ist mehr als zu wenig Geld. Sie bedeutet
221 Einschränkungen und Ausgrenzung in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Gesundheit,
222 Bildung, soziale und kulturelle Teilhabe. Gegen Armut muss Politik an all diesen
223 Stellen ansetzen. Wir wollen insbesondere Kinderarmut als Handlungsschwerpunkt
224 beibehalten. Aber auch die Altersarmut steigt rapide an. Und selbst viele
225 Erwerbstätige haben ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze oder nur
226 geringfügig darüber. All diese Menschen haben wir mit unserer Politik im Blick.

227 Wir werden...

- 228 • **einen Fonds für das Frankfurter Bündnis gegen Kinderarmut bereitstellen.**
229 Der Fonds dient zur Umsetzung von Maßnahmen, mit denen wir die
230 Stigmatisierung von Kinder und Jugendlichen verhindern, die von Armut
231 betroffen sind, und ihre Teilhabe sichern.
- 232 • **uns dafür einsetzen, dass die Bekämpfung von Armut bei politischen**
233 **Entscheidungen ämterübergreifend Berücksichtigung findet.**

234 Lebenslagenkarten und Sozialmonitoring als notwendige Datenbasis werden
235 dazu laufend aktualisiert. Wir setzen auf Pilotprojekte, um schnell und
236 praxisorientiert Erfahrungen zu sammeln.

- 237 • **den Frankfurt-Pass als wirksames Instrument der Teilhabe und**
238 **Armutsbekämpfung um weitere Leistungen ausbauen.** Außerdem wollen wir eine
239 regelmäßige Nutzer*innenbefragung durchführen.
- 240 • **eine Kampagne starten, um ein gesellschaftliches Bewusstsein für Armut zu**
241 **schaffen** und dabei deutlich machen, wo Armut Teilhabe ganz konkret
242 verhindert (z.B. kostenintensive Klassenfahrten).
- 243 • **dorthin gehen, wo Menschen Hilfen gegen Armut brauchen und erweitern dazu**
244 **unsere vor Ort-Angebote wie den Bus „mobiles Sozialrathaus“.**

245 **Besserer Zugang zum Arbeitsmarkt**

246 Erwerbstätigkeit bedeutet Einkommen – und auch soziale Teilhabe. Deshalb muss
247 der Zugang zum Arbeitsmarkt über die gesamte Erwerbsbiografie offen bleiben. Das
248 fängt bereits beim Einstieg ins Erwerbsleben an. Die Jugendberufsagentur
249 Frankfurt, das Jugendjobcenter, ist ein vorbildlicher Ansatz auch für andere
250 Städte. Frankfurt hat damit eine einheitliche Anlaufstelle nur für Jugendliche
251 und junge Erwachsene geschaffen, die Unterstützung brauchen. Wir wollen aber
252 noch weiter gehen.

253 Wir wollen für Eltern, insbesondere Mütter, Arbeitsmarkthürden abbauen. Dazu
254 gehört insbesondere, das Angebot an Kinderbetreuung auszubauen – eine
255 Grundvoraussetzung für den (Wieder-)Einstieg. In der Steigerung der
256 Erwerbsquote von Frauen liegt im übrigen das größte Arbeitskräftepotenzial. Sie
257 leisten ungleich mehr unbezahlte Care-Arbeit als Männer, sind diejenigen die
258 sich mehr um die Kinder kümmern und auch Angehörige pflegen. Deshalb arbeiten
259 sie überproportional häufig in Teilzeit.

260 Die volle Erwerbstätigkeit von Frauen ist damit nicht nur ein wichtiger Faktor
261 für die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch ein entscheidender Beitrag zu
262 mehr Chancengleichheit und einer gerechten Gesellschaft. Die Herausforderungen,
263 die Frauen auf dem Arbeitsmarkt noch immer erleben, nehmen wir sehr ernst.

264 Allein durch Digitalisierung und ökologischen Wandel entstehen viele neue
265 Arbeitsplätze, für die es auch neue Qualifikationen braucht. Weiterbildung ist
266 der Schlüssel, um hier den Anschluss zu schaffen, Menschen in Erwerbstätigkeit
267 zu halten und auch fit für neue Beschäftigung zu machen. Bundesweit werden auf
268 grüner Initiative hin Weiterbildungsagenturen eingeführt, die in Hessen
269 Bildungspunkte heißen. Mit dem neu eingerichteten Bildungspunkt Frankfurt bei

270 der Bundesagentur für Arbeit gibt es – ähnlich wie bei der Jugendberufsagentur –
271 jetzt eine Anlaufstelle für alle Fragen, die mit Weiterbildung zu tun haben.

272 Wir wollen auch ältere Menschen, die noch arbeiten möchten, bei der Suche nach
273 geeigneten Arbeitsplätzen unterstützen und sehen hier viel Potenzial. Gleicher
274 gilt für die in Frankfurt besonders wichtige Gruppe sind von Menschen mit
275 Migrationshintergrund: Sie haben teilweise selbst dann, wenn sie schon lange
276 hier leben oder sogar hier geboren und Deutsche sind, Schwierigkeiten auf dem
277 Arbeitsmarkt. Noch mehr gilt das für Geflüchtete und Menschen aus anderen EU-
278 Staaten.

279 Diese brauchen Unterstützung und Zugang zum Arbeitsmarkt von Anfang an. Wir
280 wollen auch die Integration von Menschen mit Schwerbehinderung in Arbeit
281 unterstützen.

282 Wir werden...

- 283 • **Jugendliche, die weder zur Schule gehen, noch in Ausbildung oder
284 Beschäftigung sind, durch aufsuchende Hilfen erreichen.**
- 285 • **für die bestehenden Angebote werben:** die Gesellschaft für
286 Jugendbeschäftigung (gjb), die Frankfurter Jugendberufshilfe, das
287 Frankfurter Arbeitsmarktprogramm (FRAP) und die Beratungs-, Orientierungs-
288 und Qualifizierungsangebote speziell für Frauen.
- 289 • **mit dem Jobcenter und der Arbeitsagentur den Bildungspunkt verbessern.** Er
290 muss sowohl öffentlich als auch intern noch bekannter werden. Außerdem
291 muss deutlicher werden, dass der Bildungspunkt nicht nur für
292 Arbeitssuchende bestimmt ist, sondern für alle, die sich weiterbilden
293 wollen. Als sinnvoll betrachten wir eine Kooperation mit VHS und IHK.
- 294 • **die Chancen für Menschen mit Migrationsgeschichte – insbesondere von
295 Frauen – auf dem Arbeitsmarkt verbessern.** Bildung, Sprachkurse und
296 Kinderbetreuung sind Voraussetzungen für ihre Teilhabe.
- 297 • **uns dafür einsetzen, dass sich die arbeitspolitischen Instrumente stärker
298 an den Zielgruppen orientieren** und auch den kulturellen Hintergrund
299 berücksichtigen. Um das zu erreichen, werden wir mit dem Jobcenter, der
300 Arbeitsagentur und der FRAP-Agentur (Frankfurter Arbeitsmarktprogramm) in
301 den Dialog treten.
- 302 • **uns für einen inklusiven Arbeitsmarkt einsetzen.** Zusätzliche
303 Beschäftigungen auf dem „sozialen Arbeitsmarkt“ (§16i SGB II) und
304 Arbeitsgelegenheiten (§ 16d SGB II) sind für diejenigen Menschen geeignet,

305 die mit den Erfordernissen des ersten Arbeitsmarktes aus den
306 unterschiedlichsten Gründen nicht Schritt halten können.

307 **Wohnungs- und Obdachlosigkeit überwinden**

308 Die letzte Bundesregierung hat einen Nationalen Aktionsplan zur Überwindung von
309 Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit bis 2030 beschlossen. Wir wollen, dass
310 sich Frankfurt als eine der Großstädte, die besonders von Obdachlosigkeit
311 betroffen ist aktiv daran beteiligt. Mehr noch: Wir wollen vorangehen: Wohnen
312 ist ein Menschenrecht. Frankfurt soll die erste Großstadt in Deutschland sein,
313 die Obdachlosigkeit überwindet – ein sehr ambitioniertes Ziel. Wir müssen das
314 Hilfesystem dazu so umbauen, dass es alle Menschen erreicht und alle die Chance
315 auf ein besseres Leben haben. Frankfurt braucht dazu einen eigenen Aktionsplan.

316 Wir werden...

- 317 • **einen Frankfurter Aktionsplan zur Überwindung von Obdachlosigkeit und**
318 **Wohnungslosigkeit erstellen** und dafür alle relevanten Akteur*innen der
319 Stadt, die am Wohnungsmarkt beteiligt oder mit dem Thema Obdach-/
320 Wohnungslosigkeit zu tun haben, an einen Tisch holen.
- 321 • **ein integriertes Konzept zur Wohnraumbeschaffung für obdachlose und**
322 **wohnungslose Menschen entwickeln** und dazu ebenfalls alle relevanten Kräfte
323 miteinander verzähnen. Die städtische ABG muss dabei eine Vorreiterrolle
324 übernehmen.
- 325 • **allen Obdachlosen menschenwürdige Übernachtungsmöglichkeiten anbieten.**
- 326 • **Housing First weiter ausbauen.** Sofern individuell möglich und gewünscht,
327 wollen wir im Rahmen dieses Ansatzes Wohnungen mit regulärem
328 Mietverhältnis und sozialarbeiterischer Begleitung anbieten.
- 329 • **Menschen, für die Housing First nicht in Frage kommt, Notüber-nachtungen**
330 **anbieten** und alternativ dazu menschenwürdige Übernachtungsmöglichkeiten
331 auch unter freiem Himmel schaffen.
- 332 • **Notunterkünfte so gestalten, dass Platz und Sicherheit für alle**
333 **gewährleistet sind.**
- 334 • **die Akzeptanz von Übernachtungseinrichtungen erhöhen, indem wir für mehr**
335 **Privatsphäre und Sicherheit sorgen**, z.B. durch abschließbare Einzelzimmer
336 und die Erlaubnis von Haustieren.

- 337 • **besonders schutzbedürftige Gruppen gezielt unterstützen**, zum Beispiel
338 queere, insbesondere trans* Personen, Frauen, Jugendliche und Familien,
339 Obdachlose mit Tieren, ältere Menschen und Zugewanderte.
- 340 • **Frauen aus Frauenhäusern Wohnungen bereitstellen.**
- 341 • **Wohnungsverlust vorbeugen**. Damit die Stadt Menschen, die von
342 Wohnungslosigkeit bedroht sind, möglichst früh helfen kann, muss die
343 Kooperation zwischen den Behörden noch besser werden.
- 344 • **bei diesem Thema mit anderen Städten zusammenarbeiten**. Beim Land Hessen
345 wollen wir einen hessischen Aktionsplan zur Überwindung von
346 Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit einfordern und unsere Mitarbeit
347 anbieten.

348 **Sozial – digital und analog**

349 Kaum jemand überblickt den Dschungel der vielfältigen Sozialleistungen und
350 Unterstützungsmöglichkeiten. Und wenn die Leistungen bekannt sind, heißt es:
351 Formulare, Formulare und rennen von einer Behörde zur anderen. Dem wollen wir
352 ein Ende bereiten. Nicht die Menschen sollen laufen, sondern die Daten. Wir
353 denken alle Leistungsberechtigungen im Sozialen von den Menschen aus. Besteht
354 ein Anspruch auf Leistung des Hilfesystems, sollen diese in einem Kontakt
355 erfasst und bestätigt werden.

356 Zugang zur digitalen Welt gehört längst zur sozialen Teilhabe dazu. Wir wollen
357 deswegen dafür sorgen, dass alle Menschen in die Lage versetzt werden, das
358 Internet zu nutzen. Besonders schwierig ist die digitale Teilhabe für wohnungs-
359 und obdachlose Menschen und zum Teil auch für Menschen mit geringen Einkommen.
360 Ihnen fehlt häufig nicht nur der technische Zugang, sondern auch die
361 Qualifikation sich digital zurechtzufinden. Wir wollen deswegen insbesondere
362 ältere Menschen mit digitalen Weiterbildungen unterstützen, die zugleich auch
363 (digitale) Medienkompetenzen vermitteln.

364 Wir werden...

- 365 • **eine digitale Plattform einführen, auf der Nutzer*innen sich einmal
366 anmelden müssen**. Danach werden sie auf alle ihre Ansprüche automatisch
367 geprüft. Die Nutzer*innen können dann erlauben, dass diese Daten
368 gespeichert werden, und Anträge auf Basis der frei gegebenen Daten
369 ausgefüllt werden. Die Plattform macht Leistungsansprüche auf Knopfdruck
370 sichtbar und entlastet auch die Verwaltung.

- 371 • **die Möglichkeiten der Digitalisierung zum Wohle aller nutzen**, z.B. durch
372 Vereinfachung von behördlichen Prozessen, mehr Beratung / Information,
373 Inklusion durch KI, Sprachassistenten etc.
- 374 • **dafür sorgen, dass es an viel mehr Stellen im öffentlichen Raum
375 kostenlos WLAN gibt.**
- 376 • **dafür einsetzen, dass es überall im Stadtgebiet kostenlos nutzbare
377 Rechner mit Internet-Zugang bzw. Internet-Räume gibt.**
- 378 • **über die Social-Media-Kanäle der Stadt Frankfurt mehr Menschen über ihre
379 Rechte und die sozialen Angebote der Stadt aufklären und auch neue Kanäle
380 aufbauen.**
- 381 • **digitale Lots*innen einsetzen**, die beim Zugang zu den digitalen
382 Dienstleistungen helfen.

383 **Energetische Sanierung und Klimaschutz in 384 Sozialeinrichtungen**

385 Soziale Einrichtungen, sind mit ihrem großen Anteil an Wohn- und
386 Funktionsgebäuden im öffentlichen Raum ein beträchtlicher Klimafaktor. Neben
387 der unzureichenden Erfassungslage des Gebäudebestandes und des verzweigten
388 Zuständigkeitsbereiches stellt das Sozialgesetz ein Hinderungsgrund für die
389 Umsetzung von Gebäudesanierungs-Maßnahmen dar. Investitionen in Klimaschutz und
390 Klimaanpassung sind laut Gesetz nicht mit dem Wirtschaftlichkeitsgebot
391 vereinbar. Zudem sind die Betreiber nicht immer die Gebäudeeigentümer und
392 profitieren somit nicht von den eingesparten Energiekosten. Gesetzliche
393 Grundlagen und administrative Prozesse müssen deshalb so angepasst werden, dass
394 Investitionen in den Klimaschutz und die Klimaanpassung für soziale
395 Einrichtungen möglich werden.

396 Wir werden...

- 397 • **Förderprogramme für gemeinnützige, soziale Einrichtungen auflegen**, um
398 sinnvolle Maßnahmen zur CO₂ Reduktion sowie zur Klimaanpassung auch in
399 diesem Sektor attraktiv zu machen.
- 400 • **prüfen, ob die Stadt Frankfurt die Umsetzung dieser Maßnahmen übernehmen
401 kann**. Denn Investitionen z.B. in Dämmung, Verschattung, Einsatz
402 erneuerbarer Energien, Fassaden- und Dachbegrünung sowie Kühloasen
403 gleichen sich durch Einsparungen bei den Energiekosten wieder aus.

A13 Stadt für jedes Alter: Sozialpolitik für Generationsgerechtigkeit

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.13 Stadt für jedes Alter: Sozialpolitik für
Generationsgerechtigkeit

Antragstext

1 Wir wollen eine generationengerechte Stadt. Unsere Sozialpolitik richtet sich an
2 alle Frankfurter*innen unabhängig vom Alter. Wir wollen deswegen gezielte
3 Maßnahmen für unterschiedliche Altersgruppen aber auch das
4 generationenübergreifende Miteinander fördern.

Kinder und Jugendliche

6 Eine der wesentlichen Faktoren sozialer Ungleichheit ist das Aufwachsen in
7 Armut. Betroffene Kinder und Jugendliche sehen sich mit vielfältigen Problemen
8 konfrontiert, die sie selbst kaum beeinflussen können, aber langfristige Folgen
9 nach sich ziehen. Unter anderem werden ihre Teilhabemöglichkeiten einschränkt,
10 es fehlt beispielsweise an Zugängen zu mindestens einer gesunden warmen Mahlzeit
11 am Tag und auch der Zugang zu Bildungsabschlüssen und einer chancenreichen
12 Zukunft wird erschwert. Wir etablieren deshalb Angebote in den Quartieren, die
13 Kinder und Jugendliche unabhängig ihres sozio-kulturellen Hintergrunds in ihrem
14 direkten Lebensumfeld ansprechen und stärken.

Unsere grünen Ziele für Frankfurt

16 Wir werden...

- 17 • **niedrigschwellige Zugänge für Kinder- und Jugendlichen zu den
18 Beteiligungsformaten der Stadtgesellschaft etablieren**, um die Perspektiven
19 der jüngeren zu stärken und politisch abzubilden.
- 20 • **niedrigschwellige Kulturangebote sowie Bildungsangebote zur
21 Demokratieförderung dezentral in den Stadtteilen und Quartieren
22 etablieren**, z.B. Ausbau Programm Frankfurter Flöhe.
- 23 • **kulturelle und politische Bildung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit
24 etablieren**.

- 25 • **offene Jugendsozialarbeit sichern und ausbauen.** Investition in die
26 Gebäudeunterhaltung und Modernisierung der Einrichtungen, Abbau von
27 Barrieren.

- 28 • **Maßnahmen zur Stärkung inklusiver und barrierearmer Teilhabechancen und**
29 **Begegnungsräume für alle Kinder durchführen.**

30 **Familien in Frankfurt**

31 Familie ist da, wo Menschen zusammenleben, die für einander Verantwortung
32 übernehmen, insbesondere für Kinder, aber auch für Ältere. Die Care-Arbeit, die
33 in Familien geleistet wird, ist eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft.
34 Familien stehen aber auch oft vor großen Herausforderungen.

35 Die Gruppe der Alleinerziehenden ist mit zahlreichen Herausforderungen
36 konfrontiert, den Alltag zu organisieren, den Lebensunterhalt zu sichern,
37 sozialer Isolation entgegen zu wirken und ist stark von Armut bedroht. Diese
38 Gruppe benötigt einen niedrigschwlligen, einfachen und schnellen Zugang zum
39 gesamten Hilfesystem.

40 **Unsere grünen Ziele für Frankfurt**

41 Wir werden...

- 42 • **uns dafür einsetzen, dass mittelfristig soziale Leistungen Familien mit**
43 **möglichst einfachen Verfahren oder sogar antragsfrei bei bekannten**
44 **Verhältnissen und Datenfreigabe zur Verfügung stehen.**

- 45 • **Wege suchen, um Familien auf Hilfe aktiv aufmerksam zu machen, z.B. nach**
46 **der Geburt eines Kindes.** Hier könnte die Familie automatisch von den
47 zuständigen Ämtern kontaktiert werden und Informationen dazu erhalten,
48 welche Hilfen ihr zusteht. Die Leistungen werden den Eltern aktiv
49 angeboten und die Antragstellung unterstützt.

- 50 • **dezentrale Strukturen in den Quartieren schaffen, für Beratung und**
51 **Unterstützung direkt im Sozialraum.**

- 52 • **Nachbarschaftshilfen und Familienzentren unterstützen sowie**
53 **Nachbarschaftsinitiativen fördern.**

- 54 • **das wirksame und etablierte Programm „Frühe Hilfen“ als kommunale**
55 **Verantwortung weiter fortführen.**

- 56
- ein Alleinerziehendenzentrum in Frankfurt als zentrale Anlaufstelle mit
57 wichtigen Leistungen für Alleinerziehende einführen: Familien- und
58 Gesundheitslots:innen, Digitale Plattform / Broschüre mit allen
59 Informationen zu Leistungsangebot, Miet- und Sozialberatung, Freizeittreff
60 und Begegnungsräumen, Kinderbetreuung.

61

Älter werden in Frankfurt

62 Der Anteil der älterwerdenden Menschen ab 55 Jahre wird aufgrund der sog.
63 Generation der „Baby Boomer“ dynamisch ansteigen. Im Jahr 2030 ist mehr als jede
64 zehnte Frankfurter:in über 75 Jahre alt. Auch im Alter sollen Frankfurter*innen
65 selbstbestimmt leben können und an der Gesellschaft teilhaben. Sind
66 Unterstützungen in der Lebensführung notwendig, sollen dies weitestmöglich
67 ambulant im gewohnten Lebensumfeld ermöglicht werden. Es geht um ein
68 Miteinander, das die unterschiedlichen Lebensweisen der Generationen und auch
69 damit verbundene Konfliktpotenziale kennt und auf Herausforderungen Antworten
70 sucht und kennt. Die Stärkung der Lebensqualität und der gesellschaftlichen
71 Teilhabe im sozialen Umfeld erreichen wir nur gemeinschaftlich.

72 Die sogenannten „Babyboomer“ gehen sukzessive in den Ruhestand. Wir sehen darin
73 ein großes Potenzial für bürgerschaftliches Engagement und wollen für diese
74 neuen und auch die „alten“ Senior*innen Möglichkeiten und Unterstützung zu
75 bieten, wenn sie sich engagieren wollen, und dafür die notwendigen Strukturen
76 schaffen.

77

Unsere grünen Ziele für Frankfurt

78 Wir werden...

- 79
- Quartiere generationengerecht gestalten und damit auch altersgerecht mit
80 Einzelhandel in der Nähe, Begegnungsräumen, Barrierefreiheit, ggf. mit
81 Übergangslösungen, Einbeziehung von Sportvereinen, Quartiersmanagements,
82 Treffpunkten und Einrichtungen für lebensältere Menschen, die sich in den
83 Sozialräumen vernetzen und den Menschen und ihren Angehörigen offenstehen

 - geeignete Konzepte entwickeln, die eine Erreichbarkeit der zunehmend
84 wachsenden Zielgruppe an Informationen gewährleisten. Mögliche Zugangswege
85 (analog, digital, netzwerkgestützt, zugehend) werden geprüft und
86 zielgerichtet eingesetzt. Vernetzung der Akteure für die Durchführung von
87 Präventionsmaßnahmen gegen Einsamkeit und Pflegebedürftigkeit (Förderung
88 über § 123 SGB XI)

 - Programm „Würde im Alter“ als festen Bestandteil der Frankfurter
90 Strukturen in der Altenhilfe weiter fortführen

 -

- 92 • **dafür sorgen, dass Frankfurt Mitglied im weltweiten Netzwerk „Age-**
93 **friendly-City – Generationengerechte Stadt – der WHO wird**

- 94 • **ein Altersforschungshaus in Frankfurt in Kooperation mit der**
95 **FrankfurtUniversity of applied Sciences konzipieren und umsetzen und**
96 **fördern lebensnahe Lösungen für den Erhalt der Selbständigkeit im Alter.**
97 Das Haus steht lebensälteren Menschen und allen Angehörigen und
98 Interessierten offen und bietet laufend einen Überblick über neueste
99 Erkenntnisse der Forschung, digitaler Hilfsmittel und Angebote, wie diese
100 konkret in die Lebenswelt der älterwerdenden Frankfurter*innen integriert
101 werden können (Beratung und Finanzierungsmodelle)

- 102 • **alle Frankfurter*innen, die 65 werden, zu einer Infoveranstaltung „Gut**
103 **Altern in Frankfurt“ einladen**, um alle Informationen zu wichtigen
104 Strukturen, Beratungs- und Hilfeleistungen und Möglichkeiten des
105 Engagements in Frankfurt zu erhalten.

- 106 • **die „Offenen Senior*innendienste, das heißt die vielfältigen und**
107 **etablierten Strukturen für lebensältere Menschen in Frankfurt erhalten und**
108 **auf die zukünftigen Anforderungen ausrichten**. Die Orte der Begegnung sind
109 Wohlfühlorte und werden funktional ausgestattet und gleichermaßen
110 ästhetisch einladend.

- 111 • **einen gleichberechtigten Zugang zu Pflegeberatung und -unterstützung für**
112 **alle lebensälteren Menschen ermöglichen**. Unabhängig von kulturellem
113 Hintergrund und sozialer Einbindung. Insbesondere Menschen mit
114 Migrationshintergrund sowie alleinlebende Senior*innen sollen besser
115 erreicht werden. Dazu wird der Pflegestützpunkt Frankfurt um eine
116 zusätzliche Fachkraft mit interkultureller Kompetenz erweitert.

- 117 • **verzahnen ambulante und stationäre Angebote, damit Pflege sich verlässlich**
118 **und wohnortnah an die Lebenssituation der Menschen anpasst**. So ermöglichen
119 **wir eine nahtlose Versorgung und entlasten Angehörige**. Kurzzeit- und
120 Tagespflege sowie wohnortnahe Pflegewohngemeinschaften sollen den Übergang
121 zwischen Zuhause und Pflegeheim erleichtern und die Selbstbestimmung
122 stärken.

- 123 • **Den Pflegenotstand bekämpfen**. Menschen im Pflegesektor sind Stützen
124 unserer Gesellschaft und in einer immer älter werdenden Bevölkerung
125 wichtiger denn je. Wir setzen uns für eine angemessene Bezahlung, faire
126 Arbeitsbedingungen und höhere Personalschlüssel ein.

A14 Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.14 Wohnen für alle: Bezahlbar und
gerecht

Antragstext

1 Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Wohnen ist ein Menschenrecht.
2 Dennoch leben viele Menschen in unserer Stadt mit der Angst, sich die eigene
3 Wohnung bald nicht mehr leisten zu können. Die Mieten steigen. Der Platz reicht
4 für die Familie kaum aus. Als Studierende oder Auszubildende bezahlbaren
5 Wohnraum zu finden, ist beinahe unmöglich. Diesen Zustand akzeptieren wir nicht.
6 Jeder Mensch braucht ein sicheres, bezahlbares Zuhause!

7 Grüne Politik steht für gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik. Wir setzen uns
8 für mehr sozialen Wohnungsbau ein. Wir unterstützen Genossenschaften und
9 Initiativen, in denen sich Menschen zusammenschließen, um gemeinsam neuen
10 Wohnraum, lebendige Nachbarschaften und lebenswerte Quartiere zu schaffen.

11 Wohnen soll außerdem klimafreundlich sein. Von energieeffizientem Bauen und
12 Sanieren profitieren sowohl die Umwelt als auch die Menschen, die Heizkosten
13 sparen. Dabei darf keine Sanierung zu überteuerten Mietpreisen führen. Soziales
14 und Umwelt gehören für uns untrennbar zusammen.

15 Unsere grüne Vision für Frankfurt

16 Wir werden...

- 17 • **explodierende Mieten stoppen** und Wohnen wieder für alle bezahlbar machen.
- 18 • **den Bau von bezahlbarem Wohnraum durch Fördermittel und den Abbau
19 bürokratischer Hürden beschleunigen** – insbesondere im sozialen und
20 gemeinnützigen Wohnungsbau.
- 21 • **den Mieterschutz stärken**. Um Mieter*innen vor übermäßigen Mietsteigerungen
22 zu schützen, setzen wir uns für die Einführung einer wirksamen
23 Mietpreisbremse ein. Zudem sollen Mieterrechte gestärkt und der
24 Kündigungsschutz verbessert werden.

- 25 • **gegen den Leerstand vorgehen**, unter anderem durch Anreize für die
26 Umnutzung leerstehender Gebäude oder durch Sanktionen bei spekulativem
27 Leerstand.

- 28 • **Frankfurt zur Hauptstadt des gemeinschaftlichen Wohnens entwickeln**.
29 Alternative Wohnformen sollen nicht die Ausnahme, sondern eine
30 selbstverständliche und attraktive Option für alle sein, die sich nach
31 echter Nachbarschaft und gemeinsamer Verantwortung sehnen.

32 **Bezahlbares Wohnen für alle**

33 Mieten explodieren und Familien finden keine bezahlbaren Wohnungen mehr. Die
34 Preise für eine neue Mietwohnung kennen nur eine Richtung: nach oben.
35 Bezahlbarem Wohnraum zu schaffen, ist eine der größten Herausforderungen unserer
36 Zeit und für uns Grüne eine Grundvoraussetzung für den gesellschaftlichen
37 Zusammenhalt. Die steigenden Mieten belasten vor allem Menschen mit niedrigem
38 Einkommen überproportional. Viele Haushalte sind inzwischen durch die Wohnkosten
39 überlastet. Wohnen wird zum Armutsriskiko. Das muss aufhören!

40 **Unsere grünen Ziele für Frankfurt**

41 Wir werden...

- 42 • **alle Möglichkeiten nutzen, damit jährlich wieder mehr öffentlich
43 geförderte Wohnungen bereitgestellt werden als aus der Sozialbindung
44 herausfallen.**

- 45 • **den Anteil öffentlich geförderter und langfristig gemeinwohlorientierter
46 Wohnungen erhöhen** und diese möglichst auf alle Stadtteile verteilen.

- 47 • **Möglichkeiten zur Mietpreisbegrenzung bei möbliert vermieteten Wohnungen
48 prüfen**. Der Möblierungszuschlag muss transparent im Mietvertrag
49 ausgewiesen und seine Höhe begrenzt werden, um die Umgehung der
50 Mietpreisbremse zu verhindern.

- 51 • **uns für ein Mietkataster mit transparenten und realistischen
52 Durchschnittsdaten einsetzen**, unter anderem durch automatische Meldung von
53 neu geschlossenen Mietverträgen.

- 54 • **das Instrument der sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutz) offensiver
55 anwenden** und Milieuschutzgebiete wo möglich ausweiten.

- 56 • **zusätzlich zu den rechtlichen Möglichkeiten verschiedene Anreize und**

57 **Fördermöglichkeiten prüfen**, die Haus- und Wohnungseigentümern eine sozial
58 sinnvolle Vermietung von Wohnraum ermöglichen.

- 59 • **Mieten fair deckeln** und die geltende Selbstbeschränkung der städtischen
60 Wohnungsbaugesellschaft ABG und der Nassauischen Heimstätte bei
61 Mieterhöhungen erneut verlängern.
- 62 • **bestehende Wohnblocks mit Sozialbindung und niedrigschwelliger sozialer
63 Betreuung erhalten und ausbauen**, indem die Finanzierung der Betreuung
64 gesichert und die Sozialbindung rechtzeitig verlängert wird.
- 65 • **Wohnformen für Menschen mit speziellen Bedarfen unterstützen**, z.B. Pflege-
66 Wohngemeinschaften oder Wohnen für Menschen mit chronischen Erkrankungen
67 insbesondere psychischen Erkrankungen, Sucht oder Demenz.
- 68 • **Projekte wie Mehrgenerationenhäuser fördern**, damit Alt und Jung im
69 Quartier zusammenleben können.
- 70 • **die Versorgungslücke an barrierefreiem Wohnraum, insbesondere für Menschen
71 mit Behinderungen, schließen.**
- 72 • **Innovationen und experimentellem Bauen Raum geben**. Die Gebäudeklasse E
73 steht für einfaches, experimentelles Bauen. Ziel ist es, unter Einhaltung
74 der Sicherheitsstandards Baukosten nachhaltig zu senken.

75 **Potenzial für neuen Wohnraum aktivieren**

76 Frankfurt wächst – und mit dem Wachstum steigt der Druck auf den Wohnungsmarkt.
77 Um dem Wohnraummangel zu begegnen, ist eine aktive Bodenpolitik notwendig, die
78 es möglich macht, dass unsere Stadt Gestaltungsoptionen gewinnt bzw.
79 zurückerlangt.

80 Aktuell gibt es in unserer Stadt 13.000 leerstehende Wohnungen. Das ist ein
81 Skandal! Für uns Grüne ist klar: Nichts ist bei einem so angespannten
82 Wohnungsmarkt ungerechter als dauerhafter Leerstand. Der Wohnungsbestand ist die
83 wichtigste wohnungspolitische Ressource unserer Stadt.

84 Genossenschaftliches Wohnen und gemeinschaftliche Wohnprojekte leisten einen
85 wichtigen Beitrag zur Sicherung und Schaffung bezahlbaren Wohnraums sowie zur
86 Bildung stabiler Nachbarschaften. Deshalb wollen wir sie durch gezielte
87 Maßnahmen ausbauen, stärken und fördern.

88 Wir werden...

- 89 • **den Leerstand von Wohnraum konsequent bekämpfen**, eine kommunale
90 Leerstandsatzung erlassen und durchsetzen. Weitere Instrumente sind ein
91 städtisches Leerstandsmonitoring und eine Plattform, um Leerstände zu
92 melden.

- 93 • **den Baulandbeschluss konsequent anwenden**. Den öffentlichen
94 Wohnungsbaugesellschaften, wie der ABG und der Nassauischen Heimstätte
95 kommt dabei eine besondere wohnungspolitische Rolle zu, die sie auch
96 erfüllen sollen.

- 97 • **weiterhin grundsätzlich keine städtischen Flächen verkaufen**. Kommunale
98 Flächen sind Gemeingut und müssen es auch bleiben.

- 99 • **kreative Zwischennutzungen im Leerstand aktivieren**, ein systematisches
100 städtisches Zwischennutzungsmanagement für städtische Immobilien
101 etablieren und verfügbare Räume über eine Online-Plattform vermitteln.

- 102 • **die Einnahmen aus der Erbpacht für städtische Grundstücke zweckgebunden in
103 den Liegenschaftsfonds der Stadt Frankfurt einzahlen**, um damit dauerhaft
104 Grundstücksankäufe tätigen zu können.

- 105 • **Büros in Wohnungen umwandeln**.

- 106 • **Nachverdichtungspotenziale im Bestand nutzen** und neue Flächen in zentralen
107 Lagen aktivieren.

- 108 • **Bebauungsplanverfahren für neue Quartiere** und einzelne Entwicklungen auch
109 außerhalb des schon bebauten Gebiets, wie dem neuen Stadtteil der
110 Quartiere vorantreiben.

- 111 • **Wohnungstausch für lebensphasen-gerechtes Wohnen im heimischen Stadtteil
112 anregen** und koordinieren.

- 113 • **genossenschaftliches Wohnen massiv ausbauen**. Dafür werden wir die bereits
114 eingeführte 15%-Quote für gemeinschaftliches und genossenschaftliches
115 Wohnen im Baulandbeschluss konsequent durchsetzen. Bei größeren
116 Neubaugebieten prüfen wir eine mögliche Erhöhung des Anteils.

- 117 • **die Neugründung einer städtischen Genossenschaft prüfen** und zusätzlich den
118 Liegenschaftsfonds deutlich aufstocken, um ihn auch für
119 genossenschaftliche Projekte zu nutzen.

- 120 • **gemeinschaftliche Wohnprojekte fördern** und das Netzwerk Frankfurt für

121 gemeinschaftliches Wohnen unterstützen. Clusterwohnen verdient dabei
122 unsere besondere Aufmerksamkeit: Diese innovative Wohnform kombiniert
123 private Rückzugsmöglichkeiten mit großzügigen Gemeinschaftsbereichen und
124 ist besonders flächeneffizient und gemeinschaftsfördernd.

- 125 • **gemeinschaftlichen Wohnprojekten, die unsere Nachhaltigkeits- und
126 Gemeinwohlkriterien erfüllen, künftig kommunale Grundstücke zu einem
127 Erbbauzins von nur 1% des Bodenwerts zur Verfügung stellen.**
- 128 • **mit einem Förderprogramm für gemeinschaftliche Wohnprojekte
129 Finanzierungslücken schließen.**
- 130 • **durch den kommunalen Liegenschaftsfonds immer mehr Grundbesitz für die
131 Stadt zukaufen, auf dem Wohnprojekte realisiert werden.**
- 132 • **lokale Unternehmen als Partner gewinnen** und gezielt Wohnen für
133 Beschäftigte fördern, um den allgemeinen Wohnungsmarkt zu entlasten.
- 134 • **Hitzeschutz bei allen Neubauprojekten und Sanierungen der Stadt einplanen.**
135 Vermieter*innen müssen Zuschüsse aus einem Klimaanpassungsfonds erhalten,
136 um Immobilien im Bereich Isolierung, Außenverschattung, Begrünung und ggf.
137 auch Kühlung nachzurüsten.

138 Studierenden- und Azubi Wohnen stärken

139 Frankfurt ist mit durchschnittlich 665 Euro für ein WG-Zimmer die zweitteuerste
140 Universitätsstadt Deutschlands. Für viele junge Menschen wird Wohnen zum
141 existentiellen Problem. Die dramatisch hohen Mieten führen zu einer sozialen
142 Auslese beim Hochschulzugang. Nur wer sich Frankfurt leisten kann, studiert
143 hier. Das können wir nicht akzeptieren. Der Zugang zu Bildung darf nicht vom
144 Geldbeutel der Eltern abhängen.

145 Die Lebensqualität junger Menschen in Ausbildung ist ein wichtiger Maßstab für
146 eine zukunftsfähige Stadtentwicklung, die allen Bevölkerungsgruppen gerecht
147 wird. Wohnangebote für Auszubildende spielen außerdem eine wichtige Rolle bei
148 der Fachkräftegewinnung.

149 Bezahlbarer Wohnraum für Studierende und Auszubildende ist eine zentrale
150 Gerechtigkeitsfrage.

151 Wir werden...

- 152 • **das „Frankfurter Programm zur Wohnraumförderung“ als Basis für mehr**

153 **bezahlbaren Wohnraum konsequent anwenden**, um preisgünstige Wohnheimplätze
154 zu schaffen.

- 155 • **mindestens eine 5%-Quote für Studierende und Auszubildende bei allen**
156 **Neubauprojekten der ABG und Nassauischen Heimstätte durch freiwillige**
157 **Partnerschaften durchsetzen.**
- 158 • **eine Quote im aktualisierten Baulandbeschluss für neu entwickelte**
159 **Baugebiete oder bereitgestellte Flächen verankern**, auf denen das
160 Studierendenwerk bauen kann.
- 161 • **die Rahmenvereinbarungen mit dem Studierendenwerk auf andere**
162 **Wohnungsgesellschaften ausweiten**, um eine Versorgungsquote von mindestens
163 10% zu erreichen.
- 164 • **auch für Auszubildende den Wohnungsbau deutlich verstärken** und die
165 Gründung eines Frankfurter Azubiwerks vorantreiben. Hierzu werden wir
166 strategische Partnerschaften mit Unternehmen, Kammern, dem DGB und
167 Verbänden schmieden, die als Finanzierungspartner und Träger fungieren.
168 Mit dem Azubiwerk wollen wir in den kommenden 10 Jahren mindestens 500
169 bezahlbare Wohnplätze für Auszubildende schaffen.
- 170 • **uns gegenüber der Bundesregierung für eine ortsbezogene bzw. städtische**
171 **differenzierte Wohnraumpauschale beim Bafög einsetzen.**

172 **Mieter*innenschutz**

173 Menschen dürfen nicht aus ihren Stadtvierteln und Wohnungen verdrängt werden,
174 nur weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können! Mieter*innenschutz stärkt
175 den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

176 Wir werden...

- 177 • **Strukturen wie die Mietberatung im Amt für Wohnungswesen, die Stabstelle**
178 **Mieterinnenschutz oder die GIMA Frankfurt aufrechterhalten.** Frankfurt
179 braucht ausreichend Kapazitäten für diese Formen der Hilfe und Kontrolle
180 gegen Mietwucher. Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch wahrnehmen.
- 181 • **uns dafür einsetzen, dass auf Landesebene die Möglichkeit erhalten bleibt,**
182 **als Kommune einen Umwandlungsvorbehalt geltend zu machen.**
- 183 • **auf Bundesebene die Möglichkeit längerfristiger und nicht vorzeitig**
184 **ablösbarer Sozialbindungen einzufordern.**

- 185 • **einen stadtweiten Mieter*innenbeirat einberufen**, der sich für die Rechte
186 von Mieter*innen gegenüber der Stadtverwaltung, dem Magistrat und der
187 Stadtverordnetenversammlung einsetzt. Bei wohnungspolitischen Maßnahmen
188 soll er gehört werden.
- 189 • **faires Verhalten von privaten Vermieter*innen in einer Kampagne sichtbar
190 machen und belohnen.**
- 191 • **das „Faire-Mieten-Gesetz“ der Grünen Bundestagsfraktion für ein echtes
192 soziales Mietrecht unterstützen.** Für den Schutz von Mieter*innen ist es
193 dringend notwendig, die Mietpreisbremse zu erhalten, Ausnahmen für neue
194 und möblierte Wohnungen abzubauen und die Möglichkeit zur Mieterhöhung bei
195 bestehenden Mietverträgen einzuschränken.

A15 Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.15 Bildungsoffensive: Für ein gutes
Lernklima von Kita bis Beruf

Antragstext

1 Kinder sind unsere Zukunft. Sie sollen unter den besten Bedingungen groß werden,
2 egal ob in der U3-Betreuung, der Kindertagesstätte, der Grund- und
3 weiterführenden Schule oder beim Übergang von der Schule ins Berufsleben. Um das
4 zu erreichen, wollen wir Grüne am Ausbau qualitativ hochwertiger Bildungs- und
5 Betreuungsangebote arbeiten und marode Schulgebäude sanieren. Wir setzen uns für
6 eine inklusive Bildungslandschaft ein, die Chancengerechtigkeit auf allen
7 Bildungsetappen herstellt und Beteiligung ermöglicht. Für uns ist dabei klar: Es
8 darf hier nicht auf den Geldbeutel der Eltern oder den Wohnort ankommen. Wir
9 setzen uns für Chancengleichheit in der ganzen Stadt ein!

10 Frankfurt steht darüber hinaus vor der Herausforderung, den Fachkräftebedarf in
11 zentralen Sektoren wie Bildung, Pflege, Handwerk und Klimaschutz zu sichern. Die
12 berufliche Bildung und die duale Ausbildung spielen dabei eine Schlüsselrolle.
13 Frankfurt braucht für mehr Fachkräfte moderne Ausbildungsorte, attraktive
14 Arbeitsbedingungen, kommunale Bündnisse mit der Wirtschaft und bezahlbaren
15 Wohnraum. Nur so halten wir junge Menschen in der Stadt und gewinnen sie für
16 gesellschaftliche Aufgaben.

17 Frankfurt muss den Wandel zur nachhaltigen, gerechten und wirtschaftlich
18 resilienten Stadt aktiv gestalten. Wer morgen Fachkräfte binden will, muss heute
19 Bildungsorte bauen, gute Chancen eröffnen und Ausbildung neu denken. Wir wollen
20 Frankfurt zur Bildungs- und Ausbildungsmetropole machen und zu einer Stadt, die
21 Vielfalt lebt und allen jungen Menschen echte Perspektiven bietet.

22 Unsere grüne Vision für Frankfurt

23 Wir wollen...

- 24 • **positive Lernorte schaffen** und Schulgebäude wieder unterrichts- und
25 lerntauglich machen.

- 26 • **Inklusion erfolgreich gestalten.**
- 27 • **unsere Stadt in ihrer Position als sozial nachhaltige und bildungsgerechte
28 Stadt stärken.**
- 29 • **jeder Familie ein passendes und verlässliches Angebot der fröhkindlichen
30 Bildung und außerschulischen Betreuung machen** und den qualitativen und
31 quantitativen Ausbau von Kita-Plätzen vorantreiben.
- 32 • **Schulen für die Folgen der Klimakrise fit machen** und zu Orten ausbauen,
33 die den heutigen und zukünftigen Anforderungen an Lernräume gerecht
34 werden.

35 **Den Jüngsten die besten Chancen bieten**

36 Kitas und Kindertagespflegeeinrichtungen betrachten wir als Orte der
37 fröhkindlichen Bildung, des gemeinsamen Lernens und der individuellen Förderung.
38 Für uns Grüne dürfen gute Startchancen nicht vom Elternhaus oder der Herkunft
39 abhängen. Bildung ist ein Recht für alle, von Klein auf!

40 Fröhkindliche Bildung ist eine Investition in die Zukunft unserer vielfältigen
41 Stadt. Besonders wichtig ist uns deshalb die Förderung der sprachlichen Bildung,
42 um Bildungsgerechtigkeit von Anfang an zu sichern. Kitas sind unerlässlich für
43 Chancengleichheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb ist der
44 Ausbau von Betreuungsplätzen für uns eine zentrale Aufgabe – für die Kinder,
45 ihre Familien, die Wirtschaft und eine gerechte Gesellschaft. Nur mit einer
46 guten Kinderbetreuung schaffen wir eine nachhaltige, inklusive Zukunft für alle.

47 Wir werden...

- 48 • **den Ausbau von Kita-Plätzen vorantreiben.**
- 49 • **uns für die Attraktivität von Kitas einzusetzen** und dem bestehenden
50 Fachkräftemangel entgegentreten, vor allem durch bessere
51 Ausbildungskonditionen, eine kürzere Ausbildungszeit, erweiterte
52 Ausbildungskapazitäten und bezahlbare Wohnangebote. Mit wertschätzenden
53 Maßnahmen wie reduzierten oder kostenfreien Eintritten in Kultur- und
54 Freizeiteinrichtungen, kann Frankfurt Fachkräfte wie Erzieher*innen
55 halten.
- 56 • **für bessere Arbeitsbedingungen, sowohl der Erzieher*innen als auch der
57 Einrichtungsleitungen, sorgen.** Sozialassistent*innen, Auszubildende und
58 Praktikant*innen dürfen nicht auf den Betreuungsschlüssel angerechnet

59 werden. Zusätzliche Kräfte u.a. für Hausmeister- und
60 Verwaltungstätigkeiten sollen die Häuser stundenweise entlasten.

- 61 • **die Ausbildung von Pädagog*innen für Kinder mit individuellem
62 Unterstützungsbedarf attraktiver machen.**
- 63 • **die Kita-Anmeldung erleichtern** und uns für eine transparente Vergabe von
64 Kita-Plätzen einsetzen. Benachteiligte Familien sollen leichter Zugang zu
65 Kita-Plätzen erhalten.
- 66 • **die Kommunikation zwischen Kita-Leitung, Erzieher*innen und Eltern mit
67 Hilfe von digitalen Mitteln vereinfachen.**
- 68 • **eine Qualitätsoffensive für Einrichtungen auf den Weg bringen.** Eltern von
69 Kindern mit besonderen Bedürfnissen brauchen mehr individuelle Angebote.
70 Dafür erhalten Fachkräfte u.a. Fortbildungsangebote und Supervisionen.
- 71 • **die Öffnungszeiten von Kitas flexibilisieren.**
- 72 • **den Bau von Betriebs-Kitas fördern.**
- 73 • **ein Betreuungsplatz-Sharing anstreben.** Damit können sich mehrere Familien
74 einen Kita-Platz teilen und ihn an verschiedenen Wochentagen nutzen. Der
75 monatliche Preis je Familie sinkt entsprechend.
- 76 • **beider Kitaplatz-Vergabe künftig dafür eintreten, dass der Rechtsanspruch
77 des Kindes auf Bildung stärker berücksichtigt wird.** Jedes Kind hat ein
78 Recht auf Bildung und dieses Recht beginnt in der Kita. Bei der
79 Platzvergabe sollen in Zukunft deshalb insbesondere Familien bedacht
80 werden, die einen Kitaplatz sehr dringend benötigen.
- 81 • **die Kindertagespflege als tragende Säule fröhkindlicher Bildung stärken**
82 und setzen uns für eine angemessene Vergütung von Tageseltern ein.
- 83 • **flexible Betreuungsmodelle und die „Über-Nacht-Betreuung“ finanziell
84 absichern** z.B. durch Kooperationen zwischen Kita und Tageseltern.
- 85 • **sprachliche Bildung ab der Kita insbesondere solchen Kindern zugutekommen
86 lassen, die einen erhöhten Unterstützungsbedarf haben,** zum Beispiel
87 Kindern, die Deutsch als Zweitsprache (DaZ) lernen. Wir unterstützen die
88 gezielte Förderung der Deutschkenntnisse. Gleichzeitig betonen wir den
89 Mehrwert von Mehrsprachigkeit und die Gleichwertigkeit aller Sprachen.

- 90 • **aktiv an der Weiterentwicklung der bereits bestehenden Familienzentren mitwirken.** Eine bessere Zusammenarbeit von Kitas und Grundschulen überbrückt mögliche Brüche beim Übergang.
- 91
- 92

93

Ganztag für alle Grundschulkinder Frankfurts

94 Wir setzen uns dafür ein, dass kein Kind durch das Betreuungsnetz fällt.
95 Ganztagsbetreuung verbessert nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
96 sondern hat auch eine gesellschaftliche Dimension. Der Anspruch auf
97 Ganztagsbetreuung fördert die Chancengleichheit aller Kinder.

98 Wir werden...

- 99 • **die räumlichen Voraussetzungen für den Ganztag schaffen, indem wir Schul-Menschen bauen.**
- 100
- 101 • **das Ganztagsangebot flächendeckend qualitativ ausbauen.**
- 102 • **uns für eine größtmögliche Verlässlichkeit und hohe Qualität für den Ganztag in allen Stadtteilen bzw. Bildungsregionen Frankfurts einzusetzen.**
103 Der zügige Ausbau der notwendigen Infrastruktur und Kooperationen mit
104 Vereinen vor Ort tragen dazu bei.
- 105
- 106 • **Eltern von Kindern mit Sprachdefiziten, Behinderungen oder anderen besonderen Bedarfen bei der Wahl von Förderangeboten unterstützen.** Dazu kooperieren wir mit den Trägern der Jugendhilfe und Elterninitiativen.
- 107
- 108
- 109 • **in weiterführenden Schulen das Ganztagsangebot für Schüler*innen bis zur siebten Klasse qualitativ und quantitativ ausbauen.**
- 110
- 111 • **Schulräume durch neue und flexiblere Schließsysteme ganztägig nutzbar machen.**
- 112

113

Für Schulen mit gutem Lernklima

114 Frankfurt braucht eine echte Schulbau- und Sanierungsoffensive, denn in vielen
115 Gebäuden kann aktuell weder gelehrt noch gelernt werden. Diese Situation muss
116 sich ändern: Wir wollen in den Ausbau und die nachhaltige Sanierung von Schulen
117 in Frankfurt investieren und die öffentliche Verwaltung dabei unterstützen, das
118 Bestandsmanagement effizient, modern und nachhaltig zu gestalten. Wir wollen
119 neue, moderne und inklusive Bildungsräume schaffen, in denen Kinder sich
120 wohlfühlen, leben und lernen können. Diese Maßnahmen umfassen, neben den

121 Schulgebäuden, auch Toiletten, Kantinen, Turnhallen, Schwimmbäder und
122 Schulgärten.

123 Ein zweiter Schwerpunkt liegt in der Klimafolgenanpassung im Schulsektor:
124 Schulinfrastruktur muss besser vor Schäden durch Extremwetterereignisse
125 (Starkregen, Stürme) geschützt werden und darf die Gesundheit von Schüler*innen
126 und Lehrer*innen nicht beeinträchtigen. Steigende Temperaturen und starke
127 Sonnenstrahlung erhöhen das Risiko der UV- und hitzebedingten Erkrankungen.
128 Deshalb setzen wir uns für integrierte Klimaschutzkonzepte und einen städtischen
129 Hitzeschutzplan für Schulen ein.

130 Wir werden...

- 131 • **die Schulbauoffensive weiter vorantreiben** und Schulgebäude zu Orten mit
132 positiver Lernatmosphäre umbauen.
- 133 • **die sehr hohen Investitionsmittel für den Schulbau und die**
134 **Schulsanierungen schnell und effizient nutzen.** Dazu brauchen wir eine
135 klare politische Priorisierung und die entsprechenden Strukturen in den
136 Ämtern der Stadt, sowie eine gute Zusammenarbeit zwischen dem zuständigen
137 Dezernat und den Ämtern.
- 138 • **die Auslagerung der wichtigsten Bau- und Sanierungsprojekte an eine**
139 **Bildungsbaugesellschaft unterstützen.**
- 140 • **Schulräume im Rahmen der Sanierung zu gesunden Lernorten umgestalten**, die
141 bei Hitze im Sommer abkühlen.
- 142 • **einen umfassenden städtischen Hitzeschutzplan für Schulen erarbeiten** und
143 Schulen bei der Erstellung von Hitzeaktionsplänen unterstützen.
- 144 • **in enger Kooperation mit den Schulen integrierte Klimaschutzkonzepte**
145 **erstellen**, die auf Programmen wie „Energie und Klimaschutz an Frankfurter
146 Schulen“ sowie dem Modell der „Klimaschulen“ basieren.
- 147 • **ein Budget für Schulen zum kurzfristigen Hitzeschutz einrichten**, um mit
148 akuten Hitzewellen umgehen zu können, z.B. durch die Anschaffung von
149 Ventilatoren.
- 150 • **durch Energieeffizienzmaßnahmen alle Schulen bis 2030 klimaneutral**
151 **umbauen:** durch die Umstellung auf LED-Beleuchtung, energetische
152 Sanierungen, den Einsatz erneuerbarer Energie, verbesserte ÖPNV-Angebote
153 und weniger Ressourcenverbrauch. Klimaschutzkriterien bei der Beschaffung
154 sparen CO2 und Kosten.

- 155 • **schnell umsetzbare Projektideen der Schulen fördern**, die sie
156 unbürokratisch, in Eigenverantwortung und mit finanzieller Unterstützung
157 der Stadt realisieren können.
- 158 • **in allen Schulen Trinkwasserbrunnen installieren.**
- 159 • **sicherstellen, dass alle Schulen mit hygienischen, funktionstüchtigen und
160 altersgerechten Sanitäranlagen ausgestattet sind.**
- 161 • **dafür sorgen, dass in allen Schulen kostenfreie Hygieneartikel wie Tampons
162 und Binden bereitgestellt werden.**
- 163 • **in die Fassaden- und Dachbegrünung von Schulgebäuden investieren.**
- 164 • **Schulhöfe entsiegeln** und durch mehr Grünflächen, Bäume und Wasserelemente
165 naturnah umgestalten.
- 166 • **Schulgärten und „Grüne Klassenzimmer“ als lebendige Räume für nachhaltige
167 Bildung fördern.**
- 168 • **weitere Projekte nach dem Konzept der „Kinder- und Jugendfarm“
169 (pädagogisch betreute Aktivspielplätze) auf den Weg bringen.**
- 170 • **Bildungsräume mit mehr Rückzugsmöglichkeiten, dialogfördernden
171 Lernangeboten und Platz für Bewegung ausstatten.**
- 172 • **die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärken** und gemeinsam mit
173 dem Ernährungsbeirat Frankfurt Konzepte für gesunde, regionale und
174 nachhaltige Verpflegung in Kitas und Schulumens entwickeln.
- 175 • **uns dafür einsetzen, dass die Themen der nachhaltigen Entwicklung
176 verstärkt thematisiert werden** und dazu die Kooperation mit dem Verein
177 Umweltlernen ausbauen.
- 178 • **barrierefreie Verkehrswege für Kinder sicherstellen.**

179 **Demokratiebildung: Mitbestimmung lernen**

180 In einer demokratischen Gesellschaft sollen Schüler*innen frühzeitig
181 demokratische Teilhabe als Grundstein für ein friedliches und wertschätzendes
182 Miteinander in unserer Gesellschaft erleben und aktiv an der Schulgemeinschaft
183 mitwirken können.

184 Wir werden...

- 185 • **dafür Sorge tragen, dass Demokratiebildung fester Bestandteil von**
186 **Unterricht und Schulalltag wird.**
- 187 • **Kindern und Jugendlichen mehr Mitsprache ermöglichen.** Ein Grüner Erfolg
188 ist das Kinder- und Jugendparlament in Frankfurt, das wir auch künftig
189 finanziell und ideell fördern werden. Öffentliche Gremien wie die
190 Ortsbeiräte sollten regelmäßig in verschiedenen Schulen tagen.
- 191 • **Lehrgänge für die Verwaltung zum Thema Kinderrechte einführen** und
192 Kinderrechte damit zu einem Maßstab städtischen Handelns machen.
- 193 • **Erzieher*innen Fortbildungen zu Demokratiebildung anbieten.**
- 194 • **das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen systematisch durch Umfragen**
195 **erheben.**
- 196 • **ausreichend finanzielle Mittel für Demokratieförder-Tage an allen Schulen**
197 **bereitstellen.**

198 Rückenwind für digitale Bildung an Schulen

199 Wir wollen Frankfurt zur Vorreiterin bei der digitalen Bildung machen. Mit den
200 erforderlichen Geräten sind viele Schulen bereits ausgestattet. Nun gilt es,
201 deren sinnvollen Einsatz zu festigen. Es mangelt aber an praktikablen Regeln, an
202 der Administration durch Fachpersonal und einer an den Unterrichtsinhalten
203 orientierten Fortbildung des Lehrkörpers.

204 Wir Grüne wollen digitale Bildung sozial und ökologisch nachhaltig voranbringen.
205 Dabei begreifen wir die Digitalisierung an Bildungseinrichtungen auch als
206 wertvolle Möglichkeit, Inklusion und Teilhabe für alle zu fördern.

207 Wir werden...

- 208 • **die digitale Ausstattung und deren Einsatz im Unterricht vorantreiben** und
209 Frankfurt zur Vorreiterin bei der digitalen Bildung machen. Dafür statthen
210 wir alle Schulen und Lernräume mit digitalen Lernmitteln aus und fördern
211 digitale Kompetenzen ab der Grundschule.
- 212 • **die besondere Expertise des Medienzentrums Frankfurt in diesen Prozess**
213 **einbeziehen.**

- 214 • **den innovativen und nahtlosen Einsatz zeitgemäßer Lernmaterialien, frei
215 zugänglicher Bildungsressourcen und Open-Source-Technologien fördern.**
216 Künstliche Intelligenz (KI), Programmieren und auch die kritische
217 Reflexion neuer Technologien erweitern das Angebotsspektrum.
- 218 • **uns dafür einsetzen, dass es barrierefreie Lernmaterialien sowie digitale
219 Geräte mit entsprechender technischer Erweiterung an allen Schulen gibt,**
220 um auch beim digitalen Lernen Inklusion zu verwirklichen. Bei
221 Neuanschaffungen sollen Schüler*innen mit Förderbedarf und Behinderung
222 besonders berücksichtigt werden.
- 223 • **Lehrkräfte optimal auf den digitalen Unterricht vorbereiten.** Deshalb
224 intensivieren wir die Kooperation mit Universitäten und der
225 Bildungsforschung. Wir setzen uns für mehr Medienkompetenz, vielfältige
226 Fortbildungen sowie Schulungen zu pädagogischen Konzepten des digitalen
227 und KI-gestützten Unterrichts ein.
- 228 • **eine städtische Plattform für Schulen und Lehrkräfte einrichten,** auf der
229 alle wichtigen Informationen für die pädagogische Praxis gebündelt zu
230 finden sind: von Formularen, einer Übersicht aller Fristen (beispielsweise
231 zur Meldung von pädagogischem Förderbedarf) sowie beispielhafte Abläufe
232 und Vorgehensweisen (z.B. beim Übergang von Jahrgangsstufe 4 zu 5) oder
233 Budget-Übersichten und ihre Verwendungszwecke. Dazu gehören auch alle
234 relevanten Informationen des Hessischen Kultusministeriums.
- 235 • **die Zusammenarbeit mit innovativen Lernräumen wie dem TUMO-Lernzentrum und
236 der Stadtbücherei stärken.** Gemeinsam mit Vereinen für digitale Bildung
237 werden wir das StadtLabor ausbauen, Informatik-Fachtag, Projekttage und
238 Hackathons veranstalten.

239 **Lernen, leben, lachen: Inklusive und gesunde 240 Schule**

241 Wir wollen Schulen zu Orten machen, an denen gleichermaßen gelernt, gelebt und
242 gelacht wird. Kinder bringen Wissensdurst, Kreativität und Lernfreude mit in die
243 Schule. Diese Fähigkeiten wollen wir über die gesamte Schulzeit erhalten und
244 fördern. Deshalb setzen wir uns für inklusive Bildungskonzepte ein, die gesunde
245 Ernährung, psychosoziale Gesundheit und ein besseres Lernklima für alle
246 beinhalten.

247 Wir werden...

- 248 • **die Umsetzung inklusiver Bildungskonzepte fördern** und dafür mehr

- 249 Ressourcen bereitstellen. Alle Kinder sollen – unabhängig von Herkunft
250 oder Fähigkeiten – die gleiche Chance auf eine qualitativ hochwertige
251 Bildung haben. Das erfolgreiche Modellprojekt zur inklusiven Beschulung
252 werden wir weiter ausbauen.
- 253 • **ein tolerantes Schulklima, gendersensible Pädagogik, individuelle**
254 **Leistungsbeurteilungen und Diversität fördern.**
- 255 • **uns für individuelle Förderung, interkulturelles Lernen, angepasste**
256 **Klassengrößen und bessere Kooperationen mit den Eltern einsetzen.**
- 257 • **alle Schulen räumlich und personell so ausstatten, dass Schüler*innen mit**
258 **Förderbedarf dort inklusiv unterrichtet werden können.**
- 259 • **Schulsozialarbeit als wichtige präventive Maßnahme ausbauen.**
- 260 • **uns dafür einsetzen, dass mehr Stellen für Schulpsycholog*innen geschaffen**
261 **werden, um die psychische Gesundheit aller Schüler*innen zu verbessern.**
- 262 • **Projekte zur Gewaltprävention an jeder Schule etablieren** (z.B. gegen
263 Mobbing). Der Einsatz von Konfliktlots*innen, einer Streitschlichter*innen-
264 Ausbildung sowie Mentoringprogramme wirken Gewalt entgegen.
- 265 • **Schulen bei der Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendhilfe, mit**
266 **Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und sozialen Diensten unterstützen.**
- 267 • **die Zusammenarbeit mit dem Ernährungsrat stärken und mehr Schulküchen und**
268 **Mensa-Plätze zu schaffen.**
- 269 • **die Ausschreibung des Schulcaterings für nachhaltige und lokale**
270 **Anbieter*innen vereinfachen.**
- 271 • **mit dem Schulamt, Anbieter*innen und dem Ernährungsrat die**
272 **Rekommunalisierung der Kita- und Schulverpflegung fördern.** Bei der Vergabe
273 von Cateringaufträgen werden wir mehr Transparenz einfordern und die
274 Qualität des Schulessens genauer prüfen. Schulen sollen außerdem mehr
275 Ernährungsbildung anbieten.
- 276 • **Ernährungsbildung von klein auf fördern.**
- 277 • **Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendungen einführen.**
- 278 • **den „Runden Tisch Schulernährung“ regelmäßig einberufen und alle**

279 relevanten Akteur*innengruppen mit einbeziehen.

280 **Gut vernetzt, gut genutzt, gut geschützt**

281 Kindertagesstätten und Schulen sind Orte, an denen sich alle Kinder wohlfühlen
282 sollen. Hier erhalten sie in schwierigen Lebenslagen auch Hilfe. Eine gute
283 Vernetzung mit anderen Institutionen in der Stadt stärkt Kitas und Schulen bei
284 dieser Aufgabe den Rücken.

285 Wir werden...

- 286 • **das Modell der Kinder- und Familienzentren (KiFaZe) in Frankfurt ausbauen**
287 und den Finanzierungsrahmen anpassen.
- 288 • **uns für die Einführung des Modellprojekts Kitasozialarbeit nach dem**
289 **Vorbild in Rheinland-Pfalz in ausgewählten Stadtteilen einsetzen.**
- 290 • **Grundschulen zu Stadtteilzentren weiterentwickeln:** Im Anschluss an das
291 Ganztagsangebot sollen ihre Räumlichkeiten vielseitig nutzbar sein. Eine
292 stärkere Vernetzung mit Vereinen, Anbietern der Jugend-/Sozialhilfe sowie
293 Kitas ist dafür zielführend.
- 294 • **die Kooperationen zwischen Grundschulen und Kindertagesstätten verbessern.**
- 295 • **die Schulhöfe in den Stadtteilen zur allgemeinen Nutzung öffnen**, z.B.
296 durch die Vereinfachung der Haftungs- und Schlüsselfragen.

297 **Ausbildung attraktiver gestalten**

298 Junge Menschen sollen eine Ausbildung wieder als echte Perspektive erleben
299 können. Neben guten Inhalten zählt auch das Umfeld: Wohnen, soziale Sicherheit
300 und eine Stadt, die Ausbildung wertschätzt. Gerade in Frankfurt mit seinem
301 angespannten Wohnungsmarkt, braucht es kommunale Programme für Azubi-Wohnraum.
302 Auch für soziale Berufe wie Pflege, Erziehung und Gesundheit sind sichere,
303 wohnortnahe Bedingungen wichtig, um Fachkräfte zu binden. Wer ausbildet, braucht
304 Sichtbarkeit – und öffentliche Anerkennung.

305 Wir werden...

- 306 • **das städtische Ausbildungsmarketing stärken.** Die Stadt sollte gemeinsam
307 mit Kammern, Verbänden und Bildungsträgern ein übergreifendes
308 Ausbildungsmarketing entwickeln. Ziel ist es, die Sichtbarkeit und

309 Attraktivität der dualen Ausbildung zu erhöhen – insbesondere durch
310 stadtweite Kampagnen, Social-Media-Formate und eine verstärkte Präsenz
311 auch an Gymnasien.

- 312 • **Azubi-Wohnraum kofinanzieren.** Die Stadt entwickelt ein kommunales
313 Förderprogramm für Azubi-Wohnheime, das Wohnungsbaugesellschaften und
314 gemeinwohlorientierte Träger gezielt einbindet. Erfolgreiche Modelle wie
315 in München können als Vorbild dienen.
- 316 • **die Zielgruppenansprache diversifizieren.** Bereits bestehende Programme zur
317 Berufsorientierung sollen gezielt weiterentwickelt werden – insbesondere
318 für bislang unterrepräsentierte Gruppen wie Frauen in Technik, Menschen
319 mit Behinderung oder Studienabbrecher*innen. Die Stadt kann diese
320 Programme u. a. durch schulische AGs, aufsuchende Formate oder
321 Berufsmessen ergänzen.
- 322 • **ein Investitionsprogramm zur Unterstützung der kommunalen Schulträger für
323 die Modernisierung von beruflichen Schulen auf den Weg bringen.**
- 324 • **den Zugang zur Ausbildung für benachteiligte Jugendliche verbessern.** Die
325 Stadt soll Angebote für Jugendliche mit besonderem Unterstützungsbedarf
326 gezielt ausbauen – etwa durch sozialpädagogische Begleitung,
327 niedrigschwellige Beratung und Übergangsmaßnahmen zwischen Schule und
328 Ausbildung.
- 329 • **die individuelle Ausbildungsbegleitung für Schulabsolvent*innen aus
330 benachteiligen Familien weiter fördern.** Berufliche Schulen bieten
331 Durchlässigkeit in der Bildungskarriere und Chancen auf höhere
332 Bildungsabschlüsse. Das werden wir herausstellen.
- 333 • **Teilzeitangebote von städtischen Trägern und Arbeitgebern gezielt
334 ausbauen.** Viele Auszubildende müssen parallel auch Pflegearbeit zu Hause
335 leisten. Wir entlasten sie damit.
- 336 • **den Berufsbildungscampus West zügig umsetzen.** Höchst erhält damit einen
337 neuen und gemeinsamen Standort für die Paul-Ehrlich-Schule und die Ludwig-
338 Erhard-Schule. Die Flächen dafür muss die Stadt schnellstmöglich sichern.

339 **Berufliche Bildung und Weiterbildung stärken**

340 Eine moderne und leistungsfähige Berufsbildungslandschaft ist die Grundlage für
341 die Fachkräfteversorgung von morgen. Frankfurt muss dem Jahrzehntelangen
342 Investitionsrückstau bei seinen Berufsschulen entschieden entgegentreten. Viele

343 Schulstandorte sind sanierungsbedürftig oder räumlich überlastet – und
344 entsprechen nicht mehr den Anforderungen einer dualen Ausbildung im digitalen
345 und klimagerechten Zeitalter. Die Stadt steht in der Verantwortung, attraktive
346 Lernorte zu schaffen, schulübergreifende Kooperationen zu stärken und schulische
347 Berufsorientierung stärker mit den Bedarfen der lokalen Wirtschaft zu
348 verknüpfen.

349 Berufliche Bildung ist ein zentrales Element eines durchlässigen
350 Bildungssystems, das Chancengerechtigkeit fördert, gesellschaftliche Teilhabe
351 ermöglicht und Integration sowie Bildungserfolge unterstützt. Gleichzeitig
352 besteht ein hoher Bedarf an qualifizierten Fachkräften. Grüne Ziele sind daher
353 eine höhere Attraktivität beruflicher Bildung, ihr gleichwertiges Ansehen im
354 Verhältnis zum Studium und eine bessere Berufswahlkompetenz der künftigen
355 Azubis.

356 Lebenslanges Lernen stärkt eine demokratische Gesellschaft. Mit dem Wandel
357 unserer Gesellschaft verändern sich auch die Anforderungen, die Beruf und Alltag
358 an den und die Einzelne*n stellen. Weiterbildung ist eine Investition in die
359 Zukunft!

360 Wir werden...

- 361 • **Lernorte besser vernetzen.** Die Stadt soll die bestehenden
362 Lernortkooperationen zwischen Schulen, überbetrieblichen
363 Ausbildungszentren, Hochschulen und Betrieben weiter fördern und
364 institutionell verankern – z. B. durch feste Ansprechpartner*innen,
365 gemeinsame Formate und eine Koordinierung im Bildungsdezernat.
- 366 • **uns dafür einsetzen, den Bildungspunkt für die berufliche Bildung und
367 Weiterbildung aufzuwerten.** Jobcenter, Arbeitsagentur und weitere
368 Akteur*innen wie die VHS und die IHK beziehen wir ein.
- 369 • **Praxistage und Praktikumsmodelle in Schulen fördern.** Die Stadt soll
370 gemeinsam mit Schulen und Betrieben flexible Praxismodelle ermöglichen:
371 etwa mehrtägige Praxistage, projektbezogene Praktika oder
372 Schnupperformate. So können Jugendliche frühzeitig Einblicke in berufliche
373 Felder gewinnen und Ausbildungshemmnisse abbauen.
- 374 • **Kooperationsvereinbarungen mit Kammern ausbauen.** Mit der IHK und der HWK
375 soll Frankfurt verbindliche Vereinbarungen zur Ausbildungsoffensive
376 treffen – z. B. durch regelmäßige Abstimmungen, gemeinsame Programme zur
377 Berufsorientierung und abgestimmte Übergangsstrategien zwischen Schule und
378 Ausbildung.

- 379 • den niedrigschwlligen Zugang zu guten Bildungsangeboten wie
380 Bildungsurlaube oder Freizeitangebote fördern und die Kurse für Deutsch
381 als Fremdsprache quer zu allen Altersgruppen ausbauen.
- 382 • Kurse für ein inklusives Publikum und Unterricht für erwachsene
383 Analphabeten fördern.

384 **Kritisch und kreativ mit mehr Medienkompetenz**

385 Mediale Kommunikation wird in unserer Gesellschaft immer wichtiger und ist im
386 Alltag allgegenwärtig. Der digitale Raum ist mit dem analogen Raum längst zu
387 einer Realität verwoben. Das macht Medienbildung immer bedeutender. Sie ist
388 unabdingbar für die gesellschaftliche Teilhabe sowie die individuelle
389 Selbstverwirklichung, umfasst sämtliche Medien und betrifft alle Altersgruppen.

390 Medienbildung trägt dazu bei, dass Menschen Medien lesen und verstehen, sie
391 kritisch hinterfragen und Desinformationen erkennen können. Darüber hinaus
392 vermittelt Medienbildung viele Fähigkeiten, um Medien selbst einzusetzen – von
393 Bildgestaltung bis Filmproduktion. Bewegtbild wird immer wichtiger. Der eigene
394 kreative Einsatz trägt auch zum besseren Verständnis bei. Schließlich gehört zur
395 Medienkompetenz auch die Kenntnis der Bandbreite und Eignung von Medien.
396 Medienbildung fördert grundsätzlich eine kritische Haltung und schützt im Effekt
397 Gesellschaft und Demokratie vor Manipulation und Deep Fakes. Eine wichtige
398 Zielgruppe von Medienbildung sind Eltern und Lehrkräfte, die Medien beurteilen
399 können müssen und auch mit Bewusstsein als Mittel der Vermittlung einsetzen.

400 Wir werden...

- 401 • die Zusammenarbeit von Schulen mit dem Medienzentrum Frankfurt weiter
402 ausbauen und fördern.
- 403 • problembasiertes Lernen und den Einsatz von Medien als Kollaborationstools
404 fördern.
- 405 • die Medienkompetenz zum kritischen Umgang mit Deep Fakes, Chatbots und KI
406 intensiv fördern.
- 407 • die Bild- und Filmkompetenz gezielt fördern, um sowohl Desinformationen
408 besser zu erkennen, als auch um Medien selbst nutzen zu lernen. Dazu
409 fordern wir die Vernetzung der Frankfurter Kultur- und
410 Bildungseinrichtungen.
- 411 • die vorbildliche Arbeit des AK Medien weiter unterstützen. Der

412 Arbeitskreis widmet sich vor allem der Medienbildung von Kindern und
413 Jugendlichen.

- 414 • **uns dafür einsetzen, dass es ein besseres Medienbildungsangebot für**
415 **Erwachsene gibt.** Dazu wollen wir die Akteur*innen im Bereich Medienbildung
416 und Erwachsenenbildung an einen Tisch holen und eine Initiative nach dem
417 Vorbild des AK Medien schaffen.
- 418 • **uns dafür einsetzen, das Angebot an Medienbildung für Lehrkräfte und**
419 **Eltern zu verbessern.**

A16 Gesundheit: Menschenrecht und Gemeinschaftsaufgabe

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.16 Gesundheit: Menschenrecht und
Gemeinschaftsaufgabe

Antragstext

1 Gesundheit ist Teil einer gerechten, klimaresilienten Stadt für alle. Wir stehen
2 für eine barrierefreie, inklusive Gesundheitsversorgung mit hoher Qualität und
3 wollen die medizinische Grundversorgung im ganzen Stadtgebiet flächendeckend
4 nicht nur sicherstellen, sondern ausbauen. Sie soll nachhaltig und
5 zukunftsorientiert an veränderte Bedarfe angepasst werden. Nicht alle Menschen
6 dieser Stadt profitieren derzeit gleichermaßen vom Recht auf Gesundheit. Das
7 wollen wir ändern. Für uns ist Gesundheit keine Ware, sondern ein
8 Menschenrecht..

9 Frankfurt steht vor großen gesundheitspolitischen Herausforderungen: von
10 ungleichen Lebensbedingungen bis hin zu steigenden Temperaturen. Die
11 gesundheitlichen Folgen der Erderhitzung sind schon heute körperlich und
12 psychisch deutlich spürbar. Gesundheit für alle fängt mit Prävention und guter
13 Ernährung an, aber eben auch mit einem besseren Schutz vor den
14 Klimaveränderungen und ihren Folgen. Unsere Maßnahmen zur Klimaanpassung an
15 Gebäuden und im öffentlichen Raum tragen dazu bei, die gesundheitlichen
16 Auswirkungen des Klimawandels abzumildern. Wir verbinden Klimapolitik mit
17 Gesundheitsschutz, weil beides zusammengehört.

18 Unsere grüne Vision für Frankfurt

19 Wir wollen...

- 20 • **Prävention als Fundament städtischer Gesundheitspolitik verankern.**
- 21 • **Frankfurt auf die gesundheitlichen Folgen der Klimakrise vorausschauend
22 vorbereiten.**
- 23 • **eine flächendeckende, solidarische Gesundheitsversorgung für alle
24 sicherstellen.**

- 25 • **Ressourcen für gleiche Gesundheitschancen überall fair verteilen.**

26

Gut für die Gesundheit: Natur in der Stadt

27 Wir müssen unser Gemeinwesen besser auf neue Belastungen einzustellen, die
28 schwere Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen haben. Schädliche Einflüsse
29 wie der Klimawandel, Umweltbelastungen oder Pandemien treffen auf ein
30 Gesundheitswesen, das weder strukturell noch finanziell diesen zunehmenden
31 Anforderungen gewachsen ist.

32 Daher müssen wir mehr für Prävention tun. Krankheiten durch Klimawandel und
33 Umweltverschmutzung können wir so eindämmen oder verhindern. Die Zahl der
34 Hitzenoten liegt bundesweit aktuell bei rund 5.000 pro Jahr. Hinzu kommt eine
35 noch größere Zahl von Menschen, die klimabedingt an Herz-Kreislauf-, Lungen- und
36 Bronchialerkrankungen oder Depressionen leiden, was vorzeitige Sterbefälle
37 begünstigt.

38 Natur hat einen sehr positiven Einfluss auf uns Menschen. Frankfurts Grünflächen
39 und
40 -anlage wirken als schattenspendende Oasen in der Stadt gesundheitsfördernd und
41 tragen auch zum psychischen Wohlbefinden bei.

42 Bei der Prävention von Erkrankungen darf der soziale Aspekt nicht außer Acht
43 gelassen werden: Die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels treffen
44 vornehmlich Kinder, Schwangere, alte Menschen und finanziell Schwächere.
45 Schwierige soziale Lagen gelten erwiesenermaßen auch als Risikofaktor für
46 chronische Erkrankungen.

47 Wir werden...

- 48 • **die Hitzeresilienz in der Stadt fördern und Erholungsmöglichkeiten im
49 öffentlichen Raum schaffen.** Dies erreichen wir, indem wir dem Hitzeplan
50 des Gesundheitsamtes folgend, Bürger*innen informieren und beraten, kühle
51 Orte in der Stadt identifizieren und nutzen und die Gesundheits- und
52 Sozialsysteme auf Hitzeperioden gut vorbereiten.
- 53 • **Sozial- und Gesundheitseinrichtungen bei der Hitzeanpassung unterstützen,**
54 z.B. indem wir die Finanzierung von Investitionskosten durch die Stadt
55 Frankfurt zeitlich begrenzt anheben.
- 56 • **Gebäude- und Fassadensanierungen fördern,** insbesondere die
57 Außenverschattung. Das gilt ausdrücklich auch für Gebäude mit günstigem
58 Wohnraum oder Sozialwohnungen.

- 59
- **öffentliche Plätze mit Sitzgelegenheiten, kostenlosem Zugang zu
Trinkwasser, Verschattung und intensiver Begrünung gestalten –
insbesondere in der Innenstadt und Stadtteilen mit dichter Bebauung und
hoher Einwohnerzahl.**
- 60
- 61
- 62

63

Für eine nachhaltige und gesunde Ernährung

64 Was wir wann essen und wie wir Lebensmittel einkaufen, lagern und zubereiten,
65 hat einen bedeutenden Einfluss auf das Klima und unsere Gesundheit. Eine gesunde
66 und nachhaltige Ernährung ist daher nicht nur eine individuelle, sondern auch
67 eine soziale und politische Aufgabe. Unser Ziel ist es, möglichst vielen
68 Menschen den Zugang zu einer solchen Ernährung zu ermöglichen. Besonders wichtig
69 ist uns die ausgewogene und vielfältige Verpflegung von Kindern und Jugendlichen
70 in Kitas und Schulen, um dort gesundheitliche Risiken zu verringern und
71 Krankheiten vorzubeugen.

72 Die Stadt Frankfurt am Main hat bereits 2015 den „Milan Urban Food Policy Pact“
73 unterzeichnet. Sie verpflichtet sich damit, die städtische und stadtnahe
74 Landwirtschaft zu fördern und der Bevölkerung den Zugang zu gesunden und
75 nachhaltigen Lebensmitteln zu sichern. Nachhaltige Versorgungsketten leisten
76 einen maßgeblichen Beitrag zur Gesundheit der Bevölkerung und machen auch die
77 Regionalwirtschaft widerstandsfähig. Darüber soll der flächendeckende Zugang zu
78 Trinkwasser gewährleistet werden, der gerade im Zuge von zunehmenden
79 Hitzesommern lebensnotwendig ist.

80 Wir werden...

- 81
- **eine kommunale Ernährungsstrategie entwickeln**, um aus den Vorgaben des
„Milan Urban Food Policy Pact“ geeignete lokale Maßnahmen abzuleiten.

82

 - **den Frankfurter Ernährungsrat stärker einbinden und finanziell fördern.**
Ernährungsräte bündeln zivilgesellschaftliche Initiativen und unterstützen
als lokale Kompetenzzentren eine nachhaltige Ernährungspolitik.

83

 - **dafür sorgen, dass Frankfurt dem Netzwerk der Bio-Städte beitritt.** Dieses
Netzwerk setzt sich unter anderem für eine stetige Erhöhung des Bio-
Anteils in der öffentlichen Beschaffung und für die Bereitstellung urbaner
Flächen zum privaten und gemeinschaftlichen Obst- und Gemüseanbau ein. Wir
fordern zudem, dass bei städtischen Veranstaltungen verstärkt auf ein
umwelt- und sozialverträgliches Speisen- und Getränkeangebot geachtet wird
– durch regionale, saisonale und möglichst pflanzliche Produkte und die
vorzugsweise Nutzung fair gehandelter Waren.

84

 - **eine zentrale Anlaufstelle für nachhaltige Ernährung innerhalb der**
- 85
- 86
- 87
- 88
- 89
- 90
- 91
- 92
- 93
- 94

95 **Stadtverwaltung einrichten**, damit das Thema querschnittlich bzw.
96 ressortübergreifend Berücksichtigung findet. Die Stelle übernimmt die
97 Koordination und Umsetzung entsprechender Maßnahmen.

- 98 • **ein „House of Food“ (HOF) als „Umschlagort für Wissen und Waren“ in**
99 **Frankfurt aufbauen**, der Menschen zusammenbringt, Erfahrungsaustausch
100 ermöglicht und das Thema nachhaltige und regionale Ernährung erlebbar
101 macht. Die ersten Aktivitäten des HOF unterstützen wir bereits und
102 begrußen sowohl die bisherigen Initiativen als auch das entstandene
103 Konzept. Nun braucht es einen festen Standort samt öffentlicher
104 Gemeinschaftsküche und „Food Hub“ für die Verarbeitung, Logistik und
105 Vermarktung lokal und regional produzierter Lebensmittel. Das HOF soll
106 insbesondere kleinen Erzeugern helfen, ihre Produkte zu verarbeiten und zu
107 vermarkten. Es soll auch dazu beitragen, dass Frankfurts Schüler*innen
108 eine erschwingliche Mittagsverpflegung mit ausgewogenen und gesunden (Bio-
109)Zutaten erhalten.
- 110 • **die Versorgung mit kostenlosem Trinkwasser bei Veranstaltungen verbessern.**
111 Wir werden Veranstalter*innen verpflichten, an allen Veranstaltungsorten
112 mit städtischer Beteiligung oder Förderung (z.B. Waldstadion, Messe,
113 Festhalle) und in allen städtischen Einrichtungen wie Museen oder Theatern
114 kostenlos Trinkwasser anzubieten. Alle anderen Veranstalter*innen wollen
115 wir motivieren, dem Vorbild zu folgen.
- 116 • **die Marktordnung so umgestalten, dass sie regionalen und nachhaltigen**
117 **Erzeuger*innen mehr Anreize zur Teilnahme bietet.** Ihr Anteil auf den
118 Wochenmärkten soll deutlich steigen. Mit gestaffelten Marktgebühren hätten
119 sie handfeste Vorteile: Wer regionale Bio-Produkte anbietet oder andere
120 nachhaltige Erzeugnisse verkauft und aktiv zur Müllvermeidung beiträgt,
121 wird finanziell begünstigt.

122 **Kliniken: Flächendeckende medizinische**
123 **Versorgung aus öffentlicher Hand**

124 Die anhaltende Krise um die Krankenhausfinanzierung stellt alle Akteur*innen im
125 Gesundheitswesen vor große Herausforderungen. Auch auf den Klinikverbund
126 Frankfurt-Main-Taunus/Varisano mit dem Krankenhaus in Höchst und auf die
127 Kliniken der Stiftung Hospital zum Heiligen Geist wirkt sich die Situation
128 spürbar aus. In dieser schwierigen Lage setzen wir uns klar für eine
129 verlässliche, wohnortnahe und qualitativ hochwertige stationäre Versorgung in
130 öffentlicher Hand und unter kommunaler Verantwortung ein.

131 Wir werden...

- 132 • **den Klinikverbund Frankfurt-Main-Taunus aufrechterhalten und stärken.** Mit
133 den Standorten in Höchst, Bad Soden und Hofheim ist er ein wichtiger
134 Garant für eine flächendeckende kommunale Gesundheitsversorgung. Das
135 Klinikum in Höchst ist einer von vier Maximalversorger in Frankfurt. Der
136 Verbund bietet exzellente Medizin, bleibt somit unverzichtbar und in
137 öffentlicher Hand.
- 138 • **das Zukunftskonzept „Varisano“ unterstützen.** Wir stehen hinter dem
139 Restrukturierungskonzept mit dem Ziel, den Klinikverbund bis Ende 2029
140 wirtschaftlich zu stabilisieren. Als Gesellschafter sichern wir bis dahin
141 die erforderliche Liquidität und begleiten die Strukturveränderungen.
- 142 • **die bauliche Entwicklung weiterführen.** Die ausstehenden baulichen
143 Erneuerungen am Standort Höchst – insbesondere den Neubau einer
144 psychiatrischen Klinik – befürworten und begleiten wir weiter.
- 145 • **moderne Angebote auch in einer der ältesten Stiftungen der Stadt schaffen.**
146 Das Nordwestkrankenhaus bietet eine sehr umfangreiche und qualitativ
147 hochwertige medizinische Versorgung. Auch das deutlich kleinere Hospital
148 zum Heiligen Geist in der Innenstadt ist ein Standort mit Zukunft. Wir
149 wollen beide Häuser weiterentwickeln und dafür die Chancen der
150 Krankenhausreform nutzen.
- 151 • **die kommunale Krankenhausplanung stärken.** Die Stadt ist nicht nur Trägerin
152 von Krankenhäusern, sondern sie unterstützt auch alle anderen stationären
153 Angebote bei ihrer Vernetzung und Fortentwicklung. Das von uns geschaffene
154 Format der Frankfurter Krankenhauskonferenz und die Arbeit des
155 Klinikreferats wollen wir dauerhaft etablieren. Diese Strukturen
156 ermöglichen es der Stadt, gemeinsam mit Trägern und Einrichtungen aktiv an
157 der Krankenhausplanung des Landes mitzuwirken. So können wir frühzeitig
158 Chancen und Herausforderungen erkennen, Synergien zwischen den Kliniken
159 fördern und die medizinischen Ressourcen effizienter nutzen.

160 **Nichtstationäre Behandlungsangebote für Menschen 161 mit psychischen Erkrankungen**

162 Die seelische Belastung von Menschen aller Altersstufen nimmt zu. Die
163 Betroffenen und ihre Familien brauchen frühzeitig Hilfe durch gezielte Angebote.
164 Neben der klinischen Betreuung hat Frankfurt ein gutes Netzwerk der
165 Sozialpsychiatrie. Für den Übergang in die Eigenständigkeit nach einem
166 Klinikaufenthalt und auch für das Leben mit einer Erkrankung braucht es eine
167 vielfältige Begleitung.

168 Wir werden...

- 169 • **die Unterstützung für Kinder von psychisch oder an Sucht erkrankten Eltern ausbauen.** Dazu müssen die vorhandenen Angebote gestärkt und die aufsuchenden Hilfen abgesichert werden.
- 170
- 171
- 172 • **Angehörige von psychisch erkrankten Menschen weiter in der Selbsthilfe unterstützen** – einerseits bei der Organisation ihrer Selbsthilfetreffen, andererseits indem wir fachlich geleitete Gruppen einrichten, um diese Selbsthilfefähigkeit zu stärken.
- 173
- 174
- 175
- 176 • **die Etablierung von speziellen Angeboten für pflegende Angehörige mit Depressionen sowie Schwerbehinderte mit psychischer Belastung prüfen.**
- 177
- 178 • **uns dafür einsetzen, dass mehr inklusive Arbeitsplätze auch für psychisch erkrankte Menschen geschaffen werden.**
- 179
- 180 • **uns beim Land Hessen für den Aufbau einer stationären Kinder- und Jugendpsychiatrie mit tagesklinischer Betreuung in Frankfurt einsetzen.** Wenn Kinder und Jugendliche schwere psychische Auffälligkeiten zeigen, mangelt es derzeit an Behandlungsplätzen.
- 181
- 182
- 183
- 184 • **uns für eine sozial-psychiatrische ambulante Betreuung und Tagesklinik für Kinder und Jugendliche in Frankfurt einsetzen** – ähnlich dem Bamberger Hof für Erwachsene.
- 185
- 186
- 187 • **die Gemeindepsychiatrie als Alternative zur stationären Behandlung von (chronisch) psychisch erkrankten Menschen stärken.**
- 188

189 **Post-COVID-Ambulanzen einrichten: spezialisierte 190 Diagnostik für Betroffene**

191 Die Versorgung von Patient*innen mit Post-COVID-Syndrom ist derzeit bereits in
192 einer spezialisierten Ambulanz im Universitätsklinikum Frankfurt möglich. Für
193 Betroffene, die sich am Arbeitsplatz infiziert haben, ist die BG-Unfallklinik
194 Frankfurt zuständig. Daneben gibt es Selbsthilfegruppen und verschiedene
195 ambulante Angebote.

196 Im Januar 2025 sind neue Abrechnungsmöglichkeiten für die Behandlung von Long-
197 COVID-Patient*innen eingeführt worden. Das Leistungsangebot im ambulanten
198 Bereich umfasst nun auch Beschwerden nach einer Impfung gegen SARS.

199 Wir werden...

- 200 • **uns beim Land dafür einsetzen, dass Diagnose- und Therapieplätze für die**
201 **medizinischen Folgen einer COVID 19-Infektion bzw. -Impfung in Frankfurt**
202 **weiter ausgebaut werden.**

- 203 • **uns in Gesprächen mit dem Land und der Kassenärztlichen Vereinigung für**
204 **eine spezialisierte Fachberatung zu Long-COVID einsetzen.**

205 **Gesundheitszugang für alle – auch ohne** 206 **Krankenversicherung**

207 Der Zugang zu medizinischer Hilfe ist ein Menschenrecht. Das Gesundheitsamt der
208 Stadt Frankfurt und verschiedene Träger halten deshalb auch für die
209 Gesundheitsversorgung von Menschen ohne oder mit unklarem
210 Krankenversicherungsstatus eine Clearingstelle und kostenlose
211 Behandlungsangebote vor: für Obdachlose, Drogenkonsument*innen, psychisch Kranke
212 oder Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis. Eine besondere Rolle spielen dabei
213 nicht versicherte schwangere Frauen. Durch das Modellprojekt „Sichere Geburt“
214 ist ihre frühe Versorgung durch Geburtskliniken mit Hebammenbetreuung auch über
215 die Geburt hinaus gewährleistet. Nichtversicherte werden in Frankfurt darüber
216 hinaus auch von niedergelassenen Ärzt*innen ehrenamtlich versorgt und die Kosten
217 für Diagnostik und Therapie häufig durch Spenden finanziert.

218 Mehrere deutsche Städte haben bereits damit begonnen, sogenannte
219 "Gesundheitskioske" einzurichten. Mit diesen einfachen Vorort-Angeboten
220 erreichen sie auch Menschen, die sonst Hemmungen haben, Sozialeinrichtungen,
221 Krankenhäuser oder ambulante Gesundheitsangebote aufzusuchen. Die Kioske
222 übernehmen im Gesundheitssystem eine Lotsenfunktion, erkunden als Anlaufstelle
223 zunächst das Ausmaß der Bedürftigkeit und vermitteln Facharzt-Termine. Sie
224 unterstützen auch beim Ausfüllen von Anträgen für Behindertenausweise oder Reha-
225 Anträge und helfen bei Ablehnungsbescheiden Widersprüche zu formulieren.
226 Schließlich kümmern sie sich nach dem Gemeindekrankenschwesterprinzip auch
227 präventiv um die Gesundheitsversorgung ihrer Patient*innen.

228 Wir werden...

- 229 • **die vielfältigen, in den vergangenen Jahren aufgebauten Angebote für**
230 **nichtversicherte Menschen dauerhaft etablieren und ausweiten.** Hierzu
231 zählen beispielsweise „Sichere Geburt“, „Checkpoint Frankfurt“, die
232 Modellprojekte zur Suizid-Prävention „Frans“ und „Frappee“ sowie
233 humanitäre Behandlungsangebote für Nichtversicherte.

- 234 • **uns beim Land Hessen für die Einführung eines anonymen Krankenscheins für**
235 **Nichtversicherte einsetzen.** Der Krankenschein sichert den Zugang zu
236 Gesundheitsleistungen und gewährleistet in bestimmten Fällen (z.B. bei

237 fehlender Aufenthaltserlaubnis) die Wahrung der Anonymität. Frankfurt wird
238 sich an einem entsprechenden Modellprojekt beteiligen.

- 239 • **in Frankfurt einen Gesundheitskiosk einrichten und testen.** Einige Städte
240 wie Hamburg oder Köln haben hiermit bereits gute Erfahrungen gesammelt.

241 **Drogenpolitik: Den Frankfurter Weg mutig**
242 **weitergehen**

243 Den „Frankfurter Weg“ hat die Stadt Ende der 1980er als Reaktion auf die reine
244 Repressionspolitik und die hohe Zahl von Drogentoten beschlossen. Er besteht aus
245 den vier Säulen Prävention, Beratung/Therapie,
246 Überlebenssicherung/Schadensminimierung und Angebotsreduktion/Strafverfolgung.
247 Das Hilfesystem wurde um akzeptierende und humanitäre Ansätze ergänzt. So
248 entstanden die ersten Drogenkonsumräume, mit denen viele Drogenkonsument*innen
249 erstmals erreicht wurden. Ergänzt umpressive Maßnahmen trug das dazu bei, die
250 offene Drogenszene und die Zahl der Drogentoten in Frankfurt drastisch zu
251 verringern. Auch die Belastungen für Anwohnende, Gewerbetreibende und Gäste im
252 Bahnhofsviertel gingen zurück. Die Einrichtungen der Drogenhilfe sind heute über
253 die ganze Stadt verteilt und betreuen über 5000 drogenkonsumierende Menschen.

254 Die offene Drogenszene – aktuell handelt es sich um zirka 200 Menschen – hält
255 sich dort auf, wo Drogen am leichtesten zu haben sind: auf einem kleinen Areal
256 von 2-3 Straßen im Bahnhofsviertel. Und dort müssen entsprechend auch die Hilfen
257 zu finden sein: Konsumräume, Streetwork, medizinische Hilfen, Aufenthaltsräume
258 und Schlafplätze sind heute im Bahnhofsviertel angesiedelt. Die Szene ist unter
259 Kontrolle. Wir setzen uns entschieden gegen die Vertreibung von
260 drogenkonsumierenden Menschen und eine Verlagerung der genannten
261 Hilfseinrichtungen in andere Stadtteile ein.

262 Durch die zunehmende Verbreitung von Crack, inzwischen Hauptdroge in Frankfurt,
263 haben sich die Herausforderungen im Bahnhofsviertel verschärft. Es gibt weltweit
264 bislang keine wirksame Therapie für Crackkonsument*innen. Die Szene ist zudem
265 sehr heterogen geworden. Viele psychisch erkrankte, vorzeitig gealterte oder
266 obdachlose Menschen zählen dazu.

267 Generell unterliegt das Bahnhofsviertel starken Veränderungen. Es gibt viele
268 Baustellen. Der Verkehr und die Verdrängungsprozesse durch den Wandel der
269 umliegenden Quartiere nehmen zu. Müll und Dreck sind Dauerthemen. Die
270 Kriminalität geht nur schleppend zurück, worunter das Sicherheitsempfinden
271 leidet. All das verschärft die Konflikte um den öffentlichen Raum und das
272 soziale Miteinander – und verlangt von der Drogenpolitik neue Antworten.

273 Frankfurt hat den Frankfurter Weg seit 2022 energisch vorangetrieben und

274 ausgebaut. So wurden ein Koordinierungsbüro und ein Hygienecenter eingerichtet,
275 zusätzliche Toilettenanlagen aufgestellt, psychiatrische Hilfen auf die Straße
276 geschickt, die Öffnungszeiten der Angebote erweitert, die Zahl der
277 Ordnungskräfte und der Reinigungsintervalle der FES erhöht, die Polizeipräsenz
278 verstärkt und vieles mehr. Diesen Frankfurter Weg wollen wir fortsetzen. Wir
279 wagen mutig Neues. und machen den Frankfurter Weg zukunftsfähig.

280 Wir werden...

- 281 • **uns der aktuell größten Herausforderung, dem massiven Crack-Konsum und der**
282 **drohenden Fentanyl-Welle, mit dem neuen Integrierten Suchthilfezentrum**
283 **stellen** – einem Meilenstein: Es hat das Potential, das Elend von der
284 Straße zu holen und notleidenden Menschen wirklich zu helfen. Die
285 Eröffnung ist für Mitte 2026 geplant. Crackkonsument*innen erhalten hier
286 psychosoziale Beratung, medizinische und psychiatrische Versorgung sowie
287 Übernachtungs-, Aufenthalts- und Konsummöglichkeiten unter einem Dach. Als
288 bundesweit erste Einrichtung wird das Integrierte Suchthilfezentrum auf
289 die Versorgung von Menschen mit Crackabhängigkeit spezialisiert sein.

- 290 • **gemeinsam mit anderen Großstädten das bundesweite Modellprojekt für**
291 **medikamentöse und substanzgestützte Behandlungsansätze bei Crack- und**
292 **Kokainabhängigkeit weiter fachlich vorbereiten und seine Umsetzung**
293 **politisch vorantreiben.**

- 294 • **in Bezug auf Crack neue Ansätze in der Prävention, der**
295 **Schadensminimierung, den medizinischen und pflegerischen Hilfen sowie**
296 **psychosozialer und psychiatrischer Begleitung entwickeln.**

- 297 • **uns beim Land und im Hessischen Städtetag für einen hessischen**
298 **Drogenhilfeplan einsetzen**, den das Land finanziell unterstützt. Ein hoher
299 Anteil von Drogenkranken, die sich im Bahnhofsviertel aufhalten, kommt von
300 außerhalb Frankfurts. Daraus ergibt sich eine Verantwortung für ganz
301 Hessen.

- 302 • **uns beim Land dafür einsetzen, auch für drogenabhängige, obdachlose und**
303 **Menschen ohne Anspruch auf Sozialleistungen einen anonymen Krankenschein**
304 **einzu führen.**

- 305 • **die Überprüfung illegaler Drogen, das sogenannte Drug-Checking, einführen.**
306 Das Wissen über die die Zusammensetzung der Inhaltsstoffe von Drogen kann
307 im Zweifelsfall über Leben und Tod entscheiden. Bereits 2023 hat der Bund
308 den Weg dafür geebnet. Wir drängen darauf, dass die hessische
309 Landesregierung bald eine diesbezügliche Ausführungsverordnung erlässt.

- 310 • **uns auf Bundesebene und über den Deutschen Städtetag für ein Modellprojekt**
311 **zur stationären pflegerischen Versorgung von älter werdenden**
312 **drogenkonsumierenden Menschen einsetzen.**

- 313 • **den Bau einer direkt an das Krisenzentrum Eastside angegliederten**
314 **Pflegeeinrichtung speziell für multimorbide und schwer pflegebedürftige**
315 **Drogenkonsument*innen ermöglichen.** Es ist unsere humanitäre Verpflichtung,
316 für diese Gruppe passende Angebote zu schaffen, anstatt die Betroffenen auf
317 der Straße und ohne entsprechende Pflege sich selbst zu überlassen.

- 318 • **die Liberalisierung der restiktiven Konsumraumverordnung und der**
319 **Rahmenbedingungen für Substitutionsbehandlung und Diamorphinvergabe**
320 **durchsetzen.** Auch durch die Zulassung des „Ameisenhandels“ (Verkauf von
321 kleinsten Mengen) in niedrigschwellingen Einrichtungen würden mehr
322 suchtkranke Menschen erreicht. Die Kriminalisierung des Drogenkonsums
323 behindert die Arbeit der Drogenhilfe. Deshalb ist es notwendig,
324 ordnungspolitische und gesetzliche Rahmenbedingungen auf Bundesebene zu
325 ändern.

- 326 • **das Angebot an niedrigschwelliger Substitution und gezielter Heroinvergabe**
327 **erweitern.** Abstinenz darf nicht Voraussetzung dafür sein, dass akut
328 konsumierende Menschen psychiatrische Versorgung erhalten.

- 329 • **dafür sorgen, dass Abhängige von illegalen Drogen einen besseren Zugang**
330 **zur Regelversorgung im Frankfurter Gesundheitssystem erhalten** und dort wie
331 alle anderen Patient*innen willkommen sind. Dafür braucht es bei
332 niedergelassenen Ärzt*innen und bei Krankenhäusern einen
333 Perspektivwechsel. Menschen, die Drogen konsumieren, sind schwerstkrank.
334 Ihre Stigmatisierung wollen wir beenden.

- 335 • **die Bewerbung für die Umsetzung eines Cannabis-Modellprojektes**
336 **aufrechterhalten.** Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung
337 diesen Weg mitgeht.

A17 Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.17 Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international

Antragstext

Frankfurt lebt von Kunst und Kultur – und von ihrer Vielfalt. Kunst muss nichts, kann aber viel: Sie baut Brücken zwischen Lebenswelten, schafft Gemeinschaft und wirkt tief in unsere Gesellschaft hinein. Sie ist Unterhaltung und doch viel mehr: Sie bricht Tabus, überschreitet Grenzen und verbindet. Sie vermittelt neue Perspektiven, fördert Haltung und damit Demokratie. Sie ist frei und muss frei bleiben!

Kultur ist keine Selbstverständlichkeit und alles andere als Luxus. Als Grüne setzen wir uns leidenschaftlich für eine lebendige, vielfältige und internationale Kulturlandschaft in Frankfurt ein. Ob Oper, Schauspiel, Kinder- und Jugendtheater, ob Museen, Festivals, Kinos, Clubs oder öffentlicher Raum: Frankfurts Kulturszene ist vielgestaltig und erfolgreich. Und diese kulturelle Vielfalt wollen wir erhalten, widerstandsfähig gegen Krisen machen und vor Verdrängung schützen. Die Arbeitsbedingungen für Künstler*innen und Kreative müssen wir kontinuierlich verbessern. Dazu gehören faire Gagen, auskömmliche Fördermittel für Produktionen und bezahlbare Räume. Wir wollen Kultureinrichtungen vor Angriffen schützen, die ihre künstlerische Freiheit, ihre Kreativität und Sprache einschränken oder ihnen ihre inhaltliche Ausrichtung diktieren wollen. Unsere Förderprogramme passen wir an die vielfältigen Bedürfnisse der unterschiedlichen Kultursparten an. Transparenz und der Abbau von bürokratischen Hürden sind uns dabei ein besonderes Anliegen.

Kulturelle Bildung ist der Schlüssel für die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und für eine offene Gesellschaft. Sie stärkt das Selbstvertrauen, regt zum Nachdenken an, fordert zum Experimentieren auf und motiviert, Gesellschaft selbst aktiv mitzugestalten. Kulturelle Bildung ermöglicht Teilhabe und fördert den sozialen Zusammenhalt. Unser Ziel ist, dass sie allen Menschen überall offensteht – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Status, inklusiv, von Anfang an und ein Leben lang. Dafür schaffen wir die passenden Rahmenbedingungen, bringen alle Akteur*innen an einen Tisch, bauen Barrieren ab und verankern Teilhabe durch Kultur als Grundrecht und Querschnittsaufgabe in unserer Stadt.

31 Eine lebendige Erinnerungskultur ist essenziell, um das Bewusstsein für unsere
32 gemeinsame Geschichte zu stärken und eine offene, tolerante Gesellschaft für die
33 Zukunft zu gestalten.

34 **Unsere grüne Vision für Frankfurt**

35 Wir wollen...

- 36 • **die freie und vielfältige Kultur in unserer Stadt stärken.** Dazu werden wir
37 eine nachhaltige Förderung ausbauen und bürokratische Hürden abbauen.
- 38 • **eine umfassende Öffnung des Kulturbetriebs für alle erreichen** und Angebote
39 der kulturellen Bildung sowie kostenfreie Kulturangebote ausweiten.
40 Zugangshürden aufgrund von Geschlecht, Herkunft oder Sprachen bauen wir
41 konsequent ab.
- 42 • **Kunst und Kultur widerstandsfähig gegen Krisen machen** und die
43 Arbeitsbedingungen für Künstler*innen verbessern.
- 44 • **Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft im Kulturbetrieb etablieren**, um
45 Kosten zu sparen und die Umwelt zu schonen.

46 **Kultur stärken – Förderpolitik transparent
47 ausrichten**

48 Kultur ist Ausdruck unserer Vielfalt und Freiheit. Wir setzen uns für eine
49 lebendige, freie Kulturlandschaft ein, die allen Menschen offensteht. Dafür ist
50 eine gute Förderpolitik mit den entsprechenden Rahmenbedingungen notwendig, Wir
51 kämpfen für auskömmliche Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sowie eine faire
52 Bezahlung. Die Fördermittelvergabe für Produktionen und Spielstätten muss
53 transparent gestaltet werden, damit Mittel dort ankommen, wo sie gebraucht
54 werden.

55 Wir werden...

56 **Deshalb kämpfen wir für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sowie eine
57 faire Bezahlung.einen Kulturbirat einführen**, der als Interessensvertretung der
58 Kulturszene agiert und die Politik und Verwaltung berät. Unter diesem
59 Kulturbirat werden wir den Theaterbeirat neu strukturieren und transparenter
60 gestalten.

- 61 • **eine unabhängige Beratungsstelle schaffen**, die bei Förderanträgen sowohl

62 an die Stadt wie auch an Dritte weiterhilft. Hier laufen sämtliche
63 Kompetenzen der Kulturförderung zusammen. Damit sich alle Menschen
64 angesprochen fühlen, muss diese Stelle auch in der Lage sein, die
65 Internationalität der Frankfurter Kulturszene zu bedienen.

- 66
- **die freie Szene erhalten und nachhaltig fördern.** Dazu werden wir die
67 Produktionsfördermittel erhöhen und die Budgets der freien Institutionen
68 (Häuser, Gruppen) so anheben, dass die Inflation ausgeglichen wird und die
69 Gagen der Künstler*innen den Empfehlungen ihrer jeweiligen Gewerkschaften
70 entsprechen.

71

 - **die vielfältige und freie Tanzszene nachhaltig fördern** und ihre
72 Einrichtungen stärken.

73

 - **die freie Theaterszene für ein junges Publikum stärken** und die
74 Kooperationen mit Schulen und Kitas ausbauen.

75

 - **dafür sorgen, dass städtische kulturelle Institutionen und freie Szene
76 noch enger zusammenarbeiten** und städtische Kulturbauten anderen
77 Kulturschaffenden flexibel offenstehen.

78

 - **den Mousonturm als Bühne mit Modellcharakter und wichtigem Bindeglied zur
79 freien Szene stärken** und streben eine deutliche Erhöhung der
80 institutionellen Förderung an.

81

 - **wichtige Festivals finanziell absichern**, die kostenfrei zugänglich im
82 öffentlichen Raum stattfinden.

83

 - **die Filmfestivalkultur stärken** und uns für ein Film- und Festivalhaus in
84 Frankfurt einsetzen. Dafür muss die Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2021
85 überarbeitet werden und die Standortsuche weitergehen.

86

 - **Frankfurt als Literatur- und Buchmessestadt stärken** und das Literaturhaus
87 unterstützen. Mehr Fördermittel sollen an freie Veranstalter*innen und
88 Festivals wie „Frankfurt liest ein Buch“ oder „Stadt Land Buch“ als
89 Kinder- und Jugendbuchfestival fließen.

90

 - **einen stärkeren Fokus auf Sub- und Clubkultur legen**, für die bisher nur
91 wenige finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

92

 - **die Möglichkeiten zur Zwischennutzung ausweiten** und bezahlbare Proberäume
93 und Ateliers als Arbeitsgrundlage für Kulturschaffende erhalten, bzw.
94 schaffen und fördern.

- 95 • **die Förderung des Bridges Kammerorchesters und der Philharmonie der Sinti
96 und Roma erhöhen und verstetigen.** Diese Orchester werden wir zudem auf der
97 Suche nach neuen Proberäumen unterstützen.
- 98 • **uns dafür einsetzen, dass städtische Förderung für künstlerische und
99 administrative Belange gewährt wird.** Dafür braucht es ein Konzept zur
100 Nutzung städtischer Liegenschaften durch Kulturveranstaltungen.
- 101 • **die Musikschule als wichtigen Baustein unserer Kultur –und
102 Bildungslandschaft stärken.**

103 **Räume für Kultur sichern und vernetzen**

104 Frankfurts Kulturszene hat einen Namen. Diese Vielfalt müssen wir erhalten und
105 sicherstellen, dass Institutionen langfristig planen und in nachhaltige Lösungen
106 investieren können.

107 Räume für (freie) Kunst und Kultur in unserer Stadt abzusichern, ist angesichts
108 immens gestiegener Mieten und der Knappheit verfügbarer bezahlbarer Räume eine
109 besondere Herausforderung. Ohne hinreichende Ateliers und Proberäume für Tanz
110 und Musik droht die zunehmende Verdrängung der Kulturszene. Deshalb wollen wir
111 vorhandene Räume für Kunst und Kultur sichern und flächendeckend neue Räume
112 schaffen.

113 Wir werden...

- 114 • **uns weiter für den zügigen Neubau der Städtischen Bühnen in der Variante
115 der Kulturmeile einsetzen:** energetisch klimaneutral geplant, flexibel und
116 ganztägig nutzbar, barrierefrei zugänglich.
- 117 • **dafür sorgen, dass der laufende Betrieb der Städtischen Bühnen in den
118 kommenden Jahren auskömmlich finanziert und langfristig gesichert ist.** Nur
119 so können beide Häuser ihr anspruchsvolles Programm auch in Zukunft
120 verwirklichen. Damit sich die Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden
121 verbessern, müssen unter anderem Planstellen ausreichend besetzt sein,
122 Haistarifverträge aktualisiert und Kostensteigerungen aufgrund von
123 Tarifabschlüssen übernommen werden.
- 124 • **uns für eine finanzielle Beteiligung des Landes Hessens an den Baukosten
125 für die Städtischen Bühnen und eine höhere Beteiligung an den Kosten für
126 den laufenden Betrieb einsetzen.** Denn etwa die Hälfte der Besucher*innen
127 kommt aus dem Umland.

- **für den Geschäftsbetrieb der Alten Oper einen Finanzierungsausgleich schaffen**, der aufgrund gestiegener Kosten für Energie und Dienstleister notwendig ist.
- **die Stadtbibliothek als dritten Ort nachhaltig stützen** und prüfen, ob sich die Öffnungszeiten ausweiten lassen.
- **auf die Öffnung der städtischen Kulturbauten für anderen Kulturschaffende, unter anderem die freie Szene, drängen.dezentrale Kulturorte erhalten und ausbauen**. Kulturinstitutionen, die nicht auf den Kulturcampus umziehen, sollen an ihren bisherigen Standorten Planungssicherheit und die notwendige Infrastruktur vorfinden.
- den Ausbau der Liegenschaft Schwedlerstraße 2-4 für die Nutzung des Ensemble Modern, der Internationalen Ensemble Modern Akademie und der Jungen Deutschen Philharmonie sowie eine städtische Übernahme der Kommunikationsfabrik in der Schmidtstraße 12 unterstützen, um beide Institutionen langfristig als Kulturorte zu sichern.
- **private Betreiber*innen beim Ausbau des Berger Kinos unterstützen bzw. eine alternative Nutzung als kommunales Kino prüfen**.
- **das English Theatre Frankfurt weiter fördern** und langfristig absichern.
- **uns dafür einsetzen, dass Kunst und Kultur bei allen großen städtischen Bauprojekten (z.B. durch Kunst am Bau) eingeplant werden**.
- **dafür sorgen, dass Veranstaltungen unbürokratisch genehmigt werden**.
- **Spielstätten für Vereine und Ensembles in Frankfurt erhalten** und neue schaffen. Städtische Veranstaltungsräume sollen ihnen zu günstigen Konditionen zur Verfügung stehen.
- **Kunst und Kultur im öffentlichen Raum wie die Weseler Werft fördern** und weitere Orte, an denen Kulturveranstaltungen möglich sind, erschließen. Denn der Bedarf an solchen Orten ist hoch und steigt weiter.
- **neue und bestehende Initiativen bei der Suche nach einem geeigneten Gebäude für ein gemeinschaftliches Materiallager unterstützen**. Die Stadt soll Bereitstellung und Betrieb personell und finanziell fördern.
- **Kulturangebote in allen Stadtteilen flächendeckend verankern**, damit sie für alle Menschen in unserer Stadt erreichbar sind.

- 160 • **die Mietverträge für die städtischen Musikbunker verlängern** und die
161 Populärmusikszene bei der Suche nach geeigneten Räumen unterstützen.
- 162 • **die Clubkultur in Frankfurt stärken** und uns dafür einsetzen, dass Clubs
163 bei städtebaulichen Planungen als Kultурorte berücksichtigt und geschützt
164 werden. Ihre Einstufung als kulturelle Einrichtungen soll in Bebauungs-
165 und Genehmigungsverfahren verankert werden.
- 166 • **ein kommunales Flächenkonzept für die Nachtkultur fördern:** Mit einer
167 aktiven Liegenschaftspolitik soll die Stadt Clubbetreiber*innen geeignete
168 Räume zu fairen Konditionen überlassen – insbesondere für
169 nichtkommerzielle, inklusive und gemeinwohlorientierte Projekte.
- 170 • **Clubs und Veranstalter*innen, die Räume für queere, migrantische, FLINTA-**
171 **und andere marginalisierte Communities schaffen, unterstützen.** Diese
172 Projekte sollen gezielt gefördert und öffentlich sichtbarer gemacht
173 werden,
- 174 • **Nachtkultur anwohnerfreundlich fördern**, das Konzept des Nachtrats
175 überprüfen und gegebenenfalls anpassen. In der Innenstadt und in den
176 Randgebieten wollen wir Orte identifizieren, an denen sich unter Beachtung
177 der gesetzlichen Vorschriften eine Nachtkultur entwickeln kann, ohne dass
178 Anwohnende in ihrer Nachtruhe gestört werden.
- 179 • **Stadt- und Straßenfeste – und damit eine solide Geschäftsgrundlage für**
180 **Schausteller*innen – sicherstellen.** Dazu gehört auch der Plan, mobile
181 Sicherungselemente wie Fahrzeugsperren an Veranstalter*innen bedarfsmäßig
182 zu verleihen. Anfallende Ausgaben für Sicherheit sollen vorfinanzieren
183 werden können.
- 184 • **mithilfe einer Checkliste zur zunehmend barrierefreien Gestaltung von**
185 **Märkten, Straßenfesten, Festivals und Veranstaltungen anregen.**

186 **Kulturelle Bildung ohne Barrieren:**

187 Kulturelle Bildung ermöglicht Teilhabe für alle. Sie stärkt die persönliche
188 Entwicklung, kräftigt das Urteilsvermögen gerade junger Menschen, fördert den
189 sozialen Zusammenhalt und ist unverzichtbar für eine inklusive, weltoffene
190 Gesellschaft. Sie muss allen zugänglich sein.

191 Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass kulturelle Bildung ein elementarer
192 Bestandteil unseres Bildungssystems und zu einem selbstverständlichen Teil der
193 Daseinsvorsorge wird. Wir wollen Menschen dabei unterstützen, das Kulturangebot

194 zu finden, das zu ihnen passt, das ihre Lebensrealität widerspiegelt und einen
195 echten Mehrwert in ihrem Leben schafft.

196 Wir werden...

- 197 • **die gleichberechtigte Teilhabe, Förderung und Repräsentation von Frauen, People of Colour, Migrant*innen und Geflüchteten, queeren Menschen, wirtschaftlich Benachteiligten und Menschen mit Behinderung fördern.** Den barrierefreien Zugang zu Kunst und Kultur werden wir unter anderem durch die Entwicklung eines Leitfadens für kulturelle Teilhabe und ein eigenes Förderbudget ermöglichen.
- 203 • **Barrierefreiheit im Kulturbereich baulich weiterhin fördern.** Barrierefreiheit wird sowohl bei Sanierungen als auch bei Neubauten zur Auflage.
- 206 • **die organisatorische Zuständigkeit für kulturelle Bildung als Schnittstelle zwischen den Dezernaten „Kunst und Kultur“, „Bildung“ und „Soziales“ anlegen.** Ziel ist es, die Angebotspalette von freier Szene, Vereinen und Kulturinstitutionen sichtbarer zu machen und die Verzahnung von Kultur, Schule, Kitas sowie sozialen Einrichtungen voranzutreiben.
- 211 • **uns für eine gemeinsame Programmplattform einsetzen,** die Bedarfe von Schulen, Kitas und Familien mit Theater-, Museums- und anderen Kulturangeboten niedrigschwellig verknüpft.
- 214 • **einen Fonds für kulturelle Bildung einrichten.**
- 215 • **für freie Theaterproduktionen in Frankfurts Stadtteilen eine verpflichtende Aufführungsförderung etablieren** und die Produktionsförderung entsprechend aufstocken. Jedes Kind in Frankfurt soll die Gelegenheit zu mindestens einem Theaterbesuch im Jahr bekommen.
- 219 • **den Zugang zu Büchern und Literatur in allen Stadtteilen verbessern.** Frankfurts Kinder haben ein Recht auf Literatur als selbstverständlichem Teil ihrer Bildungsbiographie. Deshalb wollen wir für alle Altersklassen auch Schreibwerkstätten und Workshops anbieten.
- 223 • **die Jugendkunstschule „Atelier 1318“ ausbauen und fördern.**
- 224 • **Leistungsanträge für Kulturschaffende vereinfachen und digitalisieren.** Niedrigschwellige und transparente Verfahren bedeuten mehr Barrierefreiheit.

- 227 • **uns für eine intersektionale Kulturpolitik in Frankfurter einsetzen**, die
228 das Zusammenwirken verschiedener Diskriminierungsdimensionen
229 berücksichtigt. Damit fördern wir eine inklusivere und gerechte
230 Gesellschaft.
- 231 • **uns dafür einsetzen, dass Führungspositionen in Kulturinstitutionen,
232 Organisationen und Verbänden geschlechtergerecht besetzt werden**. Dabei
233 spielt auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine große Rolle.
- 234 • **für Künstler*innen mit Behinderungen eine institutionell gebundene
235 Förderstruktur aufbauen.**

236 **Historische Verantwortung und Erinnerungskultur:**

237 Wir tragen Verantwortung dafür, dass aus unserem Erinnern eine bessere Zukunft
238 für uns alle erwächst. Erinnerungskultur gehört zur Identität und zum Gesicht
239 unserer Stadt. Dazu muss sie sich auch zeitgemäßer Formate bedienen. Denn nur
240 eine Erinnerungskultur, in der sich die Vielfalt unserer Gesellschaft spiegelt,
241 kann Gemeinschaft stiften und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

242 Wir werden...

- 243 • **Frankfurts Erinnerungskultur stärken und GedächtnisorteGedenkstätten in
244 unserer Stadt gestalten. und stärken**
- 245 • **unsere Museen bei der Provenienzforschung, der Aufarbeitung der NS-
246 Raubkunstbestände und der Sammlung aus kolonialen Kontexten unterstützen**. Das gilt einschließlich der noch in der Nachkriegszeit erworbenen oder
247 verkauften Kunstwerke.
- 248 • **die Paulskirche als Symbol der Demokratie durch das Haus der Demokratie
249 stärken**. Wir werden die Ergebnisse des Wettbewerbsverfahrens zur
250 Gestaltung von Paulskirche und Haus der Demokratie offen prüfen. Gemeinsam
251 mit Land und Bund wollen wir das Konzept von 2019 und die Empfehlungen der
252 Expert*innen von 2023 Schritt für Schritt umsetzen.
- 253 • **uns gegen Antisemitismus und für ein lebendiges Gedenken an die Schoah
254 einsetzen**. Wir wollen die jüdische Geschichte in unserer Stadt sichtbar
255 machen.
- 256 • **uns gegen Antiziganismus und für ein aktives Erinnern an den Porajmo an
257 den Sinti und Roma einsetzen**.

- **bei allen Neubauvorhaben archäologische Bodengutachten zur Pflicht machen.** Wichtige Ausgrabungsfunde sollen in die zukünftige Bebauung einbezogen und der Öffentlichkeit barrierefrei zugänglich gemacht werden.
- **für den Standort Nida als Dependance des Archäologischen Museums zusätzliches wissenschaftliches Personal und entsprechende finanzielle Mittel bereitstellen.** Für die museumspädagogische Arbeit schaffen wir eine zusätzliche Stelle.
- **einen weiteren Versuch unternehmen, die Ernst-May-Siedlung in der „Römerstadt“ auf die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufnehmen zu lassen.**
- **einen Ernst-May-Fonds eröffnen**, um notwendige Renovierungs- und Sanierungs-Arbeiten durchzuführen.
- **eine interaktive Stadtkarte entwickeln**, die mit dem Geoportal und der Frankfurt History App verbunden ist, um die Geschichte der Stadt auch digital zugänglich zu machen.

A18 Sportstadt für alle: Frankfurt fördert Fair Play

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.18 Sportstadt für alle: Frankfurt fördert
Fair Play

Antragstext

1 Frankfurt ist Deutschlands Sporthauptstadt. Hier sind nicht nur der DFB und der
2 Deutsche Olympische Sportbund beheimatet. Hier finden auch unzählige
3 Sportgroßveranstaltungen wie die EURO 2024 statt.

4 Aber auch der Breitensport spielt in Frankfurt eine große Rolle: In mehr als 400
5 Vereinen, auf mehr als 100 Sportplätzen und in zahlreichen Sport- und
6 Parkanlagen sowie Sporthallen ist eine Vielzahl von Aktivitäten möglich – und
7 neue Trends kommen ständig hinzu.

8 Sport fördert Gesundheit, Gemeinschaft und Toleranz und baut Vorurteile ab.
9 Deshalb setzen wir uns für eine vielfältige und inklusive Sportförderung ein,
10 die alle Menschen in unserer Stadt erreicht. Wir schaffen künftig noch mehr
11 Sportanlagen und -plätze im Freien, die Bürger*innen vereinsunabhängig und
12 kostenfrei nutzen können. Weitere barrierefreie, inklusive und gut erreichbare
13 Sportanlagen sollen hinzukommen, damit alle Frankfurter*innen die Möglichkeit
14 haben, sich sportlich zu betätigen. Sport ist politisch und fördert als buntes
15 Fair Play-Angebot gelebte Demokratie.

16 Bewegung ist für viele Frankfurter*innen ein wichtiger Teil des Lebens. Neben
17 der körperlichen Gesundheit fördert Sport die Selbstbestimmung und persönliche
18 Entfaltung. Er bringt Menschen zusammen und trägt wesentlich zur sozialen
19 Integration bei.

20 Um den Vereins- und Breitensport gezielt fördern zu können, werden wir gemeinsam
21 mit Vereinen, dem Sportkreis, Vertreter*innen aus den Bereichen Gesundheit und
22 Bildung und weiteren Akteur*innen eine Bedarfsanalyse und einen
23 Sportentwicklungsplan erarbeiten. So werden wir u.a. gezielt eine aktive
24 Teilhabe von Frauen und Mädchen fördern.

25 **Unsere grünen Ziele für Frankfurt**

26 Wir werden...

- 27 • **eine bedarfsgerechte Sportinfrastruktur schaffen und erhalten sowie Sport**
28 allen Frankfurter*innen niedrigschwellig zugänglich machen.
- 29 • **weitere kostenlose, frei zugängliche Sport- und Bewegungsangebote im**
30 **öffentlichen Raum einrichten**, die die unterschiedlichen Bedürfnisse aller
31 Menschen berücksichtigen.
- 32 • **dafür sorgen, dass Barrierefreiheit in allen Frankfurter Sportstätten**
33 **gewährleistet ist** und uns für mehr inklusive Sport- und Bewegungsangebote
34 einsetzen. Digitale Auskünfte zur Barrierefreiheit und eine Leitlinie zur
35 barrierefreien Durchführung von Veranstaltungen schaffen hier Transparenz.
- 36 • **Schulhöfe und -sportanlagen für alle öffnen** und alle von Vereinen
37 genutzten städtischen Sporthallen auch während der Ferienzeiten zur
38 Nutzung offen halten.
- 39 • **dafür sorgen, dass die städtischen Bäderbetriebe die Schulschwimmbäder**
40 **übernehmen**.
- 41 • **uns für mehr Wasserflächen, mehr Schwimmlehrbecken und weitere**
42 **Kooperationen für die Seepferdchen Kampagne einsetzen**. Auch das Angebot an
43 Schwimmkursen soll zunehmen.
- 44 • **ungenutzte und geeignete Dachflächen öffentlicher und privater Gebäude für**
45 **Sportanlagen nutzbar machen**.
- 46 • **Bewegungs- und Sportangebote für alle in allen Stadtteilen fördern**, unter
47 anderem durch die Ausweitung von erfolgreichen Konzepten wie „Be-Active.“
- 48 • **die Initiative „Wall of Will“ in Frankfurt umsetzen**, um junge Frauen und
49 Mädchen durch Vorbilder für den Sport zu begeistern.
- 50 • **Mädchen und Frauen durch Aktionen wie das sehr erfolgreiche**
51 **Mädchenfußballprojekt GRLSWNTD für den Sport begeistern**.
- 52 • **in Kooperation mit dem „Sportcoaches-Programm“ des Landes Hessen auch**
53 **Geflüchtete erreichen**. Insbesondere geflüchtete Frauen haben sonst schwer
54 Zugang zu Sportangeboten und Vereinen.
- 55 • **den Neubau und die Sanierung von Sportplätzen und -hallen unter**
56 **Nachhaltigkeitsaspekten vorantreiben**.

- 57 • **für sportliche Großveranstaltungen verbindliche Klima- und Umweltstandards entwickeln.**
- 58
- 59 • **den Fairtrade-Selbstverpflichtung der Stadt auch auf den Sportbereich übertragen.** Wenn hier mehr fair hergestellte und gehandelte Produkte zum Einsatz kommen, unterstützt das entsprechende Initiativen.
- 60
- 61
- 62 • **für sportliche Großveranstaltungen verbindliche Klima- und Umweltstandards festlegen.** Ziel ist einerressourcenschonende, plastikfreie, wirtschaftlich und sozial verantwortliche Ausrichtung.
- 63
- 64
- 65 • **die Verbrechen des NS-Regimes im Sportbereich weiter umfassend aufarbeiten** und an die damals verfolgten und ermordeten Sportler*innen erinnern.
- 66
- 67 • **den eSport in Frankfurt fördern.** Wir werten gemeinsam mit dem Sportkreis, entsprechenden Vereinen und Expert*innen die bisherigen Erfahrungen mit eSport-Aktivitäten aus und testen durch Pilotprojekte, welche Art der Förderung dafür möglich ist.
- 68
- 69
- 70
- 71 • **im Deutsche Bank Park eine Autist*innen-Loge für reizsensible Menschen einrichten.** Dies erfordert eine besondere Ausstattung, Betreuung und Wegeführung.
- 72
- 73
- 74 • **die Bewerbungen als Host Town der Euro Games 2028 und der UEFA Womens Euro 2029 vorantreiben** und diese Veranstaltungen im Falle eines Zuschlags in gleichem Maße materiell und organisatorisch unterstützen wie die Euro 2024: mit Fanmeile, Kulturprogramm und vielfältigen Kooperationen.
- 75
- 76
- 77
- 78 • **große Sportveranstaltungen mit mehr barrierefreien Plätzen im Zuschauerraum ausstatten** und Zu- und Fluchtwege barrierefrei ausweisen.
- 79
- 80 • **den geplanten Bau einer Multifunktionsarena am Stadion unterstützen –** unter der Bedingung, dass die Eingriffe in den Stadtwald so gering wie möglich sind und die ÖPNV-Verbindungen zum Stadion und der neuen Arena verbessert werden. Dafür braucht es ein Mobilitätskonzept.
- 81
- 82
- 83

A19 Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.19 Vielfalt: Unsere Stärke

Antragstext

1 Frankfurt ist eine Stadt der Vielfalt: ethnisch, kulturell, religiös und
2 geschlechtlich. Diese Vielfalt ist keine Momentaufnahme, sondern tief in der
3 Geschichte und der Gegenwart unserer Stadt verwurzelt. In Frankfurt leben
4 Menschen aus fast allen Ländern der Welt. Über 180 Sprachen werden hier
5 gesprochen und über die Hälfte der Frankfurter*innen hat Migrationsgeschichte,
6 bei den unter 18-Jährigen sind es über 70 Prozent. Frankfurt ist queer, religiös
7 vielfältig, solidarisch – und das ist kein Zufall, sondern Ergebnis politischer
8 Arbeit.

9 Doch die offene Gesellschaft steht unter Druck. Rechtsextreme, autoritäre
10 Bewegungen gewinnen an Einfluss. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im
11 Allgemeinen und Angriffe auf Schutzsuchende, queere Menschen, Jüdinnen und Juden
12 sowie auf zivilgesellschaftliches Engagement im Besonderen nehmen auch in
13 unserer Stadt zu. Wir setzen diesen Angriffen eine klare Haltung entgegen.
14 Frankfurt soll eine Stadt bleiben, die Vielfalt schützt, Teilhabe ermöglicht und
15 Menschenrechte sichert. Das sehen wir als unsere Pflicht an. In Frankfurt sollen
16 alle Menschen sicher, frei und selbstbestimmt leben können.

17 Politik für Vielfalt ist Querschnittsaufgabe. Sie gehört in alle Bereiche: von
18 Stadtplanung über Gesundheit, Arbeit und Bildung bis hin zur Verwaltung. Unser
19 Ziel ist eine Stadt, in der Teilhabe keine Frage von Pass, Sprache, Religion,
20 Geschlecht, körperlichen Voraussetzungen oder Herkunft ist, eine Stadt, in der
21 Migration als Normalität anerkannt wird und Willkommenskultur gelebte Kultur
22 ist.

23 **Unsere grüne Vision für Frankfurt:**

24 Wir wollen...

- 25 • **eine diskriminierungssensible, barrierefreie und empowernde**
26 **Stadtverwaltung.**

- 27 • **Schutzzräume, Anlaufstellen und verlässliche Förderung für marginalisierte**
28 **Gruppen in allen Lebensbereichen.**

- 29 • **kulturelle, soziale und politische Teilhabe unabhängig vom**
30 **Aufenthaltsstatus.**

- 31 • **institutionell abgesicherte Diversitätsarbeit mit dauerhaften Strukturen.**

- 32 • **eine solidarische Stadtgesellschaft, die klar gegen gruppenbezogene**
33 **Menschenfeindlichkeit eintritt.**

34 Diversität gestalten

35 Frankfurt ist eine Stadt der Unterschiede und genau das macht ihre Stärke aus.
36 Diese Unterschiede wahrzunehmen, anzuerkennen und Angebote für eine gute
37 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu schaffen, ist unser Ziel. Menschen mit
38 Einschränkungen verschiedenster Art benötigen und bekommen Unterstützung. Ebenso
39 müssen wir die sozialen Anlaufstellen entlasten. Diversitätspolitik, die
40 ausgleicht und absichert, darf nicht beim Symbolischen stehen bleiben, sondern
41 muss strukturell verankert sein. Wir wollen, dass Verwaltung, Bildung,
42 Stadtentwicklung und Kultur diskriminierungskritisch, teilhabefördernd und
43 mehrsprachig gestaltet werden – in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen
44 Communities.

45 Wir werden...

- 46 • **ein Bildungszentrum Diversität aufbauen**, das diskriminierungskritische
47 Bildung und Empowerment für Verwaltung, Schulen, Vereine und
48 Stadtgesellschaft anbietet.

- 49 • **den städtischen Diversitätsbericht weiterentwickeln**, auswerten und zur
50 Steuerung nutzen.

- 51 • **die Umsetzung der Handlungsfelder aus dem Diversitätsbericht**
52 **ämterübergreifend koordinieren.**

- 53 • **den interreligiösen Dialog mit allen religiösen und säkularen**
54 **Gemeinschaften stärken.**

- 55 • **den stadtRAUMfrankfurt dauerhaft sichern und zum Ort interkultureller**
56 **Begegnung ausbauen.**

- 57 • **einen Diversitätspreis vergeben** und um Kategorien wie Antidiskriminierung
58 und Teilhabe erweitern.

- 59 • **ein Haus für Roma nach dem Berliner Vorbild prüfen** und gemeinsam mit Roma-
60 Vereinen konzipieren.

61 **Antidiskriminierungsarbeit als demokratischen
62 Auftrag stärken**

63 Diskriminierung ist für viele Frankfurter*innen Alltag. Sie begegnet ihnen in
64 Behörden, auf dem Wohnungsmarkt, im Gesundheitswesen, in der Schule.
65 Antidiskriminierung ist deshalb alles andere als ein Nischenthema, sondern
66 demokratischer Auftrag. Wir wollen, dass alle Menschen in Frankfurt sicher,
67 respektiert und frei von Ausgrenzung leben können. Dazu braucht es verbindliche
68 Strukturen, qualifizierte Ansprechpartner*innen, eine öffentlich sichtbare
69 Haltung und eine Stadtverwaltung, die mit gutem Beispiel vorangeht.

70 Wir werden...

- 71 • **die Stabsstelle Antidiskriminierung um zwei zusätzliche Vollzeitstellen
72 erweitern** und mit einem strukturellen Jahresbudget von 500.000 Euro
73 ausstatten. Damit ermöglichen wir dauerhaft professionelle
74 Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen, Workshops und Schulungen.

- 75 • **die Meldestelle für Diskriminierung weiterentwickeln** mit digitaler
76 Erreichbarkeit, eigener Website, barrierefreier Hotline und einem
77 stärkeren Fokus auf rechtliche Beratung und psychosoziale Begleitung.

- 78 • **eine öffentliche Informationskampagne zur Ombudsstelle und den
79 Antidiskriminierungsangeboten der Stadt umsetzen.** Das wollen wir in enger
80 Kooperation mit migrantischen, queeren und behindertenpolitischen
81 Organisationen realisieren.

- 82 • **die wissenschaftliche Auswertung der Diskriminierungsdaten durch das
83 AmKA und externe Fachstellen verstärken** und jährlich veröffentlichen.

- 84 • **regelmäßige Briefings für städtische Ämter, verpflichtende Fortbildungen
85 und öffentliche Workshops zu Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit
86 und Behindertenfeindlichkeit durchführen.**

- 87 • **die Aktionspläne gegen Antisemitismus und Antirassismus mit Schulen,
88 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Community-Vertreter*innen
89 auswerten, weiterentwickeln und verbindlich implementieren.**

- 90 • **uns gegen Racial Profiling einsetzen.**

- 91 • **Stadtrundgänge zur Erinnerungskultur (analog „Wege der Erinnerung“)**
92 **entwerfen** und digital zugänglich machen. Das Gedenken an die Opfer von
93 Hanau durch ein öffentliches Denkmal mit digitaler Plattform sichtbar
94 machen.

95 Willkommenskultur für eine weltoffene Stadt

96 Frankfurt ist eine Weltstadt und eine weltoffene Stadt – und profitiert davon
97 seit Jahrhunderten. Wir setzen uns dafür ein, dass das so bleibt. Ob
98 Geflüchtete, zugewanderte Arbeitskräfte, Studierende aus allen Teilen
99 Deutschlands und der Welt oder europäische Nachbarn. Uns sind alle Menschen
100 willkommen, ganz gleich aus welchem Grund sie sich für Frankfurt entschieden
101 haben. Sie alle brauchen Unterstützung von Anfang an, sei es beim Zugang zum
102 Arbeitsmarkt, beim Spracherwerb, bei der Gesundheitsversorgung und um eine
103 Wohnung zu finden. Sie alle sollen möglichst schnell Teil unserer Gesellschaft
104 werden und das Gefühl bekommen: Wir gehören dazu.

105 Frankfurt ist Zufluchtsort für viele Menschen, die vor Krieg, Gewalt,
106 politischer Verfolgung oder Klimakrisen fliehen mussten. Diese Menschen brauchen
107 nicht nur Sicherheit, sondern auch Perspektiven. Wir setzen uns für eine klare
108 Menschenrechtsorientierung ein: für Schutz, Teilhabe und menschenwürdige
109 Aufnahmebedingungen unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Familien brauchen Schutz –
110 und zwar alle Familien. Deshalb stehen wir hinter dem Familiennachzug, der auch
111 ein elementarer Faktor für gute Integration ist. Die Aufnahme und Integration
112 geflüchteter Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir
113 gemeinsam gestalten wollen mit Verantwortung, Fairness und unterstützenden
114 Strukturen.

115 Frankfurt ist nicht nur ein sicherer Hafen, sondern ein Zuhause für Menschen aus
116 aller Welt. Doch Ankommen allein reicht nicht. Menschen brauchen Räume,
117 Ressourcen und Respekt, um sich einbringen zu können. Gerade in Zeiten
118 wachsender Unsicherheit und Angriffe auf die Solidargemeinschaft wollen wir den
119 Zusammenhalt in einer vielfältigen Zivilgesellschaft stärken. Willkommenskultur
120 ist für uns ein klarer Auftrag an Politik und Verwaltung.

121 Auf Bundesebene setzen wir uns für die Verfestigung des Chancenaufenthaltsrechts
122 ein, damit geduldete Menschen Aufenthaltsperspektiven erhalten. Menschen die
123 seit Jahren hier leben, hier arbeiten, zu Freund*innen und Nachbar*innen
124 geworden sind, sollte der Weg aus der Duldung in ein dauerhaftes Bleiberecht
125 geeignet werden. z.B. durch die Ermöglichung des sogenannten Spurwechsels. (Aus
126 dem von GB verschickten Aufruf.)

127 Die Arbeitskräfte von morgen haben unterschiedliche Lebenswege und Hintergründe.
128 Sie kommen mit und ohne akademischen Abschluss oder Ausbildung, aus Deutschland
129 und dem Ausland. Damit ihre Talente sich entfalten können, braucht es gezielte
130 Unterstützung beim Einstieg in Ausbildung und Beruf und bei der Anerkennung von
131 Qualifikationen. Frankfurt kann hier auf lokaler Ebene viel bewirken. Die enge
132 Zusammenarbeit mit Betrieben eröffnet Zugänge in den Arbeitsmarkt.

133 Wir werden...

- 134 • **Frankfurts Willkommenskultur und bestehende Initiativen wie das "Frankfurt**
135 **Welcome & Information Center" (FWIC) weiter stärken.** Wir wollen, dass
136 FWIC, Immigration Office und weitere integrationsrelevante Einrichtungen
137 künftig unter einem Dach und mit klarer Zuständigkeit zusammenarbeiten.
138 Als zentrale Anlaufstelle sollen sie sich im Verbund um Aufenthalt,
139 Integration, Anerkennung, Sprachförderung, berufliche Perspektiven und
140 Gesundheitsversorgung kümmern.
- 141 • **Uns dafür einsetzen, dass die Ausländerbehörden wieder besser erreichbar**
142 **sind, Anträge zügiger bearbeiten und serviceorientierter handeln.** Dazu ist
143 eine Personal- und Digitalisierungsoffensive erforderlich. Frankfurt
144 braucht hier mehr Unterstützung von Bund und Land.
- 145 • **ein Zentrum für Familienzusammenführung einrichten,** das rechtliche
146 Beratung, Begleitung und Hilfen für Nachzugsverfahren bündelt. Das
147 Kindeswohl und der Schutz der Familie muss oberste Priorität haben. Die
148 Einheit der Familie ist auch ein wichtiger Integrationsfaktor.
- 149 • **auch jenseits der Erstintegration Sprachkurse mit Teilhabefokus sichern.**
150 Mit wohnortnahmen Sprachkursen in den Stadtteilen und Sozialräumen
151 erreichen wir auch Menschen, die schon länger hier leben und binden sie
152 gesellschaftlich ein. Kinderbetreuung während der Kurse senkt die
153 Zugangshürden.
- 154 • **ein Modellprojekt zur KI-gestützten Antragsbearbeitung am FWIC starten,**
155 das Verfahren vorsortiert, doppelte Anträge erkennt, Bearbeitungszeiten
156 verkürzt und Antragsteller*innen digital Rückmeldungen gibt. Das Projekt
157 wird wissenschaftlich begleitet und ist datenschutzkonform.
- 158 • **das Personal im neuen Einwanderungamt um 15 % aufstocken** und gezielt in
159 interkultureller Kompetenz schulen. Attraktive Arbeitsbedingungen mit
160 umfassendem Gesundheitsmanagement tragen zur Nachfrage und Motivation bei.
- 161 • **ein modernes Raumkonzept mit VHS und Beratungsstellen realisieren,** das
162 Orientierung stiftet und Abläufe vereinfacht, statt Menschen von Amt zu

163 Amt zu schicken.

- 164 • **eine kommunale Arbeitsmarktoffensive für Geflüchtete und EU-Bürger*innen starten.** Daran mitwirken sollen IHK, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Unser Ziel ist die schnelle Integration in Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.
- 165
- 166
- 167
- 168 • **uns für ein sicheres, selbstbestimmtes Leben, eine menschenwürdige Versorgung und dezentrale Wohnräume für geflüchtete Menschen in ganz Frankfurt einzusetzen.**
- 169
- 170
- 171 • **einen Code of Conduct gegen Abschiebungen aus Schulen, Kitas und Behörden einführen,** der Fachkräften Handlungssicherheit gibt und Bildungsräume schützt.
- 172
- 173
- 174 • **eine kommunale Schiffspatenschaft mit der Sea-Watch 5 übernehmen,** um zivile Seenotrettung sichtbar und solidarisch zu unterstützen.
- 175
- 176 • **Frankfurts Rolle in Netzwerken wie der Seebrücke aktiv wahrnehmen und als sicherer Hafen auftreten.**
- 177
- 178 • **uns dafür einzusetzen, dass Engagement für Menschenrechte und Demokratie anerkannt bleibt.** Ehrenamtliche Initiativen und demokratiefördernde, gemeinnützige Organisationen sind das Rückgrat des sozialen Zusammenhalts. Sie müssen vor Diffamierung geschützt werden.
- 179
- 180
- 181
- 182 • **migrantische, queere, interreligiöse und antirassistisch arbeitende Organisationen strukturell fördern.** Durch eine transparenter Antragstellung und mehrjährige Zuwendungen erhalten sie Planungssicherheit.
- 183
- 184
- 185
- 186 • **ein Empowerment-Förderprogramm auflegen, das explizit Projekte von, mit und für marginalisierte Gruppen unterstützt,** z. B. in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur und Soziales.
- 187
- 188
- 189 • **ein Beratungszentrum für Projektentwicklung und Fördermittelzugang schaffen,** das Organisationen bei Anträgen, Konzepten und Abrechnung unterstützt.
- 190
- 191
- 192 • **Co-Finanzierungstöpfe samt aufsuchender Beratung zur unkomplizierten Förderung kleiner Initiativen einführen.**
- 193
- 194 • **migrantische Selbstorganisationen mit einem**

195 **MigrantenselbstorganisationsFörderfonds (MSO-Förderfonds) stärken**
196 –dauerhaft, transparent und partizipativ verwaltet.

- 197 • **uns für eine bessere Integration von Anfang an einsetzen.** Dazu müssen
198 Sprach- und Integrationskursen sowie Qualifizierungs- und
199 Weiterbildungsangebote angemessen finanziert sein. Die Stadt muss
200 asylrechtliche Beratungsstrukturen sicherstellen, eine umfassende
201 psychosoziale und medizinische Versorgung gewährleisten und, wo immer
202 möglich, eine dezentrale Unterbringung ermöglichen.
- 203 • **die Anerkennung ausländischer Qualifikationen communal begleiten.** Die
204 Stadt unterstützt bereits Beratung und Lotsen für internationale
205 Fachkräfte. Das Angebot soll aber deutlich ausgebaut, besser koordiniert
206 und mit digitalen Antragsprozessen verknüpft werden. Ziel ist es,
207 Anerkennungs- und Einstiegsprozesse zu beschleunigen und transparenter zu
208 gestalten.
- 209 • **Beschäftigungsperspektiven für Zugewanderte mit Aufenthaltstitel**
210 **verbessern.** Um einen zügigen Berufseinstieg und gleichberechtigten Weg in
211 den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, soll Frankfurt sich für die Anerkennung
212 ausländischer Abschlüsse und die Erteilung der Arbeitserlaubnis einsetzen.
213 – etwa über landesweit abgestimmte Modellprojekte mit städtischer
214 Begleitung.
- 215 • **Arbeitskräften im Sozialbereich Mitarbeiterwohnungen anbieten.** In
216 Neubaugebieten und dem Bestand städtische Wohnungsbaugesellschaften sollen
217 gezielt Kontingente für Fachkräfte aus sozialen Berufen vorgehalten
218 werden.

219 **Prävention, Empowerment und politische Bildung**

220 Gesellschaftliche Teilhabe setzt voraus, dass Menschen wissen, welche Rechte sie
221 haben und wie sie sich gegen Gewalt und Diskriminierung wehren können.
222 Demokratie und Vielfalt beruhen also auf Bildung, aber auch auf
223 Selbstbewusstsein und Schutz. Deshalb
224 setzen wir, besonders im Schul-, Jugend- und Gesundheitsbereich, auf die
225 Kombination aus politischer Bildung, Empowerment und Gewaltprävention sowie die
226 Professionalisierung von Fachkräften.

227 Wir werden...

- 228 • **Unterrichtsmaterialien zu Gewaltprävention und Antidiskriminierung**
229 **entwickeln** und breit einsetzen.

- 230 • die Safer Spaces-Kampagne auf Jugendhäuser, Nachtleben und
231 Stadtteilzentren ausweiten.
- 232 • das Suizidpräventionsnetzwerk FRANS für queere Jugendliche verstetigen und
233 sichtbarer machen.
- 234 • eine Schulungs- und Coachingreihe für queere Vereine und Initiativen mit
235 den Schwerpunkten Diskriminierungsschutz, Vereinsrecht und professionelle
236 Öffentlichkeitsarbeit etablieren.
- 237 • Sensibilisierungstrainings für Fachkräfte in Kitas und den Bereichen
238 Sport, Gesundheit und Verwaltung zu Themen wie Rassismus,
239 Queerfeindlichkeit, Ableismus. verpflichtend einführen
- 240 • ein Empowerment-Zentrum für BIPOC und antikoloniale Bildungsarbeit
241 schaffen. Als Anlaufstelle sowie Arbeits- und Lernort erhält sie ein
242 eigenes Budget und liegt in der Verantwortung der Community.

243 Queeres Leben schützen und stärken

244 Frankfurt gehört bundesweit zu den Vorreitern in der Queerpolitik. Doch Rechte,
245 Schutzzräume und Community-Strukturen geraten zunehmend unter Druck. Wir setzen
246 uns dafür ein, dass queere Menschen in Frankfurt sichtbar, sicher und
247 gleichberechtigt leben können, unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht,
248 Identität oder Wohnort. Dafür wollen wir Räume und Strukturen dauerhaft
249 absichern, Versorgungslücken schließen und Queerpolitik als kommunale
250 Querschnittsaufgabe etablieren.

251 Wir werden...

- 252 • ein Schutzhause für queere Menschen schaffen, das Notunterkünfte und
253 psychosoziale Beratung für akut gefährdete Personen bietet.
- 254 • ein queeres Mehrgenerationenhaus entwickeln – mit barrierefreiem Wohnraum,
255 Beratungsangeboten, Pflegeplätzen und Community-Zentrum.
- 256 • die Angebote für ältere, queere Menschen ausbauen.
- 257 • die Einrichtung eines Regenbogenfamilienzentrums weiter vorantreiben und
258 bedarfsgerecht mit Angeboten der Familienberatung, mit Kinderbetreuung und
259 offenen Treffpunkten ausstatten.

- 260 • **queere Treffpunkte und Beratungsangebote für Kinder unter 14 Jahren, ihre
261 Eltern und ihre Familienangehörigen schaffen – mit pädagogischer
262 Begleitung, Peer-Beratung und niedrigschwelligen Zugängen.**
- 263 • **gezielte Sportangebote für queere Jugendliche in Zusammenarbeit mit
264 Sportvereinen und Verbänden fördern.**
- 265 • **die EuroGames-Bewerbung um queersensible Infrastruktur ergänzen.**
- 266 • queere Vereine finanziell absichern und institutionell fördern
267 insbesondere für Empowerment, Beratung und Sichtbarkeit im Sozialraum.
- 268 • **Sensibilisierungstrainings für Verwaltung, Gesundheitswesen und
269 Sozialarbeit verpflichtend einführen.**
- 270 • **eine Schulungs- und Coachingreihe zu Antidiskriminierung, Vereinsrecht,
271 Projektförderung und professioneller Öffentlichkeitsarbeit für queere
272 Vereine etablieren.**

A20 Starkes Sicherheitsnetz aus Schutz, Hilfe und Prävention

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.20 Starkes Sicherheitsnetz: Schutz, Hilfe und Prävention

Antragstext

1 Wir schaffen eine Stadt, in der sich alle Menschen – unabhängig von Geschlecht,
2 Herkunft, Lebenslage oder Tageszeit – sicher fühlen. Sicherheit bedeutet Schutz
3 vor Gewalt, verlässliche Hilfe im Notfall, soziale Prävention, eine starke
4 Zivilgesellschaft und eine inklusive Stadtplanung, die niemanden ausgrenzt.

5 Wir verfolgen ein modernes, präventives und feministisches
6 Sicherheitsverständnis, das auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht und sich
7 an den Menschenrechten orientiert. Eine progressive Ordnungspolitik stellt dabei
8 die Bedürfnisse besonders vulnerabler Gruppen in Zentrum: im öffentlichen Raum,
9 in der Wohnungslosenhilfe, im Katastrophenschutz und im digitalen Raum.

10 Unsere grüne Vision für Frankfurt:

11 Wir wollen...

- 12 • **eine Sicherheitspolitik, die schützt, statt zu spalten.**
- 13 • **eine Stadt, in der Frauen, Queers und marginalisierte Gruppen sich Tag und**
14 **Nacht sicher bewegen können.**
- 15 • **eine Gefahrenabwehr, die auf Resilienz, Inklusion und Professionalität**
16 **setzt.**
- 17 • **ein starkes Netz für Schutz, Hilfe und Prävention in allen Stadtteilen.**
- 18 • **einen „Masterplan Sicherheit“aufstellen.**

19 Öffentlicher Raum für alle

20 Nicht alle erleben den öffentlichen Raum gleich: Frauen, queere Menschen,

21 Jugendliche und andere marginalisierte Gruppen fühlen sich an vielen Orten
22 unsicher. Wir setzen auf eine feministische und inklusive Stadtplanung, die
23 allen Schutz, Sichtbarkeit und Teilhabe ermöglicht.

24 **Unsere grünen Ziele für Frankfurt:**

25 Wir werden...

- 26 • **öffentliche Räume gezielt dort sicherer machen**, wo marginalisierte Gruppen
27 – insbesondere Mädchen und junge Frauen – durch Belästigung oder
28 Anfeindungen verdrängt werden. Das gilt u.a. auf der Zeil, in
29 Unterführungen und Parks oder an Haltestellen.
- 30 • **bauliche Schutzmaßnahmen im öffentlichen Raum wie bessere Beleuchtung,**
31 **klare Sichtachsen und sichere Aufenthaltsbereiche stärken**.
- 32 • **öffentliche Räume mit Sicherheitsinfrastruktur wie Notrufsäulen,**
33 **Infopoints in einfacher Sprache und konsumfreien Rückzugsorten ausstatten**.
- 34
- 35 • **partizipative Sicherheitsgestaltung fördern**: Jugendliche, Frauen, queere
36 Menschen und sonstige betroffene Gruppen werden wir an Planung und
37 Prävention gezielt beteiligen.
- 38 • **quartiersbezogene Sicherheitsdialoge in Stadtteilen mit besonderem**
39 **Handlungsbedarf einführen** und die Bevölkerung vor Ort einbeziehen.

40 **Rettungskräften den Rücken stärken**

41 Feuerwehr, Rettungsdienste und Polizei halten unsere Stadt am Laufen. Viele
42 Rettungskräfte arbeiten ehrenamtlich und unter erschwerten Bedingungen. Angriffe
43 auf sie nehmen zu. Wir stärken ihre Sicherheit und verbessern die
44 Arbeitsbedingungen unserer Rettungskräfte.

45 Wir werden...

- 46 • **Einsatzkräfte besser schützen** durch gezielte Maßnahmen gegen Gewalt im
47 Einsatz und für die gesellschaftliche Anerkennung ihrer Arbeit.
- 48 • **Rettungsdienste personell, organisatorisch und finanziell stabilisieren**
49 sowie für zuverlässige Hilfe und faire Arbeitsbedingungen sorgen.

- **den Bedarfs- und Entwicklungsplan 2033 umsetzen** mit Investitionen in Personal, Ausstattung und die Standorte der Feuerwehr.
 - **die Feuerwehr mit passender Ausrüstung, Knowhow und personeller Verstärkung auf Extremwetterereignisse vorbereiten.**
 - **die Freiwillige Feuerwehr gezielt fördern:** durch bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf, Ehrenamtsförderung, Nachwuchswerbung und gute Ausbildung.
 - **durch die Fortschreibung des Programms zum Neu- und Umbau der Wachen die Feuerwehrhäuser der Freiwilligen Feuerwehr modernisieren.**
 - **als starkes Angebot der Frankfurter Jugendarbeit die Mini- und Jugendfeuerwehren ausbauen.**
 - **Diversität in der Feuerwehr stärken.** Mit Programmen für Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und mit Behinderung werben wir für eine offene, inklusive Feuerwehrkultur.
 - **Feuerwehr und Rettung bei Verkehrsplanung, Baustellenregelung und Mobilitätswende frühzeitig einbinden.**
 - **für freie Rettungswege sorgen:** durch bauliche Sicherung, Kontrolle und auch unter Mitwirkung der Feuerwehr.

Resiliente Stadt: den Krisen von morgen gewachsen sein

Klimakrise, Pandemien, Cyberangriffe und weitere Risiken zeigen: Frankfurt muss krisenfester werden. Resilienz bedeutet Vorsorge, klare Strukturen und eine Stadtgesellschaft, die auch in Notlagen sicher funktioniert.

Wir werden...

- den Katastrophenschutz durch regelmäßige Übungen, digitale Infrastruktur und klare Verantwortung weiterentwickeln.
 - Informationsangebote zur Krisenvorsorge barrierearm, mehrsprachig und alltagstauglich gestalten.
 - Barrierefreiheit im Bevölkerungsschutz sicherstellen. z. B. bei

79 **Notunterkünften, Evakuierungen und Großveranstaltungen.**

- 80 • die AG Frankfurter Hilfsorganisationen (AGFH) strukturell stärken und ihre
81 Arbeit sichtbarer machen.

82 **Problemen mit Prävention und Dialog begegnen**

83 Eine wirksame und nachhaltige Sicherheitspolitik basiert auf Fakten statt Angst.
84 Sie begegnet Problemen mit Prävention, De-Radikalisierung und sozialer
85 Konfliktlösung. Sicherheit entsteht nicht durch Symbolpolitik, sondern im
86 Dialog.

87 Wir werden...

- 88 • gemeinsam mit Stadtverwaltung, Polizei und Zivilgesellschaft einen
89 integrierten Masterplan Sicherheit umsetzen. In gefährdeten Quartieren
90 erhöhen wir die objektive Sicherheit und stärken gezielt das
91 Sicherheitsgefühl.
- 92 • ein stadtweites Sicherheitsaudit etablieren Die Ergebnisse regelmäßiger
93 Befragungen zum Sicherheitsempfinden und zu Ursachen von
94 Kriminalitätsfurcht fließen in Präventionsmaßnahmen ein. In Stadtteilen
95 mit besonderem Handlungsbedarf folgen gezielte Sicherheitsdialoge vor Ort.
- 96 • institutionelle Diskriminierung auch im Sicherheitsbereich durch
97 diskriminierungskritische Standards beim Ordnungsdienst abbauen. Hinzu
98 kommt ein städtisches Monitoring von Kontrollpraktiken. Außerdem richten
99 wir eine unabhängige Beschwerde- und Beratungsstelle ein.
- 100 • ressortübergreifende soziale Konfliktlösungen stärken: etwa durch
101 kommunale Konfliktlots*innen, Frühwarnsysteme und lokale
102 Präventionsnetzwerke.
- 103 • die Videoüberwachung und die Wirksamkeit von Waffenverbotszonen regelmäßig
104 auswerten. Dabei prüfen wir kritisch die Verhältnismäßigkeit auch im
105 Hinblick auf mögliche Verdrängungseffekte.
- 106 • organisierte Drogenkriminalität strukturell bekämpfen. Statt hauptsächlich
107 den Straßenhandel in den Blick zu nehmen, wollen wir dafür eintreten, dass
108 durch Fokus auf Geldflüsse, Lieferketten und internationale Kooperationen
109 der organisierte Drogenhandel gezielt bekämpft wird.

A21 Demokratie und Bürger*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.21 Demokratie & Bürger*innenbeteiligung:
Raum, Ressourcen und Rückhalt für
Demokratie

Antragstext

1 Frankfurt hat mit der Nationalversammlung in der Paulskirche deutsche
2 Demokratiegeschichte geschrieben. Demokratie gehört zur DNA der Stadt, so wie
3 Vielfalt, Zusammenhalt und politisches Engagement. Doch Demokratie ist keine
4 Selbstverständlichkeit. Sie braucht Orte, an denen Menschen sich begegnen. Sie
5 braucht Beteiligung, die wirkt. Sie braucht Bildung, die Mut macht. Und sie
6 braucht eine Stadtgesellschaft, die ihre demokratische Kultur verteidigt gegen
7 Hetze, Hass, rechte Einflussnahme und wachsende Polarisierung.

8 In Frankfurt leben Menschen aus über 180 Nationen. In ihren vielfältigen
9 Lebensrealitäten muss Demokratie sichtbar, verständlich und erlebbar werden.
10 Deshalb begreifen wir Demokratiepolitik nicht nur als Verwaltungsthema, sondern
11 als gemeinsame Aufgabe der Stadtgesellschaft: in Schulen und Stadtteilen, in
12 Vereinen und Parlamenten, auf der Straße und im Netz. Wir setzen auf neue Räume
13 der Begegnung, politische Bildung von klein auf und eine klare Haltung gegenüber
14 antideokratischen Kräften. Frankfurt soll eine Stadt sein, in der Menschen
15 mitgestalten können, unabhängig von Pass, Herkunft oder Einkommen.

16 Unsere grüne Vision für Frankfurt:

17 Wir wollen...

- 18 • **eine Stadt, in der Demokratie gelebt, gelernt und geschützt wird.**
- 19 • **eine engagierte Zivilgesellschaft mit Raum, Ressourcen und Rückhalt.**
- 20 • **wirksame und bindende Bürger*innenbeteiligung auf Augenhöhe.**
- 21 • **eine wehrhafte Demokratie, die Rechtsextremismus und Hetze entgegentreitt.**

- 22 • **ein Frankfurt, das Haltung zeigt für alle Frankfurter*innen.**

23

Beteiligung ermöglichen

24 Demokratie lebt vom Mitmachen und muss alle Menschen erreichen – unabhängig von
25 Alter, Herkunft oder Sprache. Beteiligungsangebote müssen dafür einfach,
26 verständlich und transparent sein. Wir wollen, dass Beteiligung so nicht nur
27 möglich, sondern auch wirklich wirksam wird: digital und analog, in allen
28 Stadtteilen. Demokratieförderung verstehen wir als Querschnittsaufgabe: Wir
29 wollen Menschen, quer durch die Gesellschaft, mit attraktiven Angeboten dazu
30 einladen, ihre Stadt selbst zu gestalten. Wir möchten sie für Demokratie
31 begeistern und den Willen entfachen, an demokratischen Prozessen teilzuhaben.
32 Das ist unser Rezept gegen Politikverdrossenheit.

33 Wir werden...

- 34 • **das Amt für multikulturelle Angelegenheiten stärken und eine Anlaufstelle
35 für Demokratiearbeit einrichten**, die zivilgesellschaftlichen Initiativen
36 und Vereinen als transparente, nachhaltige und niedrigschwellige
37 Schnittstelle dient.
- 38 • **die Zugänglichkeit von Ämtern und Behörden durch den Ausbau von einfacher
39 Sprache verbessern.**
- 40 • **Jugendliche systematisch zur Mitgestaltung einladen** und sie an Vorhaben in
41 ihrem Sozialraum verbindlich beteiligen. Wir wollen, dass junge Menschen
42 ernst genommen und eingebunden werden.
- 43 • **ein Kinder- und Jugendparlament mit Initiativrecht einführen**. Kinder und
44 Jugendliche sollen bei allen politischen Entscheidungen ein echtes
45 Mitspracherecht erhalten – für eine jugendgerechte Demokratie von Anfang
46 an.
- 47 • **ein klares Zeichen für mehr demokratische Teilhabe setzen und uns auf
48 Landes- und Bundesebene für ein kommunales Wahlrecht für alle einsetzen**.
49 Wir prüfen, wie Frankfurt sich über Anträge, Bündnisse und Resolutionen
50 dafür stark machen kann, dass auch Drittstaatsangehörige nach mehrjährigem
51 Aufenthalt communal mitbestimmen dürfen.

52

Orte der Demokratie

53 Demokratie braucht Orte. Nicht nur Parlamente, sondern Nachbarschaftsräume,
54 nicht nur im Zentrum, sondern in jedem Stadtteil: zum Beispiel Schulhöfe,

55 Stadtteilzentren und Stadtteilquartiere. In ganz Frankfurt sollen sie zum
56 Austausch einladen und zu Vielfalt und gemeinsamem Engagement motivieren.
57 Demokratische Begegnung muss überall möglich sein.

58 Wir werden...

- 59
- **Schulen zu offenen Begegnungsorten im Stadtteil machen.** Die Nutzung von
60 Schulräumen außerhalb der Unterrichtszeiten ist bereits möglich. Den
61 Zugang wollen wir insbesondere zivilgesellschaftlichen Initiativen aber
62 zusätzlich erleichtern. Mit digitalen Anmeldeverfahren, Betreuung und
63 Förderungen schaffen wir wohnortnahe Orte für Dialog, Engagement und
64 Teilhabe.

65

 - **die Veranstaltung „Frankfurt feiert Demokratie“ weiter fördern,** die seit
66 2024 immer am 23. Mai, dem Geburtstag des Grundgesetzes, stattfindet.

67

 - **Quartiersbüros als Orte gelebter Demokratie stärken.** Wir schaffen
68 dauerhaft finanzierte Stellen für hauptamtliches Quartiersmanagement in
69 noch mehr Stadtteilen als bisher. Sie unterstützen Beteiligungsprozesse,
70 Engagement und Begegnung vor Ort verlässlich. So können wir insbesondere
71 das demokratische Miteinander migrantischer, queerer, integrativer und
72 zivilgesellschaftlicher Initiativen wohnortnah fördern.

73

 - **dezentrale Ehrenamtsmessen in den Stadtteilen** veranstalten, um
74 bürgerliches Engagement sichtbar zu machen und neue Mitwirkende zu
75 gewinnen.

76

 - **öffentliche Orte in allen Stadtteilen identifizieren, kartieren und
77 barrierefrei gestalten** – als Grundlage für eine gerechte und zugängliche
78 demokratische Infrastruktur.

79 Demokratiebildung stärken

80 Demokratie beginnt in der Schule. Sie braucht Räume für Mitbestimmung, Debatten
81 und die Erprobung demokratischer Prozesse. Kinder und Jugendliche müssen
82 erleben, dass ihre Stimme zählt – ob in Gremien, bei Wahlen oder im Alltag.
83 Politische Bildung muss unabhängig, engagiert und praxisnah sein.

84 Wir werden...

- 85
- **Demokratiebildung in Schulen als Querschnittsaufgabe durch
86 Beteiligungsgremien stärken, deren Ergebnisse maßgeblich und verbindlich
87 sind.** Dazu sollen außerschulische Kooperationspartner*innen und praxisnahe

88 Projekte gewonnen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass politische Bildung
89 im Schulalltag systematisch verankert und von der Stadt aktiv unterstützt
90 wird.

- 91 • **digitale Beteiligungstools wie „Aula“ in Schulen unterstützen, um**
92 **diedirekte Mitbestimmung von Jugendlichen zu ermöglichen.** Schulen erhalten
93 dafür die technische Ausstattung sowie Schulungen und personelle
94 Begleitung.
- 95 • **politische Bildung stärken und Lehrkräfte unterstützen.** Politische Bildung
96 in Frankfurter Schulen darf nicht aus Angst vor Kontroversen unterbleiben.
97 Lehrer*innen sollen jederzeit für die freiheitlich-demokratische
98 Grundordnung eintreten, die im Grundgesetz verankert ist. Als Stadt
99 entwickeln wir gemeinsam mit Schulen und zivilgesellschaftlichen Partnern
100 klare Leitlinien für Lehrkräfte, Schüler*innen und Schulleitungen, die
101 ihre demokratische Haltung stärken und Rechtssicherheit schaffen.

102 **Demokratie verteidigen**

103 Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit, Frauen- und
104 Behindertenfeindlichkeit nehmen zu. Diese Ideologien bedrohen Menschen, spalten
105 Gesellschaften und untergraben die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

106 Bei Angriffen auf die Demokratie trägt Frankfurt eine ganze besondere
107 Verantwortung, Haltung zu zeigen. Wir setzen uns für eine wehrhafte Demokratie
108 ein: mit klarer Kante gegen Hass und Ausgrenzung. Wir fördern den Schutz aller,
109 die sich engagieren und den Erhalt der demokratischen Strukturen in der Stadt.

110 Wir werden...

- 111 • **komunale Demokratieförderprogramme mit mindestens 250.000 Euro jährlich**
112 **absichern und ausbauen** – zur Unterstützung von Initiativen, die sich aktiv
113 gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung engagieren.
- 114 • **zivilgesellschaftliche Strukturen absichern und stärken.** Durch
115 verlässliche Fördermittel, Schutzzäume und Rückhalt für migrantische,
116 queere, antifaschistische, feministische und bildungspolitische Projekte
117 schützen wir Demokratiearbeit gegen politische Angriffe und Einsparungen
118 von rechts.
- 119 • **den rechtsextremen Einfluss auf Parlamente offen benennen und begrenzen.**
120 Wir prüfen rechtssicher, wie die AfD überall dort von Veranstaltungen,
121 parlamentarischen Abläufen oder Delegationsreisen ausgeschlossen werden

- 122 kann, wo ihre Beteiligung demokratische Prozesse oder Dritte gefährdet.
- 123 • den „**Pavillon der Demokratie**“ als **mobiles Format für Beteiligung, Protest**
124 **und Erinnerung weiter einsetzen**, das in den Stadtteilen ein sichtbares
125 Zeichen für Demokratie setzt und vielfältige Akteur*innen offensteht.
- 126 • **Städtepartnerschaften an demokratische Mindeststandards binden**, um unsere
127 Solidarität mit Menschenrechten international sichtbar zu machen.
- 128 • den **gezielten Aufbau und die dauerhafte Verfestigung von Stellen in der**
129 **Stadtverwaltung vorantreiben**, die sich der Demokratieförderung,
130 politischen Bildung und Teilhabe widmen, um demokratische Institutionen zu
131 stärken und rechtsextremen Tendenzen frühzeitig entgegenzutreten.

Ä1 zu GRÜN fängt beim Menschen an

Antragsteller*innen Manuel Stock (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 8 bis 9 einfügen:

Frankfurt ist eine Stadt der Möglichkeiten und der Vielfalt - nicht ohne die damit verbundenen Herausforderungen. Menschen aus über 180 Nationen leben hier zusammen und gestalten Wirtschaft, Kultur und

Begründung

Wir Grüne sind stolz auf die Vielfalt unserer Stadt. Ein friedliches Zusammenleben gelingt aber nicht einfach so. Es braucht für alle verbindliche Werte sowie Unterstützungsangebote. Es sollte bereits in der Präambel anklingen, dass wir uns dem bewusst sind und die Herausforderungen für die Stadtgesellschaft wahrnehmen.

Unterstützer*innen

Mirjam Luise Glanz (KV Frankfurt), Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

Ä2 zu GRÜN fängt beim Menschen an

Antragsteller*innen Manuel Denkwitz (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 38 bis 39 einfügen:

Ein Frankfurt, das erfolgreich und nachhaltig wirtschaftet, Innovationen fördert und gute Arbeitsplätze schafft.

Unterstützer*innen

Manuel Stock (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt), Michael Falk (KV Frankfurt)

Ä4 zu GRÜN fängt beim Menschen an

Antragsteller*innen Christoph Rosenbaum (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 33 bis 34 einfügen:

Wir wollen ein Frankfurt, in dem alle Menschen selbstbestimmt und sicher teilhaben können. Viele Menschen fühlen sich in diesen Zeiten verunsichert. Mehr soziale Sicherheit und mehr innere Sicherheit sind für uns wichtige Voraussetzungen für den notwendigen ökologischen Wandel.

Begründung

Das aktuell wichtige Thema Sicherheit auch in der Präambel aufführen und dabei klarstellen, dass Sozialpolitik Sicherheitspolitik ist.

Unterstützer*innen

Wendel Burkhardt (KV Frankfurt)

Ä1 zu Frankfurt: Europas GRÜNES Herz

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 41 bis 44:

Den großen Herausforderungen unserer Zeit – ob Klimakrise, Energieabhängigkeit oder soziale Spaltung – können wir nur gemeinsam begegnen. Wir GRÜNE ~~tragen bereits seit fünf Jahren~~übernehmen Verantwortung für unsere weltoffene Metropole und bekennen uns in Zeiten eines erstarkenden Nationalismus und zunehmender

Begründung

So ist es nicht richtig formuliert. Grüne sind schon deutlich länger als fünf Jahre in Regierungsverantwortung.

Wichtiger ist aber nicht, dass wir diese Verantwortung seit x Jahren tragen (rückblickend), sondern für die Zukunft weiter übernehmen (vorausblickend und ganz grundsätzlich).

Unterstützer*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä2 zu Frankfurt: Europas GRÜNES Herz

Antragsteller*innen Bastian Bergerhoff (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 23 bis 24 einfügen:

logistisches Drehkreuz in Europa – ein wirtschaftliches Kraftzentrum im Herzen des Binnenmarkts. Und diese zentrale Rolle hat Frankfurt auch bei den Zukunftsthemen: mit einem der größten Datenknotenpunkte weltweit und an zentraler Stelle auch in den neuen, auf Energie aus erneuerbaren Quellen ausgerichteten Infrastrukturen ebenso wie als Hochschul- und Forschungsstandort mit klugen Köpfen aus aller Welt.

Von Zeile 42 bis 44:

oder soziale Spaltung – können wir nur gemeinsam begegnen. Wir GRÜNE tragen bereits seit fünfvielen Jahren Verantwortung für unsere weltoffene Metropole und bekennen uns in Zeiten eines erstarkenden Nationalismus und zunehmender

Von Zeile 53 bis 59:

- Zuflucht für bedrohte Journalist*innen und Kunstschaaffende sowie ein Residency-Programm für Menschenrechts-Aktivist*innen schaffen.
- ~~ein Frankfurt Climate Finance Forum schaffen. Dazu wollen wir eine jährliche Konferenz mit EZB, EIB, AMLA und anderen Finanzplatz-Akteur*innen zu Green-Bond-Standards und sozial gerechter Transformation organisieren. die Rolle Frankfurts in der Nachhaltigkeit weiter stärken. Dazu wollen wir die Aktivitäten der Finanzplatzakteure wie der Bundesbank, der KfW, der EZB, der EIB, der AMLA und der ISSB rund um "Green finance" weiter unterstützen und mit privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren Frankfurt zum führenden Ort für grüne und sozial gerechte Transformationsfinanzierung machen.~~Außerdem wollen wir uns gemeinsam mit unseren Partnerstädten für den Titel der „European Green Capital“ bewerben.

Von Zeile 64 bis 70:

- Europa vor Ort **steuernwirken lassen**. Dazu soll die Europa-Stabsstelle zum Büro für Europäische Transformation erweitert werden, das **EU-Förderprogramme (Horizon, LIFE, NetZeroCities) aktiv einwirkt und städtische Projekte koordiniert.** Das Büro soll Bürger*innen, Bürger*innen und Unternehmer*innen kleiner und mittelständischer Unternehmen bei der Beantragung europäischer Fördergelder unterstützen. Zusätzlich werden wir ein interdisziplinäres Europaforum Frankfurt einrichten und den jährlichen Demokratietag Europa

Begründung

1. Ich finde, die modernen Infrastrukturen und das "geistige Kapital" in Frankfurt
2. ~~Würde einen weiteren Schritt in Richtung einer Finanzierung von Finanzakteuren~~ rund um Green Finance. Eine weitere Konferenz ist eventuell nicht das richtige Format, es wäre aber wichtig, zumindest noch die Bundesbank und
4. ~~Eine Stabsstelle zur Koordinierung städtischer Projekte~~ wird fachlich aus meiner Sicht nicht funktionieren - dazu sind die Förderprogramme, aber auch die Stadtverwaltung und die Projekte zu komplex. Das sollte lieber dezentral bleiben. Eine Stelle an der Fördermöglichkeiten für private Akteure gebündelt werden kann ich mir aber gut vorstellen. Diese könnte dann natürlich auch in die Stadtverwaltung wirken, aber nicht koordinierend und steuernd.

Unterstützer*innen

Miriam Dahlke (KV Frankfurt), Manuel Denkwitz (KV Frankfurt), Bernd Ackermann (KV Frankfurt), Christian Groß (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt), Gabriele Trah (KV Frankfurt), Wendel Burkhardt (KV Frankfurt), Michael Falk (KV Frankfurt), Hanna Tekin (KV Frankfurt), Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

Ä3 zu Frankfurt: Europas GRÜNES Herz

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Von Zeile 60 bis 63:

- **Mobilität junger Frankfurter*innen innerhalb Europas fördern.** Dazu wollen wir ~~an dem~~das Programm zur jährlichen Vergabe von ~~200~~ kostenlosen Interrail-Tickets ~~an junge~~ausweiten und die Beschränkung auf eine Zahl von 200 Stück aufheben. ~~Damit wollen wir allen jungen~~ Frankfurter*innen unter 25 Jahren ~~festhalten und ihre~~ ~~Anzahl sogar weiter aufstocken~~ermöglichen, ein solches Ticket zu erhalten.

Begründung

Allein in der Altersgruppe von 20 bis 24 leben in Frankfurt ca. 44.000 Menschen, dazu kommen noch die Jüngeren. In dieser großen Altersgruppe nur 200 Tickets zu vergeben, fördert nicht die "Mobilität junger Frankfurter*innen", wie es im Antrag heißt, sondern nur die von einem Bruchteil der jungen Frankfurter*innen.

Wir möchten, dass alle jungen Frankfurter*innen die Möglichkeit bekommen, Europa kostengünstig mit dem Zug zu bereisen. Deswegen wollen wir die Beschränkung der Zahl der jährlich zu vergebenden Tickets im Zuge dieses Programms aufheben.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Hanna Tekin (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä1 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 145 bis 147:

- den Preis „Familienfreundlichste Arbeitgeber“ einführen, basierend auf klaren Kriterien wie VollzeitAngleichung der Arbeitszeit-Quoten von Frauen und Männern, hohen Anteilen von Männern in Elternzeit sowie flexiblen Arbeitszeitmodellen.

Begründung

Vollzeitbeschäftigungen sind nicht unbedingt familienfreundlich. Arbeitgeber, die auf Vollzeit pochen, bei Vätern wie bei Müttern, agieren nicht familienfreundlich. Entscheidend ist, dass sich die Anteile von Care- und Lohn-Arbeit angleichen. Darum sollte das das Kriterium sein.

Ä2 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller*innen Frauen AG (dort beschlossen am:
 20.10.2025)

Antragstext

Nach Zeile 144 einfügen:

- uns weiterhin beim Bund dafür einsetzen Qualifizierungsprogramme und Sprachkurse mit Kinderbetreuung für migrantische Frauen ausreichend finanziell abzusichern, denn nur so können sowohl die Erwerbstätigkeit von Frauen – insbesondere von Frauen mit Migrationsgeschichte – gesteigert als auch strukturelle Barrieren abgebaut werden.

Begründung

Frauen mit Migrationsgeschichte haben häufig erschwerten Zugang zu einer regelmäßigen Kinderbetreuung. Wenn Mütter aufgrund unzureichender Betreuungsangebote dann nicht am Integrationskurs teilnehmen können, werden die Abschlüsse häufig auf A2-Niveau verbleiben. Dies schließt sie von vielen Berufsfeldern aus, erschwert ihre Integration erheblich und drängt sie in Abhängigkeitsverhältnisse.

Unterstützer*innen

Hanna Tekin (KV Frankfurt)

Ä3 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller*innen Frauen AG (dort beschlossen am:
 20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 94 bis 96 einfügen:

- die Beratungsmöglichkeiten zu digitaler Gewalt und Cybermobbing für Frauen und Mädchen verbessern, insbesondere für Frauen und Mädchen mit Behinderungen, wie bereits im Jugend- und Sozialamt sowie im Frauensoftwarehaus geschehen.

Begründung

Der digitale Bereich spielt bei Menschen mit Behinderungen eine große Rolle. Doch gerade hier sind sie vielen Angriffen stark ausgeliefert, am meisten Mädchen und Frauen mit kognitiven Einschränkungen.

Unterstützer*innen

Hanna Tekin (KV Frankfurt)

Ä4 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller*innen Frauen AG (dort beschlossen am:
20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 5 bis 10:

~~Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein akutes, systemisches und damit leider alltägliches Problem, das in vielen Fällen verborgen bleibt. Noch immer erleben Frauen das eigene Zuhause als den gefährlichsten Ort. Hinter verschlossenen Türen gedeiht die Gewalt, die meist vom Partner oder der Familie ausgeht. Das muss aufhören und ins Bewusstsein der Stadtgesellschaft gelangen.~~ Geschlechtsspezifische Gewalt ist ein systemisches und strukturelles Problem. Gewalt bestimmt den Alltag vieler Frauen und Mädchen. Das Risiko, Gewalt zu erleben, ist für Mädchen und Frauen in den eigenen vier Wänden am höchsten – dort, wo sie sich am sichersten fühlen sollten. Sie ist noch immer stark tabuisiert und nimmt trotz aller Anstrengungen aktuell zu. Das muss aufhören und ins Bewusstsein der Stadtgesellschaft gelangen. Wir setzen uns konsequent dafür ein, bestehende Schutzangebote und

Begründung

Frauen und Mädchen *erleben* nicht ihr Zuhause als gewalttätigen Ort - es ist einer, statistisch belegt. Nirgendwo sonst schreiben wir, dass etwas – *leider* – ein alltägliches Problem sei. Es wird von den Opfern oft *verborgen*, ja. Aber der Grund dafür ist das gesellschaftliche Tabu und die Schuldzuweisung an die Opfer, die daraus entsteht – und die Frauen und Mädchen allein lässt. Gewalt *gedeih*t nicht, sie herrscht höchstens.

Unterstützer*innen

Hanna Tekin (KV Frankfurt), Roman Sztyle (KV Frankfurt)

Ä5 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller*innen Frauen AG (dort beschlossen am:
 20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 51 bis 53:

- spezifische Schutzangebote für besonders gefährdete Gruppen wie **prostituierte prekärer Prostitution nachgehende**, obdachlose, geflüchtete, trans*, lesbische, ältere Frauen und Frauen mit Behinderungen ausbauen – inklusive Schutzwohnungen mit

Begründung

Es heißt nicht „prostituierte“ Frauen, sondern „sie prostituieren sich“. Außerdem zählen nicht alle sich prostitzierende Frauen zu den besonders gefährdeten Gruppen, sondern nur diejenigen in prekärer Prostitution.

Ä6 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller*innen Frauen AG (dort beschlossen am:
 20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 142 bis 143:

- Frauenquoten ~~in Führungspositionen~~ in Führungs- und Leitungspositionen auf allen Ebenen der Stadtverwaltung und den städtischen Betrieben konsequent durchsetzenumsetzen.

Begründung

- Es geht nicht nur um die obersten Führungspositionen, Frauen sollen Leitungsverantwortung auf allen Ebenen übernehmen können und
- ~~Einsprachrechte gesondert wenden~~ was durchzusetzen, sondern Wege zu entwickeln, wie Frauen für Führungsaufgaben gewonnen und gefunden werden können. Z.B. fehlt es in technischen Bereichen an Bewerberinnen, da braucht es statt Durchsetzungsvermögen eher Kreativität und gute Strategien für die Nachwuchsförderung.

Unterstützer*innen

Hanna Tekin (KV Frankfurt)

Ä7 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller*innen Frauen AG (dort beschlossen am:
20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 143 bis 144 einfügen:

- Frauen für Führungsaufgaben qualifizieren und fördern, Frauen in Führungspositionen als Role Models sichtbar machen, Netzwerke und Mentoring für Frauen in Führung stärken.

Begründung

Wir wollen verschiedene Möglichkeiten nutzen, um das Ziel zu erreichen.

Ä8 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller*innen Frauen AG (dort beschlossen am:
 20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 148 bis 149:

- ~~die Frauendezernentin dauerhaft~~ im Leitungsgremium der SWAK (Ständige Wirtschafts- und Arbeitsmarktkonferenz der Stadt Frankfurt) dauerhaft einen Platz für die Frauendezernentin verankern.

Unterstützer*innen

Hanna Tekin (KV Frankfurt)

Ä9 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller*innen Frauen AG (dort beschlossen am:
 20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 154 bis 155:

- mit IHK, HWK und Verbänden gezielte Übergänge Verbände dafür gewinnen, mit gezielten Anreizen und einer gemeinsamen Informationskampagne zu mehr Übergängen aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ermöglichen beizutragen. Die Stadtverwaltung soll entsprechende Anreize auch als Arbeitgeberin setzen.

Begründung

Wir können die Arbeitgeber für dieses Ziel gewinnen und deren Aktivitäten mit einer Kampagne flankieren – ermöglichen können wir als Stadt die Übergänge nicht (bzw. nur innerhalb der Stadtverwaltung).

Ä10 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller*innen Frauen AG (dort beschlossen am:
20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 169 bis 170 einfügen:

- die medizinische Versorgung schwangerer Frauen ohne Versicherungsschutz und insbesondere von Mutter und Kind während und nach der Geburt garantieren und absichern.

Begründung

Das Entscheidende ist die Übernahme der Kosten für die stationäre Versorgung während und nach der Geburt.

Unterstützer*innen

Hanna Tekin (KV Frankfurt)

Ä11 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller*innen Frauen AG (dort beschlossen am:
 20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 181 bis 182:

- die Arbeit des LIBS (inkl. der Lesben-Informations- Frauen*Festival)und Beratungsstelle LIBS langfristig fördernsichern und sicherndarüber hinaus Initiativen und Maßnahmen zur Förderung der Sichtbarkeit lesbischer Frauen unterstützen.

Begründung

Das LIBS deckt Beratung und Information ab. Zur Förderung der Sichtbarkeit und Vernetzung gibt es über das Lesbenfestival hinaus eine Vielfalt an Initiativen, die unterstützungswürdig sind.

Ä12 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller*innen Frauen AG (dort beschlossen am:
 20.10.2025)

Antragstext

Nach Zeile 160 einfügen:

Sexarbeit und Prostitution

Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung stellt eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung dar, die vor allem Frauen betrifft.

Wir werden...

- uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz zu stärken, um die internationalen Netzwerke von Menschenhandel und Zwangsprostitution aufzudecken und zu zerschlagen. Dabei verfolgen wir einen menschenrechtsbasierten Ansatz und rücken die Rechte und die Unterstützung der Betroffenen in den Fokus.
- fordern, dass Opfer von Menschenhandel ein sicheres Bleiberecht bekommen, unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft im Strafverfahren.
- Wir wollen die Selbstbestimmtheit, die Rechte, die Gesundheitsversorgung und den Schutz von Sexarbeiter*innen und Prostituierten in prekären Situationen in Frankfurt deutlich stärken und ihre Arbeitsbedingungen verbessern. Wir setzen uns dafür ein.
- dass Prostitutionsstätten strenger kontrolliert, die gesetzlichen Standards für die Betriebserlaubnis erhöht und die Befugnisse des Zolls erweitert werden, um gesetzlich vorgeschriebene Arbeitsbedingungen zu gewährleisten und die Selbstbestimmung und Sicherheit der Betroffenen sicherzustellen – ohne sie zu stigmatisieren oder zu kriminalisieren.
- Wir werden
die in Frankfurt vorhandene Struktur der medizinischen Versorgung, aufsuchenden Hilfen, Information und Beratung sowie Ein- und Ausstiegshilfen finanziell sichern und ausbauen.

- sobald die Ergebnisse der bundesweiten Evaluation des Prostitutionsschutzgesetzes und unserer Frankfurter Studie „Sexarbeit und Prostitution“ vorliegen, diese mit Betroffenen und Expert*innen auswerten.
- ergebnisoffen beraten, welche Maßnahmen daraus für Frankfurt abzuleiten sind, um die Situation in der Sexarbeit und der Prostitution weiter zu verbessern.
- den Frankfurter Fachbeirat Prostitution als wichtiges Austauschforum für alle Akteur*innen im Feld erhalten. Er soll die Entwicklung weiter begleiten.
- uns für gesellschaftliche Aufklärung stark machen. Dazu zählen umfassende sexuelle Bildung und Beratung, Prävention sexueller Gewalt, Sensibilisierung für Menschenhandel und Zwangsprostitution sowie Methoden wie die sogenannte „Loverboy-Masche“.

Begründung

Der Abschnitt fehlt bisher komplett bzw. wurde im Erarbeitungsprozess des Programms vergessen.

Ä13 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller*innen Wendel Burkhardt

Antragstext

Von Zeile 123 bis 124:

- ~~Frankfurt zur stillfreundlichen Stadt machen~~Das beschlossene Programm der "stillfreundlichen Kommune" weiter umsetzen: mit weiteren Stillräumen in öffentlichen Gebäuden, Wickelmöglichkeiten in allen Toiletten und einem

Begründung

Der Beschluss dass Frankfurt "stillfreundliche Kommune" werden soll hat es erfreulicherweise in den derzeitigen Koa Vertrag geschafft. erste Schritte wurden auch geangen . Daher muss das Programm fortgesetzt und ausgebaut aber nicht neu beschlossen werden.,

Unterstützer*innen

Hanna Tekin (KV Frankfurt)

Ä14 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller*innen Frauen AG (dort beschlossen am:
20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 132 bis 138:

Frauen verdienen nach wie vor weniger als Männer und sind in Führungs- und Leitungspositionen viel seltener vertreten. Weiterhin können viele Frauen nicht gleichberechtigt an Entscheidungen beteiligt in dem Umfang am Erwerbsleben teilnehmen, wie sie es gerne möchten. Ein Hauptgrund dafür ist eine unzureichende Kinderbetreuung. Konkrete Maßnahmen dagegen haben wir im Kapitel „2.12 Soziale Gerechtigkeit“ aufgeführt. Wir Grüne wollen, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, die gleichen Chancen und Rechte haben. Gleichberechtigung bedeutet für uns auch gleiche Bezahlung ~~und~~, faire Chancen für Frauen in Führungspositionen, denn am Erwerbsleben teilzunehmen und mehr Frauen in Führungs- und Leitungspositionen. Denn Erwerbstätigkeit schützt vor Altersarmut und stärkt die[Zeilenumbruch]

Unabhängigkeit. Deshalb wollen wir strukturelle Hürden, auf die Frauen immer[Zeilenumbruch] wieder stoßen, beseitigen.

Begründung

In diesem Kapitel soll es nicht nur um Frauen in Führungspositionen gehen, sondern um alle Frauen. Eins der größten Hindernisse für Frauen im Erwerbsleben ist die mangelnde Kinderbetreuung. Die wird zwar in einem anderen Kapitel behandelt, sollte hier aber auf keinen Fall unerwähnt bleiben.

Ä15 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller*innen Frauen AG (dort beschlossen am:
 20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 123 bis 125:

- Frankfurt zur ~~stillfreundlichen~~still- und familienfreundlichen Stadt machen: mit Stillräumen in öffentlichen ~~Gebäuden~~, und anderen Gebäuden und mit Wickelmöglichkeiten in allen Toiletten ~~und einem~~familienfreundlichen. Wir wollen ein Label in Form eines Qualitätssiegels für Betriebe~~still- und familienfreundlich eingerichtete Gastronomie, Geschäfte, Unternehmen und öffentliche Gebäude vergeben.~~

Ä16 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller*innen Frauen AG (dort beschlossen am:
20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 21 bis 22:

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der ~~Care-Arbeit~~Haus- und Sorgearbeit fair verteilt und wertgeschätzt wird, in der Frauen wirtschaftlich unabhängig leben können und in

Von Zeile 108 bis 112:

~~Care~~Haus- und Sorgearbeit fair verteilen

Für andere Menschen zu sorgen, sowohl beruflich als auch privat, ist essenziell für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aber nach wie vor ~~ist Care-Arbeit ungleichsind~~Haus- und Sorgearbeitungleich verteilt und ~~wird werden~~ weiterhin insbesondere von Frauen geleistet. Sie haben weniger Zeit für sich, erwirtschaften geringere Einkommen und erwerben

Von Zeile 114 bis 117:

Altersarmut mündet. Wir Grüne setzen uns für ein Ende der stereotypen Zuschreibung und die faire Verteilung von ~~Care~~Haus- und Sorgearbeit ein. Wir kämpfen für die Entlastung von Frauen und die Anerkennung des gesellschaftlichen Stellenwerts von ~~Care-Arbeit~~Haus- und Sorgearbeit.

Von Zeile 120 bis 122:

- eine großangelegte Kampagne zur Anerkennung und gerechten Aufteilung von

Care-Arbeit Haus- und Sorgearbeit starten, inkl. Aktionstagen, Preisverleihungen und starken Vorbildern.

Begründung

Das Wort „Care“ und „Sorge“ bedeutet eigentlich das gleiche. Es ist einmal Englisch und einmal in Deutsch. In der Fachwelt wird von „Haus- und Sorgearbeit“ gesprochen. Weil das beides Deutsche Begriffe sind und damit auch für alle verständlicher wird, um was es genau geht, würde ich diese Begriffe im gesamten Wahlprogramm nutzen. Auch, weil die Hausarbeit so explizit genannt ist und damit sichtbar wird. Sie nimmt einen großen Anteil bei den Arbeiten an und darum wäre es nur richtig, diese auch zu benennen.

Weiterhin wird im gesamten Kapital mal das Wort „Carearbeit“ und mal das Wort „Sorgearbeit“ und mal „Care- und Sorgearbeit“ genutzt. Es ist sehr unklar, was wir wann damit meinen.

Ä17 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller*innen Frauen AG (dort beschlossen am:
 20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 109 bis 112:

~~Für andere Menschen zu sorgen, sowohl beruflich als auch privat, ist essenziell für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt~~ Unsere Gesellschaft funktioniert nur durch unbezahlte Haus- und Sorgearbeit. Aber nach wie vor ist Care-diese Arbeit ungleich verteilt und wird weiterhin insbesondere von Frauen geleistet. SieDadurch ermöglichen sie ihren meist männlichen Partnern in Vollzeit zu arbeiten. Frauen haben weniger Zeit für sich, erwirtschaften geringere Einkommen und erwerben

Von Zeile 114 bis 117:

Altersarmut mündet. Wir Grüne setzen uns für ein Ende der stereotypen Zuschreibung und die faire Verteilung von CareHaus- und Sorgearbeit ein. Wir kämpfen für die Entlastung von Frauen und die Anerkennung des gesellschaftlichen Stellenwerts von Care-Arbeitdieser unbezahlten Arbeiten.

Begründung

Das Intro soll direkt den Stellenwert dieser Arbeiten für unsere Gesellschaft klar machen und darum sollte es etwas verschärft werden.

Ä18 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller*innen Frauen AG (dort beschlossen am:
 20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 129 bis 130:

- Alleinerziehende mit Frankfurt-Pass einführen: zur gezielten Entlastung und gegen prekäre Arbeitsverhältnisse zugleich für die Stärkung von regulären, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.

Begründung

Dieser Punkt muss etwas ausführlicher formuliert sein, damit klarer wird, was wir meinen.

Ä20 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen, Wohnen (dort
beschlossen am: 23.10.2025)

Antragstext

Nach Zeile 85 einfügen:

- Neue ÖPNV-Haltestellen und Quartiere sollen so geplant werden, dass die Menschen sicher durch bewohnte und belebte Bereiche von den Haltestellen nachhause gehen oder sich gegenseitig besuchen können.

Begründung

Spezifizierung des Punktes zur feministischen Stadtplanung, die von Beginn an berücksichtigt werden muss. Gerade in nächster Zeit entstehen eine Reihe von neuen Quartieren und ÖPNV-Haltestellen, die von Beginn an in diesem Sinn mitgeplant werden und von übergeordneter Ebene betrachtet werden müssen.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä1 zu Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft

Antragsteller*innen Jürgen Eiselt (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 39 bis 40 einfügen:

Leitplanken. So verbinden wir Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Chancen. Durch ein Sonderförderprogramm für Härtefälle unterstützen wir energetische Sanierungen für Privatpersonen, welche sich hohe Investitionen für Photovoltaik, bauliche Sanierungen oder den Einbau einer Wärmepumpe nicht leisten können.

Begründung

Menschen, die sich beispielsweise eine Wärmepumpe nicht können oder die Investitionssumme den Immobilien überschreitet oder die Eigentümer*innen wegen Altersdiskriminierung >70 Jahre keinen Kredit mehr bekommen, sollen Sonderförderungen erhalten.

Ä2 zu Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft

Antragsteller*innen Christian Marx (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 85 einfügen:

- die Digitalisierung konsequent umsetzen und über die Mainova als digitales Energieversorgungsunternehmen mit Echtzeitdaten und einer eigenen Cloud die Energieflüsse zu den Haushalten und den Unternehmen über ein intelligentes Stromnetz zu steuern.

Begründung

Die Erzeugung von Energie aus Sonne oder anderen temporären Schwankungen unterliegenden Energiequellen ist sehr volatil. Um hier jederzeit eine Stromversorgung sicherstellen zu können, ist z.b. die Verwendung von Smart Grids sinnvoll. Dafür braucht es Informations- und Kommunikationstechnik, um eine effiziente Steuerung der Energieflüsse in einem intelligenten Stromnetz zu ermöglichen.

Ä3 zu Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft

Antragsteller*innen Jürgen Eiselt (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 78 bis 80 einfügen:

- transparent, wann und wie der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern im Wärmebereich gelingt. Hierzu wird bis Ende 2026 ein konkreter und detaillierter Zeitplan aufgestellt, wann der Umstieg von Erdgas auf Wasserstoff, oder anderen erneuerbaren Energiequellen, abgeschlossen ist. Zusätzlich zu den 245 Millionen Euro, die wir in den Jahren 2022 bis 2025 für Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen

Von Zeile 111 bis 113:

- **die Abwärme der Rechenzentren in die Wärmeplanung integrieren.** In Frankfurt gibt es dahingehend noch viel ungenutztes Potenzial. Im Gallus zum Beispiel wird ein neues Areal mit 1300 Wohnungen in Kürze

Begründung

Die Bevölkerung braucht belastbare Informationen für eine Heizungs-Investitionsentscheidung. Diese ist abhängig, ob es preislich akzeptable Fernwärme vor der Haustür gibt, wann diese kommt und ob die Preissteigerungen in der Fernwärme durch Erdgas sie betrifft.

Durch die Ausweitung vom EU-Emissionshandel auf Verkehr und Gebäudeheizung, absehbare Entwicklungen auf dem Gasmarkt sowie anderen gesetzlichen Vorgaben, steigen spätestens Anfang 2027 die Erdgaspreise in unverantwortbare Höhen. Dies betrifft auch die Fernwärmeverzeugung im Heizkraftwerk West. Eine unverantwortbare Kostenexplosion müsste dann an die Kunden weitergegeben werden. Dies ist nur dann abzuwenden, wenn feststeht: wann und in welchen Mengen Erdgas durch kostengünstigen grünen Wasserstoff ersetzt wird. Die Mainova kann Wasserstoff auch anteilig selbst erzeugen, um die Erzeugerpreise drücken. Dies ist der optimale,

vermutlich auch der einzige betriebswirtschaftliche Weg, um aus der Disruptionsspirale durch Erdgas herauszukommen.

Ä4 zu Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft

Antragsteller*innen Kilian Vitt (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 135 einfügen:

- die überproportional Betroffenen jungen Menschen besonders durch Befragungen an Prozessen des Maßnahmenbeschlusses teilhaben lassen und umweltpädagogische Angebote in Bildungseinrichtungen fördern.

Begründung

Forderung der Grünen Jugend Frankfurt.

Ä5 zu Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft

Antragsteller*innen Manuel Stock (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 73 bis 75 einfügen:

- die Fernwärmenetze massiv ausbauen, damit in Zukunft umweltfreundlich erzeugte Wärme Wohnungen und Büros heizen kann. Hierbei wollen wir dafür sorgen, dass die Bestandskund*innen der Mainova den Ausbau nicht weiterhin durch höhere Preise mitfinanzieren müssen. Bis Sommer 2026 soll die Kommunale Wärmeplanung, an der derzeit gearbeitet wird, beschlossen

Begründung

Die Verbraucherzentrale spricht von einer "Fernwärmepreis-Explosion" bei der Mainova. Diese hat eine Monopolstellung inne und begründet die stärkere Gewichtung des Grundpreises u.a. mit "Investitionen im Zuge des Umbaus auf klimaneutrale Erzeugung." Die Bestandskund*innen müssen somit den Ausbau mitfinanzieren und durch die stärkere Gewichtung des Grundpreises wird die Verringerung des Wärmeverbrauchs weniger attraktiv. Beides wirkt sich negativ auf die Akzeptanz der Energiewende aus und trifft bspw. in der Nordweststadt häufig Haushalte mit kleinem Geldbeutel.

Unterstützer*innen

Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

Ä6 zu Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft

Antragsteller*innen Bastian Bergerhoff (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 41 bis 42 einfügen:

Wir haben in der vergangenen Koalition bereits mit vielem angefangen: Die Mainova ist mit dem Umbau des HKW mehr als 10 Jahre vor der gesetzlichen Frist aus der Kohle ausgestiegen. Wir haben die Erstellung der kommunalen Wärmeplanung auf den Weg gebracht, wir haben mit

Von Zeile 81 bis 82 einfügen:

- bereitgestellt haben, werden wir für die Jahre ab 2026 weitere Gelder in mindestens gleicher Größenordnung investieren. Auch die unter GRÜNER Führung beschlossene und begonnene Eigenkapitalstärkung der Mainova setzen wir wie geplant fort, so dass wir insgesamt über 1 Milliarde Euro in die Dekarbonisierung investiert haben.

Begründung

1. Mit dem Umbau des Heizkraftwerks West, den die GRÜNEN bereits in der letzten Wahlperiode forciert haben, steigt die Mainova Ende 2025 aus der Kohle aus. Bundesgesetzlich ist der Kohleausstieg bis 2038 (!) festgeschrieben. Dieses Frankfurter Alleinstellungsmerkmal sollten wir
2. ~~Neben~~ 245 Millionen Euro in den "Klimatöpfen" haben wir eine Eigenkapitalstärkung der Mainova in Höhe von 750 Millionen Euro beschlossen und umgesetzt bzw. in der Haushaltsplanung verankert. Auch das sollten wir erwähnen.

Unterstützer*innen

Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

Ä1 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen Christian Marx (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 117 bis 118 einfügen:

- mit der Ausweisung ökologischer Dunkelzonen tragen dazu bei, störende Lichtquellen sukzessive abzuschalten. Nutzungsabhängige Beleuchtungssysteme an Straßen und Radwegen, die sich nur bei Bedarf aktivieren, helfen Strom zu sparen und die „Lichtverschmutzung“ zu reduzieren.

Begründung

Die bedarfsabhängige Beleuchtung von öffentlichen Wegen sollte wo umsetzbar Bestandteil eines umfassenden Smart City-Konzeptes für Frankfurt sein.

Unterstützer*innen

Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

Ä2 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 53 einfügen:

- Frankfurts Straßengrüner und kühler machen. Wir brauchen mehr Bäume in der Stadt, nicht nur in Parks, sondern in den Wohnquartieren. Haupthindernis sind unterirdische Leitungen, deren genauer Verlauf oft nicht bekannt ist. Daher werden wird Schritt für Schritt die Leitungen in allen Straßen ohne Bäume erfassen und „freie“ Standorte konsequent für Baumpflanzungen nutzen. Bei allen künftigen Straßen- und Gehwegsanierungen werden wir die Prüfung neuer Baumstandorte zum Bestandteil der Planungen machen, auch wenn dadurch Leitungen verlegt werden müssen. Dabei folgen wir bei alle Baumpflanzungen dem Schwammstadtprinzip.

Begründung

Alle Ortsbeiräte, die schon einmal eine Straßenbaum vergeblich beantragt haben, kennen das Problem. Unter dem Untergrund liegen Leitungen - schier kreuz und quer. Der genaue Verlauf ist oft nicht dokumentiert und es sind große Abstände zu diesen einzuhalten, wenn Bäume gepflanzt werden. Es gibt bereits ein städtisches Projekt zur Kartierung der Leitungen, das ausgeweitet werden sollte. Daraus ergeben sich dann freie Flecken, an denen Bäume gepflanzt werden können.

Zusätzlich müssen eben auch Leitungen verlegt werden, um Bäume zu ermöglichen. Da das ein gewaltige Aufwand ist, macht man das nicht einfach mal so. Aber Straßensanierungen können hierfür gut genutzt werden, da der Straßenbelag ohnehin angegangen wird. Nur sind Leitungsprüfungen und Baumpflanzungen hier nicht obligatorisch. Die Planungen für die Sanierung sind dann irgendwann fertig und werden beauftragt. Dann ist eine Prüfung für Baumpflanzungen quasi nicht mehr möglich, da die Planungen dafür wieder aufgeschnürt werden müssten. Daher muss die Prüfung der Leitungen und möglicher Baumpflanzung eben obligatorischer Bestandteil der Planung sein.

Ä3 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 117 bis 118 einfügen:

- mit der Ausweisung ökologischer Dunkelzonen tragen dazu bei, störende Lichtquellen sukzessive abzuschalten. Hier nehmen wir auch Leuchtreklame und beleuchtete Werbetafeln in den Blick.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä4 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 375 bis 376 einfügen:

- Frankfurt gibt es bereits Unternehmen, die Baustoffrecycling aktiv betreiben. Auch die Stadt soll in ihren Bauvorhaben als Vorbild voran gehen und verstärkt Recycling-Baustoffe nutzen.

Begründung

Der Punkt ist in Kapitel 6 schon enthalten. Es fehlt aber der Punkt, dass die Stadt nicht nur vorschreibt, oder Anreize setzt, sondern eben auch als gutes Beispiel fungiert und die eigenen Ansprüche selbst umsetzt.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä5 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 184 bis 186:

- ~~einen „runden Tisch“ einberufen, an dem sich Umweltgruppen, Stadtforst, Umweltamt und andere Stakeholder austauschen und Konzepte für eine zukunftsähige Bewirtschaftung des Waldes entwickeln.~~
- die Konzepte für eine zukunftsähige Bewirtschaftung des Waldes weiterentwickeln und dafür nicht nur Umweltamt und Stadtforst, sondern auch Umweltgruppen und andere Stakeholder an einen Tisch bringen.

Begründung

Vorher schien dieser Absatz den davor abzuschwächen.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä6 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 214 bis 216:

- die Ausweisung neuer Klein-Naturschutzgebiete[Leerzeichen]für die Genehmigung durch die Untere Naturschutzbehörde vorbereiten, um sogenannte Trittsteinbiotope zu gewinnen, die Tieren und Pflanzen die teils weiten Wege zwischen den größeren Naturschutzgebieten zu gewinnen erleichtern.

Begründung

zur Klärung, was ein "Trittsteinbiotop" ist

Ä7 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 264 bis 268 löschen:

- wollen wir eine Basisberatung mit Informationsveranstaltungen, Flyern und Online-Services zur Schadensprävention anbieten. ~~Am Frankfurter Berg sollen Anwohner*innen über öffentliche und private Maßnahmen der Starkregenversorgung informiert werden. Das Modell werden wir auch in anderen Stadtteilen nutzen.~~

Begründung

Das erscheint redundant. Der Frankfurter Berg ist laut Starkregengefährdungskarte nicht signifikant stärker betroffen, als andere Stadtteile. Die beiden Sätze bringen somit keine neuen Informationen/Vorhaben.

Ä8 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 295 bis 296 einfügen:

- vorgeschriebenen Mindestabstands zu Gewässerrändern kontrollieren. So stellen wir sicher, dass keine Schadstoffe aus der Landwirtschaft in die Gewässer gelangen.

Begründung

Klärung, worum es geht, und damit niemand auf die Idee kommt, es ginge um Spaziergänger*innen oder Radfahrer*innen an Main und Nidda.

Ä9 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen Manuel Stock (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 1 bis 3:

Grün in der Stadt ist nicht nur wichtig für das Klima, sondern auch für ~~das Lebensgefühl~~ die Lebensqualität der Menschen in Frankfurt. Wir wollen, dass sie sich wohl fühlen und ihre Umgebung als angenehm empfinden. Bäume und Blumen, Sträucher und Wiesen

Begründung

Es geht nicht nur um ein subjektives Empfinden.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Denise Felix (KV Frankfurt), Wendel Burkhardt (KV Frankfurt), Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

Ä10 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen Miriam Dahlke (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 205 bis 209:

- einwerben. Wir werden Veranstaltungen zum Arten- und Biotopschutzkonzept anbieten und Menschen stärker an der Umsetzung beteiligen. ~~In wirtschaftsstarken Branchen wie der Finanzbranche wollen, in dem wir Akteur*innen die Möglichkeit Möglichkeiten~~ anbieten, sich persönlich finanziell an Artenschutzprojekten zu beteiligen.

Begründung

Die Finanzbranche ist nicht die einzige "wirtschaftsstarke" Branche und sollte an dieser Stelle nicht herausgehoben werden.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Cornelia Walther (KV Frankfurt), Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

Ä11 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen Philipp Magiera (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 252 bis 254 einfügen:

- neben Straßen, auf Spielplätzen und Sportanlagen wollen wir – je nach Möglichkeit – Wasser in Mulden auffangen. Bei großen Flächenversiegelungen durch Parkplätze oder Gewerbegebiete sind ebenfalls ausreichend große Versickerungsmulden anzulegen. Dies mildert die Folgen von Starkregenereignissen ab und bringt an heißen Tagen auch Kühlung.

Von Zeile 267 bis 268 einfügen:

- Starkregenvorsorge informiert werden. Das Modell werden wir auch in anderen hochwassergefährdeten Stadtteilen wie Niederursel und Heddernheim nutzen.

Begründung

Versickerung ist nicht nur ein Thema für Grünanlagen, Straßen, Spielplätze und Sportanlagen, sondern insb. für großflächige Versiegelung durch Parkplätze, Gewerbeimmobilien, Rechenzentren etc. Dort muss entsprechende Retention- und Versickerungsinfrastruktur geplant und gebaut werden.

Der Zusatz bzgl. Starkregen dient nur der Konkretisierung.

Unterstützer*innen

Christine Holch (KV Frankfurt)

Ä12 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen AG Tierschutz (dort beschlossen am:
22.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 378 bis 379 löschen:

Auch Tiere —~~ob Haustiere, Nutztiere oder Stadtwild~~— lieben es grün. Sie sollen in Frankfurt ein möglichst gutes Leben haben. Eine tierfreundliche Stadt ist

Begründung

Der Begriff "Nutztiere" ist abzulehnen. Wenn man von Tierschutz spricht, kann man nicht gleichzeitig das Wort Nutztiere verwenden. Das ist unglaublich.
Am einfachsten die Aufzählung löschen.

Ä13 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen AG Tierschutz (dort beschlossen am:
22.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 404 bis 406:

- ~~die Tierheime stärken und finanziell absichern. Das Frankfurter Tierheim und ähnliche Tierschutzvereine und Auffangstationen brauchen ausreichende Unterstützung. Sie übernehmen eine wichtige öffentliche Aufgabe.~~
- die Tierheime stärken und finanziell absichern. Die Tierheime und tierheimähnlichen Einrichtungen (z.B. Auffangstationen), die Leistungen für die Stadt Frankfurt erbringen, sollen ausreichend vergütet werden. Dabei sollen die Empfehlungen des Deutschen Tierschutzbundes angewendet werden.

Begründung

Konkretisierung. Es gibt nicht nur EIN Tierheim, sondern mehrere.

Man kann nicht schreiben, dass diese "eine wichtige öffentliche Aufgabe übernehmen", und gleichzeitig feststellen, dass die Vergütung nicht passt. Da fragt sich ja jede lesende Person, warum die Vergütung trotz unseres Mitregierens nicht ausreichend ist. In der Branche schüttelt da jede/r mit dem Kopf, wenn Sie/er das lesen.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä14 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen AG Tierschutz (dort beschlossen am:
22.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 415 bis 418:

- ~~das professionelle Stadttaubenmanagement weiter ausbauen. Wir wollen mehr betreute Taubenschläge und -türme in Frankfurt einrichten. Dort erhalten die Tiere artgerechtes Futter. Ihre Eier werden gegen Attrappen ausgetauscht.~~
- das Stadttaubenmanagement auf das Augsburger Modell ausrichten. Wir wollen mehr betreute Taubenschläge, die durch ehrenamtliche Helfer betreut werden. Hierbei ist das Augsburger Modell die einzige Methode, die sich langfristig bewährt hat. Durch den systematischen Eiertausch wird für eine stabile, gesunde Population gesorgt. Aushungern und andere tierschutzwidrige Methoden sind für uns Tabu. Unser Ziel für die Legislaturperiode wird sein, wenigstens 10 Taubenschläge in städtischen Gebäuden einzurichten.

Begründung

Wir brauchen ein klares Commitment zu der einzig funktionierenden tierschutz- und gesetzeskonformen Methode zum Umgang mit Stadttauben. Das Augsburger Modell funktioniert, wenn man es richtig anwendet. Einzelne konzeptlose Projekte dagegen bieten keinen wesentlichen Impact. Das Augsburger Modell ist zudem eine urgrüne Forderung der BAG Tierschutzpolitik und die einzige Methode, die von Fachleuten als nachhaltig und wirksam (in Verbindung mit kleineren flankierenden Maßnahmen) angesehen wird.

Das Thema bewegt viele Menschen in Frankfurt und sollte daher auch im Verhältnis zu anderen Themen entsprechend ausgeführt werden.

Inhaltlich: "Taubentürme" haben nicht die Kapazität, die wir brauchen und sind daher keine zu priorisierende Lösung. Daher sollte dieses Wort in Anbetracht des recht kurzen Abschnitts gestrichen werden, da die Thematik nicht ausreichend erläutert werden kann.

Ä15 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen AG Tierschutz (dort beschlossen am:
22.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 407 bis 414:

- ~~der Umsetzung der Katzenschutzverordnung mehr Gewicht geben. Frankfurt hat eine solche Verordnung für das gesamte Stadtgebiet erlassen. Sie schreibt vor, dass freilaufende Katzen kastriert, gekennzeichnet und registriert sein müssen. Wir begrüßen diesen wichtigen Schritt und werden auf eine effektive Umsetzung drängen. Die Zahl von geschätzt 18.000 streunenden Katzen zeigt, wie groß das Problem ist. Unkontrollierte Vermehrung führt zu großem Leid: Viele Streuner sind krank, unterernährt und brauchen Hilfe.~~
- die Umsetzung der Katzenschutzverordnung konsequenter vorantreiben und besser finanzieren. Durch die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht können die wild lebenden Katzenpopulationen kleiner und gesünder gehalten werden. Wir werden uns für eine bessere finanzielle Unterstützung für ehrenamtliche Vereine im Katzenschutz einsetzen.

Begründung

Konkretisierung.

Ä16 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen AG Tierschutz (dort beschlossen am:
22.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 419 bis 425:

- ~~Beschränkungen der Einsatzzeiten von Mährobotern zum Schutz von Igeln und anderen Wildtieren aussprechen.~~ Mähroboter stellen, besonders für nachtaktive Tiere wie Igel, eine große Gefahr dar, da die Tiere nicht fliehen und so leicht verletzt oder getötet werden. Die Stadt Hildesheim untersagt den Einsatz aus Gründen des Tierschutzes und zum Schutz vor Lärm sowohl nachts als auch zur Zeit der Mittagsruhe und an Sonn- und Feiertagen. Diesem Beispiel wollen wir folgen.
- uns für tierfreundliche Einsatzzeiten von Mährobotern einsetzen. Damit bleiben nachtaktive Tiere wie Igel ungestört und haben sichere Rückzugszeiten. Städte wie Köln zeigen bereits, dass solche Regelungen wirksam und gut umsetzbar sind.

Begründung

Der Absatz wurde sprachlich positiver gefasst und gekürzt, um den Fokus stärker auf den Schutz und das Wohl der Tiere zu legen. Statt von Beschränkungen sprechen wir nun von tierfreundlichen Einsatzzeiten, die einen konstruktiven Ansatz betonen. Mit Köln wird zudem ein größeres Praxisbeispiel genannt, das zeigt, dass solche Regelungen bereits erfolgreich umgesetzt werden.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä17 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen AG Tierschutz (dort beschlossen am:
22.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 426 bis 429:

- ~~Zirkussen mit Wildtieren keine städtischen Flächen zur Verfügung stellen.~~
~~Sie können Tieren kein artgerechtes Leben bieten. Ständiger Transport, beengte Käfige und mangelnde Beschäftigung führen zu massivem Stress und Leiden. Mit dem Nutzungsverbot zeigt Frankfurt Verantwortung.~~
- Zirkusseñ ZirkusTier eingeklemmt städtischen Flächen zur Verfügung stellen Tierleid begeistern können. Der Verzicht auf Tiere bedeutet kein Ende der Zirkustradition, sondern das Ende großen Tierleids.

Begründung

Die neue Formulierung rückt den positiven Wandel in den Mittelpunkt: Sie betont, dass der Verzicht auf Tiere im Zirkus kein Verlust, sondern ein Fortschritt hin zu einer modernen, tierfreundlichen Form der Unterhaltung ist.

Ä18 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen AG Tierschutz (dort beschlossen am:
22.10.2025)

Antragstext

Nach Zeile 429 einfügen:

- den Zoo Frankfurt langfristig zu einem Bildungs-, Begegnungs- und Naturschutzort weiterentwickeln, der auf Tierhaltung zunehmend verzichtet.
In Zukunft soll der Zoo Wissen über Biodiversität, Ökologie und globale Schutzkonzepte vermitteln – ohne Tiere als Schauobjekte.

Begründung

Die Ergänzung formuliert eine langfristige, realistische Perspektive für den Wandel des Zoos. Sie rückt Bildung, Begegnung und Naturschutz in den Mittelpunkt und beschreibt den schrittweisen Verzicht auf Tierhaltung als natürlichen Entwicklungsprozess. Damit wird der Fokus von der Tierhaltung hin zu einem modernen Verständnis von Arten- und Umweltschutz verlagert – ohne den Zoo als wichtigen Lern- und Erlebnisort für die Stadtgesellschaft infrage zu stellen.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä19 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen AG Tierschutz (dort beschlossen am:
22.10.2025)

Antragstext

Nach Zeile 213 einfügen:

- den Uferschutz auf dem Main verbessern. Am Mainufer leben und brüten viele Tiere, die häufig unnötig von Sportbooten und deren Wellen gestört werden. Zum Schutz werden wir Maßnahmen ergreifen und bei Bedarf das Wellenschlagverbot ausweiten.

Begründung

Das Betreten des Ufers als auch das rücksichtslose Herumposen mit Speedbooten und Jetskis stören Brut- und Laichgebiete unnötig.

Eine Ausweitung des Wellenschlagverbots ist immer wieder in Diskussion, um nicht nur der Umwelt, sondern auch den Rudersport und Segelsport zu schützen. Durch Corona hatten sich einige Menschen Motorboote gekauft, womit es auf dem Main immer voller wird. Hierunter leiden nicht nur die Wassersportler, sondern auch die Umwelt. Ökosysteme an den Ufern leiden darunter. Explizit sind es die Sportboote, die teilweise viel heftigere Wellen, als die Frachtschiffe erzeugen. Während die Frachtschiffe auch verlässliche ihre Route einhalten, sind es vor allem Sportboote, die sehr nah an Uferbereiche oder in bestimmte Regionen hineinfahren, in die die Frachtschiffe gar nicht hinkommen.

Ä20 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen AG Tierschutz (dort beschlossen am:
22.10.2025)

Antragstext

Nach Zeile 216 einfügen:

- Gefahren und Schäden durch Jagd und Fischfang minimieren. Wir werden die Jagd an Orten untersagen, an denen Mindestabstände zum Schutz von Menschen nicht eingehalten werden können. Auch werden wir dort intervenieren, wo natürliche Kreisläufe der Natur durch Jagd und Fischfang gestört werden.

Begründung

In der Jagdsaison wird immer wieder an Orten gejagt, die überhaupt nicht geeignet sind, weil Wege und Straßen in der Nähe sind. Die Stadt muss diese Orte "befrieden" und das Jagen explizit untersagen (z.B. Höchster Stadtpark).

Wenn wir in der Nidda wieder durchgängig Fische haben wollen, dann müssen wir auch auf das Gleichgewicht im Fluß (Main, Nidda) achten. Der sogenannte "Fischbesatz" mit Fischen und das intensive Angeln wurde bereits von Ämtern als Gefahr kritisiert. Mit dieser Formulierung hätten wir auch einen "politischen Ansatz", den Naturschutz im Sinne funktionierender Kreisläufe besser umzusetzen.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä21 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen Manuel Denkwitz (AG Tierschutz)

Antragstext

Von Zeile 379 bis 381 löschen:

in Frankfurt ein möglichst gutes Leben haben. Eine tierfreundliche Stadt ist eine lebenswerte Stadt. ~~Dies ist nicht nur aus ethischen Gründen geboten, sondern stärkt auch das Verantwortungsbewusstsein und das soziale Miteinander.~~

Begründung

Das Thema Tierschutz ist schon ein sehr ernstes Thema. Und wenn wir da bspw. bei der Tierheimfinanzierung derzeit nur 50% Zielerreichung haben, dann sollten wir da nicht von Ethik sprechen. Sowas provoziert die Branche. Wenn es doch ethisch geboten ist, Tierheime ausreichend zu vergüten, warum ist es dann in Frankfurt nicht so?!? - Solche Worthülsen mit "Ethik" sollten wir uns daher sparen und möglichst sachlich bleiben.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä22 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen Martina Feldmayer (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 175 bis 186:

- den Stadtwald ~~noch stärker nach ökologischen Kriterien bewirtschaften und die aktuelle Waldstrategie dahingehend weiterentwickeln.~~ Mulden und Gräben tragen dazu bei, dass das Regenwasser versickert. Im Wald der Stadt Frankfurt am Taunushang sind wir mit solchen Maßnahmen schon sehr erfolgreich. Im Gegensatz zum Land Hessen wenden wir hier das weltweit anerkannte FSC-Siegel an. Grundsätzlich sollen die vielfältigen klimatischen, ökologischen und sozialen Funktionen des Waldes im Vordergrund stehen, also Erholung, Arten- und Biotopschutz, sowie der Erhalt einer gesunden, klimaresilienten Mischwaldstruktur, gegen Eingriffe verteidigen und noch stärker nach ökologischen Kriterien bewirtschaften und die aktuelle Waldstrategie dahingehend weiterentwickeln. Grundsätzlich sollen die vielfältigen klimatischen, ökologischen und sozialen Funktionen des Waldes im Vordergrund stehen, also Erholung, Arten- und Biotopschutz, sowie der Erhalt einer gesunden, klimaresilienten Mischwaldstruktur. Der Frankfurter Stadtwald bleibt weiterhin FSC zertifiziert. Zudem sollen Naturwaldentwicklungsflächen ausgewiesen werden und die Stadt Frankfurt soll ein Waldwildnisgebiet in den Waldwildnisfond der Bundesregierung einbringen. Mulden und Gräben tragen dazu bei, dass das Regenwasser versickert. Im Wald der Stadt Frankfurt am Taunushang sind wir mit solchen Maßnahmen schon sehr erfolgreich.
- einen „runden Tisch“ einberufen, an dem sich Umweltgruppen, Stadtforst, Umweltamt und andere Stakeholder austauschen und Konzepte für eine zukunftsfähige Bewirtschaftung des Waldes entwickeln.

Begründung

Walderhalt in Zeiten der Klimakrise ist oberste Priorität. Das sollten wir deutlich machen. Dass der Stadtwald aktuell FSC zertifiziert ist, ist gut. Er soll es aber auch zukünftig sein. Wir sollten, wie andere Kommunen auch, einen Teil des Waldes in

den Waldwildnisfonds der Bundesregierung als Naturwald einbringen. Zumal das durch die Bundesregierung finanziell gefördert wird. Runde Tische, Kampagnen, Konzepte etc. Gab es genug , jetzt handeln wir. Das sollten wir in unserem Wahlprogramm deutlich machen.

Unterstützer*innen

Michael Falk (KV Frankfurt), Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

Ä23 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen, Wohnen (dort
beschlossen am: 23.10.2025)

Antragstext

Nach Zeile 81 einfügen:

- Baumstreifen in Wohngebieten sollen durchgängig als Grünstreifen mit dichtem Unterbewuchs gestaltet werden, um deutlich klimawirksam zu wirken und das Regenwasser der Straße nach dem Schwammstadtprinzip optimal nutzen zu können. Dies kann auch zulasten von Straßenrandparken realisiert werden. Diese Straßen werden nach Vorbild unserer Partnerstadt Lyon als Spiel- oder Schulstrassen ausgewiesen.

Begründung

Hiermit zeigen wir, dass wir Best Practices aus unserer Partnerstadt Lyon übernehmen und lassen Ergebnisse aus dem Austausch direkt in unserer Wahlprogramm einfließen.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä24 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen Holger Scheel

Antragstext

Von Zeile 175 bis 177:

- ~~den~~Der Stadtwald ~~noch stärker~~wird naturgemäß bewirtschaftet nach ~~ökologischen Kriterien bewirtschaften und die aktuelle Waldstrategie dahingehend weiterentwickeln~~den Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft naturgemäße Waldwirtschaft (ANW) mit dem Ziel der Etablierung eines Dauerwaldes ohne Kahlschläge. Mulden und Gräben tragen dazu bei, dass das Regenwasser versickert. Im Wald der Stadt

Von Zeile 181 bis 183:

- klimatischen, ökologischen und sozialen Funktionen des Waldes im Vordergrund stehen, also Erholung, Arten- und Biotopschutz, ~~sowie~~Klima- und Trinkwasserschutz. Durch einen klimagerechten Waldumbau wird der ~~Erhalt einer gesunden, klimaresilienten Mischwaldstruktur~~Stadtwald zum Klimaschutzwald. Dabei werden europäische Baumarten getestet, auf Bäume aus anderen Kontinenten wird verzichtet.

Begründung

Die sehr allgemein gehaltene Formulierung wird durch eine konkrete Vorgabe für die Waldbewirtschaftung ersetzt.

Die Beschränkung auf europäische Baumarten beim Waldumbau, verhindert das Einbringen von fremdländischen Baumarten und sichert damit die ökologische Funktion des Waldes.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Dirk Trull (KV Frankfurt), Michael Falk (KV Frankfurt)

Ä25 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen AG Tierschutz (dort beschlossen am:
22.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 117 bis 118 einfügen:

- mit der Ausweisung ökologischer Dunkelzonen tragen dazu bei, störende Lichtquellen sukzessive abzuschalten.Weniger Licht bedeutet mehr Artenvielfalt – und zugleich mehr Energieeffizienz. Wir wollen den Schutz der Nacht in Frankfurt strategisch verankern – als Beitrag zum Klima-, Natur- und Tierschutz gleichermaßen.

Begründung

Neue gesetzliche Vorgaben wie § 41a Bundesnaturschutzgesetz und die EU-Biodiversitätsstrategie verpflichten zur Reduzierung von Lichtverschmutzung.

Ä26 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen AG Tierschutz (dort beschlossen am:
22.10.2025)

Antragstext

Nach Zeile 406 einfügen:

- Hundesteuer tierschutzgerecht gestalten - Adoption belohnen. Wir wollen die Hundesteuer als Instrument für den Tierschutz nutzen. Konkret streben wir an, dass für aus dem Tierheim adoptierte Hunde die Steuer erlassen oder deutlich reduziert wird. Eine solche Regelung würde einen Anreiz bieten, Tiere aus dem Tierheim zu adoptieren, statt Hunde vom Händler zu kaufen. Zudem wollen wir, dass bei der Erhebung der Hundesteuer die Rasseliste nicht mehr berücksichtigt wird und alle Hunde gleich besteuert werden.

Begründung

In vier Bundesländer wurde die sogenannte Rasseliste bereits wieder abgeschafft, da individuelle Gefährlichkeitsprüfungen zielführender sind. Ungerechtigkeit für verantwortungsbewusste Hundehalter wird damit abgestellt. Offenbach und Wiesbaden verzichten auf die Anwendung der sogenannten Rasseliste.

Ä27 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen AG Tierschutz (dort beschlossen am:
22.10.2025)

Antragstext

Nach Zeile 429 einfügen:

- Tierversuche abschaffen und durch moderne tierfreie Methoden ersetzen. An den Frankfurter Hochschulen und Forschungsinstituten sollen verstärkt die 3R-Prinzipien (Replace, Reduce, Refine) verfolgt werden. Wir begrüßen die hessische Initiative, Stiftungsprofessuren für Alternativmethoden zu fördern, und möchten, dass Frankfurt sich als Standort für tierversuchsfreie Innovationen etabliert. Konkret schlagen wir vor, einen städtischen Förderpreis für tierversuchsfreie Forschung auszuloben, um lokale Wissenschaftlerinnen zu Auswegen aus dem Tierversuch zu motivieren.

Begründung

Frankfurt soll auch in der Wissenschaft zum Vorreiter im Tierschutz werden. Tierversuche sind mit erheblichen Schmerzen und Leiden für die Tiere verbunden, während die Übertragbarkeit mancher Ergebnisse auf den Menschen fraglich ist. In Hessen wurden allein 2017 über 162.000 Wirbeltiere für Versuchszwecke getötet.

Ä28 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller*innen STG 6 / AG Grünes Leben am Stadtrand
(dort beschlossen am: 22.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 162 bis 163 einfügen:

- Bonames zum Grüngürtel anschließen, der sich im Westen zukünftig bis Zeilsheim erstrecken soll.Zwischen Nieder-Eschbach, Nieder Erlenbach und Harheim, sowie im Sossenheimer und Schwanheimer Unterfeld Feldgehölzinseln, Biotope und Brachflächen forcieren, sowie vorhandene Streuobststrukturen erhalten und ergänzen.

Nach Zeile 286 einfügen:

- die vorliegenden, genehmigten Planungen zur Renaturierung des Sindlinger Mainufers, auch in Fortsetzung der Maßnahmen Flörsheims, voranbringen.

Begründung

Ergänzungen auf Wunsch der STG 6 und im Vorfeld durch die AG Grünes Leben am Stadtrand beschlossener Inhalte.

Ä1 zu Klimaanpassung: Stadt gestalten, Klima schützen

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen, Wohnen (dort
beschlossen am: 23.10.2025)

Antragstext

Nach Zeile 20 einfügen:

- **Wir werden die städtische Hitzeplanung weiterentwickeln und für ausreichend Rückzugmöglichkeiten in gekühlten Gebäuden sorgen.**

Begründung

Bisher läuft der Prozess zur Ausweisung von kühlen Orten, nicht nur im öffentlichen Raum, sondern vor allem in Gebäuden schleppend. Die ämterinterne Koordination, v.a. mit dem Amt für Bau und Immobilien läuft nicht wie gewünscht. Das muss beschleunigt werden. Daher soll dieser Punkt i.R. der städtischen Hitzeresilienz unterstrichen werden. Dies ist nicht nur eine klimapolitische und gesundheitsschützende Notwendigkeit, sondern auch eine Vorgabe seitens der europäischen Ebene.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä1 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen Jürgen Eiselt (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 274 bis 275 einfügen:

- Wärmeplanung geben wir ihnen Planungssicherheit und fördern quartiersbezogene Ansätze.Wir werden einen Forschungsauftrag in der Wärmewende an die Frankfurt School of Finance, Goethe-Universität oder der University of Applied Sciences vergeben mit dem Ziel: "Optimalste kommunale Handlungsoptionen" zu erreichen.

Begründung

Hier sollen die gesetzlichen, rechtlichen, organisatorischen und logistischen Rahmenbedingungen der Wärmewende analysiert werden. Finanzierungen, Informationsweitergabe, Strukturwende in der Energieberatung und Weiterbildungsmaßnahmen sind daran auszurichten, um so viele Gas- und Ölheizungen wie möglich aus allen kommunalen, öffentlichen, gewerblichen und besonders privaten Gebäuden durch erneuerbare Energieanlagen zu ersetzen. Frankfurt hat eine hohe Kompetenz in der Energiewende-Forschung, beispielsweise durch Frau Prof. Klärle. Die Forschungsergebnisse können zu einer Blaupause für deutsche Kommunen werden

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä2 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen Jürgen Eiselt (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 79 bis 80 einfügen:

- Toiletten mit Wasseranschluß und Komposttoiletten sowie sauberes Trinkwasser in der Stadt flächendeckend zugänglich machen.

Begründung

Anfragen aus Ortsbeiräten nach Toiletten beispielsweise in großen Spielparks wurde von der Stadtverwaltung u.a. mit der Begründung abgelehnt, dass kein Wasseranschluss vorhanden ist. Ein weiterer Nachfolgeantrag, ob Komposttoiletten möglich sind, wurde nicht inhaltlich beantwortet und abgelehnt, obwohl Komposttoiletten für viele öffentliche Orte endlich eine menschenwürdige Versorgung bringt. Das muss sich ändern.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Dagmar Sadkowiak (KV Frankfurt)

Ä3 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 272 bis 274 einfügen:

- Modernisierungsbonus brauchen wir ein aktives Beratungsnetzwerk für private Eigentümer*innen. Mit einem Sonderförderprogramm für Härtefälle unterstützen wir energetische Sanierungen für Privatpersonen, die die hohen Investitionen für Photovoltaik, bauliche Sanierungen oder den Einbau einer Wärmepumpe nicht finanzieren können. Durch die Verknüpfung mit der kommunalen Wärmeplanung geben wir ihnen Planungssicherheit und fördern

Begründung

Der Antrag ergibt sich aus er modifzierten Übernahme des Antrags Ä1 zu *Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft* von Jürgen Eiselt.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä4 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen Christine Holch (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 161 bis 162 einfügen:

- –verträglich für alle Seiten und unter Berücksichtigung eines sehr hohen Anteils an bezahlbarem Wohnraum und Grünflächen. Der neue Stadtteil soll ein Vorzeigeprojekt werden, das höchsten Ansprüchen genügt - ökologisch, sozial, ästhetisch, klimatisch, stadtplanerisch.

Begründung

Neubaugebiete in Frankfurt geraten meist mittelmäßig und uninspiriert. Ein Neubaugebiet voller Ideen kann Identität und Zugehörigkeitsgefühl stiften.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Philipp Magiera (KV Frankfurt), Gesa Maria Aden (KV Frankfurt)

Ä5 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen Christine Holch (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 162 einfügen:

- Der neue Stadtteil soll so gestaltet sein, dass er auch für die Menschen in den umliegenden Quartieren attraktiv ist.

Begründung

Die Ablehnung des Neubauvorhabens ist derzeit verbreitet. Neue Möglichkeiten - etwa vielfältige kostenlose Räume für Gruppen, attraktive neue Freizeitwege und Spielplätze, neue Wohnformen für alte Menschen usw. - könnten Akzeptanz fördern.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Philipp Magiera (KV Frankfurt), Gesa Maria Aden (KV Frankfurt)

Ä6 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen Burkhard Schwetje (KV Frankfurt)

Titel

Ändern in:

Wohnraum, Grünraum, Freiraum... Redaktionelle Änderung Trinkbrunnen statt Trinkwasser

Antragstext

Von Zeile 79 bis 80:

- Toiletten und ~~sauberes Trinkwasser~~Trinkbrunnen in der Stadt flächendeckend ~~zugänglich machen~~bereitstellen.

Begründung

"sauberes Trinkwasser in der Stadt flächendeckend zugänglich machen." klingt für mich so als ob wir keine flächendeckende Versorgung mit Trinkwasser in der Stadt hätten. Was nicht der Fall ist, alle Bürger*innen sind zuhause mit Trinkwasser versorgt.

Ich halte die Formulierung "Trinkbrunnen bereitstellen" deshalb für klarer.

Unterstützer*innen

Mirjam Luise Glanz (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä7 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen Manuel Denkwitz (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 164 bis 167 löschen:

- zeigt sich, wie urbane Produktion, Handwerk und Wohnen in Innenstadtnähe in Zukunft aussehen können. ~~Den Gutleuthafen verstehen wir als Leuchtturm, von dem starke Entwicklungsimpulse für die ganze Stadt ausgehen.~~ Mittels ämterübergreifender Zusammenarbeit und unter Beteiligung der

Begründung

Wir sollten da nicht von einem "Leuchtturm" sprechen. Für die Anwohnenden ist dies jetzt erstmal sehr viel Unsicherheit und Baulärm. Nachdem auch teilweise die Kommunikation seitens des Planungsdezernats nicht perfekt war, beäugt man das Weitere auch kritischer und vorsichtiger. Wir haben das Projekt zudem nicht unter Kontrolle, da es nicht in unseren Dezernaten läuft. Wir haben als Stadtteilgruppe vor Ort einen Nachteil, wenn wir die Erwartungen sehr hoch schrauben und es aber vor Ort einige Problemchen gibt.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä8 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen Martina Feldmayer (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 230 einfügen:

- Weiter konsequent für das Einhalten sämtlicher Passivhausbeschlüsse eintreten und dafür sorgen, dass Frankfurt Passivhaushauptstadt bleibt.

Begründung

Die Passivhausbeschlüsse und deren Umsetzung müssen weiterhin verteidigt und umgesetzt werden, wenn wir als Stadt klimaneutral werden wollen.

Unterstützer*innen

Mirjam Luise Glanz (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt), Miriam Dahlke (KV Frankfurt), Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

Ä9 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen Martina Feldmayer (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 231 bis 232 einfügen:

- den kommunalen Gebäudebestand **bis spätestens 2030 klimaneutral machen und dazu konsequent ökologisch nachhaltig sanieren** – mit **konsequent** nachhaltigen Baumaterialien, Kreislaufwirtschaft und

Begründung

Hinter die Beschlusslage sollten wir nicht zurück geben.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Miriam Dahlke (KV Frankfurt), Michael Falk (KV Frankfurt)

Ä11 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen, Wohnen (dort
beschlossen am: 23.10.2025)

Antragstext

Nach Zeile 42 einfügen:

- Der Schwerpunkt soll dabei auf Nachverdichtung und Bestandsentwicklung liegen. Die Leitprojekte des ISTEK 2030+ sollen weiterhin umgesetzt werden.

Begründung

Definition unseres Schwerpunktes bei der Weiterentwicklung des ISTEK. Offene Leitprojekte sollen abgearbeitet werden.

Ä12 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen, Wohnen (dort
beschlossen am: 23.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 69 bis 70:

- für alle Neubauvorhaben verbindliche Klimaneutralitätsziele in städtebaulichen **VerträgenProjekten** festlegen.

Begründung

So wie es da steht, ist nicht erlaubt. Städtebauliche Verträge können nur vor Beschluss eines neuen Bebauungsplans abgeschlossen werden, ansonsten herrscht Baufreiheit im Rahmen der Gesetze. Inhaltliche Festlegungen in zivilrechtlichen Verträgen sind ansonsten nur möglich, wenn man selbst das Grundstück verkauft.

Ä13 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen, Wohnen (dort
beschlossen am: 23.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 79 bis 80:

- öffentliche, barrierefreie Toiletten und sauberes TrinkwasserTrinkwasserbrunnen in der Stadt flächendeckend zugänglich machen.

Begründung

Änderung macht deutlicher, was daran wichtig ist. Trinkwasserbrunnen zur Versorgung im öffentlichen Raum und den Ausbau an öffentlichen und barrierefreien Toiletten gerade im Umfeld von Grünanlagen, wo sich Personen aufhalten.

Ä14 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen, Wohnen (dort
beschlossen am: 23.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 121 bis 124 einfügen:

- Für eine kuratierte Nutzung der Erdgeschosszonen und leerstehenden Läden in neuen und bestehenden Wohngebieten soll eine Gesellschaft gegründet werden, die diese Läden langfristig anmietet und nach Konzeptverfahren vermietet. Dabei sollen örtliche soziale Träger, regionale Produkte und notwendige Dienstleistungen Vorrang haben. Für ökologische Lebensmittel aus der Region, sowie ein Mittagessen, soll es nach Vorbild unserer Partnerstadt Lyon Vergünstigungen für Menschen mit Frankfurt-Pass geben.
- uns für eine sozial gerechte und inklusive Stadtentwicklung einzusetzen. Eine gute soziale und funktionale Durchmischung stärkt den Zusammenhalt und fördert gleiche Chancen für alle.

Begründung

Für die Verwaltung der Erdgeschosszonen und das Leerstandsmanagement bietet sich die Gründung einer Gesellschaft an. Dies kann auch eine Untergesellschaft der ABG sein. Gemeinwohlorientierte Angebote und soziale Dienstleistungen sollten vergünstigte Konditionen angeboten bekommen, da sie die soziale Infrastruktur bereichern und alles, was für das Leben vor Ort benötigt wird, in fußläufiger Entfernung bereitstellen.

Ä15 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen, Wohnen (dort
beschlossen am: 23.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 143 bis 144 einfügen:

- konsumfreie Räume, auch für die Stadtteilzentren außerhalb der Innenstadt,
mit hoher Aufenthaltsqualität schaffen, die vor Ort mitgestaltet werden.

Begründung

Konsumfreie Räume dürfen nicht nur in der Innenstadt oder innenstadtnahen Stadtteilen entstehen. Wir haben die gesamte Stadt im Blick.

Ä16 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen, Wohnen (dort
beschlossen am: 23.10.2025)

Antragstext

Nach Zeile 177 einfügen:

- Auf bereits seit Jahrzehnten im regionalen Flächennutzungsplan enthaltenen Wohnbauflächen (z.B. an der U2 in Bonames-Ost, an der S6 in Berkersheim-Ost) sollen ökologische, autoarme und bezahlbare Quartiere entwickelt werden.
Kleinere Arrondierungen in unmittelbarer Nähe von S- und U-Bahn-Haltestellen (z.B. zwischen Ginnheim und der S-Bahn-Station Ginnheim, in Kalbach nördlich der U 2) sollen im Rahmen städtebaulicher Voruntersuchungen geprüft und im Neuen Regionalen Flächennutzungsplan dargestellt werden.

Begründung

Weitere Antwort darauf, wo gebaut werden kann. Zudem sind diese Baugebiete an den öffentlichen Nahverkehr angebunden. In diese Auflistung gehört auch das Gebiet westlich von Unterliederbach, welches allerdings im Seveso-Einzugsbereich liegt. Zur Schaffung von dringend benötigten Wohnraum müssen diese Nachverdichtungsprojekte vorangetrieben und die schon lange in der Planung befindlichen Quartiere abgeschlossen werden.

Ä17 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen, Wohnen (dort
beschlossen am: 23.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 178 bis 180:

- den Kulturcampus als innovatives Quartier mit dem „Offenen Haus der Kultur“, dem Frankfurt LAB, Freiflächen und Angeboten für gemeinschaftliches studentisches/gemeinschaftliches Wohnen realisieren.
Der Umbau des Juridicums soll demonstrieren, wie eine Umbaukultur gelingen kann, die

Begründung

Ergänzung, was zum Kulturcampus gehört. Entsprechend zu der Einigung, die zwischen Stadt und Land vorliegt.

Ä18 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen, Wohnen (dort
beschlossen am: 23.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 182 bis 185:

- ~~das VGF-Depot in Eckenheim nachhaltig und multifunktional umgestalten. Mit seiner wachsenden Bahnflotte braucht Frankfurt dringend weitere Kapazitäten. Statt jedoch neue Flächen zu versiegeln, setzen wir auf die Reaktivierung der Bestände.~~
- das VGF-Depot in Eckenheim nachhaltig und multifunktional umgestalten. Unser Vorbild ist die Kalkbreite in Zürich, wo über einem Tramdepot zahlreiche innovative Wohnprojekte, Gewerbeeinheiten und öffentliche Freiflächen entstanden sind.

Begründung

Der Umbau des VGF-Depots sollte zur Bereitstellung von Wohnraum, z.B. Werkswohnungen für die VGF-Mitarbeitenden, genutzt werden. Das Zürcher Beispiel ist nachahmenswert.

Ä19 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen, Wohnen (dort
beschlossen am: 23.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 205 bis 208 löschen:

- ~~auch auf gezielte Nachverdichtungspotenziale und die Transformation von Gewerbe-, Industrie- und Büroflächen setzen. Damit erzielen wir eine stärkere funktionale Durchmischung und integrieren urbane Produktion in die Quartiere.~~

Begründung

Gewerbeflächen werden als solche gebraucht. Die Hoffnung auf Wohnungsbau führt zu spekulativem Leerstand im Fall von Einzelfallgenehmigungen und unguten Gemengelagen.

Ä20 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen, Wohnen (dort
beschlossen am: 23.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 213 bis 216 einfügen:

- den Frankfurter Baulandbeschluss mit seinen verbindlichen Quoten konsequent bei allen neuen Bebauungsplänen anwenden, zu gegebener Zeit evaluieren und weiterentwickeln. Unser Ziel ist ein „Frankfurter Baukasten“ für bezahlbares Wohnen und gute Stadtentwicklung nach dem Vorbild München.Sofern sich die Situation der Wohnungsbaubranch entspannt, werden wir die Quote für den sozialen Wohnungsbau auf 50% (35 % für den 1. und 15% für den 2. Förderweg) erhöhen.

Begründung

Der Baulandbeschluss ist ein wichtiges Mittel, um für eine soziale Durchmischung in neuen Baugebieten zu sorgen. Die Anhebung der Quote auf 50% entspricht dem Bedarf. 49% aller Miethaushalte haben den Anspruch auf eine Sozialwohnung und weitere 18% auf eine geförderte Wohnung nach dem zweiten Förderweg. Die Erhöhung stand schon im Koa-Vertrag der Wahlperiode 2021-16. Wegen der steigenden Baukosten und Zinsen wurde diese aber aufgeschoben. Wir sollten daran festhalten.

Ä21 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Von Zeile 213 bis 216 einfügen:

- den Frankfurter Baulandbeschluss mit seinen verbindlichen Quoten[Leerzeichen]anwenden, evaluieren und weiterentwickeln. Unser Ziel ist ein „Frankfurter Baukasten“ für bezahlbares Wohnen und gute Stadtentwicklung nach dem Vorbild München.Bei der Fortschreibung des Baulandbeschlusses sollen folgende Quoten gelten: 60 % für den sozialen Wohnungsbau (40% für den ersten und 20% für den zweiten Förderweg), 15 % für gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte nach Konzeptverfahren, 5 % für Studierende, Azubis und weitere Personen mit dringendem Wohnungsbedarf (z.B. Geflüchtete, Frauen aus Frauenhäusern und Obdach-/Wohnungslose) und 15% für den frei finanzierten Mietwohnungsbau.

Begründung

Unsere Forderung im letzten Kommunalwahlprogramm. Im Koa-Vertrag wurden daraus 50%. Aufgrund der ansteigenden Baukosten und der Baukrise allerdings nicht umgesetzt. Mittlerweile gibt es nur noch ca. 28.000 Sozialwohnungen in Frankfurt und der Bedarf weiter ungebrochen hoch. Von den Frankfurter Miethaushalten haben 49% Anspruch auf eine sozial geförderte Wohnung nach dem ersten Förderweg und weitere 18% über den 2. Förderweg.

Unterstützer*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä22 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen STG 6 (dort beschlossen am: 22.10.2025)

Antragstext

Nach Zeile 30 einfügen:

- in den Ortskernen der Stadtteile verkehrsberuhigte, teilentsiegelte und damit begrünte, beschattete Aufenthaltsflächen schaffen, dies idealerweise verbunden mit für Fußgehende und Radfahrende angenehm zu nutzende, vom MIV weitgehend befreite Flanierachsen, die auf diese Ortszentren/Orte des Treffens zulaufen.

Pilotprojekte dafür sind:

- Die Marktstraße in Bergen-Enkheim
- Die Antoniterstraße in Höchst
- Das Dorfzentrum in Seckbach
- Die Sindlinger Bahnstraße (durch Nutzung der bestehenden Zufahrt Kläranlage als öffentliche Umgehungsstraße)

Von Zeile 161 bis 162 einfügen:

- –verträglich für alle Seiten und unter Berücksichtigung eines sehr hohen Anteils an bezahlbarem Wohnraum und Grünflächen. Dazu gehört, dass der Stadtteil autoarm wird, mit von Beginn an gutem Anschluss an den ÖPNV, z.B. im Zuge des Anschlusses der Regionaltangente West an das Nordwestzentrum.

Begründung

Ergänzungen auf Wunsch der STG 6 und im Vorfeld durch die AG Grünes Leben am Stadtrand beschlossener Inhalte.

Ä23 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen Roman Szyler (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 160 bis 161:

- die Planung für den „Stadtteil der Quartiere“[Leerzeichen]weiter
voranbringen**kritisch begleiten und klimagerecht gestalten** –verträglich für alle Seiten und unter Berücksichtigung eines sehr hohen

Begründung

Die Formulierung "voranbringen" könnte verwirren, denn warum sollten ausgerechnet wir die Versiegelung eines klimatisch wichtigen Kaltluftentstehungsgebietes aktiv vorantreiben wollen? Meines Kenntnisstandes nach wurde die SEM-4 zähneknirschend von uns aus Koalitionsgründen unterstützt, nicht auf Grund eigenen politischen Wollens.

Nichtsdestotrotz sind die mögliche Entspannung des Wohnungsmangels und die Voranschreitung der Maßnahme nicht zu leugnen oder ignorieren. Der Anspruch unserer Partei sollte daher darin liegen, die klimatischen und ökologischen Folgen zu minimieren.

Übernahme aus Ä37 Kapitel 7 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller*innen STG 6 (dort beschlossen am: 22.10.2025)

Antragstext

Nach Zeile 110 einfügen:

- bei der Erschließung neuer Wohnquartiere einen schienengebundenen ÖPNV-Anschluß von vornherein mitplanen, so dass dieser zum Bezug der Wohnungen betriebsbereit zur Verfügung steht.

Begründung

übernommen aus Ä37 in Kapitel 7

Modifizierte Übernahme aus Ä20 Kapitel 2 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen & Wohnen

Antragstext

Nach Zeile 131 einfügen:

- Neue ÖPNV-Haltestellen und Quartiere sollen so geplant werden, dass die Menschen sicher durch bewohnte und belebte Bereiche von den Haltestellen nachhause gehen oder sich gegenseitig besuchen können.

Ä1 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Falko Görres (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 71 bis 76:

- auf der anderen Seite der U5 die Verlängerung von Preungesheim bis zur Station Frankfurter Berg[Leerzeichen]anstreben und damit den Anschluss der U5 an die S6 erreichen.
- uns für eine Verlängerung der U7[Leerzeichen]aussprechen, um den neuen Stadtteil der Quartiere im Nordwesten anzubinden und von ~~vornherein~~vornherein als autoarmen Stadtteil zu planen.

Von Zeile 337 bis 338:

- die vom ~~Verkehrsdezernat~~Mobilitätsdezernat entwickelte Fußverkehrsstrategie für Frankfurt umsetzen. Ziel ist es, den Fußverkehr zu fördern und sicherzustellen, dass

Begründung

redaktionelle Änderungen.

Ä2 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Falko Görres (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 303 bis 305:

- den Ausbau von **SchnellradwegenRadschnellwegen** weiter vorantreiben. Die Planungen für den **SchnellradwegRadschnellweg** nach Darmstadt wurden kürzlich vorgestellt. Für die Routen nach Wiesbaden und Hanau hat die Planung begonnen.

Von Zeile 310 bis 311 einfügen:

- Aufenthaltsqualität ist deutlich gestiegen. Wir wollen diese bundesweit beachteten Erfolgsmodelle ausweiten.Auch entlang der Hauptstraßen wollen wir durchgängige und sichere Radwege errichten.

Begründung

Die Einrichtung von Radwegen sollte nicht nur auf Nebenstraßen begrenzt bleiben. Auch Hauptstraßen wie die Friedberger Landstraße benötigen durchgängige und sichere Radinfrastruktur!

Die andere Korrektur ist rein redaktionell: Es sind "Radschnellwege", keine "Schnellradwege".

Unterstützer*innen

Frank Frisius (KV Frankfurt), Norbert Szép (KV Frankfurt), Christine Holch (KV Frankfurt), Dagmar Sadkowiak (KV Frankfurt), David Vydra (STG 8), Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

Ä3 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Falko Görres (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 373 bis 374 einfügen:

- Menschen müssen nebeneinander auf dem Gehweg laufen können. Das gilt ganz besonders, wenn Menschen mit Behinderung eine Begleitperson benötigen. Dafür werden wir z.B. das Gehwegparken, wo nötig, abschaffen, und auch bei Sondernutzungserlaubnissen für die Gastronomie und den Handel darauf achten, dass genug Gehwegbreite frei bleibt.

Begründung

Wichtig ist, dass aus der Forderung ("müssen nebeneinander laufen können") konkrete Maßnahmen abgeleitet. Diese werden mit diesem Antrag dem Wahlprogramm hinzugefügt.

Unterstützer*innen

Frank Frisius (KV Frankfurt), Norbert Szép (KV Frankfurt), Christine Holch (KV Frankfurt), Julia Eberz (KV Frankfurt), David Vydra (STG 8), Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

Ä4 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Frank Frisius (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 326 einfügen:

- Die Fahrradanbindung zum Waldstadion wird neu konzipiert, sodass der Autoverkehr zum Stadion entlastet wird und auch Familien mit Kindern sicher mit dem Fahrrad zum Spiel fahren können.

Begründung

Die Fahrradwege zum Stadion sind nicht sicher. Aus diesem Grund kommen nur knapp 1000 Fans pro Spiel mit dem Rad. Freiburg erreicht bei einem halb so großen Stadion 5000 Fans. Familien mit Kindern muss man von der Anreise mit dem Fahrrad abraten. Die katastrophale Parkplatzsituation um das Stadion kann durch eine bessere Fahrradanbindung deutlich entschärft werden.

P.S. Aus irgendifrem Grund kann ich unten keine Unterstützer angeben. Bekomme immer die Fehlermeldung "zu viele Unterstützer"

Ich hätte sonst eingetragen:

Norbert Szep, Matthes Müller, Christoph Seehase

Unterstützer*innen

Norbert Szép (KV Frankfurt), David Vydra (STG 8), Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

Ä5 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Jürgen Eiselt (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 196 einfügen:

- Der Anteil für eine Stellplatzabgabe wird bei einem E-Autos um 1/3 pro Abstellplatz reduziert. Sollte die Batterien rückladefähig (bidirektional) sein, halbiert sich die Abgabe. Wird zusätzlich noch ein Platz für ein Lastenfahrrad-Abstellplatz geschaffen, sinkt die Abgabe auf 2/3. Bei jedem weiteren Platz für ein Lastenfahrrad entfällt die Abgabe pro Parkplatz.

Begründung

Für neue Gebäude sind Stellplatzabgaben für Verbrennerfahrzeuge kontraproduktiv. Es verteutert auch das Bauvorhaben und das Projekt kann im ungünstigen Fall daran platzen. E-Autos tragen zur Wärme- und Energiewende bei, besonders wenn diese in die Gebäude rückladefähig sind. Lastenfahrräder sind eines der Grundpfeiler zur Verringerung des Verkehrsaufkommens und damit der Verkehrswende. Eine Verringerung der Abgabenpflicht für Gebäude ist der richtige Weg.

Unterstützer*innen

Norbert Szép (KV Frankfurt), Christine Holch (KV Frankfurt), Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

Ä6 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Jürgen Eiselt (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 273 bis 274 einfügen:

- Parkhäuser stärker auf E-Mobilität mit Rücklademöglichkeit in das Stromnetz auslegen und, wie in der vergangenen Wahlperiode bereits begonnen, die dortigen Lademöglichkeiten stark

Begründung

Parkhäuser sind in naher Zukunft eine Energiequelle. Durch das Rückladen in das Stromnetz können die Parkhausgebühren bezahlt werden und zusätzliche Einnahmen sowohl für die Parkhausbetreiber, als auch für die Besitzer*innen der Fahrzeuge generiert werden. Spätere Nachrüstung für Zweirichtungs-Wallboxen verursacht später unnötige Kosten.

Unterstützer*innen

Norbert Szép (KV Frankfurt), David Vydra (STG 8), Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

Ä7 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

In Zeile 116:

- ~~weitere günstige Flat-Angebote für den ÖPNV entwickeln.~~
- uns dafür einsetzen, die Ticketpreise des RMV im Jahr 2026 um die Hälfte zu senken. Perspektivisch verfolgen wir das Ziel eines kostenlosen ÖPNV für alle.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Maria Meinhardt (KV Frankfurt), Kilian Vitt (KV Frankfurt), Christine Holch (KV Frankfurt), David Vydra (STG 8), Pascal Schieferstein (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä8 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Nach Zeile 201 einfügen:

- die Innenstadt innerhalb des Anlagenrings vom Autoverkehr befreien. Darüber hinaus möchten wir uns mittelfristig für die Vision einer autofreien Stadt auf dem gesamten Stadtgebiet einsetzen.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

David Vydra (STG 8), Pascal Schieferstein (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä9 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Von Zeile 119 bis 120 einfügen:

- 29 Euro erwerben. Diese und ähnliche vergünstigten Flat-Angebote wollen wir auf weitere bedürftige Gruppen ausweiten. Zudem führen wir ein vergünstigtes Deutschlandticket zum Preis von 19 Euro für Menschen in Ausbildungsverhältnissen ein.

Unterstützer*innen

David Vydra (STG 8)

Ä10 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Nach Zeile 208 einfügen:

- **die Berger Straße, die Leipziger Straße sowie die Schweizer Straße vom Autoverkehr befreien und als Fußgänger*innen-Zonen gestalten.**

Unterstützer*innen

Christine Holch (KV Frankfurt), Dagmar Sadkowiak (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä12 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Nach Zeile 173 einfügen:

- **bei Änderungen am ÖPNV-Angebot auf eine breite Jugendbeteiligung setzen.** Das betrifft sowohl den Ausbau sowie Änderungen des Angebots.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

David Vydra (STG 8)

Ä13 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Nach Zeile 137 einfügen:

- beim RMV erwirken, dass die Mitnahme von E-Scootern in Bus und Bahn erlaubt ist.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

David Vydra (STG 8), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä14 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 379 bis 381 einfügen:

- fortsetzen und Hindernisse auf Gehwegen beseitigen. Umgekehrt darf es keine neuen Parkscheinautomaten, Ladesäulen, temporäre Verkehrsschilder oder ähnliches Mobiliar auf Gehwegen geben. Auch E-Scooter gehören auf die Straße oder an Mobilitätsstationen abgestellt, nicht auf dem Gehweg.

Begründung

eine kleine aber im Alltag mit Kinderwagen, Rollstühlen etc. wichtige Erweiterung.

Unterstützer*innen

Christine Holch (KV Frankfurt), David Vydra (STG 8)

Ä16 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Nach Zeile 208 einfügen:

- in Abstimmung mit den betroffenen Gewerbetreibenden und Anwohner*innen die Berger Straße, die Leipziger Straße sowie die Schweizer Straße vom Autoverkehr befreien und als Fußgänger*innen-Zonen gestalten.

Unterstützer*innen

David Vydra (STG 8)

Ä17 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Frank Frisius (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 326 einfügen:

- Die Fahrradanbindung zum Waldstadion wird neu konzipiert, sodass der Autoverkehr zum Stadion entlastet wird und auch Familien mit Kindern sicher mit dem Fahrrad zum Spiel fahren können.

Begründung

Die Radwege aus der Innenstadt zu den Eingängen des Stadions sind gefährlich und werden aus diesem Grund nur sehr gering genutzt. Es kommen nur knapp 1000 Fans mit dem Rad zum Spiel. In Freiburg sind es bei einem halb so großen Stadion 5000 Fans. Die Parkproblematik um das Stadion und in Niederrad kann durch eine bessere Radverbindung entschärft werden.

Ä18 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Beatrix Baumann (AG
Soziales+Gesundheit, AG Frauen)

Antragstext

Von Zeile 71 bis 73:

- auf der anderen Seite ~~der U5~~ die ~~Verlängerung~~U5 von Preungesheim bis zur Station Frankfurter Berg[Leerzeichen]~~anstreben~~ verlängern und damit den Anschluss der U5 an die S6 erreichen.

Begründung

"Anstreben" ist viel zu zaghaft ausgedrückt. Die Mittel für nächste Planungsphase werden gerade bewilligt, es muss weiter zügig vorangegangen werden, viele Menschen am Frankfurter Berg warten darauf. Manche sind aufgrund des Versprechens, dass die U5 im Norden verlagert wird, an den Frankfurter Berg gezogen.

Ä19 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen KernTeam Stadt-am-Main (dort
beschlossen am: 24.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 360 bis 361 einfügen:

- Städte wie Paris, wo noch weit größere Straßen entlang der Seine vom Autoverkehr befreit wurden, können uns zum Vorbild dienen. Zudem wollen wir am Mainufer den Fuß- und Radverkehr möglichst konfliktfrei gestalten. Wir werden am nördlichen Ufer prüfen, wie wir parallel zum Uferweg einen Radweg als Verbindung zwischen Gutleutviertel und Ostend einrichten.

Begründung

Nach der europäischen Verordnung TEN-V müssen "städtische Knoten" bis Ende 2027 einen konkreten Maßnahmen- und Umsetzungsplan u.a. für Maßnahmen zur Umverteilung des Straßenraums zu Gunsten des Umweltverbunds vorweisen. Dazu brauchen wir konkrete Maßnahmen. Die Verbindung der einzelnen Fernradwege wäre hierbei ein wichtiger Schritt.

Diese Ergänzung sorgt dafür, dass die Radschnellwege aus Wiesbaden und Hanau miteinander durch eine Radwegeverbindung am Mainufer verbunden werden. Diese Radwegeverbindung hätte den großen Vorteil, das nahezu keine Ampeln auf dem Weg sind, da der Radweg unter den Mainbrücken geführt werden würde.

Die exakte Umsetzung müsste für jeden Abschnitt dieses Weges vorher im Detail geplant werden. Für einen konkreten Vorschlag zur Trassenführung ist es zu früh. Daher ist diese Ergänzung als "prüfen" formuliert.

Unterstützer*innen

Christine Holch (KV Frankfurt)

Ä20 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen, Wohnen (dort
beschlossen am: 23.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 67 bis 68 einfügen:

- beim Lückenschluss für die U4 zwischen Ginnheim und Bockenheimer Warte die festgelegte, umweltverträgliche und attraktive Variante verfolgen.Die beiden Haltestellen im Bereich der Platensiedlung sollen städtebaulich und sozial sicher eingebunden und mit der Siedlung eng verknüpft werden.

Von Zeile 97 bis 98 einfügen:

- die Innenstadt miteinander verbinden, Wege verkürzen und die Innenstadtrouten stark entlasten.Die Haltestelle der Ringstraßenbahn in der Wilhelm-Epstein-Straße in Höhe Bundesbank soll städtebaulich und sozial sicher mit der Platensiedlung verknüpft werden.

Begründung

Verbesserung der verkehrlichen Erschließung der Platensiedlung durch den ÖPNV

Ä22 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen, Wohnen (dort
beschlossen am: 23.10.2025)

Antragstext

Nach Zeile 326 einfügen:

- **Wir streben langfristig eine durchgehende Radverbindung nördlich des Mains von Sindlingen bis nach Fechenheim an.**

Begründung

Der Mainuferradweg ist eine beliebte Fahrradstrecke. Zwischen Sindlingen und Fechenheim ist sie allerdings nicht durchgehend befahrbar. Hiermit könnte eine attraktive Route vom Frankfurter Westen in den Osten Frankfurts geschaffen werden.

Unterstützer*innen

Christine Holch (KV Frankfurt)

Ä23 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen, Wohnen (dort
beschlossen am: 23.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 368 bis 370 einfügen:

- Platz. Das gilt z.B. auf der Berger Straße, der Leipziger Straße oder der Schweizer Straße. Auch wichtige Einkaufsstraßen (z.B. Königsteiner Straße und die Radilostraße) und lokal bedeutsame Straßen für den Einzelhandel in den Stadtteilzentren der peripheren Stadtteile wollen wir fußgängerfreundlich umgestalten und damit den Einzelhandel stärken. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort und den Gewerbetreibenden entwickeln wir entsprechende Konzepte.

Begründung

Die aufgeführten Straßen liegen alle ziemlich zentral. Den Autoverkehr aus den Einkaufsstraßen herauszuholen und damit den lokalen Einzelhandel zu stärken, sollte auch den peripheren Stadtteilen zu Gute kommen.

Ä24 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Thomas Schlimme (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 99 bis 104:

- ~~durch eine Verlängerung der U4 die Anbindung von Bergen vorantreiben. Die vom RMV vorgestellte Variante einer Regionaltangente Ost durch den Berger Hang direkt unterhalb von Bergen sehen wir kritisch, denn der Bau darf so wenig wie möglich in den Natur- und Erholungsraum eingreifen. Deswegen haben wir uns für eine vergleichende Variantenuntersuchung stark gemacht, die alle Aspekte für Mensch und Umwelt mitberücksichtigt.~~
- durch eine Verlängerung der U4 die Anbindung von Bergen vorantreiben. Dadurch kann Bergen auch ohne eine Regionaltangente Ost an das Schienennetz angebunden werden. Die vom RMV vorgestellte Variante einer Regionaltangente Ost durch den Berger Hang mit erheblichen Eingriffen in die Natur und die Landschaft lehnen wir ab.

Begründung

Es gibt neue Erkenntnisse, dass die Anbindung von Bergen durch eine Verlängerung der U4 sehr gut möglich ist. Auf dieser Grundlage können wir uns darauf festlegen, die in Bergen extrem umstrittene Variante der Regionaltangente Ost durch Bergen ohne wenn und aber abzulehnen. Wir werden derzeit in Bergen wegen unserer hinhaltenden Haltung zu dieser Variante der Regionaltangente Ost hart kritisiert.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä25 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Wolfgang Siefert (KV Frankfurt)

Antragstext

In Zeile 116:

- ~~weitere günstige Flat-Angebote für den ÖPNV entwickeln.~~
- Wir setzen uns dafür ein, dass der RMV eine grundlegende Tarifreform durchführt mit einfachen günstigen Angeboten unterhalb des Deutschlandtickets. Kinder und Jugendliche sollen perspektivisch den ÖPNV kostenlos nutzen können.

Unterstützer*innen

Christine Holch (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä26 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Wolfgang Siefert (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 115 einfügen:

- Die Anbindung des Waldstadions muss spätestens mit dem Bau der Multifunktionsarena auch im ÖPNV deutlich verbessert werden. Essentiell ist die Ausweitung der S-Bahn Anbindung in alle Richtungen und der hierfür notwendige weitere Ausbau des Bahnhofs Stadion. Zusätzlich soll eine zusätzliche Straßenbahnanbindung über die Mörfelder Landstraße vertieft geprüft und wenn möglich vorangetrieben werden.

Ä27 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 53 einfügen:

- die Pläne zur Verlängerung der Regionaltangente West zum NordWestZentrum vorantreiben

Ä28 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 106 bis 107 einfügen:

- Dazu wollen wir die Blockade der Busspuren z.B. durch abgestellte Fahrzeuge verhindern und zusätzliche Busspuren einrichten. Zusätzlich sollen Busse an Ampeln eine priorisierte Grünschaltung vor Autos bekommen ("Queue Jumps")

Unterstützer*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä29 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 121 bis 122:

- die Technik im S-Bahntunnel so digitalisieren, dass **28bis zu 32 statt 24 Züge pro Stunde durch den Tunnel fahren können.** Bei einer wachsenden Stadt wie

Begründung

Ich habe noch einmal zu den Zahlen nachgeforscht und durch den einbau von ETCS würden bis zu 32 Züge pro Stunde platz haben. In Ramen zu Stuttgart 21 wird der Dortige S-Bahntunnel mit ETCS ausgestattet und es wird heirbei von bis zu 32 Zügen Pro Stunden ausgegangen.

[Quelle](#)

Ä30 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 138 bis 139 einfügen:

- auf die Deutsche Bahn einwirken, damit ein flächendeckendes und sauberes Angebot an Toiletten in den S-Bahnhöfen besteht.

Ä31 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 145 bis 147 einfügen:

- bewährt und die Technik schreitet schnell voran. Elektrisch angetriebene Busse sind abgasfrei und klimafreundlich, aber auch leiser. Hierbei soll auch der Einsatz von O-Bussen in betracht gezogen werden. Für Anwohner*innen sind sie deshalb ein Segen. Mittelfristig möchten wir die

Begründung

O-Busse (Oberleitungsbusse) sind wie Batterieelektische Busse Leise und Klimaneutral.

Das einrichten von O-Busbetrieb bringt zusätzlich du den Vorteilen von E-Bussen auch eine gleichmäßiger Bellastung des Stromnetzes über den laufe des Tages, anstatt nur Abends wenn alle E-Busse aufgeladen werden.

Durch das geringere Fahrzeuggewicht (wegen Kleinerer Batterie) bellasten sie die Straßen weniger und können Steile Straßen besser erklimmen.

Heutzutage ist der O-Bus nicht mehr komplett abhängig von der Oberleitung, sondern kann mittels Behelfsbatterie auch ohne Oberleitung fahren um Streckenabschnitte ohne Oberleitung zu bedienen oder Baustellen umfahren.

Ä32 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 152 bis 153:

- autonomes Fahren im ÖPNV unterstützen, um ~~fehlendes Fahrpersonal~~mehr Kapazitäten durch dichere Zugfolgen zu kompensierenschaffen und Angebotsausweitungen schneller umzusetzen. Dazu müssen die rechtlichen Möglichkeiten geschaffen werden.

Begründung

"um fehlendes Fahrpersonal zu kompensieren" kommt einfach sehr negativ rüber. Es gibt der Politischen konkurrenz Angriffspunkte das wir Grüne nicht genug getan hätten um Fahrpersonal auszubilden und einzustellen.

Mit dieser Formulierung fokussiert man auf den Positiven aspekten der Automatisierung ohne ein mögliche Schlechte Politik einzugehen.

Ä33 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 131 einfügen:

- prüfen wie das Schnellbahnnetz mehr von Frankfurt anbinden kann. Durch Zusätzliche Haltepunkte die Anbindung einzelner Quartiere verbessert werden kann.

Begründung

Wie z.B in Ginnheim 2024 ein Neuer S-Bahnhof eröffnet wurde, kann geprüft werden wo weiter Haltepunkte entstehen können um FRankfurt noch besser an yu binden

Ä34 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 274 bis 275 einfügen:

- Wahlperiode bereits begonnen, die dortigen Lademöglichkeiten stark ausbauen. Dabei sollen besonders die Städtischen und Anwohnerparkhäuser im Fokus stehen.

Begründung

E-Ladesäulen z.B für die Anwohnerparkhäuser der AGB.

Ä35 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 294 einfügen:

- uns dafür einsetzen, dass Radwege und Gehwege priorisiert von Laub, Eis und Schnee befreit werden um aktive Mobilität bei jedem Wetter zu fördern.

Unterstützer*innen

Christine Holch (KV Frankfurt)

Ä36 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 345 bis 348:

- **Kreuzungen und Fahrbahnüberquerungen sicherer machen.** Die größte Gefahr für Fußgänger*innen besteht beim Überqueren von Autostraßender Fahrbahn. Damit das sicherer wird, müssen gerade die Sichtachsen der Kreuzungen in Tempo-30-Zonen freigehalten werden indem Gehwegnasen errichtet werden und die Fahrbahn im Kreuzungsbereich erhöht wird.

Begründung

Durch Gehwegsnasen wird die Länge der zu kreuzenden Fahrbahn für die Fußgänger verkürzt, zugleich wird die Straße physikalisch schmäler was Autofahrer dazu anregt langsamer zu fahren. Eine zusätzliche Erhöhung der Fahrbahn führt zu einer weiteren Geschwindigkeitsreduktion durch Autofahrer da dieser für den Fahrkomfort zum bremsen angeregt ist.

Unterstützer*innen

Christine Holch (KV Frankfurt)

Ä37 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen STG 6 (dort beschlossen am: 22.10.2025)

Antragstext

Nach Zeile 31 einfügen:

- bei der Erschließung neuer Wohnquartiere einen schienengebundenen ÖPNV-Anschluß von vornherein mitplanen, so dass dieser zum Bezug der Wohnungen betriebsbereit zur Verfügung steht.

Von Zeile 69 bis 73 einfügen:

- den Ausbau der U5 über das Europaviertel hinaus bis zum künftigen Wohngebiet Römerhof und perspektivisch bis nach Höchst vorantreiben.
- auf der anderen Seite der U5 die Verlängerung von Preungesheim bis zur Station Frankfurter Berg und weiter nach Bonames und Kalbach anstreben und damit den Anschluss der U5 an die S6 erreichen.

Nach Zeile 98 einfügen:

- Möglichkeiten der Verlängerungen der Straßenbahnenlinien 11 von der Zuckschwerdtstraße und der Linie 12 von der Rheinlandstraße, jeweils in die Höchste Innenstadt untersuchen.
- das bestehenden Straßenbahnnetz um neue Linienführungen ergänzen, so dass wichtige, stark nachgefragte Relationen umsteigefrei angeboten werden können, auch mit Blick auf den Schüler*innenverkehr (z.B. Schwanheim - Sachsenhausen)

Von Zeile 103 bis 104 einfügen:

- haben wir uns für eine vergleichende Variantenuntersuchung stark gemacht, die alle Aspekte für Mensch und Umwelt mitberücksichtigt und auch das Wohngebiet

Atzelberg anbinden würde.

- das Angebot der öffentlichen Nahverkehrslinien, auch in den peripheren Stadtteilen, durchgehend in einem Grundtakt von zehn Minuten während der Tageszeiten und 20 Minuten in den Abendstunden anbieten. Die jeweiligen Stadtteile werden damit flächendeckend erschlossen, um die Nutzung attraktiv zu machen.

Von Zeile 194 bis 196 einfügen:

- sollen bevorzugt in der Nähe ihrer Wohnungen parken dürfen, um unnötigen Parkplatzsuchverkehr zu vermeiden. Dafür führen wir insbesondere in den engen Stadtteil-Kernbereichen flächendeckendes Anwohner-Parken ein, um vor allem das dauerhafte Parken von Fluggästen (Urlaubsparken), von Wohnmobilen und Kleinlastern zu verhindern. Auswärtige sollen nach Möglichkeit direkt zu Parkhäusern geleitet werden oder den ÖPNV nach Frankfurt nehmen.

Nach Zeile 201 einfügen:

- in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden und mit Hessen Mobil neue P&R-Parkplätze im Umland und an den Stadträndern errichten, um Pendlerverkehre in den peripheren Stadtteilen zu reduzieren.

Nach Zeile 302 einfügen:

- funktionierende, sichere Radwegeverbindungen zu den Mobilitätsstationen und den ÖPNV-Stationen herstellen, um Umsteige- und Kombinationsmöglichkeiten zu erleichtern. An den Mobilitätsstationen gibt es sichere Unterstellmöglichkeiten für Fahrräder in ausreichender Zahl (Bike & Ride), sowie Abstellmöglichkeiten für E-Roller/Scooter.

Von Zeile 325 bis 326 einfügen:

- **die Planung von neuen Radwegen außerhalb von Wohngebieten vorantreiben**, sodass auch dezentrale Stadtteile gut mit dem Rad erreichbar

sind. An wichtigen Verbindungspunkten sehen wir Neubauten vor, dazu gehören die Brücke am Berkersheimer Bahnhof, die Nidda-Querung neben der A661 und eine Mainquerung im Westen, speziell für Fußgehende, Radfahrende und zweirädrige E-Mobilität.

Von Zeile 366 bis 369:

- **die Einkaufsstraßen attraktiver machen.** In den Einkaufsstraßen der Quartiere, den Zugangspunkten zu den Mobilitätsangeboten, zu Einzelhandel, Gastronomie, und Treffpunkten auf entsiegelten Flächen, wo viele Menschen zu Fuß unterwegs sind, braucht es dafür mehr Platz. Das gilt z.B. auf der Berger Straße, der Leipziger Straße[Leerzeichen], der Bolongaro- und Hostatostraße oder der Schweizer Straße. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort und den

Nach Zeile 387 einfügen:

- im Falle von baustellenbedingten Umleitungen diese konsequent so auf den Fuß- und Rad-Verbindungen vorzusehen, dass zeit- und kraftintensive Umwege und Gefahrenpunkte vermieden werden.

Begründung

Ergänzungen auf Wunsch der STG 6 und im Vorfeld durch die AG Grünes Leben am Stadtrand beschlossener Inhalte.

Ä38 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller*innen Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 143 einfügen:

- uns dafür einsetzen, dass an möglichst allen ÖPNV-Haltestellen und Stationen Sitzbänke mit Rückenlehnen errichtet werden. Dies ist besonders für Menschen wichtig, für die längeres Stehen anstrengend ist. Rückenlehnen bieten zusätzliche Stabilität für Menschen, die beim Sitzen Unterstützung benötigen.

Ä2 zu Nachhaltige Wirtschaft: im Haushalt auf Wirkung setzen

Antragsteller*innen Bastian Bergerhoff (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 36 bis 39 einfügen:

- **soziale Härten bei der Grundsteuer und bei Gebühren abfedern.** Wir werden die Verteilung der Steuerlasten durch die neue Grundsteuer analysieren, um soziale Härten zu identifizieren. Betroffene wollen wir gezielt durch Unterstützungsleistungen entlasten. Wir wollen in diesem Zuge auch bei nebenkostenrelevanten Gebühren eine gezielte Entlastung für solche Gebühren, die sich nicht durch individuelle Verhaltensänderungen beeinflussen lassen, in den Blick nehmen.

Begründung

Der Härtefallfonds, den wir als GRÜNE im Magistrat bereits vorgeschlagen haben, würde nicht nur die Grundsteuer sondern auch andere Elemente der Nebenkosten umfassen. Hier ist zu unterscheiden: Teile der Nebenkosten lassen sich durch individuelles Verhalten beeinflussen (Wärme, Wasserverbrauch, ...). Andere Teile lassen sich nicht beeinflussen (Grundsteuer, Straßenreinigung, ...). Für diese anderen Teile sollte gezielte Unterstützung für Menschen ermöglicht werden, die diese Hilfe benötigen. Ein entsprechender von mir als Kämmerer ausgearbeiteter Vorschlag ist derzeit in der Koalition leider nicht mehrheitsfähig gewesen, er wäre aber wichtig um über gezielte Hilfen soziale Härten abzufedern statt immer unter Hinweis auf schwierige Einzelfälle "mit der Giesskanne" allgemeine Kostensteigerungen zu ignorieren und sie damit zu Lasten der Allgemeinheit unter den Teppich zu kehren.

Unterstützer*innen

Sebastian Hakan Deckwarth (KV Frankfurt), Heike Westenberger-Breuer (KV Frankfurt), Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

Ä3 zu Nachhaltige Wirtschaft: im Haushalt auf Wirkung setzen

Antragsteller*innen Manuel Denkwitz (AG Wirtschaft)

Titel

Ändern in:

Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik: Mittel wirksam einsetzen

Begründung

Überschrift anpassen. Es geht hierbei nicht um Wirtschaft, sondern um Haushalt.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Helmut Trompeter (AG Wirtschaft), Bernd Ackermann (KV Frankfurt), Sebastian Hakan Deckwarth (KV Frankfurt), Heike Westenberger-Breuer (KV Frankfurt), Denise Felix (KV Frankfurt), Martina Düwel (KV Frankfurt)

Ä4 zu Nachhaltige Wirtschaft: im Haushalt auf Wirkung setzen

Antragsteller*innen Martina Düwel (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 39 einfügen:

- den Hebesatz für die Gewerbesteuer weder anheben noch senken. Wir achten auf die Ausgewogenheit zwischen Gewerbeanforderungen und kommunaler Aufgabenerfüllung. Wir werden uns jedoch vorbehalten, eine Prüfung einer Hebesatzänderung vorzunehmen, falls die künftige Entwicklung, insbesondere die Ressourcenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen, dies erfordert.

Begründung

Die Abgabe einer klaren parteipolitischen Absichtserklärung wie dieser ist essentiell, um in Koalitionsverhandlungen eine feste und nicht verhandelbare Ausgangsbasis (roter Faden) zu schaffen. Sie dient nicht nur der transparenten Kommunikation des eigenen politischen Willens an die Wählerschaft, sondern definiert den Verhandlungsrahmen gegenüber potenziellen Partnern, minimiert Interpretationsspielräume und erhöht die Glaubwürdigkeit und Durchsetzungskraft der eigenen Position in kritischen Kernbereichen.

Unterstützer*innen

Sebastian Hakan Deckwarth (KV Frankfurt), Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

Ä5 zu Nachhaltige Wirtschaft: im Haushalt auf Wirkung setzen

Antragsteller*innen AG Tierschutz (dort beschlossen am:
22.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 30 bis 32 einfügen:

- und nachhaltiger gestalten, den Schutz von Umwelt und Menschenrechten entlang der Produktions- und Lieferkette sicherstellen, bei der Beschaffung tierleidfreie und pflanzenbasierte Produkte bevorzugen und Leistungen möglichst regional einkaufen.

Begründung

Die Ergänzung erweitert den Nachhaltigkeitsbegriff der städtischen Beschaffung um Tierwohl und pflanzenbasierte Alternativen. So wird die ökologische und ethische Verantwortung der Stadt gestärkt und Frankfurts Rolle als Vorbild für klimafreundliche, zukunftsorientierte Beschaffung unterstrichen.

Unterstützer*innen

Manuel Denkwitz (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä7 zu Nachhaltige Wirtschaft: im Haushalt auf Wirkung setzen

Antragsteller*innen Johannes Lauterwald (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 35 einfügen:

- den Gewerbesteuerhebesatz auf 490 Punkte erhöhen.

Begründung

Eine moderate Erhöhung ist vertretbar und dient als zusätzliche Einnahmequelle für die Stadt. Die Forderung war auch schon im Kommunalwahlkampf 2021 enthalten.

Unterstützer*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä1 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 144 einfügen:

- **Das Prinzip der Bibliothek der Dinge in die Stadtteile tragen. Dazu weiten wir das bestehende Angebot der Stadtbücherrei am Standort Sachsenhausen zur Ausleihe von Werkzeugen, Haushaltsgeräten, Instrumenten u.v.m. auf die übrigen Stadtteilbibliotheken aus.**

Begründung

Das ist ein tolls Angebot in Sachsenhausen. Leider erreicht es Menschen in den umliegenden Stadtteilen wenig bis gar nicht. Hier gäbe es einen tollen Hebel für die Stadt, das Prinzip Leihen statt Kaufen in die Fläche zu tragen.

Unterstützer*innen

Christine Holch (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt), Dagmar Sadkowiak (KV Frankfurt)

Ä2 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 163 bis 167:

Stadtentwicklung und Stadtplanung müssen diese Entwicklungen künftig mitdenken, und Anpassungen möglich machen ~~und dabei~~. Dabei muss auch die gute Erreichbarkeit dieser neuen pulsierenden Zentren ~~muss im Rahmen der über~~ über entsprechende Verkehrskonzepte mitgedacht werden ~~sicherstellen~~. Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept wollen wir entsprechend fortschreiben.

Von Zeile 176 bis 180:

- Gastronomie, Räume für temporäre Ausstellungen und **Kleinkunst-Theater** ~~ö~~schaffen. Ferner ~~soll es Platz für werden wir~~ Gründer*innen und kleine Shops ~~geben, die sich die Lage unterstützen~~ z.B. durch subventionierte Standortmieten und ~~Umbaukosten~~ Förderung bei Umbaukosten, die sich die Lage sonst nicht leisten können ~~en~~ten. Wir wollen in den Zentren mehr Räume ohne Konsumzwang für Begegnung, Kreativität und zum „Abhängen“ schaffen.

Von Zeile 185 bis 186:

- Vereinbarungen zwischen Anwohner*innen und ihrem berechtigten Interesse nach Ruhe sowie Gastronomie und Kiosken ~~te-beanregen~~anregen.

Begründung

Sprachliche Berichtigungen und eine klarstellende Umformulierung

Ä3 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 29 bis 30 löschen:

Finanzplatz Frankfurt: Stärken nutzen und ausbauen[Leerzeichen]

Von Zeile 55 bis 56 löschen:

Frankfurt soll moderner Industrie- und Logistikstandort bleiben[Leerzeichen]

In Zeile 69 löschen:

Räume für Industrie und Gewerbe effizient nutzen[Leerzeichen]

In Zeile 85 löschen:

Gewerbegebiete nachhaltig entwickeln[Leerzeichen]

In Zeile 113 löschen:

Potenziale der Kreislaufwirtschaft heben[Leerzeichen]

Von Zeile 209 bis 213:

- langfristig die Stadtteilwirtschaft durch ~~die eine dezentrale~~ Verlagerung von allen ~~aller~~ Ämtern, die direkten Kontakt mit Bürger*innen haben, in ~~die Außenbezirke verlagern~~ äußere Stadtteile stärken. Durch Mitarbeiter*innen und Kund*innen der Behörden entsteht vor Ort u.a. zusätzliche Kaufkraft. Hierbei achten wir darauf, dass diese Ämter mit dem ÖPNV mindestens genauso gut erreichbar sind wie aktuell.

Handwerk stärken[Leerzeichen]

In Zeile 236 löschen:

Gründungs metropole Frankfurt[Leerzeichen]

In Zeile 284 löschen:

Tourismus-Stadt Frankfurt[Leerzeichen]

In Zeile 302 löschen:

Rechenzentren zum Nutzen aller gestalten[Leerzeichen]

In Zeile 347 löschen:

Eine Zukunft für den Flughafen[Leerzeichen]

Begründung

Es ist für solche Ämter und nicht immer sinnvoll in Außenbezirken zu sein. Mehr noch gilt für die Bürger*innen, die zu diesen Ämtern müssen. Das sei an einem extremeren Beispiel illustriert: Wenn man plötzlich von Fechenheim nach Sossenheim oder Bonames muss, ist das für die Bewohner*innen der Außenbezirke keine Verbesserung. Daher sollte hier etwas eingeschränkt werden und die Erreichbarkeit weiterhin ein wesentliches Standortkriterium genannt werden.

(Die ganzen gestrichenen Leerzeichen bei den Überschriften waren nicht gewollt. Ich weiß nicht, was Antragsgrün hier gemacht hat.)

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), David Vydra (STG 8)

Ä4 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 180 einfügen:

- uns zusammen mit anderen Großstädten und dem Deutschen Städtetag dafür einsetzen, dass das bundesweite Gewerbemietrecht für innerstädtische Lagen und Stadtteilzentren endlich zugunsten kleiner und mittlerer Einzelhandelsbetriebe, gastronomischer Betriebe und sozialer Einrichtungen reformiert wird. Entsprechende Gesetzesvorschläge liegen dem Bundestag seit mehreren Legislaturperioden vor, wurden aber bislang blockiert. Dabei soll gewährleistet werden, dass Kleingewerbe insbesondere in Milieuschutzgebieten besonderen Schutz genießen.

Unterstützer*innen

Kilian Vitt (KV Frankfurt)

Ä5 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 334 bis 346:

- genutzt werden kann. Dazu gehört auch, dass immer genügend Platz für eine Großwärmepumpe eingeplant werden ~~vorhanden sein~~ muss, außerdem muss und die Stromversorgung von Rechenzentrum und Großwärmepumpe ~~ohne Einbußen an anderer Stelle in der Stadt~~ sicher gestellt ist sein, ohne dass dieser Strom an anderer Stelle fehlt. ~~Über den Deutschen Städtetag werden wir darauf hinwirken, dass~~ Damit die notwendigen Prioritäten bei der Anmeldung von großen Stromverbrauchern gesetzt werden können, werden wir über den Deutschen Städtetag auf die Bundesebene einwirken. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ~~und~~ neue nur noch Rechenzentren nur noch mit Wasserkühlung zugelassen werden.
- **uns für die nachhaltige und möglichst mehrgeschossige kompakte Bauweise von Rechenzentren einsetzen einsetzen**, um den Flächenbedarf und die Hitzebelastung Umweltbelastungen möglichst gering zu halten.

Begründung

Rechenzentren werden ohnehin schon groß, auch die die Höhe, gebaut. In diesem Sinne sind sie "mehrstöckig". Höhere Rechenzentren bedeuten übrigens keine geringere Hitzebelastung, sondern das Gegenteil. Je größer das Rechenzentrum, desto mehr Wärme muss von den Servern an die Umgebung (oder hoffentlich bald die Wärmenetz) abgeführt werden.

Unterstützer*innen

Christine Holch (KV Frankfurt)

Ä6 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Von Zeile 51 bis 52 einfügen:

- in enger Abstimmung mit der Finanzbranche das Thema Geldwäschebekämpfung angehen. Wir setzen uns für die lückenlose Aufklärung des größten Steuerraubs der deutschen Geschichte durch u.a. Frankfurter Banken und Akteure ein.
- im Rahmen nachhaltiger Finanzplanung uns auf Bundes- und Europaebene dafür einsetzen, dass es keinen Wettbewerb um die geringsten Steuersätze gibt und sagen Nein zur Steuervermeidung von Großkonzernen.

Begründung

Die Bedeutung des Finanzplatzes Frankfurt kann nur vermittelt werden, wenn wir uns klar gegen etablierte illegale und semi-legale Praktiken von Banken und Großunternehmen positionieren.

Unterstützer*innen

Tom Oettinger (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä7 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Nach Zeile 84 einfügen:

- seit mehr als fünf Jahre brach liegende (un)vollständige Gewerbegebäuden aufkaufen, anmieten oder wo nötig nach 176 Baugesetzbuch enteignen und einer (Zwischen)nutzung für Kultur, Gründungen oder Handwerk zuführen.

Begründung

Wir müssen der Spekulation mit wertvollen Gewerbeimmobilien ein Ende setzen, denn darunter leiden vor allem Frankfurter*innen, die Raum brauchen um zu schaffen.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä9 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller*innen Bastian Bergerhoff (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 369 einfügen:

- multimodale Verkehre fördern und den Flughafen als multimodalen Hub stärken. Mit dem hervorragenden Knotenpunkt zwischen Schiene, Straße und Luftverkehr hat der Frankfurter Flughafen beste Voraussetzungen für eine nachhaltige multimodale Entwicklung. Diese gilt es auch bei der Fracht zu nutzen, die eine oft unterschätzte Rolle am Frankfurter Flughafen spielt. Multimodale Verkehre reduzieren auch unnötige Belastungen für Mensch und Umwelt und ermöglichen effiziente und nachhaltige Mobilität der Zukunft.

Begründung

Die Verzahnung der verschiedenen Verkehrsmittel ist auch am Flughafen Schlüssel für eine nachhaltige Mobilität. Die Rolle des Frankfurter Flughafens als Frachtflughafen verdient in diesem Zusammenhang besondere Erwähnung.

Unterstützer*innen

Bernd Ackermann (KV Frankfurt), Michael Falk (KV Frankfurt)

Ä10 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller*innen Manuel Denkwitz (AG Wirtschaft)

Titel

Ändern in:

Wirtschaftsmetropole Frankfurt, Weltstadt, Wohnstadt: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Begründung

Das Kapitel zu Wirtschaft sollte mit dem Begriff "Wirtschaft" beginnen. Sonst sucht man vergeblich nach dem Kapitel.

Besprochen und entschieden in der AG Wirtschaft am 20.10.2025

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Helmut Trompeter (AG Wirtschaft), Bernd Ackermann (KV Frankfurt), Christian Groß (KV Frankfurt), Heike Westenberger-Breuer (KV Frankfurt), Denise Felix (KV Frankfurt), Dominik Wiese (KV Frankfurt)

Ä11 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller*innen Manuel Denkwitz (AG Wirtschaft)

Antragstext

Von Zeile 348 bis 351:

Frankfurt und der Frankfurter Flughafen – das ist eine spannungsreiche Beziehung. Die Region leidet massiv unter dem Flugverkehr – viel zu viele Menschen jeden Tag und jede Nacht. zwiespältige Beziehung. Die Region leidet unter dem Fluglärm. Auch die Gefährdungen durch erhöhte Ultrafeinstaub-Werte machen wirksame Gegenmaßnahmen erforderlich. Andererseits

Begründung

Der Absatz kam von der AG Wirtschaft. Wir würden sie aber entschärfen wollen.
In der AG Wirtschaft besprochen und abgestimmt.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Helmut Trompeter (AG Wirtschaft), Bernd Ackermann (KV Frankfurt), Christian Groß (KV Frankfurt), Heike Westenberger-Breuer (KV Frankfurt), Denise Felix (KV Frankfurt), Dominik Wiese (KV Frankfurt)

Ä12 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller*innen Manuel Denkwitz (AG Wirtschaft)

Antragstext

Von Zeile 380 bis 382 löschen:

- **weiter für ein echtes Nachtflugverbot von 8 Stunden kämpfen.** Wir setzen uns außerdem für ~~Lärmpausen am Tag und~~ eine Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene ein. Wir wachen darüber, dass die

Begründung

Lärmpausen gibt es schon morgens und abends. Eine Ausweitung auf andere Tageszeiten wäre mit erheblichen operativen Einschränkungen und praktischen Herausforderungen im Flugbetrieb, sowie der Bewirtschaftung, verbunden. Die Flugzeuge bewegen sich in engen Start- und Landeslots.

<https://www.fraport.com/de/nachhaltigkeit/nachbarschaftsdialog/laerm-und-luft/massnahmen/aktives-schallschutzprogramm.html#:~:text=Das%20L%C3%A4rmpausenverfahren%20ist%20seit%20dem,den%20Flughafen%20um%20eine%20Stunde.>

In der AG Wirtschaft mit breiter Unterstützung beschlossen.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Helmut Trompeter (AG Wirtschaft), Bernd Ackermann (KV Frankfurt), Christian Groß (KV Frankfurt), Denise Felix (KV Frankfurt), Dominik Wiese (KV Frankfurt)

Ä13 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller*innen Manuel Denkwitz (AG Wirtschaft)

Antragstext

Von Zeile 51 bis 52:

- in ~~enger~~ Abstimmung mit der Finanzbranche und der Wissenschaft das Thema Geldwäschebekämpfung ~~angehen~~sichtbarer machen und Frankfurt als Stadt der Geldwäschebekämpfung etablieren.

Begründung

Mißverständlich. So, wie es geschrieben ist, scheinen wir selbst ein Problem mit Geldwäsche zu haben. Es muss so formuliert werden, wie in der Vorlage der AG Wirtschaft.

In der AG Wirtschaft abgestimmt und beschlossen.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Helmut Trompeter (AG Wirtschaft), Bernd Ackermann (KV Frankfurt), Christian Groß (KV Frankfurt), Heike Westenberger-Breuer (KV Frankfurt), Denise Felix (KV Frankfurt), Dominik Wiese (KV Frankfurt)

Ä14 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller*innen Manuel Denkwitz (AG Wirtschaft)

Antragstext

Von Zeile 237 bis 240:

Die vielfältige Wirtschaft Frankfurts spiegelt sich auch in der Startup-Szene wider. Wir wollen die Rolle der Stadt als Gründungsmetropole ~~gegenüber anderen Standorten stärken. Neben etablierten Programmen wie „Frankfurt Forward“ legen wir den Fokus auf Gründungen von Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte sichtbarer machen.~~

Von Zeile 242 bis 247:

- im Gründungszentrum „Kompass“ ~~alle~~die wesentlichen Gründungsaktivitäten der Stadt bündeln. ~~und~~Wir werden zudem gezielt Formate fördern, die Gründer*innen mit Kunden und Investoren aus dem Rhein-Main-Gebiet zusammenbringen. ~~So mobilisieren wir Vermögen für junge Ideen. Ein weiterer Schwerpunkt soll~~Schwerpunkte sollen die Förderung und Beratung von Gründer*innenGründerinnen und von Menschen mit Migrationsgeschichte sein.
- ~~die erfolgreiche Gründungsförderung für Gründerinnen bauen wir aus.~~
- den Frankfurter Gründer*innenfonds weiterführen.

Von Zeile 256 bis 257:

- das Programm „Frankfurt Forward“ weiterführen und einen weiteren Fokus auf die Zusammenarbeit mit städtischen Gesellschaften legen.
- ~~„Futury“ als Gründungszentrum fördern.~~
- mit „Futury“ als Start-Up Space kooperieren.

Begründung

Der bisherige Text beinhaltete einige Unstimmigkeiten.

In der AG Wirtschaft besprochen und beschlossen.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Helmut Trompeter (AG Wirtschaft), Bernd Ackermann (KV Frankfurt), Christian Groß (KV Frankfurt), Denise Felix (KV Frankfurt), Dominik Wiese (KV Frankfurt)

Ä15 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller*innen AG Wirtschaft (dort beschlossen am:
20.10.2025)

Antragstext

In Zeile 129 löschen:

- ~~für die Logistik der Kreislaufwirtschaft an kurzen Wegen arbeiten.~~

Begründung

Die eingereichte Vorlage der AG wurde hier stark gekürzt. Zudem wurde der vorangehende Punkt (Erhalt Osthafen für Kreislauflogistik), auf den sich dieser Punkt bezieht, in ein anderes Kapitel verschoben. In der jetzigen Form ergibt der Satz keinen Mehrwert, die Aussage bleibt unklar. Er sollte wenn überhaupt dann auch nicht an erster / wichtigster Stelle stehen. So besprochen in der AG Wirtschaft.

Unterstützer*innen

Christian Groß (KV Frankfurt), Denise Felix (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt), Dominik Wiese (KV Frankfurt)

Ä16 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller*innen Manuel Denkwitz (AG Wirtschaft)

Antragstext

Von Zeile 196 bis 197:

- die bestehende **Wirtschaftsförderung** absichern und durch eine stadtteilübergreifende Gewerbestrategie ergänzen.

Begründung

Missverständlich.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä19 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller*innen STG 6 (dort beschlossen am: 22.10.2025)

Antragstext

Nach Zeile 202 einfügen:

- ein besonderes Augenmerk auf den Erhalt und die Entwicklung der historischen, teils denkmalgeschützten Höchster Altstadt richten, um hier wieder ein Quartier mit Kleingewerbe, Gastronomie und qualitativ hochwertigen Aufenthaltsflächen zu etablieren.

Nach Zeile 208 einfügen:

- die Anmietung von örtlichen, leerstehenden Gewerbeflächen durch die Stadt wird mit dem Ziel geprüft, diese als Stadtteilläden zu entwickeln und anschließend den Bürgern als Treffpunkt und lokalen Gewerbetrieben beispielsweise zum Verkauf ihrer Produkte zur Verfügung zu stellen. Diese Stadtteilläden sollen flexibel und intensiv genutzt werden: Durch verschiedene Nutzer oder Zusammenschlüsse, bspw. tageweise Künstlern, Kleinstbetrieben, regionalen Lebensmittelproduzenten zum Verkauf ihrer Produkte oder wechselnder Gastronomie.

Begründung

Ergänzungen auf Wunsch der STG 6 und im Vorfeld durch die AG Grünes Leben am Stadtrand beschlossener Inhalte.

Ä20 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller*innen STG 6 (dort beschlossen am: 22.10.2025)

Antragstext

Nach Zeile 202 einfügen:

- ein besonderes Augenmerk auf den Erhalt und die Entwicklung der historischen, teils denkmalgeschützten Höchster Altstadt richten, um hier wieder ein Quartier mit Kleingewerbe, Gastronomie und qualitativ hochwertigen Aufenthaltsflächen zu etablieren.

Von Zeile 208 bis 211:

- die Anmietung von örtlichen, leerstehenden Gewerbeflächen durch die Stadt wird mit dem Ziel geprüft, diese als Stadtteil läden zu entwickeln und anschließend den Bürgern als Treffpunkt und lokalen Gewerbetrieben beispielsweise zum Verkauf ihrer Produkte zur Verfügung zu stellen. Diese Stadtteil läden sollen flexibel und intensiv genutzt werden: Durch verschiedene Nutzer oder Zusammenschlüsse, bspw. tageweise Künstlern, Kleinstbetrieben, regionalen Lebensmittelproduzenten zum Verkauf ihrer Produkte oder wechselnder Gastronomie.
- langfristig die Stadtteilwirtschaft durch die Verlagerung von ~~allen Ämtern, die direkten Kontakt mit Bürger*innen haben~~, in die Außenbezirke verlagern. Durch Mitarbeiter*innen und Kund*innen der Behörden.

Begründung

Ergänzungen auf Wunsch der STG 6 und im Vorfeld durch die AG Grünes Leben am Stadtrand beschlossener Inhalte.

Ä1 zu Frankfurter Stadtwirtschaft: klimaneutral, sozial, digital

Antragsteller*innen Christian Marx (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 48 bis 50:

- Verwaltungstätigkeiten und Entscheidungen verfolgen wir die Idee des „Digital Twin“. ~~Wir wollen für alle wichtigen Verwaltungsprozesse eine gute Datenbasis verhalten und Entscheidungen zunächst simulieren.“ „Digitalen Zwilling“.~~ Wir wollen für alle wichtigen Verwaltungsprozesse Entscheidungen mit Hilfe geeigneter Daten auch simulieren können. Dabei orientieren wir uns an den Ergebnissen des ConnectedUrbanTwin Projektes (CUT), in dem ein DIN Standard (Spec 91607) für digitale Zwillinge entwickelt worden ist. Dieser legt Anforderungen an diese für Städte und Kommunen fest und soll Anwendenden als Leitfaden dienen.

Von Zeile 58 bis 60 löschen:

- ~~die Informationsfreiheitssatzung der Stadt Frankfurt nach den Bedürfnissen der Bürger*innen weiterentwickeln. Wir setzen uns für einen offenen und transparenten Umgang der Verwaltung mit Daten und Vorgängen ein.~~

Begründung

Besser Digitaler Zwilling als Digital Twin (wie in Kapitel 2.11) und weil die Verwendung einheitlicher Standards das Ziel ist gleich den im bundesweiten Modellprojekt in Berlin, Hamburg und Leipzig entwickelten DIN-Standard mit benennen.

Die Informationsfreiheitssatzung ist bereits in Kapitel 2.11 Smart-City enthalten und wäre hier eine unnötige Dopplung.

Unterstützer*innen

Manuel Denkwitz (STG1)

Ä2 zu Frankfurter Stadtwirtschaft: klimaneutral, sozial, digital

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Titel

Ändern in:

Frankfurter Stadtverwaltung: Vorbild für Transparenz und Nachhaltigkeit

Begründung

Der ursprüngliche Titel passt nicht, das im Kapitel zu Wirtschaft nichts steht. Es geht hier außer am Anfang bei Veranstaltungen um die Verwaltung als Dienstleistern und Arbeitgeberin.

Unterstützer*innen

Manuel Denkwitz (KF Frankfurt)

Ä3 zu Frankfurter Stadtirtschaft: klimaneutral, sozial, digital

Antragsteller*innen Bastian Bergerhoff (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 51 bis 54 einfügen:

- die ämterübergreifende Zusammenarbeit fördern[Leerzeichen]und agiler vorgehen. Dazu werden wir Projekte über Organisationsgrenzen hinweg ausrichten, mit entsprechenden Personalressourcen ausstatten und zügig umsetzen. Das regt auch zum Wissensaustausch zwischen den Ämtern an. Entsprechende Beispiele aus der Vergangenheit zeigen: Die Verwaltung ist offen, gelegentlich offener als die Dezerne.

Von Zeile 56 bis 57:

- Freiräume zu schaffen und Stellen gezielt zu entlasten. Wir wollen die Kommunikation innerhalb der Ämter ~~stärken~~ und ~~eine~~die Fehlerkultur einführen~~stärken~~.

Von Zeile 59 bis 60 einfügen:

- der Bürger*innen weiterentwickeln. Wir setzen uns für einen offenen und transparenten Umgang der Verwaltung mit Daten und Vorgängen ein. Er dient dem vertrauensvollem Miteinander zwischen Bürger*innen und Verwaltung.

Von Zeile 96 bis 98 einfügen:

Zufriedenheit ist uns sehr wichtig. Die Stadt verzichtet bereits auf eine Befristung von Stellen. Wir haben in den letzten Jahren die Zahl der Ausbildungs- und Studienplätze erheblich gesteigert. Wir haben die Verfahren zur Stellenbesetzung deutlich verschlankt. An vielen weiteren Verbesserungen arbeiten wir. Das volle Potenzial der multikulturellen

Frankfurter Gesellschaft soll sich auch in

Von Zeile 107 bis 118:

- und interdisziplinäre Zusammenarbeit, die der Transformation der Verwaltung zugute kommen. Wir wollen verstärkt Führungs- und Fachkarrieren unterscheiden: Nicht immer fallen fachliche Exzellenz und exzellente Führungsqualitäten zusammen, beides ist aber extrem wichtig für die Stadtverwaltung.
- **die Diversität in Führungspositionen sowohl in der Verwaltung als auch in den Unternehmen der Stadt Frankfurt weiter steigern.**
- **uns für mehr Arbeits- und Praktikumsplätze für Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung einsetzen.** Dazu gehören auch [Leerzeichen] Praktikumsplätze für kognitiv behinderte Menschen. Die Stadt nimmt ihre Verantwortung als inklusive Arbeitgeberin weiter ernst und wir wollen den Anteil von Mitarbeitenden mit Behinderungen auch weiter deutlich über der gesetzlichen Quote halten.
- **Pendler*innen nachhaltig unterstützen.** Angestellte der Mitarbeitende der Stadt erhalten weiterhin günstige Tickets für den ÖPNV. Für noch mehr nachhaltigen Verkehr zu Fuß und mit dem Rad prüfen wollen wir die in der letzten Wahlperiode geschaffene Möglichkeit von Jobrädern des Jobradleasing für Tarifangestellte auch Beamt*innen zugänglich machen und gehen für die dazu nötige Änderung des Beamtenrechts auf das Land zu. Wir schaffen, sofern noch nicht vorhanden, in allen Ämtern auch sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder.

Begründung

1. Es ist leider Tatsache, dass ämterübergreifende Initiativen immer wieder auch von Dezernaten als "Machtinstrument" wahrgenommen und torpediert werden. Das sollte man erwähnen, um die "Verwaltung" nicht dafür haftbar zu machen.
2. Die Fehlerkultur ist Teil unserer Verabredungen und des stadtweiten Führungsverständnisses. Wir sollten sie weiter stärken, müssen sie aber nicht verstetigen.
3. Die leitfahrtionsfreiheitssatzung hat einen Sinn, den man hier auch erwähnen sollte um sich bei gelegentlich vorkommenden Missbrauchsfällen zu schützen.
4. Es gibt gute und schlechte Führungskräfte im Bereich Personal, die ich für die Führungsqualitäten bewerten kann.
5. Führungsqualitäten (Ausbildung, Stellenbeschreibung) enthalten, das nicht ganz leicht umzusetzen ist, aber der Mühe wert. Ich würde es gerne noch verbessern.
6. Die Diversität kann und sollte weiter gesteigert werden, wir müssen uns aber nicht auf eine einzige Gruppe konzentrieren.

7. ~~Die Quoten der~~ Mitarbeitenden mit Behinderungen ist leider im letzten Jahr erstmals unter 10 % gesunken (gesetzlich ist 5 % gefordert) - wir wollen sie
8. ~~Wieder die Quoten~~ eingeführt - leider gibt es sie nicht für Beamt:innen. Jobtickets gibt es aber auch für Beamt:innen, nicht nur für Angestellte. Damit das mit dem Jobrad auch geht brauchen wir aber das Land...

Ä4 zu Frankfurter Stadtirtschaft: klimaneutral, sozial, digital

Antragsteller*innen Nicole Lauterwald (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 113 einfügen:

- uns für eine Frankfurt-Zulage für unsere Mitarbeiter*innen einsetzen. Damit wollen wir ein klares Signal an sie senden: so wird das Leben bezahlbarer - eine notwendige Voraussetzung für ihre auch weiterhin gute Arbeit für die Stadt Frankfurt am Main und ihre Bürger*innen.

Begründung

Mit vorausschauenden, motivierenden Arbeitsimpulsen müssen und wollen wir als Arbeitgeberin Stadt Frankfurt am Main gerade mit unserem wertvollsten Gut - unseren Mitarbeiter*innen - als gutes Beispiel für andere Arbeitgeber*innen vorangehen.

Zudem schaffen wir weitere Anreize, in Zeiten des Fachkräftemangels bei der Stadt Frankfurt am Main zu arbeiten.

Ä5 zu Frankfurter Stadtirtschaft: klimaneutral, sozial, digital

Antragsteller*innen Manuel Denkwitz (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 1 bis 5:

Wir wollen nachhaltiges ~~und faires Wirtschaften in Frankfurt populärer machen. Das stärkt auch Betriebe, die bereits lokal produzieren. Die Stadt Frankfurt selbst muss hier als Vorreiterin und Vorbild für Wirtschaft und Zivilgesellschaft auftreten.~~ Wirtschaften in Frankfurt zum Standard machen. Die Stadt Frankfurt selbst muss hier als Vorreiterin und Vorbild auftreten. Seit 2011 ist Frankfurt „Fairtrade-Stadt“. Maßgeblich für zentrale Einkaufsentscheidungen ist das Fairtrade-Siegel: Die

Begründung

Ich würde da weniger dick auftragen, denn so vorbildlich ist die Stadt derzeit nicht. Mit den Kürzungen hört sich der Text nun weiterhin ambitioniert an, ohne den Mund zu voll zu nehmen.

Unterstützer*innen

Michael Falk (KV Frankfurt)

Ä6 zu Frankfurter Stadtirtschaft: klimaneutral, sozial, digital

Antragsteller*innen Beatrix Baumann (AG
Soziales+Gesundheit, AG Frauen)

Antragstext

Von Zeile 109 bis 110:

- die Parität und Diversität in FührungspositionenFührungs- und Leitungspositionen sowohl in der Verwaltung als auch in den Unternehmen der Stadt Frankfurt weiter steigern.

Begründung

Die Stadtverwaltung ist auf einem guten Weg, aber Parität in Führungspositionen ist noch längst nicht in allen städtischen Ämtern, Betrieben und Unternehmen (Aufsichtsräten!) erreicht. Diese Ziel muss weiter verfolgt werden.

Um Parität und Diversität in Führungspositionen zu erreichen, müssen städtische Mitarbeitende von Beginn an gefördert werden und "aufsteigen" können - also früh Leitungsaufgaben übernehmen.

Ä1 zu Smart City: Mit digitalen Mitteln Demokratie fördern

Antragsteller*innen Christian Marx (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 26 bis 28 einfügen:

Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin erhöhen. Der systematische Aufbau digitaler Kompetenzen in der Stadtverwaltung gehört dazu. Breit angelegte Schulungsprogramme u.a. zum Einsatz von KI-Tools tragen zur erfolgreichen digitalen Transformation der Stadt bei.

Von Zeile 55 bis 57 einfügen:

- Verwaltungsarbeit und bessere Dienstleistungen. Die systematische Analyse und Verknüpfung von Daten über einen digitalen Zwilling der Stadt Frankfurt ermöglicht sowohl Bürger*innen als auch Verwaltungsmitarbeiter*innen die bessere Nutzung von Daten.

Von Zeile 103 bis 106 einfügen:

- **die[Leerzeichen]Zusammenarbeit mit Landes- und Bundesbehörden intensivieren, um eine flächendeckende Versorgung mit digitalen Dienstleistungen zu erreichen.** Hierfür setzen wir konsequent auf die bundID (zukünftig DeutschlandID) als bundesweit einheitlichem Nutzerkonto und ein stadtweites Verwaltungsprozessmanagement.

Begründung

Der Einsatz von KI-Tools ist wichtige Zukunftsperspektive für die Stadtverwaltung. Die Verwendung eines digitalen Zwilling sollte angestrebt werden, um Daten, Geodaten und Anwendungen sowohl für Bürger:innen als auch für

Verwaltungsmitarbeiter;innen besser zugänglich zu machen. Ein stadtweites Verwaltungsprozessmanagement fördert die Zentralisierung der Digitalisierung der Stadtverwaltung, die Verwendung einheitlicher Standards sowie evtl. die Übernahme von Anwendungen anderer Kommunen nach dem "Eine für Alle"-Prinzip.

Ä2 zu Smart City: Mit digitalen Mitteln Demokratie fördern

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 61 bis 62 einfügen:

- sowie Ausstiegsszenarien und Migrationsstrategien für den Umstieg auf quelloffene Programme kommen wir diesem Ziel näher. Wann immer bei Software-Beschaffungen keine geeignete Open-Source-Lösung zu Verfügung steht und auf proprietäre Software zurückgegriffen werden muss, wird die Entwicklung einer Open-Source-Alternative beauftragt.

Begründung

Das Ziel des Umstiegs zu Open-Source-Software ist schon länger erklärtes Ziel. Leider wird es nicht konsequent verfolgt. Sobald kein passgenaues Open-Source-Programm zur Verfügung steht, wird ohne jede weitere Konsequenz auf proprietäre Software von Microsoft und Co zurückgegriffen, anstatt zumindest parallel die Entwicklung der entsprechenden Open-Source-Lösung anzustoßen. Das ist auf lange Sicht teuer und bringt die Stadt in riskante Abhängigkeiten. Microsoft hat bereits gezeigt, dass es seine Dienste durchaus auch mal für öffentliche Auftraggeber*innen sperrt. Im konkreten Fall im September '25 ging es um KI- und Cloud-Dienste für das israelische Verteidigungsministerium.

Die Probleme von Open-Source-Software liegen teils nur in der Verknüpfung verschiedener Anwendungen, also den Schnittstellen zwischen verschiedenen Software-Anwendungen. Das ist behebbar.

Im akuten Bedarfsfall kann es durchaus sein, dass man nicht umhin kommt, kurzfristig proprietäre Software zu beschaffen. Problematisch ist, wenn daraus keine Konsequenzen folgen, die mittel- und langfristig einen Weg aus der Abhängigkeit weisen. Daher sollte die Regel sein: Habe ich eine Open-Source-Lösung, kaufe ich notgedrungen die proprietäre Software, lasse aber gleichzeitig die Open-Source-Alternative dafür entwickeln, um später umsteigen zu können.

Ä3 zu Smart City: Mit digitalen Mitteln Demokratie fördern

Antragsteller*innen Carsten Zecher (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 58 bis 61:

- **soweit möglich auf freie und offene Software sowie Open-Source-Lösungen und herstellerunabhängige Standards setzen.** Dadurch erhöhen wir die digitale Souveränität der Stadt. Durch reformierte Vergaberichtlinien, eine starke interkommunale Zusammenarbeit und Bündelung von Ressourcen bei Beschaffung und Betrieb von IT-Lösungen, sowie Ausstiegsszenarien und Migrationsstrategien für den Umstieg auf

Begründung

Keine Einschränkung "soweit möglich" um Forderung nicht zu verwässern. Indem Kommunen (wie Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt) ihre Ressourcen bündeln, ihr Know-How austauschen und koordiniert handeln, lassen sich Kosten sparen und bessere Lösungen erzielen im Vergleich dazu, dass jede Stadt ihr „eigenes Süppchen kocht“.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Christian Marx (KV Frankfurt)

Ä4 zu Smart City: Mit digitalen Mitteln Demokratie fördern

Antragsteller*innen Christian Marx (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 63 bis 64 einfügen:

- den verantwortungsvollen und systematischen Einsatz von KI gemäß der deutschen Umsetzung der europäischen KI-Verordnung fördern, um Verwaltungsmitarbeiter*innen gezielt bei ihrer

Begründung

Auf Vorschlag der Antragskommision wurde der Ä1 aus Kapitel 8 zurückgezogen und in gekürzter Form hier eingebaut. Damit geht zwar der direkte Bezug zur Kostenersparnis im Haushalt verloren. Der Effekt wird aber durch den Einsatz der KI-Systeme gleichwohl erzielt.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä1 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 376 bis 377 einfügen:

- dafür einsetzen, dass es überall im Stadtgebiet kostenlos nutzbare Rechner mit Internet-Zugang bzw. Internet-Räume gibt. Dafür weiten wir das bestehende Angebot an PCs und Internet-Terminals der Stadtteilbibliotheken aus.

Begründung

Es schadet nicht, einen konkreten Umsetzungsvorschlag für eine gute Idee zu nennen.

Viele (alle?) Stadtteilbibliotheken bieten bereits zeitlich begrenzt nutzbare Internet-Terminals an. Einige stellen darüber hinaus auch Rechner mit Office-Programmen zur Nutzung zur Verfügung. Diese bestehenden Strukturen zu nutzen und auszubauen, ist gegenüber der Schaffung völlig neuer - unbekannter, weil im Entwurf nicht genannter - Strukturen wahrscheinlich effizienter.

Unterstützer*innen

Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

Ä2 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Nach Zeile 61 einfügen:

- Ehrenamtliches Engagement fordern, indem die Stadt als Arbeitgeber ehrenamtliches Engagement von Mitarbeitenden fördert und ermöglicht.
Zusätzlich kommunizieren wir der Frankfurter Wirtschaft klar die Wichtigkeit von Ehrenamt für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft und für persönliche Skills. Die Stadt setzt eine Kampagne für das Ehrenamt auf und baut die Ermäßigungen für Menschen mit Juleica aus.

Begründung

Forderungen aus dem Austausch der GJ mit ehrenamtlich aktiven Menschen aus Frankfurt und aus dem Austausch mit dem Frankfurter Jugendring.

Ä3 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Nach Zeile 403 einfügen:

Junge Geflüchtete werden wir besonders schützen, und keine Abschiebungen von Kindern / Jugendlichen unter 27 Jahren sowie von Familien zulassen. Wir bauen Ankommensstrukturen aus (Beratung / Schutz), sichern den Jugendmigrationsdienst und bauen diesen weiter aus, ermöglichen jugendgerechte Sprachkurse, bauen auf und fördern Jugendprojekte sowie stellen Endgeräte zur Förderung des digitalen Lernens zur Verfügung.

Junge Geflüchtete haben gleiche Rechte auf Kinderschutz in Unterkünften. Nur ohne eine Unterbringung in Hallen und die Bereitstellung von Jugendräumen können Kinderrechte garantiert und erfolgreiche Schularbeit und Ausbildung ermöglicht werden.

Unterstützer*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä4 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht

Antragsteller*innen

Sebastian Hakan Deckwarth (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 127 bis 130:

Quartiersmanager*in, haben, die auf besonders betroffene Menschen aktiv zugehen: auf ältere Menschen, psychisch Erkrankte, Studierende, Alleinerziehende usw.. ~~Einsamkeit zu bekämpfen, trägt auch zur Stärkung der sozialen Integration und Zusammengehörigkeit der gesamten Gesellschaft bei.~~

Einsamkeit zu bekämpfen, trägt zur Stärkung der sozialen Integration und des Zusammengehörigkeitsgefühls von Bürgerinnen und Bürgern bei - und verringert nebenbei einen unterschätzten Risikofaktor für politische Radikalisierung unter sich ausgegrenzt und orientierungslos fühlenden Menschen.

Begründung

Insgesamt freue ich mich, dass dem wichtigen Thema entsprechend meiner Eingabe im Programmprozess so viel Raum - und damit Priorität - gewährt wird.

Zur Änderung: Angesichts der akuten politischen Entwicklungen v.a. nach Rechts soll die Ergänzung die Möglichkeit dezidierter herausstellen, dass Einsamkeit das Gefühl sozialer Ausgrenzung und Orientierungslosigkeit verstärkt. Dadurch können Menschen anfälliger für extremistische Ideologien werden, die einfache Antworten und Zugehörigkeit versprechen. Radikale Gruppen nutzen dies bewusst aus. Der gesamte Satz sollte durch einen Absatz vom vorherigen getrennt werden, um keine unmittelbare gedankliche Verbindung zu den vorab genannten Gruppen herzustellen.

Unterstützer*innen

Christine Holch (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä5 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht

Antragsteller*innen AG Soziales und Gesundheit (dort
beschlossen am: 20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 141 bis 142:

- Arbeit besser vernetzen, zum Beispiel die Quartiersmanager*innen, Nachbarschaftshelfer*innen oder ~~Stadtbezirksvorsteher*innen~~Sozialbezirksvorsteher*innen.

Begründung

Richtige Funktionsbezeichnung

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä6 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht

Antragsteller*innen AG Soziales und Gesundheit (dort
beschlossen am: 20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 47 bis 51:

- soll es jeweils mindestens einen offenen, gut erreichbaren und barrierefreien Ort für günstiges Mittag- oder Abendessen geben. ~~Ältere Menschen, die dort nicht alleine hingelangen, und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen sollten die Möglichkeit erhalten, einen Fahrdienst zu nutzen.~~ Um das zu erreichen, sollen bereits bestehende Angebote weiterentwickelt werden, z.B. in Altenpflegeheimen die sog. Seniorenrestaurants oder Essensangebote in Familienzentren.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä7 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht

Antragsteller*innen AG Soziales und Gesundheit (dort
beschlossen am: 20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 283 bis 284 einfügen:

- mehr Jugendliche, die weder zur Schule gehen, noch in Ausbildung oder Beschäftigung sind, durch geeignete aufsuchende Hilfen erreichen.

Begründung

Es gibt schon aufsuchende Hilfen für die Zielgruppe. Es kann also nur um Ausbau und Passgenauigkeit gehen

Unterstützer*innen

Wendel Burkhardt (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä8 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht

Antragsteller*innen AG Soziales und Gesundheit (dort
beschlossen am: 20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 285 bis 286:

- **für die bereits bestehenden Angebote werbensichern und stärker bewerben:**
die Gesellschaft für Jugendbeschäftigung (gjb), die Frankfurter Jugendberufshilfe,
das

Begründung

Die genannten Vereine sind erfahrene und erfolgreiche Akteure in diesem Bereich.
Sie brauchen finanzielle Absicherung und Unterstützung bei der Bewerbung ihrer
Angebote und Maßnahmen.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä9 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht

Antragsteller*innen Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 5 bis 6 löschen:

Wir wollen ein **buntes**, vielfältiges Frankfurt, an dem alle Menschen selbstbestimmt teilhaben können – frei von Ausgrenzung, Diskriminierung und

Begründung

Wir sind vielfältig Punkt. Bitte den Begriff "bunt" in Bezug auf Menschen aus dem Wortschatz streichen, wir sind mittlerweile sprachlich drei Schritte weiter. :)

Ä11 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht

Antragsteller*innen Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 272 bis 280:

Wir wollen auch ältere Menschen, die noch arbeiten möchten, bei der Suche nach geeigneten Arbeitsplätzen unterstützen und sehen hier viel Potenzial. ~~Gleches gilt für die in Frankfurt besonders wichtige Gruppe sind von Menschen mit Migrationshintergrund: Sie haben teilweise selbst dann, wenn sie schon lange hier leben oder sogar hier geboren und Deutsche sind, Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Noch mehr gilt das für Geflüchtete und Menschen aus anderen EU Staaten.~~ Das gilt auch für Menschen mit Migrationsgeschichte, selbst wenn sie hier geboren wurden, Geflüchtete und Menschen aus anderen EU Staaten. Viele von ihnen haben mit Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt zu kämpfen.

Diese vulnerablen Gruppen brauchen besonders Unterstützung und Zugang niedrigschwellige Zugänge zum Arbeitsmarkt von AnfangBeginn an. Wir wollen auch die Integration von Menschen mit Schwerbehinderung in Arbeit

Unterstützer*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä12 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht

Antragsteller*innen Elke Voitl (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 365 bis 370:

- Wir werden beim Bund ein Pilotprojekt beantragen, um eine Clearingstelle und eine digitale Plattform einzuführen, auf der Nutzer*innen sich nur einmal anmelden müssen (an)melden müssen (Once-ONly-Prinzip). Danach werden sie auf alle ihre Ansprüche automatisch geprüft. Die Nutzer*innen können dann in diesem Rahmen erlauben, dass diese Daten gespeichert werden, und Anträge auf Basis der frei gegebenen Daten ausgefüllt werden. ~~Die Plattform macht Leistungsansprüche auf Knopfdruck sichtbar und entlastet auch in die Verwaltung Wege geleitet werden.~~

Unterstützer*innen

Michael Falk (KV Frankfurt), Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

Ä13 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht

Antragsteller*innen Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 342 bis 343 einfügen:

- Wohnungslosigkeit bedroht sind, möglichst früh helfen kann, muss die Kooperation und Kommunikation zwischen den Behörden noch besser werden.

Ä1 zu Stadt für jedes Alter: Sozialpolitik für Generationsgerechtigkeit

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Von Zeile 23 bis 24 einfügen:

- kulturelle und politische sowie integrationsfördernde Bildung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit etablieren. Die Stadt Frankfurt soll einen "Fördertopf" für das Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) einrichten, der neue migrantische Vereine mit Startgeld Unterstützung sowie der Organisationsentwicklung bietet. Dabei muss eine transparente Vergabepraxis den Grundbaustein bilden.

Begründung

Köln vergibt bereits erfolgreich über einen zentralen Fördertopf Stadtgelder und bietet Coaching für neue Projekte, die Nachhaltigkeit der Initiativen stärken und besitzt feste Strukturen, in denen migrantische Vereine beteiligt sind.

Ä2 zu Stadt für jedes Alter: Sozialpolitik für Generationsgerechtigkeit

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Nach Zeile 27 einfügen:

- 2 Vollzeitäquivalente an Fachpersonal je Einrichtung der OKJA. Aufbau bzw. Aufstockung gemäß den identifizierten Bedarfen aus den Lebenslage-Karten des Bündnisses gegen Kinderarmut. Zusätzliche Zuschüsse für die Einrichtungen für den Ausbau politischer Bildung, zu Umsetzung von Inklusion und für medienpädagogische Angebote

Nach Zeile 29 einfügen:

- junge Menschen fördern indem wir psychologische Betreuung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Erziehungshilfe und -beratung ermöglichen, die Erziehungsberatungsstellen fördern und Dolmetscher finanzieren, die Jugendhilfe an Grundschulen und Gymnasien ausbauen.
- ein kostenloses RMV-Ticket für alle Schüler*innen und Frankfurt Pass Inhaber*innen ermöglichen
- die Gesundheit fördern, insbesondere durch den Bau weiterer Schwimmbäder und deutlich mehr Schwimmkurse
- Jugendverände fördern, durch Zuschüsse für den FJR um eine queere Jugend-Selbstorganisation aufzubauen, zusätzliche Mittel für die Umsetzung von Inklusion zur Verfügung stellen und zusätzliche Mittel für neu entstehende und entstandene Selbstorganisationen junger Menschen zur Verfügung stellen
- mit der Jugend gemeinsam Politik machen, indem wir ein Jugendparlament und Jugendräte einrichten, Beteiligung auch auf der Stadtteilebene erlebbar machen und junge Menschen in alle politischen Entscheidungen ihrer Stadt einbeziehen.
- das Personal des Stadtschüler*innenrats auf drei Stellen aufstocken (GF, Pädag. Referent*in, Sachbearbeitung)
- Armut von Kindern gezielt bekämpfen, basierend auf den Informationen der

Lebenslage-Karte

Begründung

Durch den Austausch mit anderen Frankfurter Jugendorganisationen und dem Frankfurter Jugendring entstandene Forderungen.

Unterstützer*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä3 zu Stadt für jedes Alter: Sozialpolitik für Generationsgerechtigkeit

Antragsteller*innen AG Soziales und Gesundheit (dort
beschlossen am: 20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 25 bis 27:

- **offene Jugendsozialarbeit sichern und ausbauen** ~~- durch~~ Investition in die Gebäudeunterhaltung und Modernisierung der Einrichtungen, Abbau von Barrieren und eine bedarfsgerechte Personalausstattung.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä4 zu Stadt für jedes Alter: Sozialpolitik für Generationsgerechtigkeit

Antragsteller*innen AG Soziales und Gesundheit (dort
beschlossen am: 20.10.2025)

Antragstext

Nach Zeile 29 einfügen:

- die spezifischen Bedarfe für Mädchen und junge Frauen im Blick behalten und die Angebote für sie weiter ausbauen.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä5 zu Stadt für jedes Alter: Sozialpolitik für Generationsgerechtigkeit

Antragsteller*innen Elke Voitl (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 45 bis 49:

- ~~Wege suchen, um Familien auf Hilfe aktiv aufmerksam zu machen, z.B. nach der Geburt eines Kindes. Hier könnte die Familie automatisch von den zuständigen Ämtern kontaktiert werden und Informationen dazu erhalten, welche Hilfen ihr zusteht. Die Leistungen werden den Eltern aktiv angeboten und die Antragstellung unterstützt.~~
- Familien werden aktiv auf Hilfsangebot aufmerksam geemacht, insbesondere direkt nach der Geburt eines Kindes. Die Praxis, dass alle Familien mit Neugeborenen vom Sozialdezernat angeschrieben werden, direkte Beratungsangebote in ihrem Quartier bekommen und zu den Willkommenstagen in die Angebote der Familiennetzwerke eingeladen werden, wird beibehalten. Darüber hinaus wird das Angebot der Babylotsen, die Familien mit besonderen Bedarfen ab dem Zeitpunkt der Geburt begleiten, ausgebaut.

Unterstützer*innen

Michael Falk (KV Frankfurt), Wendel Burkhardt (KV Frankfurt)

Ä1 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller*innen Kilian Vitt (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 155 bis 156:

- mindestens eine **5%15%-Quote** für Studierende und Auszubildende bei allen Neubauprojekten der ABG und Nassauischen Heimstätte durch freiwillige

Begründung

Auch wenn Studis und Azubis nur 5% der Bevölkerung ausmachen, sind sie unter den Wohnungssuchenden überproportional vertreten.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä2 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller*innen Kilian Vitt (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 132 bis 133:

- lokale **Unternehmen****Handwerksunternehmen** als Partner **für**
Aufstockungen gewinnen und gezielt Wohnen für Beschäftigte fördern, um den allgemeinen Wohnungsmarkt zu entlasten.

Begründung

konkretisiert

Ä3 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller*innen Kilian Vitt (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 116 einfügen:

- 50.000 neue öffentliche geförderte Wohnungen in den nächsten 20 Jahren mit Mitpreisbindungen von mindestens 50 Jahren bauen.

Begründung

Frankfurt verfügt aktuell über nur rund 28.000 Sozialwohnungen - in Hinblick auf die aktuelle Entwicklung muss bereits jetzt groß gedacht werden, um die weitere Verarmung der Frankfurter*innen zu stoppen.

Unterstützer*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä4 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller*innen Kilian Vitt (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 180 einfügen:

- einen Frankfurt-spezifischen kommunalen Mietendeckel etablieren, indem wir die Mietensenkung bei der ABG auf Anspruchberechtigte ohne Sozialwohnung ausweiten und eine generelle Beschränkung auch für geförderte Wohnungen durchsetzen.
- den Ankauf / die Enteignung von Wohnungsbeständen großer Wohnungskonzerne ermöglichen, welche in den letzten 15 Jahren mit außerordentlich hohen Mietsteigerungen aufgefallen sind. Die Wohnungen gehen in den Bestand der ABG über.

Begründung

Die Forderungen sind das Ergebnis des Dialogs mit Bürger*innen von Dein Wunsch für Frankfurt, bei dem der Reallohnrückgang durch Mieterhöhungen großer Aktiengesellschaften ein verbindernder Punkt war.

Unterstützer*innen

David Vydra (STG 8), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä5 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller*innen Kilian Vitt (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 167 bis 169 einfügen:

- Verbänden schmieden, die als Finanzierungspartner und Träger fungieren. Mit dem Azubiwerk wollen wir in den kommenden 10 Jahren mindestens 2500 bezahlbare Wohnplätze für Auszubildende schaffen. Hierfür setzen wir auf den Neubau von klimaneutralen Azubiwohnheimen. Wir achten auf einen sozialverträglichen Übergang nach abgeschlossener Ausbildung.

Begründung

Laut Machbarkeitsstudie fehlen in Frankfurt mind. 1900 Wohnheim Plätze für Azubis. Die Azubis mit denen wir als Grüne Jugend geredet haben, beklagen Pendelzeiten von oft über einer Stunde. Ebenso klagen viele Kleingewerbe in der Innenstadt über fehlendes Personal und insbesondere Azubis, da diese durch die Mietpreise verdrängt wurden.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä8 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller*innen Philipp Magiera (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 109 bis 110:

- außerhalb des schon bebauten Gebiets, wie dem neuen Stadtteil der Quartiere vorantreiben, nur dann vorantreiben, wenn sie höchsten sozialen und ökologischen Stadtentwicklungsstandards entsprechen und die Versiegelung minimiert wird.

Begründung

Dieser Passus widerspricht dem in A4 geforderten Nettonullprinzip, was die Versiegelung von Flächen angeht. So viel Fläche, wie bspw. im Stadtteil der Quartiere versiegelt werden wird, kann Frankfurt gar nicht parallel entsiegeln. Daher sollte mit Planungen auf bisher unbebauten Flächen zugunsten von Wasserhaushalt und Stadtklima äußerst restriktiv umgegangen werden.

Unterstützer*innen

Christine Holch (KV Frankfurt), David Vydra (STG 8)

Ä9 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller*innen Martina Feldmayer (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 181 bis 182:

- ~~uns dafür einsetzen, dass auf Landesebene die Möglichkeit erhalten bleibt, als Kommune einen Umwandlungsvorbehalt geltend zu machen.~~
- Uns auf Landesebene einsetzen, damit das Vorhaben den Genehmigungsvorbehalt abzuschaffen, den die Stadt aktuell noch zur Verhinderung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen hat, nicht umgesetzt wird. Außerdem soll es auch in Milieuschutzgebieten nach dem Willen des Landes nicht mehr möglich sein, den Genehmigungsvorbehalt zu nutzen. Dies muss verhindert werden. Auch gegen die Verkürzung der Kündigungssperfrist auf 6 Jahre setzen wir uns ein. Wir wenden uns gegen alle Versuche des Landes, die kommunalen Instrumente zur Mietenbegrenzung und gegen Verdrängung zu beschneiden. Das Vorhaben der Landesregierung, die Mietpreisbremse nur um ein Jahr zu verlängern ist ebenso zu verhindern.

Begründung

Die Landesregierung lässt die Mieter*innen im Stich und nimmt der Stadt Frankfurt die wesentlichen Instrumente zum Schutz der Mieter*innen gegen exorbitante Mieten und Verdrängung aus der Hand. Dies wollen wir nicht zulassen.

Unterstützer*innen

Michael Falk (KV Frankfurt)

Ä10 - Abstimmung zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen Wohnen (dort
beschlossen am: 23.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 93 bis 96:

- ~~den Baulandbeschluss konsequent anwenden. Den öffentlichen Wohnungsbau-gesellschaften, wie der ABG und der Nassauischen Heimstätte kommt dabei eine besondere wohnungspolitische Rolle zu, die sie auch erfüllen sollen.~~
- den Frankfurter Baulandbeschluss mit seinen verbindlichen Quoten konsequent bei allen neuen Bebauungsplänen anwenden, zu gegebener Zeit evaluieren und weiterentwickeln. Unser Ziel ist ein „Frankfurter Baukasten“ für bezahlbares Wohnen und gute Stadtentwicklung nach dem Vorbild München. Sofern sich die Situation der Wohnungsbau-branchen entspannt, soll es für öffentliche und private Projektentwickler*innen verbindliche Quoten von 50% für den sozialen Wohnungsbau (35 % für den 1. und 15% für den 2. Förderweg), 15 % für gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte nach Konzeptverfahren, 5 % für u.a. Studierende, Auszubildende, weitere Personen mit dringendem Wohnungsbedarf sowie 10 % für freifinanzierten Mietwohnungsbau geben.

Begründung

Der Baulandbeschluss ist ein wichtiges Mittel, um für eine soziale Durchmischung in neuen Baugebieten zu sorgen. Die Anhebung der Quote auf 50% entspricht dem Bedarf. 49% aller Miethaushalte haben den Anspruch auf eine Sozialwohnung und weitere 18% auf eine geförderte Wohnung nach dem zweiten Förderweg. Die Erhöhung stand schon im Koa-Vertrag der Wahlperiode 2021-16. Wegen der steigenden Baukosten und Zinsen wurde diese aber aufgeschoben. Wir sollten daran festhalten.

Ä10 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen, Wohnen (dort beschlossen am: 23.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 7 bis 9 einfügen:

Grüne Politik steht für gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik. Wir setzen uns für mehr sozialen Wohnungsbau ein. Frankfurt braucht wieder mehr Sozialwohnungen und weitere bezahlbare Wohnungen, sowohl im Bestand als auch im Neubau. Jede*r, der in Frankfurt arbeitet und lebt, und nach den Einkommensgrenzen Anspruch auf eine Sozialwohnung hätte, soll eine leistbare Wohnung in Frankfurt finden können.

Von Zeile 30 bis 31 einfügen:

- selbstverständliche und attraktive Option für alle sein, die sich nach echter Nachbarschaft und gemeinsamer Verantwortung sehnen.Wir fördern gemeinschaftliche Wohnungen verschiedenster Art und für unterschiedliche Zielgruppen im Miet- und Genossenschaftswohnungsbau, sowie durch die GIMA.

Nach Zeile 44 einfügen:

- die städtischen Fördermittel für bezahlbares Wohnen und Sozialwohnungen deutlich erhöhen.

Von Zeile 93 bis 96:

- ~~den Baulandbeschluss konsequent anwenden. Den öffentlichen Wohnungsgesellschaften, wie der ABG und der Nassauischen Heimstätte kommt dabei eine besondere wohnungspolitische Rolle zu, die sie auch erfüllen~~

sollen.

- den Frankfurter Baulandbeschluss mit seinen verbindlichen Quoten konsequent bei allen neuen Bebauungsplänen anwenden, zu gegebener Zeit evaluieren und weiterentwickeln. Unser Ziel ist ein „Frankfurter Baukasten“ für bezahlbares Wohnen und gute Stadtentwicklung nach dem Vorbild München. Sofern sich die Situation der Wohnungsbaubranche entspannt, soll es für öffentliche und private Projektentwickler*innen verbindliche Quoten von 50% für den sozialen Wohnungsbau (35 % für den 1. und 15% für den 2. Förderweg), 15 % für gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte nach Konzeptverfahren, 5 % für u.a. Studierende, Auszubildende, weitere Personen mit dringendem Wohnungsbedarf sowie 10 % für freifinanzierten Mietwohnungsbau geben.
- ein „Frankfurter Bündnis für Wohnen“ gründen. Alle größeren Akteure auf dem Wohnungsmarkt (Bau und Vermietung) sollen sich gemeinsam freiwillig verpflichten, Wohnungen zu bauen, Anteile an Wohnungen entsprechend des Baulandbeschlusses für geförderte Wohnungen, studentisches Wohnen, Wohnen für Azubis und gemeinschaftliches Wohnen zur Verfügung stellen und Sozialwohnungen dauerhaft als solche vermieten. Dies gilt ab der Realisierung von 30 Wohnungen, auch wenn hierfür kein neues Planungsrecht geschaffen werden muss.
- den Frankfurt-Standard für bezahlbares Wohnen etablieren: im Wohnungsneubau entwickeln wir einen „Frankfurt-Standard“ zur Kostenreduzierung, der die Baukosten deutlich senkt und Miethöhen festsetzt. Der Vorschlag wird im Vorfeld durch ein breit aufgestelltes Gremium entwickelt, indem die Interessen aller relevanten Stakeholder einbezogen werden.

Von Zeile 111 bis 112 löschen:

- Wohnungstausch für lebensphasen-gerechtes Wohnen im heimischen Stadtteil anregen und koordinieren.

Nach Zeile 180 einfügen:

- uns für eine Einstufung von Wuchermieten als Offizialdelikt einsetzen, das von Amts wegen verfolgt werden kann.

Begründung

Der Erhalt und die Ausweitung des bezahlbaren Wohnens wollen wir durch genannte Strategien erreichen. Selbst wenn der Baulandbeschluss nicht greift, brauchen wir verbindliche Quoten. Das soll durch ein Frankfurter Bündnis für Wohnen erreicht werden. Hamburg hat es schon vorgemacht. Frankfurt ist bereits Vorreiterin beim Kampf gegen Wuchermieten (§5 Wirtschaftsstrafgesetz). Hier brauchen wir endlich eine Ausweitung der rechtlichen Regelung von Bundesebene. Mit dem Frankfurt-Standard schaffen wir einheitliche Regelung für günstiges Bauen ohne, dass wichtige Anforderungen, wie z.B. für die Barrierefreiheit und Klimaschutz, vernachlässigt werden. Gemeinschaftliches und Genossenschaftliches Wohnen ist eine wichtige Säule für bezahlbaren Wohnraum. Ein anderer sind genügend verfügbare Sozialwohnungen. Dafür müssen ausreichend Fördermittel bereit gestellt werden.

Ä11 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller*innen Johannes Lauterwald (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 44 einfügen:

- jede freiwerdende freifinanzierte Wohnung der ABG übernehmen wir in die Mietpreisbindung. Belegungsrechte kaufen wir an und verlängern diese rechtzeitig.

Von Zeile 183 bis 184 einfügen:

- auf Bundesebene die Möglichkeit längerfristiger, dauerhafter (mind. 50 Jahre) und nicht vorzeitig ablösbarer Sozialbindungen einfordern.

Begründung

Auslaufende Bindung sind ein Problem für den sozialen Wohnungsbau. Die Vereinbarung mit der ABG freiwerdende, freifinanzierte Wohnungen der ABG in die Mietpreisbindung zu übernehmen, gilt nur für jede Vierte. In den letzten 3,5 Jahren konnten dadurch 1800 Wohnungen gesichert werden. Dies kann jedoch ausgebaut werden.

Unterstützer*innen

Brigitte Abraham (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä12 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller*innen Johannes Lauterwald (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 60 bis 61 einfügen:

- Wohnungsbaugesellschaft ABG und der Nassauischen Heimstätte bei Mieterhöhungen (durchschnittlich 1% p.a.) erneut verlängern und eine Beschränkung der Modernisierungsumlage einfügen.
- Die ABG nach den Prinzipien der Gemeinnützigkeit ausrichten. Sofern die Bundesregierung die Neue Wohngemeinnützigkeit durch Investitionskostenzuschüsse attraktiv macht, werden wir dafür sorgen, dass die ABG diese in Anspruch nimmt.

Von Zeile 187 bis 188 einfügen:

- Stadtverordnetenversammlung einsetzt. Bei wohnungspolitischen Maßnahmen soll er gehört werden. Zudem wird zur Demokratisierung der ABG ein gesonderter Mieter*innenbeirat eingesetzt, der sich gegenüber Geschäftsführung und Aufsichtsrat positioniert.

Begründung

Die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, insbesondere die städtische ABG, haben eine besondere Verantwortung. Die Chancen der Neuen Wohngemeinnützigkeit sollte die ABG nutzen. Zukünftig sollte der Mietenstopp auch eine Modernisierungskomponente beinhalten, der Bestandssanierungen sozial verträglich gestaltet. Auf einem angespannten Markt wie Frankfurt ist die Einrichtung eines Mieter*innenbeirats eine Möglichkeit um die Mieter*innen an der Gestaltung ihres Wohnraums teilhaben zulassen und für Akzeptanz sowie für erschwingliche Mieten zu sorgen.

Unterstützer*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä13 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller*innen Johannes Lauterwald (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 74 einfügen:

- bei der ABG und der NH die bei der Wohnungsbewerbung anzugebenen Daten auf das notwendige Minimum reduzieren.

Begründung

Vermeidung von Diskriminierung bei der Wohnungsvergabe.

Unterstützer*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä14 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller*innen Christine Holch (KV Frankfurt)

Antragstext

In Zeile 105 einfügen:

- Büros in Wohnungen umwandeln und große Parkplätze doppelnutzend überbauen.

Begründung

Die Doppelnutzung von Parkflächen vermeidet weitere Versiegelung. In München wurde z.B. der Parkplatz beim Dantebad mit 100 Wohnungen überbaut (Stelzenbauweise), die Stadt hat weitere städtische Parkflächen freigegeben zur Überbauung, die städtische Wohnungsbaugesellschaft ist mit Discountern im Gespräch

Ä15 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller*innen Johannes Lauterwald (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 152 bis 154 einfügen:

- das „Frankfurter Programm zur Wohnraumförderung“ als Basis für mehr bezahlbaren Wohnraum konsequent anwenden und dafür die Fördermittel aufstocken, um bedarfsdeckend preisgünstige Wohnheimplätze zu schaffen.

Von Zeile 158 bis 160 einfügen:

- eine 5%-Quote im aktualisierten Baulandbeschluss für neu entwickelte Baugebiete oder bereitgestellte Flächen verankern, auf denen das Studierendenwerk bauen kann und Azubi-Wohnheime errichtet werden können.

Von Zeile 164 bis 169:

- auch für Auszubildende den Wohnungsbau deutlich verstärken und die Gründung eines Frankfurter Azubiwerks nach Münchener Vorbild vorantreiben. Hierzu werden wir strategische Partnerschaften mit Unternehmen, Kammern, dem DGB und Verbänden schmieden, die als Finanzierungspartner und Träger fungieren. Mit dem Azubiwerk wollen wir in den kommenden 10 Jahren die mindestens 500 bezahlbare 1.900 notwendigen, bezahlbaren Wohnplätze für Auszubildende schaffen.
- Studierenden- und Azubiwohnheime im Passivhausstandard oder gemäß unseren Klimaneutralitätszielen errichten.

Begründung

Bezahlbarer Wohnraum für junge Menschen in Ausbildung wird dringend gebraucht.

Während es für Studierende schon Wohnheime gibt, sind diese für Azubis bisher noch nicht realisiert worden. Eine Machbarkeitsstudie hat einen Bedarf von mind. 1.900 Wohnheimplätzen ergeben. Dem wollen wir gerecht werden. Die Gründung des Azubi-Werks ist dafür ein wichtiger Schritt. Diese Neubauten müssen selbstverständlich den Klimaneutralitätszielen der Stadt entsprechen und bestenfalls im Passivhausstandard errichtet werden. Eine Verankerung einer 5% Quote im Baulandbeschluss würde ebenso helfen, wie die Bereitstellung von ausreichend Fördermitteln.

Unterstützer*innen

Christine Holch (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä16 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller*innen Johannes Lauterwald (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 112 einfügen:

- minderjähriges und generationsübergreifendes Wohnen in den Fokus nehmen

Von Zeile 132 bis 133 einfügen:

- **lokale Unternehmen als Partner gewinnen** und gezielt Wohnen für Beschäftigte fördern, um den allgemeinen Wohnungsmarkt zu entlasten.Wir befürworten die Gründung von Werkwohnungsgenossenschaften.

Begründung

Werkwohnungsgenossenschaften sorgen für langfristigen bezahlbaren Wohnraum und sorgen für demokratische Mitbestimmung. Minderjähriges, sog. U18-Wohnen, läuft oft unter dem Radar. Dies betrifft junge Menschen, die früh aus dem eigenen Elternhaus ausziehen, z.B. um eine Ausbildung zu beginnen.

Generationsübergreifendes Wohnen reduziert laufende Kosten einer Betreuungsperson. Gegenseitige Unterstützung kann angeboten werden und der vorhandene Wohnraum wird effizient ausgenutzt.

Unterstützer*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä17 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller*innen Johannes Lauterwald (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 129 einfügen:

- eine Untergesellschaft bei der ABG für gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen gründen.
- die Abgabe/Verkauf von Grundstücken öffentl. Wohnungsbauunternehmen an gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte anregen, wenn solche für diese nicht rentabel sind, aber auf denen genossenschaftliche und gemeinschaftliche Wohngruppen bauen könnten.

Begründung

Bisher gab es Probleme bei der Entwicklung von Projekten für Gemeinschaftliches und Genossenschaftliches auf ABG-Grundstücken. Wirtschaftlichkeit für Wohnungsunternehmen beginnt oft ab 50 Wohneinheiten. Durch das zur Verfügung stellen von Flächen werden G+G-Projekte gestärkt.

Unterstützer*innen

Christine Holch (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä18 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller*innen Johannes Lauterwald (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 191 bis 195:

- ~~das „Faire-Mieten-Gesetz“ der Grünen Bundestagsfraktion uns auf Bundesebene für ein echtes soziales Mietrecht unterstützen einsetzen.~~ Für den Schutz von Mieter*innen ist es dringend notwendig, die Mietpreisbremse zu erhalten, Ausnahmen für neue und möblierte Wohnungen abzubauen und die Möglichkeit zur Mieterhöhung bei bestehenden Mietverträgen einzuschränken.Außerdem sollten das kommunale Vorkaufsrecht wieder angewandt werden können, Bodenwertsteigerungen abgeschöpft und der Betrachtungszeitraum des Mietspiegels verlängert sowie unveränderte, preisstabile Mietverträge in Bestandsimmobilien miteinbezogen werden.

Begründung

Was im Faire-Mieten-Gesetz drin steht, ist nicht bekannt. D.h. niedrigschwellig nicht verständlich, was wir uns von Bundesebene wünschen. Für die Anwendung des kommunalen Vorkaufsrecht fehlt derzeit die Rechtsgrundlage. Die Wiedereinführung wird von zahlreichen Kommunen, so auch Frankfurt, gefordert, da dies ein hilfreiches Instrument gegen Gentrifizierung war.

Bodenwertsteigerungen resultieren aus der wirtschaftlichen Lageattraktivität, sollten damit aber auch der Gemeinschaft wieder zugutekommen, die diese erwirtschaftet hat.

Der Mietspiegel (sog. ortsübliche Vergleichsmiete) ist nach derzeitiger Ausgestaltung, es zählen die Neu- und Wiedervermietungen der letzten sechs Jahre, ein „Mieterhöhungsspiegel“ und führt zu immer höheren Mieten, da Bestandsverträge, die sich über Jahre nicht verändert haben und wo Mieten niedrig geblieben sind, nicht einberechnet werden.

Unterstützer*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä19 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Von Zeile 95 bis 96 einfügen:

- kommt dabei eine besondere wohnungspolitische Rolle zu, die sie auch erfüllen sollen.Bei der Fortschreibung des Baulandbeschlusses sollen folgende Quoten gelten: 60 % für den sozialen Wohnungsbau (40% für den ersten und 20% für den zweiten Förderweg), 15 % für gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte nach Konzeptverfahren, 5 % für Studierende, Azubis und weitere Personen mit dringendem Wohnungsbedarf (z.B. Geflüchtete, Frauen aus Frauenhäusern und Obdach-/Wohnungslose) und 15% für den frei finanzierten Mietwohnungsbau.

Begründung

Änderung parallel zum Kapitel 6 (Zeile 213-216). Daher gleichlautende Begründung:
Unsere Forderung im letzten Kommunalwahlprogramm. Im Koa-Vertrag wurden daraus 50%. Aufgrund der ansteigenden Baukosten und der Baukrise allerdings nicht umgesetzt. Mittlerweile gibt es nur noch ca. 28.000 Sozialwohnungen in Frankfurt und der Bedarf weiter ungebrochen hoch. Von den Frankfurter Miethaushalten haben 49% Anspruch auf eine sozial geförderte Wohnung nach dem ersten Förderweg und weitere 18% über den 2. Förderweg.

Unterstützer*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä20 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 74 einfügen:

- die Vergabekriterien für Sozialwohnungen durch städtische Wohnungsbaugesellschaften evaluieren und anpassen, damit besonders vulnerable Gruppen stärker berücksichtigt werden.

Unterstützer*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä1 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Von Zeile 133 bis 134:

- **die sehr hohen Investitionsmittel ein Sondervermögen über 2,5 Mrd Euro für den Schulbau und die Schulsanierungen schnell und effizient nutzen.** Dazu brauchen wir eine

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä2 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Von Zeile 185 bis 186 einfügen:

- dafür Sorge tragen, dass Demokratiebildung fester Bestandteil von Unterricht und Schulalltag wird.Im Zuge dessen wollen wir das Modell Schüler*innenhaushalt einführen, bei dem sich Schulen für ein begrenztes Budget bewerben können, über dessen Verwendung die Schüler*innen demokratisch entscheiden; organisiert und begleitet von einem zuständigen Dezernat der Stadt.

Ä3 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

In Zeile 193 einfügen:

- Erzieher*innen und Lehrer*innen Fortbildungen zu Demokratiebildung,
Rechtsextremismus, politische Neutralität und Beutelsbacher Konsens
anbieten.

Ä4 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Nach Zeile 100 einfügen:

- die personellen Voraussetzungen für den Ganztag schaffen, indem wir die pädagogische Betreuung analog der Horte gestalten.
- Angebote von Jugendverbänden und der OKJA in Ganztagschulen fördern

Von Zeile 189 bis 190 einfügen:

- finanziell und ideell fördern werden. Öffentliche Gremien wie die Ortsbeiräte sollten regelmäßig in verschiedenen Schulen tagen. Kinder und Jugendliche sollen generell an allen Entscheidungen beteiligt werden, die die Schule betreffen.

Begründung

Forderungen entstanden aus dem Austausch der Grünen Jugend Frankfurt mit Jugendverbänden, Kindern und Jugendlichen.

Ä5 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen Christine Rückert (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 197 bis 206:

*

~~Rückenwind für digitale Bildung an Schulen~~

Kritisch und kreativ mit mehr Medienkompetenz

~~Wir wollen Frankfurt zur Vorreiterin bei der digitalen Bildung machen. Mit den erforderlichen Geräten sind viele Schulen bereits ausgestattet. Nun gilt es, deren sinnvollen Einsatz zu festigen. Es mangelt aber an praktikablen Regeln, an der Administration durch Fachpersonal und einer an den Unterrichtsinhalten orientierten Fortbildung des Lehrkörpers.~~

Mediale Kommunikation wird in unserer Gesellschaft immer wichtiger und ist im Alltag allgegenwärtig. Der digitale Raum ist neben (eingefügt) dem analogen Raum längst zu einer Realität verwoben. Das macht Medienbildung immer bedeutender. Sie ist unabdingbar für die gesellschaftliche Teilhabe sowie die individuelle Selbstverwirklichung. umfasst sämtliche Medien und betrifft alle Altersgruppen.

~~Wir Grüne wollen digitale Bildung sozial und ökologisch nachhaltig voranbringen. Dabei begreifen wir die Digitalisierung an Bildungseinrichtungen auch als wertvolle Möglichkeit, Inklusion und Teilhabe für alle zu fördern.~~

Medienbildung trägt dazu bei, dass Menschen Medien lesen und verstehen, sie kritisch hinterfragen und Desinformationen erkennen können. Darüber hinaus vermittelt Medienbildung viele Fähigkeiten, um Medien selbst einzusetzen – von Bildgestaltung bis Filmproduktion. Das bewegte Bild (statt Bewegtbild) wird immer wichtiger. Der eigene kreative Einsatz trägt auch zum besseren Verständnis bei. Schließlich gehört zur Medienkompetenz auch die Kenntnis der Bandbreite und Eignung von Medien.

Medienbildung fördert grundsätzlich eine kritische Haltung und schützt im Effekt Gesellschaft und Demokratie vor Manipulation und Deep Fakes. Eine wichtige Zielgruppe von Medienbildung sind Eltern und Lehrkräfte, die Medien beurteilen können müssen und

auch mit Bewusstsein als Mittel der Vermittlung einsetzen.

Von Zeile 208 bis 211:

- ~~die digitale Ausstattung und deren Einsatz im Unterricht vorantreiben und Frankfurt zur Vorreiterin bei der digitalen Bildung machen. Dafür statthen wir alle Schulen und Lernräume mit digitalen Lernmitteln aus und fördern digitale Kompetenzen ab der Grundschule.~~
- die Zusammenarbeit von Schulen mit dem Medienzentrum Frankfurt weiter ausbauen und fördern.
- problembasiertes Lernen und den Einsatz von Medien als Kollaborationstools fördern.
- die Medienkompetenz zum kritischen Umgang mit Deep Fakes, Chatbots und KI intensiv fördern.
- die Bild- und Filmkompetenz gezielt fördern, um sowohl Desinformationen besser zu erkennen, als auch um Medien selbst nutzen zu lernen. Dazu fördern wir die Vernetzung der Frankfurter Kultur- und Bildungseinrichtungen.
- die vorbildliche Arbeit des AK Medien weiter unterstützen. Der Arbeitskreis widmet sich vor allem der Medienbildung von Kindern und Jugendlichen.

**

- uns dafür einsetzen, das Angebot an Medienbildung für Lehrkräfte und Eltern zu verbessern.
- uns dafür einsetzen, dass es ein besseres Medienbildungsangebot für alle Bürger gibt. Dazu wollen wir die Akteur*innen im Bereich Medienbildung und Erwachsenenbildung an einen Tisch holen und eine Initiative nach dem Vorbild des AK Medien schaffen.

Rückenwind für digitale Bildung an Schulen

Wir wollen Frankfurt zur Vorreiterin bei der digitalen Bildung machen. Mit den erforderlichen Geräten sind viele Schulen bereits ausgestattet. Nun gilt es, deren sinnvollen Einsatz zu festigen. Es mangelt aber bisher an praktikablen Regeln, an der Administration durch Fachpersonal und einer an den Unterrichtsinhalten orientierten Fortbildung des Lehrkräften.

Wir Grüne wollen digitale Bildung sozial und ökologisch nachhaltig voranbringen. Dabei begreifen wir die Digitalisierung der Bildungseinrichtungen auch als wertvolle Möglichkeit, Inklusion und Teilhabe für alle zu fördern.

Wir werden...

- die digitale Ausstattung und deren Einsatz im Unterricht weiterhin

vorantreiben und Frankfurt zur Vorreiterin bei der digitalen Bildung machen. Dafür
statten wir alle Schulen und Lernräume bedarfsgerecht mit digitalen Lernmitteln
aus, sorgen für Support und Pflege und fördern digitale Kompetenzen ab der
Grundschule.

Von Zeile 223 bis 225 einfügen:

- Lehrkräfte optimal auf den digitalen Unterricht vorbereiten. Deshalb intensivieren wir die Kooperation mit Universitäten, Hochschulen und der Bildungsforschung. Wir setzen uns für mehr Medienkompetenz, vielfältige

Von Zeile 228 bis 234:

- ~~eine städtische Plattform für Schulen und Lehrkräfte einrichten~~, auf der alle wichtigen Informationen für die pädagogische Praxis gebündelt zu finden sind: von Formularen, einer Übersicht aller Fristen (beispielsweise zur Meldung von pädagogischem Förderbedarf) sowie beispielhafte Abläufe und Vorgehensweisen (z.B. beim Übergang von Jahrgangsstufe 4 zu 5) oder Budget-Übersichten und ihre Verwendungszwecke. Dazu gehören auch alle relevanten Informationen des Hessischen Kultusministeriums.
- hier ist ein Abschnitt gelöscht, uns war die Notwendigkeit einer Plattform auf Frankfurter Ebene nicht klar, es gibt das "Schulportal Hessen"

Von Zeile 384 bis 419 löschen:

Kritisch und kreativ mit mehr Medienkompetenz

~~Mediale Kommunikation wird in unserer Gesellschaft immer wichtiger und ist im Alltag allgegenwärtig. Der digitale Raum ist mit dem analogen Raum längst zu einer Realität verwoben. Das macht Medienbildung immer bedeutender. Sie ist unabdingbar für die gesellschaftliche Teilhabe sowie die individuelle Selbstverwirklichung, umfasst sämtliche Medien und betrifft alle Altersgruppen.~~

~~Medienbildung trägt dazu bei, dass Menschen Medien lesen und verstehen, sie kritisch hinterfragen und Desinformationen erkennen können. Darüber hinaus vermittelt Medienbildung viele Fähigkeiten, um Medien selbst einzusetzen – von Bildgestaltung bis~~

Filmproduktion. Bewegtbild wird immer wichtiger. Der eigene kreative Einsatz trägt auch zum besseren Verständnis bei. Schließlich gehört zur Medienkompetenz auch die Kenntnis der Bandbreite und Eignung von Medien. Medienbildung fördert grundsätzlich eine kritische Haltung und schützt im Effekt Gesellschaft und Demokratie vor Manipulation und Deep Fakes. Eine wichtige Zielgruppe von Medienbildung sind Eltern und Lehrkräfte, die Medien beurteilen können müssen und auch mit Bewusstsein als Mittel der Vermittlung einsetzen.

Wir werden...

- ~~die Zusammenarbeit von Schulen mit dem Medienzentrum Frankfurt weiter ausbauen und fördern.~~
- ~~problembasiertes Lernen und den Einsatz von Medien als Kollaborationstools fördern.~~
- ~~die Medienkompetenz zum kritischen Umgang mit Deep Fakes, Chatbots und KI intensiv fördern.~~
- ~~die Bild- und Filmkompetenz gezielt fördern~~, um sowohl Desinformationen besser zu erkennen, als auch um Medien selbst nutzen zu lernen. Dazu fördern wir die Vernetzung der Frankfurter Kultur- und Bildungseinrichtungen.
- ~~die vorbildliche Arbeit des AK Medien weiter unterstützen~~. Der Arbeitskreis widmet sich vor allem der Medienbildung von Kindern und Jugendlichen.
- ~~uns dafür einsetzen, dass es ein besseres Medienbildungsangebot für Erwachsene gibt~~. Dazu wollen wir die Akteur*innen im Bereich Medienbildung und Erwachsenenbildung an einen Tisch holen und eine Initiative nach dem Vorbild des AK Medien schaffen.
- ~~uns dafür einsetzen, das Angebot an Medienbildung für Lehrkräfte und Eltern zu verbessern.~~

Begründung

* wir schlagen vor, den Abschnitt "Kritisch und kreativ..." vor "Rückenwind...

(Digitales) zu ziehen.

Damit stellen wir das Allgemeine: "kritische und kreative Medienkompetenz.." vor das Spezielle: "Digitale Bildung"

bitte verzeiht, dass sich durch das Verschieben der Abschnitte die Schriftgröße verändert hat. Hab ich nicht weggekriegt

** wir schlagen den Tausch der beiden letzten Aspekte vor(erst Schule, Lehrkräfte, Eltern...), dann Erweiterung zum Thema lebenslanges Lernen.

Übrigens: tausend Dank für Eure Mühe!!

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä6 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen Valeska Simon (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 200 bis 206:

erforderlichen Geräten sind viele Schulen bereits ausgestattet. Nun gilt es, deren sinnvollen Einsatz zu festigen. Es mangelt bisher aber an praktikablen Regeln, an der Administration durch Fachpersonal und einer an den Unterrichtsinhalten orientierten Fortbildung des Lehrkörpersder Lehrkräfte.

Wir Grüne wollen digitale Bildung sozial und ökologisch nachhaltig voranbringen. Dabei begreifen wir die Digitalisierung ander Bildungseinrichtungen auch als wertvolle Möglichkeit, Inklusion und Teilhabe für alle zu fördern.

Von Zeile 223 bis 225 einfügen:

- **Lehrkräfte optimal auf den digitalen Unterricht vorbereiten.** Deshalb intensivieren wir die Kooperation mit Universitäten, Hochschulen und der Bildungsforschung. Wir setzen uns für mehr Medienkompetenz, vielfältige

Begründung

rein redaktionelle Änderungen vornehmen. Keine Passagen streichen oder umstellen.

Ä7 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen Johannes Lauterwald (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 338 einfügen:

- bei der Entwicklung des Campus für berufliche Bildung in Rödelheim auf eine Einbindung in das Quartier und die schwerpunktmäßige Erschließung mit dem Umweltverbund achten, sodass das strapazierte Verkehrsnetz in diesem Bereich nicht weiter belastet wird.

Begründung

Der berufliche Campus in Rödelheim, der zusammen mit der Handwerkskammer auf dem ehem. Flint-Areal entstehen soll, ist wichtig für die Ausbildung weiterer Fachkräfte, u.a. im Bereich der Umwelttechnik. Laut dem Bericht des Magistrats B84/24 möchte die Philipp-Holzmann-Schule ihr Profil im Bereich Ökologie weiter stärken und die Schulform "Berufliches Gymnasium" um den Schwerpunkt Umwelttechnik erweitern. Zu berücksichtigen ist allerdings die angespannte verkehrliche Situation, gerade auf der Westerbachstraße. Zudem sollte der Campus in den Stadtteil geöffnet werden, sodass auch das soziale Umfeld davon profitieren kann.

Unterstützer*innen

Miriam Dahlke (KV Frankfurt)

Ä8 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen Wendel Burkhardt (AG Bildung FFM)

Antragstext

Von Zeile 56 bis 59:

- für bessere Arbeitsbedingungen, sowohl der Erzieher*innen als auch der Einrichtungsleitungen, sorgen. ~~Sozialassistent*innen~~ Wir werden dafür sorgen, dass ~~Sozialassistent*innen~~, Auszubildende und Praktikant*innen dürfen beim städtischen Träger " KiTa Frankfurt" nicht auf den Betreuungsschlüssel angerechnet werden. Zusätzliche Kräfte u.a. für Hausmeister- und

Begründung

Dies dient der Präzessierung. Die Personalschlüssel kann die Stadt nur bei Ihren eigenen Einrichtungen, nicht aber anderen öffentlichen Träger festlegen. Wir hoffen natürlich dass diese dann nachziehen. Ob AZUBis usw. aber angerechnet werden wird über das Landesgesetz KiFÖG geregelt. Das bedeutet, dass es eine freiwillige, politische (begrüßenswerte) Entscheidung der Stadt ist.

Ä9 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen Wendel Burkhardt (AG Bildung FFM)

Antragstext

Von Zeile 77 bis 80:

- des Kindes auf Bildung stärker berücksichtigt wird. Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung und dieses Recht beginnt in der Kita. ~~Bei der Platzvergabe sollen in Zukunft deshalb insbesondere Familien bedacht werden, die einen Kitaplatz sehr dringend benötigen.~~ Wir wollen die Platzvergabekriterien entsprechend evaluieren und ggf. überarbeiten.

Begründung

Wir wollen deutlich machen , dass die Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz haben nicht nur die familien. Auch in Frankfurt werden nachwievor Kinder benachteiligt bei der Platzvergabe. Das Vergabe system soll gerade evaluiert werden was wir politisch unterstützen sollten.

Ä10 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen Wendel Burkhardt (AG Bildung FFM)

Antragstext

Von Zeile 64 bis 65 einfügen:

- Kita-Plätzen einsetzen. Benachteiligte Familien sollen leichter Zugang zu Kita-Plätzen erhalten.Das digitale Anmeldeportal "Kinder- Net" soll barrierefreier und mehrsprachig gestaltet werden.

Begründung

Das Anmeldeportal wird zum wiedreholten mal überarbeitet und funktioniert bisher nicht besonders. Schon lange ist eine mehrsprachige Variante versprochen, die es noch nicht gibt. Dies wäre ein praktisches Beispiel für das Vorhaben einer vereinfachten Anmeldung

Unterstützer*innen

Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt)

Ä11 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen AG Bildung (dort beschlossen am:
20.10.2025)

Antragstext

In Zeile 71:

- die Öffnungszeiten von Kitas ~~flexibilisieren~~perspektivisch flexibilisieren und eine Öffnungszeit von 7.00-17.00Uhr als Regelöffnungszeit erreichen.

Begründung

Viele Kitas können derzeit keine Öffnungszeit bis 7.00Uhr bis 17.00 anbieten.
(Personelle Gründe) Es ist nichtt realistisch zum derzeitigen Zeitpunkt flexible , längere Öffnungsgzeiten flächendeckend anzubieten. Perspektivisch ist dies aber sinnvoll. Eine verlässliche Öffnungszeit von 7.00Uhr- 17.00 wäre ein wichtiger erster Schritt.

Ä12 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen AG Bildung (dort beschlossen am:
20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 104 bis 105 einfügen:

- Der zügige Ausbau der notwendigen Infrastruktur und Kooperationen mit Vereinen vor Ort tragen dazu bei.Wir werden die gut funktionierenden Hortstrukturen in Ganztagschulen integrieren und Schulen und Horte dabei unterstützen, ein gemeinsames päd. Konzept zu erarbeiten. Damit wollen wir dem einsetzenden Auflösen guter Horteinrichtungen entgegenwirken.

Begründung

Viele gute Horte , deren päd. Konzept von Eltern durchaus geschätzt wird sind in letzter Zeit deswegen aufgelöst worden weil sie anderseits in ihrer Struktur teurer sind als das Ganztagsangebot an Schulen. Qualität geht dabei auch verloren. Wir wollen damit die päd. richtige Ganztagschule ausbauen. beide Systheme paralell laufen zu lassen wird auf Dauer nicht funktionieren . Dieser Vorschlag wird auch vom Ganztagschulverband gemacht und könnte ein Alleinstellungsmerkmal grüner Bildungspolitik sein

Ä14 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen Valeska Simon (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 228 bis 234:

- ~~eine städtische Plattform für Schulen und Lehrkräfte einrichten, auf der alle wichtigen Informationen für die pädagogische Praxis gebündelt zu finden sind: von Formularen, einer Übersicht aller Fristen (beispielsweise zur Meldung von pädagogischem Förderbedarf) sowie beispielhafte Abläufe und Vorgehensweisen (z.B. beim Übergang von Jahrgangsstufe 4 zu 5) oder Budget Übersichten und ihre Verwendungszwecke. Dazu gehören auch alle relevanten Informationen des Hessischen Kultusministeriums.~~
- Absatz löschen. Wir folgen dem Vorschlag von Daniel Brenner.

Begründung

Zeile 228-234: hier ist ein Abschnitt gelöscht, uns war die Notwendigkeit einer Plattform auf Frankfurter Ebene nicht klar, es gibt das "Schulportal Hessen". Nach Klärung und Rücksprache folgen wir (Antragstellerinnen Dana Kube und Valeska Simon) dem ursprünglichen Änderungsantrag in dem Abschnitt.

Ä15 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen AG Bildung (dort beschlossen am:
20.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 322 bis 323:

- ein Investitionsprogramm ~~zur Unterstützung der kommunalen Schulträger für die Modernisierung von beruflichen Schulen auf den Weg bringen.~~für die Modernisierung von beruflichen Schulen auf den Weg bringen. Sie können damit beispielsweise innovative technische Geräte anschaffen, oder die Voraussetzung einer inklusiven Beschulung schaffen

Begründung

Damit wird deutlicher was gemeint ist. Berufliche Schulen brauchen dringend mehr Ausstattung für technische Geräte oder die Umsetzung inklusiver Beschulung. Die Verwendung Schulträger ist für Laien schwer nachvollziehbar.

Ä16 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 63 bis 65 einfügen:

- die Kita-Anmeldung erleichtern und uns für eine transparente Vergabe von Kita-Plätzen einsetzen. [Das Anmeldeplattform Kindernet Frankfurt wird mehrsprachig angeboten.](#) Benachteiligte Familien sollen leichter Zugang zu Kita-Plätzen erhalten.

Begründung

Ein Antrag in der Muttersprache senkt Hemmschwellen und beugt Missverständnissen vor.

Unterstützer*innen

Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt), Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

Ä17 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 66 bis 67 einfügen:

- die Kommunikation zwischen Kita-Leitung, Erzieher*innen und Eltern mit Hilfe von digitalen Mitteln unter Beachtung des Datenschutzes vereinfachen.

Unterstützer*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä18 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen Brigitte Abraham (KV)

Antragstext

Nach Zeile 70 einfügen:

- **In allen Kitas mit mehreren Krippen-Gruppen eine Wachgruppe für Mittagsschlafzeit einführen.**

Begründung

Kinder entwickeln sich im Kleinkindalter sehr unterschiedlich. Ab 2 Jahren ist der übliche zweistündige Mittagsschlaf nicht mehr für alle Kinder sinnvoll und stört mitunter den für die kognitive Entwicklung wesentlichen Nachtschlaf.

Ä19 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

Antragstext

In Zeile 71:

- die Öffnungszeiten von Kitas **flexibilisierenausweiten**.

Begründung

Wir wollen möglichst in allen Einrichtungen verlässliche Öffnungszeiten von 7 bis 17 Uhr erreichen.

Unterstützer*innen

Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt)

Ä20 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 76 bis 80:

- ~~beider Kitaplatz-Vergabe künftig dafür eintreten, dass der Rechtsanspruch des Kindes auf Bildung stärker berücksichtigt wird.~~ Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung und dieses Recht beginnt in der Kita. Bei der Platzvergabe sollen in Zukunft deshalb insbesondere Familien bedacht werden, die einen Kitaplatz sehr dringend benötigen.
- Kitas künftig noch stärker als Bildungseinrichtungen verstehen. Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung und dieses Recht beginnt in der Kita.

Begründung

Der städtische Eigenbetrieb Kita Frankfurt setzt das bereits um. Wir wollen diesen Grundsatz bei allen Trägern und allen Eltern verankern.

Die Berücksichtigung der besonderen Dringlichkeit wurde bereits oben erwähnt und passt hier nicht in den Kontext.

Unterstützer*innen

Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

Ä21 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 101 einfügen:

- **ein unkontrolliertes Hortsterben verhindern.**

Begründung

In Horten findet sich eine hohe pädagogische Qualität, die wir auch dort bewahren wollen, wo Schulen in den Ganztag Profil 2 oder 3 (bis 16 bzw. 17 Uhr) gehen. Dazu sollen diese Schulen beim Übergang in den Ganztag eng mit den Horten im Schulbezirk kooperieren. Grundschulen und Horte gestalten das Ganztagsangebot an der Schule gemeinsam. Hierfür notwendige Steuerungs- und Unterstützungssysteme werden von der Stadt zügig erarbeitet und bereit gestellt. Nur so ist ein sinnvoller Übergang auf ein Gesamtschulkonzept gewährleistet.

Unterstützer*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä22 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 142 bis 143 einfügen:

- **einen umfassenden städtischen Hitzeschutzplan für Schulen erarbeiten** und Schulen bei der Erstellung von Hitzeaktionsplänen unterstützen. Ein zentrales Element muss hierbei die Möglichkeit der nächtlichen Abkühlung sein.
- Ein Hitzemonitoring an den Schulen durchführen. Entsprechend der Auswertung soll eine Priorisierung der kurz- und mittelfristigen Hitzeschutzmaßnahmen erarbeitet werden.
- Kurzfristig die am stärksten betroffenen Schulen mit Hitzeschutzfolien an den Fenstern ausstatten.
- in Fassaden- und Dachbegrünung als mittelfristiger Hitzeschutz investieren.
- Schulhöfe entsiegeln und durch mehr Grünflächen, Bäume und Wasserelemente umgestalten.

Begründung

Der Anstieg der sommerlichen Temperaturen und die damit verbundene Erwärmung der Klassenräume macht gutes und gesundes Leben unmöglich. Hier muss schnell gegengearbeitet werden.

Unterstützer*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt), Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt)

Ä23 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 163 bis 165 löschen:

- ~~in die Fassaden- und Dachbegrünung von Schulgebäuden investieren.~~
- ~~Schulhöfe entsiegeln und durch mehr Grünflächen, Bäume und Wasserelemente naturnah umgestalten.~~

Begründung

Diese beiden Punkte wurden inhaltlich weiter oben angesiedelt.

Ä24 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller*innen Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 396 bis 399:

Medienbildung fördert grundsätzlich eine kritische Haltung und schützt im Effekt Gesellschaft und Demokratie vor den Auswirkungen von Manipulation und Deep Fakes. Eine wichtige Zielgruppe von Medienbildung sind Eltern und Lehrkräfte, die Medien beurteilen ~~können müssen~~ und ~~auch mit Bewusstsein als Mittel der Vermittlung einsetzen~~ Kinder und Jugendliche an eine bewusste und kritisch reflektierte Nutzung heranführen können müssen.

Begründung

Schulung wird Deep Fake etc. nicht verhindern. Sie dient der Erkennung und richtigen Einordnung. Hier müssen Lehrer und Eltern unterstützt werden.

Ä1 zu Gesundheit: Menschenrecht und Gemeinschaftsaufgabe

Antragsteller*innen Jürgen Eiselt (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 62 einfügen:

- das Rauchen verbieten an allen öffentlichen Haltestellen für ÖPNV, Einstiegeflächen für private Busse, an Taxistände und Spielplätze.

Begründung

In der NRW-Gemeinde Holzwiede und in Mailand in den Fußgängerzonen sind im öffentlichen Raum wie auf Spielplätzen und Parks das Rauchen verboten. In Seoul werden drastische Strafen fällig für Rauchen in nicht ausgewiesenen Flächen (ca. 60 Euro) und jede weggeworfene Kippe = 30 Euro.

Die Stanford University hat das Problem Feinstaub des Passiv-Rauchens in Studien klar thematisiert. Außerdem werden Kinder durch das Verhalten geprägt. Somit ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass diese später ebenfalls Raucher*innen werden.

Gleichzeitig werden die neuen Ordnungsstrafen strenger kontrolliert, um ein Bewusstsein zu schaffen.

Durch Schwermetallbelastung im Grund- und Abwasser, passives Mitrauchen und durch Feinstaub entstehen akute Gefahren für die Bevölkerung und die Umwelt.

Es entstehen jetzt schon hohe Kosten für die Reinigung der Flächen.

Es kann nicht sein, dass das kostenintensive und umweltkritische Fehlverhalten durch Rauchen in Nähe von anderen Menschen sowie weggeworfene Kippen weiterhin geduldet wird.

Besonders die CDU lässt keine Sekunde aus, um die aus deren Sicht gesehene „extrem gesundheitsgefährdende“ Einnahme von Cannabis zu polemisieren. Aber Alkohol und Zigaretten nicht, obwohl diese weitaus gefährlicher sind. Aber durch das „Nicht-Thematisieren“ entsteht in der Bevölkerung der Verdacht, dass Zigarettenkippen wegwerfen erlaubt ist.

Ä2 zu Gesundheit: Menschenrecht und Gemeinschaftsaufgabe

Antragsteller*innen Philipp Magiera (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 56 bis 62 löschen:

- ~~Gebäude- und Fassadensanierungen fördern, insbesondere die Außenverschattung. Das gilt ausdrücklich auch für Gebäude mit günstigem Wohnraum oder Sozialwohnungen.~~
- ~~öffentliche Plätze mit Sitzgelegenheiten, kostenlosem Zugang zu Trinkwasser, Verschattung und intensiver Begrünung gestalten – insbesondere in der Innenstadt und Stadtteilen mit dichter Bebauung und hoher Einwohnerzahl.~~

Begründung

Diese beiden Absätze könnten hier entfallen, da sie wörtlich bis sinngemäß in A6 und A9 enthalten sind. Das Wahlprogramm ist insgesamt so lang, dass jede Vermeidung von Dopplungen aus meiner Sicht hilfreich wäre.

Ä3 zu Gesundheit: Menschenrecht und Gemeinschaftsaufgabe

Antragsteller*innen AG Tierschutz (dort beschlossen am:
22.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 89 bis 92 einfügen:

- Flächen zum privaten und gemeinschaftlichen Obst- und Gemüseanbau ein. Wir fordern zudem, dass bei städtischen Veranstaltungen sowie in Kantinen und Einrichtungen der Stadt verstärkt auf ein umwelt-, tier- und sozialverträgliches Speisen- und Getränkeangebot geachtet wird – durch regionale, saisonale und möglichst pflanzliche Produkte und die

Begründung

Die Ergänzung weitet den bestehenden Ansatz einer nachhaltigen Ernährungspolitik auf städtische Einrichtungen aus und stärkt damit Frankfurts Vorbildrolle. Durch die Betonung pflanzlicher, regionaler und fair gehandelter Produkte wird der Zusammenhang von Klima-, Umwelt- und Tierschutz deutlich gemacht. So wird nachhaltige und tierfreundliche Ernährung als selbstverständlicher Teil kommunaler Verantwortung verankert.

Ä4 zu Gesundheit: Menschenrecht und Gemeinschaftsaufgabe

Antragsteller*innen

Sven Ganter (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 175 einfügen:

- lokale Netzwerke zur Prävention, Entstigmatisierung und frühzeitigen Hilfe bei psychischen Erkrankungen dauerhaft stärken. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag zur Aufklärung, zur besseren Vernetzung von Hilfsangeboten und zur Suizidprävention.

Begründung

Psychische Erkrankungen zählen zu den häufigsten und zugleich am stärksten stigmatisierten Gesundheitsproblemen. Lokale Netzwerke spielen eine zentrale Rolle, um Betroffene und Angehörige frühzeitig zu erreichen, über Hilfsangebote zu informieren und das gesellschaftliche Bewusstsein für seelische Gesundheit zu stärken. Beispiele dafür sind das bei der Psychiatrischen Universitätsklinik Frankfurt angesiedelte Frankfurter Bündnis gegen Depression, das erfolgreich Prävention, Öffentlichkeitsarbeit und lokale Hilfestrukturen verbindet sowie die später im Programm genannten Angebote FRANS und FraPPE. Solche Initiativen arbeiten meist projektbezogen und mit befristeter Förderung. Eine dauerhafte strukturelle und finanzielle Absicherung sorgt für Kontinuität, Wirksamkeit und Entstigmatisierung – und stärkt damit den öffentlichen Gesundheitsauftrag der Stadt Frankfurt.

Unterstützer*innen

Christine Holch (KV Frankfurt), Brigitte Abraham (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä1 zu Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international

Antragsteller*innen Julia Eberz (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 160 bis 161:

- ~~die Mietverträge für die städtischen Musikbunker verlängern und die Populärmusikszene bei der Suche nach geeigneten Räumen unterstützen.~~
- die Populärmusikszene bei der Suche nach geeigneten Räumen sowie bei der Instandhaltung und dem barrierefreien Umbau bestehender Räume (zum Beispiel in den städtischen Musikbunkern) unterstützen.

Begründung

Die Mietverträge wurden in der jetzigen Wahlperiode um 15 Jahre verlängert, eine weitere Verlängerung steht daher in den nächsten beiden Wahlperioden nicht an. Die Herausforderungen in den Musikbunkern liegen eher in der Instandhaltung bzw. im Ausbau, bisher ist kein städtischer Musikbunker barrierefrei.

Unterstützer*innen

Mirjam Luise Glanz (KV Frankfurt), Brigitte Abraham (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä2 zu Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international

Antragsteller*innen Julia Eberz (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 56 bis 59:

Deshalb kämpfen wir für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sowie eine faire Bezahlung.einen **Kulturbirat****Kultur(bei)rat** einführen, der als Interessensvertretung der Kulturszene agiert ~~und die Politik und Verwaltung berät~~. Unter diesem Kulturbirat werden wir den Theaterbeirat neu strukturieren und transparenter

Begründung

Der gestrichene Halbsatz würde die Rolle eines Kultur(bei)rats von Anfang an auf eine beratende Funktion reduzieren, so haben wir mehr Spielraum, um die Selbstbestimmung und die Autonomie der Kultur zu stärken

Unterstützer*innen

Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

Ä3 zu Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international

Antragsteller*innen Julia Eberz (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 114 bis 116:

- uns weiter für den zügigen Neubau der Städtischen Bühnen in der Variante der Kulturmeile einsetzen: energetisch klimaneutral geplant, flexibel ~~und~~ ganztägig ~~nutzbar~~, zugänglich und barrierefrei ~~zugänglich~~nutzbar.

Begründung

Wirkliche Barrierefreiheit bezieht sich nicht nur auf die Zugänglichkeit, sondern auf die gesamte Nutzung

Unterstützer*innen

Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

Ä4 zu Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international

Antragsteller*innen Julia Eberz (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 184 bis 185:

- mithilfe einer Checkliste zur zunehmend barrierefreien Gestaltung von Märkten, Straßenfesten, Festivals und Veranstaltungen **anregen die barrierefreie Nutzung sicherstellen.**

Begründung

"Anregen" ist zu schwach, sollte verpflichtender sein

Unterstützer*innen

Brigitte Abraham (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä5 zu Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international

Antragsteller*innen Julia Eberz (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 245 bis 247:

- unsere Museen bei der Provenienzforschung, der Aufarbeitung der NS-Raubkunstbestände und wie auch der **Sammlung kolonialer Objekte** aus **kolonialen Kontexten** den Sammlungen unterstützen. Das gilt einschließlich der noch in der Nachkriegszeit erworbenen oder

Begründung

Der ursprüngliche Satz war missverständlich

Unterstützer*innen

Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

Ä6 zu Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international

Antragsteller*innen Julia Eberz (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 56 bis 58 einfügen:

Deshalb kämpfen wir für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sowie eine faire Bezahlung.

– einen Kulturbirat einführen, der als Interessensvertretung der Kulturszene agiert und die Politik und Verwaltung berät. Unter diesem

Begründung

Eigener Spiegelstrich

Unterstützer*innen

Brigitte Abraham (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä7 zu Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international

Antragsteller*innen Nicole Lauterwald (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 243 bis 244:

- Frankfurts Erinnerungskultur stärken, indem wir das Institut für Stadtgeschichte in seiner Überlieferungsbildung unterstützen sowie Gedächtnisorte und GedächtnisorteGedenkstättenGedenkstätten in unserer Stadt gestalten. und stärken

Unterstützer*innen

Johannes Lauterwald (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä8 zu Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen, Wohnen (dort
beschlossen am: 23.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 249 bis 253:

- die Paulskirche als Symbol der Demokratie durch das Haus der Demokratie stärken. ~~Wir werden die Ergebnisse des Wettbewerbsverfahrens zur Gestaltung von Paulskirche und Haus der Demokratie offen prüfen. Gemeinsam mit Land und Bund wollen wir das Konzept von 2019 und die Empfehlungen der Expert*innen von 2023 Schritt für Schritt umsetzen.~~ Wir begrüßen die Sanierung der Paulskirche sowie die Planung und Realisierung eines offenen Hauses der Demokratie in diesem Zusammenhang und werden die Ergebnisse des Wettbewerbsverfahrens und der Bürger*innenbeteiligung zur Gestaltung von Paulskirche und Haus der Demokratie offen prüfen. Das Haus der Demokratie soll ein einladender und offener Demokratie-Ort des Lernens, Ausprobierens und Diskurses werden und insbesondere unterrepräsentierte Gruppen der Stadtgesellschaft ansprechen. Der Paulsplatz soll als grüner und kommunikativer, kulturell geprägter Platz gestaltet werden.

Begründung

Ergänzung wichtiger Punkte zum Prozess des Hauses der Demokratie. Außerdem wird dadurch deutlich, welche Zielvorstellung wir von Haus der Demokratie und Gestaltung des Paulsplatzes haben.

Ä9 zu Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international

Antragsteller*innen Julia Eberz (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 85 einfügen:

- Frankfurt als Filmstandort stärken. So werden wir beispielsweise die Genehmigungsprozesse für Film- und Fernsehdreharbeiten verschlanken und die Koordination zwischen den Filmschaffenden und den beteiligten Ämtern, städtischen Gesellschaften und Dezernaten verbessern

Begründung

In Frankfurt dreht sich was. In den vergangenen Jahren wurden und werden erfolgreiche Serien wie Skyline, Bad Banks, die Zweiflers oder der Klassiker "Ein Fall für Zwei" in Frankfurt gedreht. Frankfurt als Drehort konkurriert mit anderen Großstädten wie Köln, Berlin oder München, die in den vergangenen Jahren Programme aufgelegt haben, um als Drehstandort attraktiver zu werden. Ein solches Programm fehlt für Frankfurt, ebenso sind Genehmigungsverfahren nach wie vor extrem aufwendig und kompliziert und die Kommunikation zwischen Vertreter*innen der Filmindustrie und den entsprechenden Ämtern noch etwas zäh. Hier sollen in der kommenden Wahlperiode Verbesserungen vorgenommen werden

Unterstützer*innen

Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

Ä1 zu Sportstadt für alle: Frankfurt fördert Fair Play

Antragsteller*innen Falko Görres (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 27 bis 28 einfügen:

- eine bedarfsgerechte Sportinfrastruktur schaffen[Leerzeichen]und erhalten sowie Sport allen Frankfurter*innen niedrigschwellig zugänglich machen.

Von Zeile 41 bis 43:

- uns für mehr Wasserflächen, mehr Schwimmlehrbecken und weitere Kooperationen für die Seepferdchen[Leerzeichen]-Kampagne einsetzen. Auch das Angebot an Schwimmkursen soll zunehmen.

Von Zeile 50 bis 51:

- Mädchen und Frauen durch Aktionen wie das sehr erfolgreiche Mädchenfußballprojekt ~~GRLSWNTD~~"GRLSWNTD" für den Sport begeistern.

Begründung

Redaktionelles.

Unterstützer*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä2 zu Sportstadt für alle: Frankfurt fördert Fair Play

Antragsteller*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 44 bis 45:

- ungenutzte und für Sportanlagen geeignete Dachflächen öffentlicher und privater Gebäude, die sich für ~~Sportanlagen~~Solaranlagen nicht eignen, für Sport nutzbar machen.

Begründung

Hier besteht eine Flächenkonkurrenz, die man nicht ignorieren kann. Die Energiewende sollte bei diesen Flächen Vorrang haben.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

Ä3 zu Sportstadt für alle: Frankfurt fördert Fair Play

Antragsteller*innen Martina Feldmayer (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 80 bis 83:

- den geplanten Bau einer Multifunktionsarena am Stadion unterstützen – unter der Bedingung, dass ~~die Eingriffe in den Stadtwald so gering wie möglich sind und die ÖPNV Verbindungen zum Stadion und der neuen Arena verbessert werden.~~
~~Dafür braucht es ein Mobilitätskonzept für den Bau der Multifunktionshalle und dessen Infrastruktur keine Eingriffe in Grüngürtel oder den Stadtwald erfolgen.~~
Schon jetzt ist die Verkehrssituation rund um Veranstaltungen im Stadion desolat und eine Katastrophe für Anwohnende. Wir fordern daher, dass jetzt gehandelt wird und jetzt ein Mobilitätskonzept erarbeitet wird.

Begründung

Es kann nicht sein, dass in den Frankfurter Stadtwald noch weiter eingegriffen wird. Schon im letzten Koalitionsvertrag haben wir gesagt, dass wir ihn schützen und mehren wollen. Wir können nicht auf der einen Seite den Zustand des Waldes beklagen und mühsam aufforsten und dann auf der anderen Seite solche massiven Verluste zulassen. In den Stadtteilen Niederrad und Sachsenhausen kommt es schon jetzt bei Konzerten und bei Fußballspielen zu Verkehrschaos. Hier braucht es jetzt ein nachhaltiges Mobilitätskonzept.

Unterstützer*innen

Mirjam Luise Glanz (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt), Miriam Dahlke (KV Frankfurt), Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt), Natalie Becker (KV Frankfurt), Saskia Schnee-Wiese (KV Frankfurt), Dirk Trull (KV Frankfurt), Michael Falk (KV Frankfurt), Heike Stromidl (KV Frankfurt)

Ä4 zu Sportstadt für alle: Frankfurt fördert Fair Play

Antragsteller*innen Manuel Denkwitz (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 57 bis 58 löschen:

- ~~für sportliche Großveranstaltungen verbindliche Klima- und Umweltstandards entwickeln.~~

Begründung

Doppelt. Siehe Zeile 62.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä5 zu Sportstadt für alle: Frankfurt fördert Fair Play

Antragsteller*innen Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 42 bis 43:

- Kooperationen für die Seepferdchen Kampagne einsetzen. Auch das Angebot an Schwimmkursen soll zunehmen.~~- indem die städtischen Bäder auch Lehrbecken und einzelne Bahnen an private Schwimmschulen vermieten~~

Begründung

Ergänzend zu Falcos Äa:

Im Vergleich zu anderen Kommunen (z.B. in Darmstadt das Nordbad, in Maintal das Hallenbad, in Hochheim das Hallenbad, in Groß-Gerau das Hallenbad, das Sportbecken der Rhein-Main-Therme in Hofheim, das TaunaBad in Oberursel... ich könnte die Liste ewig weiter fortsetzen.) gibt es in Frankfurt NICHT die Möglichkeit für private Schwimmschulen ein Lehrschwimmbecken oder eine einzelne Bahn zu mieten, was zu folgender Situation führt:

- 1) In Frankfurt gibt es in Bezug auf die Größe der Stadt deutlich weniger private Schwimmschulen im Vergleich zu anderen Städten, weil es massiv an Bädern mangelt, in denen Schwimmkurse durchgeführt werden können. Dies führt dazu, dass die nicht-Schwimmer*Innenquote noch geringer ist als in anderen Städten.
- 2) die Kurse der privaten Schwimmschulen sind lange im Voraus ausgebucht, die Wartezeiten für Kinder und Eltern ewig lang.
- 3) Nach dem Seepferdchen ist Schluss. Die bisher angemieteten Bäder (in Hotels, Reha-Zentren, Schulen) bieten nur kleine Becken. Es ist nicht möglich, dort korrekt ein Bronze-Zeichen abzunehmen und dafür zu trainieren. Zur Info: Erst ab dem Bronze-Abzeichen gilt ein Mensch als "Schwimmer*in". Vorher besteht ohne ständiger Aufsicht dringende Ertrinkungsgefahr! Das einzige (nicht-städtische) Bad, welches groß und tief genug ist, was mietbar ist, ist das Bad des Landessportbundes Hessen. Diese können sich vor Anfragen kaum retten und haben keinerlei mehr Zeiten, Schwimmschulen Kapazitäten zur Verfügung zu stellen
- 4) die soziale oder kulturelle Situation entscheidet oft darüber, ob ein Kind an einen

(Sport)Verein angebunden ist. Menschen mit Migrationsgeschichte haben meist weniger Bezug zum deutschen Vereinsweisen. Menschen mit weniger Geld im Portemonnaie haben nicht die Möglichkeit gleich eine Vereinsmitgliedschaft für ein Kind für ein ganzes Jahr zu schließen usw.

5) Geflüchtete Menschen haben kaum eine Möglichkeit das Schwimmen zu erlernen. In einem Mini-Bad mit einer Wassertiefe von einem Meter ist es schwer gleichmäßiges Schwimmen zu erlernen, wenn man sich schnell "ausruhen" kann, indem man sich hinstellen kann.

6) Sportlehrer*innen von Schulen sind massiv überfordert. Früher kamen Kinder, die schon relativ gut schwimmen können in den Grundschulunterricht und die Fähigkeiten konnten verbessert werden. Nun betreuen sie alleine oder zu zweit (vom Beckenrand - nicht im Wasser, da dies aufgrund der Kinderzahl in den Schulklassen kaum möglich ist) 30 Kinder, von denen kaum jemand vorher auch nur ein bisschen schwimmen kann. Die Kinder haben dann auch nee der Schulzeit oft noch kein Seepferdchen, geschweige denn Bronze.

7) wenn nicht gerade Hochsaison ist, sind viele der städtischen Bäder am Tag ziemlich leer. Ein Mensch im Rentenalter hat dann gerne einmal 3 Bahnen für sich allein - das sei dem Mensch natürlich gegönnt, in Relation zu dem massiven Mangel an Schwimmkursen in Frankfurt, sollte die Priorität jedoch eher an niederschwelligen Angeboten für Schwimmkurse liegen, damit mehr Kinder und andere Menschen sicher im Wasser unterwegs sein können.

Modifizierte Übernahme aus Ä1 Kapitel 0 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Manuel Stock

Antragstext

Von Zeile 80 bis 81 einfügen:

- Kooperation mit migrantischen, queeren und behindertenpolitischen Organisationen realisieren.Die Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit all ihren Herausforderungen, die wir gemeinsam gestalten wollen mit Verantwortung, Fairness und unterstützenden Strukturen.

Begründung

Statt Ä1 in der Einleitung

Modifizierte Übernahme Ä3 Kapitel 12 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Kilian Vitt

Antragstext

Von Zeile 180 bis 181:

- gemeinnützige Organisationen sind das Rückgrat des sozialen Zusammenhalts.
Sie müssen vor Diffamierung geschützt werden.
- uns gegen Abschiebungen von Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien aussprechen. Geflüchtete Kinder und Jugendliche bedürfen eines besonderen Schutzes. Wir bauen Willkommensstrukturen aus (Beratung / Schutz), sichern den Jugendmigrationsdienst und bauen diesen weiter aus, ermöglichen jugendgerechte Sprachkurse, bauen Jugendprojekte auf und fördern sie. Die Unterbringung muss so erfolgen, dass Kinder und Jugendliche altersgerechte Räume haben und erfolgreich für Schule und Ausbildung lernen können.

Ä1 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Dimitrios Bakakis (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 244 bis 245:

Frankfurt ~~gehört bundesweit zu den Vorreitern in der Queerpolitik~~ ist queerpolitisch gut aufgestellt. Doch Rechte, Schutzzäume und Community-Strukturen geraten zunehmend unter Druck. Wir setzen

Begründung

Etwas mehr Bescheidenheit, Vermeidung des Wortes "Vorreiter".

Unterstützer*innen

Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

Ä2 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Dimitrios Bakakis (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 257 bis 258 löschen:

- die Einrichtung eines Regenbogenfamilienzentrums ~~weiter~~-vorantreiben und bedarfsgerecht mit Angeboten der Familienberatung, mit Kinderbetreuung und

Begründung

Das Wort "weiter" passt insofern nicht, als dass wir in dieser Wahlperiode diesbezüglich nichts machen konnten.

Unterstützer*innen

Brigitte Abraham (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä3 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Sebastian Hakan Deckwarth (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 60 einfügen:

- die Vielfaltsstandards in der Stadtverwaltung sowie bei Trägerschaften und
Stadtkonzernbeteiligungen selbstkritisch mit der von Frankfurt am Main
unterzeichneten Charta der Vielfalt der gleichnamigen
Arbeitgebendeninitiative abgleichen. Zugleich wollen wir als großer
Unterzeichner kritisch wie aktivistisch darauf hinwirken, dass die Initiative vor allem
von Unternehmen nicht für Diversewashing genutzt wird. Es braucht strengere
Prüfungen der Ernsthaftigkeit der Selbstverpflichtungen im Rahmen der Charta,
analog der regulatorisch-strengerem Handhabung von Greenwashing in der
Wirtschaft.

Begründung

Die Stadt Frankfurt ist als Großstadt bedeutender Arbeitgeber und hat zugleich über ihre Beteiligungen, Trägerschaften und sonstigen Verbindungen hinreichende Wirkungsmacht dafür, eine wirksame Debatte zum Thema Diversewashing aktiv in die Öffentlichkeit und v.a. den Charta der Vielfalt e.V. einzubringen. Hier hinken wir Anti-Greenwashing-Diskussionen und -Restriktionen hinterher.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä4 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Martina Feldmayer (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 59 bis 60:

- ein Haus für Roma ~~nach dem Berliner Vorbild prüfen~~in Frankfurt
~~und~~ gemeinsam mit Roma-Vereinen konzipieren und schaffen. Auch das bereits lang geforderte Roma- und Sinti Kulturzentrum muss endlich umgesetzt werden.
Die Stadt Frankfurt soll sich weiterhin an der finanziellen Unterstützung des Roma Fördervereins beteiligen.

Begründung

Wir haben dies bereits im letzten Wahlprogramm und im Koalitionsvertrag als Prüfauftrag drin gehabt. Es muss jetzt gehandelt werden.

Unterstützer*innen

Mirjam Luise Glanz (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt), Miriam Dahlke (KV Frankfurt)

Ä5 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Martina Feldmayer (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 181 einfügen:

- dafür sorgen, dass weiter Anlässlich des Jahrestags zum Gedenken an den Völkermord von 1915 an den Armenier*innen im Osmanischen Reich jährlich am 24. April eine Gedenkveranstaltung in der Frankfurter Paulskirche stattfindet.

Um auch ein sichtbares äußeres Zeichen der Solidarität und Anteilnahme der Frankfurter Stadtpolitik zu zeigen, soll an diesem Tag die armenische Flagge am Römer gehisst werden.

Begründung

Es geht darum, ein sichtbares Zeichen zu setzen und deutlich zu machen, dass wir in Frankfurt den Völkermord an den Armenier*innen anerkennen und mit ihnen trauern. Bisher wurde das Gedenken begangen, aber dem vielfach geäußerten Wunsch aus der armenischen Community nach dem Hissen der Flagge wurde nicht nachgekommen.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Miriam Dahlke (KV Frankfurt)

Ä6 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen AG Planen, Bauen, Wohnen (dort
beschlossen am: 23.10.2025)

Antragstext

Von Zeile 215 bis 218:

- ~~Arbeitskräften im Sozialbereich Mitarbeiterwohnungen anbieten. In Neubaugebieten und dem Bestand städtische Wohnungsbaugesellschaften sollen gezielt Kontingente für Fachkräfte aus sozialen Berufen vorgehalten werden.~~
- den Bau von Mitarbeitendenwohnungen für Arbeitskräften im Sozialbereich fördern. Wir unterstützen die Schaffung von Mitarbeitenden-/Werkswohnungen durch die Arbeitgeber/Betriebe über die städtischen Wohnungsförderungsprogramme und prüfen weiter, wie wir möglichst viele aus diesen Berufsgruppen bei der Suche nach einer bezahlbaren Wohnung helfen und mit Wohnraum versorgen können.

Begründung

Bezahlbarer Wohnraum für Fachkräfte ist wichtig. Jedoch sollte es nicht Aufgabe der Stadt oder der ABG sein, nur für ein spezifische Gruppe ein Kontingent vorzuhalten. Außerdem ist die Gruppe der sozialen Berufe zu ungenau definiert. Selbstverständlich unterstützen und begrüßen wir den Bau von Mitarbeitendenwohnungen durch die Arbeitgeber und Betriebe. Dafür stehen die städtischen Wohnungsförderprogramme bereit.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

Ä7 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Beatrix Baumann (AG
Soziales+Gesundheit, AG Frauen)

Antragstext

Von Zeile 232 bis 233:

- das Suizidpräventionsnetzwerk FRANS für queere Jugendliche verstetigen und sichtbarer machen. Suizidprävention für queere Jugendliche verstetigen und sichtbarer machen und die Mitarbeit im Präventionsnetzwerk fortsetzen.

Begründung

Im Suizidpräventionsnetzwerk FRANS arbeiten zahlreiche Organisationen zusammen. Sie richten ihre Angebote an verschiedene Zielgruppen. FRANS ist kein queeres Suizidnetzwerk. Queere Suizidprävention sollte natürlich im Netzwerk FRANS mitarbeiten. Suizidprävention für queere Jugendliche (und auch Erwachsene) ist sehr wichtig, auch weil die Suizidrate überdurchschnittlich hoch ist.

Ä8 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Emre Telyakar

Antragstext

Von Zeile 49 bis 50 einfügen:

- den städtischen Diversitätsbericht weiterentwickeln und durch ein stadtweites Monitorin antideokratischer Einstellungen ergänzen, auswerten und zur Steuerung nutzen.

Ä9 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Emre Telyakar

Antragstext

Nach Zeile 94 einfügen:

- Die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich gegen menschenfeindliche Ideologien wie Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, religiösem und politischen Extremismus, Misogynie sowie Queerfeindlichkeit einsetzen, weiter ausbauen.

Ä10 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Emre Telyakar

Antragstext

In Zeile 90 einfügen:

- uns gegen Racial Profiling einsetzen, indem wir
 - bei der Stadtpolizei:
 - Schulungen im Bereich Anti-Rassismus, Traumasensibilität und interkulturelle Kompetenzen verstärken
 - auf soziale und präventive Ansätze in der Polizeipraxis setzen
 - transparente Kontrollstandards etablieren
 - und eine unabhängige Meldestelle für den Bereich des Ordnungsamtes/Stadt polizei für in- und externe Vorfälle einführen.
 - Uns bei der Landesregierung und Landespolizei für die Einführung eines örtlich und zeitlich begrenzten Frankfurter Pilotprojekts einsetzen, in dem ein Quittungssystem bei Polizeikontrollen erprobt, wissenschaftlich begleitet und kontinuierlich evaluiert wird – mit dem Ziel, dieses Modell perspektivisch stadtweit einzuführen.

Ä11 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Emre Telyakar

Antragstext

Von Zeile 192 bis 193 löschen:

- Co-Finanzierungstöpfe samt **aufsuchender**-Beratung zur unkomplizierten Förderung kleiner Initiativen einführen.

Ä12 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Emre Telyakar

Antragstext

Nach Zeile 196 einfügen:

- Interreligiösen Dialog stärken und Zusammenhalt leben, indem wir die Zusammenarbeit mit christlichen, jüdischen, muslimischen sowie weiteren Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die das Stadtleben aktiv mitgestalten, gezielt vertiefen und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Darüber hinaus bauen wir Mentoringprogramme in den Religionsgemeinschaften weiter aus, um insbesondere junge Menschen für interreligiösen Austausch und Verständigung zu gewinnen.

Ä14 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Emre Telyakar

Antragstext

Nach Zeile 48 einfügen:

- Wichtige Maßnahmen der Willkommenskultur in Frankfurt vorantreiben, in dem wir die mehrsprachige Verwaltung mithilfe eines KI-Pilotprojektes vorantreiben und unsere Verwaltung und deren Informationen in die am häufigsten gesprochenen Sprachen Frankfurts übersetzen.

Ä15 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Emre Telyakar

Antragstext

In Zeile 133:

Wir werden...

Wir werden ein modernes Einwanderungsamt schaffen, das der Realität unserer vielfältigen und internationalen Metropole – mit all ihren Chancen und Herausforderungen – gerecht wird. Mit der Neuansiedlung des Frankfurt Immigration Office (FIO) im Dezernat für Diversität, Anti-Diskriminierung und gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie der Zusammenführung mit dem Frankfurt Welcome & Immigration Office richten wir die Verwaltung neu aus: Zuständigkeiten werden gebündelt, Verfahren verständlicher und Zugänge verlässlicher.

Wir werden damit ein Amt etablieren, das professionelle Kompetenz, transparente Kommunikation und niedrigschwellige Erreichbarkeit mit schnellen Wegen verbindet – und so zum sichtbaren Aushängeschild einer modernen Willkommens-, Aufenthalts- und Migrationspolitik für Frankfurt und alle Ankommenden wird.

Wir werden konkret:

Ä16 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Emre Telyakar

Antragstext

Von Zeile 156 bis 157 einfügen:

- verkürzt und Antragsteller*innen digital Rückmeldungen gibt. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet und ist datenschutzkonform. Ziel ist, Frankfurt als bundesweiten Modellstandort für eine rechtssichere, datenschutzkonforme, digitale Einwanderungsverwaltung zu etablieren und dafür gezielt Fördermittel von Land und Bund einzuwerben.

Ä17 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Emre Telyakar

Antragstext

Von Zeile 159 bis 160 einfügen:

- interkultureller Kompetenz schulen. Attraktive Arbeitsbedingungen mit umfassendem Gesundheitsmanagement tragen zur Nachfrage und Motivation bei. Wir schützen die Beschäftigten gezielt vor struktureller Überlastung – durch klare Zuständigkeiten, entschlackte Abläufe, ein professionelles Gesundheitsmanagement und moderne Arbeitsumgebungen. Gute Einwanderungspolitik braucht gute Arbeitsbedingungen.

Ä18 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Emre Telyakar

Antragstext

Von Zeile 161 bis 163:

- ~~ein modernes Raumkonzept mit VHS und Beratungsstellen realisieren, das Orientierung stiftet und Abläufe vereinfacht, statt Menschen von Amt zu Amt zu schicken.~~
- Wir werden ein offenes, gut zugängliches Einwanderungsamt als Ort der Teilhabe schaffen: mit VHS, Sozialrathäusern und weiteren Beratungs- und Integrationsangeboten unter einem Dach. Dort werden Beratung, Qualifizierung, Begleitung und Verwaltungsschritte so aufeinander abgestimmt, dass Menschen ihre Wege in Frankfurt nicht alleine gehen müssen.

Ä19 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 63 bis 67:

~~Diskriminierung ist für viele Frankfurter*innen Alltag. Sie begegnet ihnen in Behörden, auf dem Wohnungsmarkt, im Gesundheitswesen, in der Schule. Antidiskriminierung ist deshalb alles andere als ein Nischenthema, sondern demokratischer Auftrag. Wir wollen, dass alle Menschen in Frankfurt~~ Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus ist für viele Frankfurter*innen Alltag. Das betrifft alle ihre Alltagsorte, wie zum Beispiel in Behörden, auf dem Wohnungsmarkt, im Gesundheitswesen, in Schulen. Es ist unsere Pflicht Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus abzubauen. Alle Menschen in Frankfurt müssen sicher, respektiert und frei von Ausgrenzung leben können. Dazu braucht es verbindliche

Begründung

Neben Diskriminierung müssen Rassismus und Antisemitismus benannt werden da sie nicht "mit gemeint" werden dürfen. Wenn wir gegen das Erstarken von Rechten angehen wollen dann schon richtig. Viele Menschen werden dankbar sein, dass wir klare Worte nutzen und Haltung zeigen.

Ä20 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 76 bis 77 einfügen:

- Erreichbarkeit, eigener Website, barrierefreier Hotline und einem stärkeren Fokus auf rechtliche Beratung und psychosoziale Begleitung. Als Ergänzung und in Zusammenarbeit mit schon bestehenden Projekten und Beratungsstellen.

Von Zeile 84 bis 86:

- regelmäßige Briefings für städtische Ämter, verpflichtende Fortbildungen und öffentliche Workshops zu Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit und Behindertenfeindlichkeit Traumasensibilität durchführen.

In Zeile 90 einfügen:

- uns gegen Racial Profiling und Polizeigewalt einsetzen.

Begründung

Die Beratungspraxis zeigt, dass die neuen Vorwürfe zum Thema Polizeigewalt im Revier 1. & 4. keine Ausnahme sind. Politik hat die Verantwortung Beschwerdestrukturen mit Verfolgungsmöglichkeit zu etablieren außerhalb der Behörde, ist ja auch hier ein Punkt in A20, daher passend.

Ä21 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Emre Telyakar

Antragstext

Von Zeile 91 bis 94:

- **Stadtrundgänge zur Erinnerungskultur (analog „Wege der Erinnerung“) entwerfen und digital zugänglich machen.** ~~Das Gedenken an die Opfer von Hanau durch ein öffentliches Denkmal mit digitaler Plattform sichtbar machen.~~
- Das Gedenken an den Anschlag vom 19. Februar in Hanau wird durch die Einrichtung eines würdigen öffentlichen Gedenkortes mit angemessener Platzgestaltung – einschließlich Denkmal, Gedenktafel und digitalem Erinnerungsangebot – für die gesamte Stadtgesellschaft zugänglich gemacht. Darüber hinaus wird das städtische Erinnern am Jahrestag durch offizielle Trauerakte sowie durch jährlich stattfindende Bildungsprojekte und Veranstaltungen ergänzt und verstetigt.

Ä22 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 93 bis 94 einfügen:

- Hanau durch ein öffentliches Denkmal mit digitaler Plattform sichtbar machen.Sowie rechte, rassistische und antisemitische Taten in Frankfurt aufarbeiten und dokumentieren, ihre Spuren sichtbar machen und in enger Zusammenarbeit mit Initiativen und Communities würdige Gedenkorte schaffen- die wir durch gemeinsam entwickelte Konzepte einer lebendigen Erinnerungskultur langfristig begleiten.

Begründung

Es gibt seit Jahrzehnten rechte, rassistische und antisemitische Taten in Frankfurt die teilweise unsichtbar sind oder aufgrund von Initiativen Gedenkorte erkämpft wurden, wie zum Beispiel die Gedenktafel für Blanka Zmigrod. Die Verantwortung sollte bei der Stadt und nicht bei Einzelpersonen liegen.

Ä23 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 98 bis 103:

Geflüchtete, zugewanderte Arbeitskräfte, Studierende aus allen Teilen Deutschlands und der Welt oder europäische Nachbarn. Uns sind alle Alle Menschen sind willkommen, ganz gleich aus welchem Grund sie sich für Frankfurt entschieden haben. Sie alle brauchen Unterstützung von Anfang an, sei es beim Zugang zum Arbeitsmarkt, beim Spracherwerb, bei der Gesundheitsversorgung und oder um eine Wohnung zu finden. Sie alle sollen möglichst schnell Teil unserer Gesellschaft

Begründung

Kleine Worte machen einen Unterschied in der Wirkung.

Ä24 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 158 bis 160 einfügen:

- das Personal im neuen Einwanderungsamt um 15 % aufstocken und gezielt in interkultureller Kompetenz und Traumasensibilität schulen. Attraktive Arbeitsbedingungen mit umfassendem Gesundheitsmanagement tragen zur Nachfrage und Motivation bei.

Begründung

Wissen um Traumasensibilität kann unter anderem ein Schlüssel für Personal in Behörden sein, um Menschen einschätzen und verstehen zu können. Im besten Fall bestimmte Abläufe für Menschen mit schweren Traumata zu verändern, da sie nicht umsetzbar sind.

Ä25 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 228 bis 229:

- Unterrichtsmaterialien zu Gewaltprävention, Antidiskriminierung, Rassismus und Antidiskriminierung Antisemitismus werden ergänzend zu schon bestehenden Materialien entwickeln und breit einsetzen in Form einer digitalen Bibliothek Bildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt und aktuell gehalten..

Begründung

Es gibt schon sehr viel wichtige Literatur, man muss nicht immer das Rad neu erfinden. Hier zum Beispiel ist schon eine sehr große Bibliothek zur Thematik Antidiskriminierung, Rassismus und Antisemitismus <https://www.ufuq.de/online-bibliothek/>.

Ä26 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 237 bis 239 einfügen:

- Sensibilisierungstrainings für Fachkräfte in Kitas und den Bereichen Sport, Gesundheit und Verwaltung zu Themen wie Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus. verpflichtend einführen**

Ä27 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Emre Telyakar

Antragstext

Von Zeile 176 bis 177:

- ~~Frankfurts Rolle in Netzwerken wie der Seebrücke aktiv wahrnehmen und als sicherer Hafen auftreten.~~
- gemeinsam mit anderen Städten im Bündnis „Sichere Häfen“ einen Zukunftskongress ausrichten, der kommunale Erfahrungen in der Aufnahme und Integration Geflüchteter bündelt, Erfolge sichtbar macht und strukturelle Herausforderungen – auch durch den wachsenden Einfluss rechter Narrative – klar benennt. Daraus soll eine gemeinsame, menschenrechtsbasierte Vision moderner Aufnahmepolitik mit konkreten Handlungsempfehlungen und guter Praxis aus den Kommunen entstehen. Abschließend formulieren die Städte einen Forderungskatalog an Land und Bund, welche rechtlichen Rahmenbedingungen, finanziellen Mittel und Unterstützungsstrukturen nötig sind, um Schutz, Teilhabe und Zusammenhalt dauerhaft zu sichern.

Ä28 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller*innen Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 180 bis 181 einfügen:

- gemeinnützige Organisationen sind das Rückgrat des sozialen Zusammenhalts.
Sie müssen vor Diffamierung geschützt und ihre wichtige Arbeit gesichert werden.

Ä1 zu Starkes Sicherheitsnetz aus Schutz, Hilfe und Prävention

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Von Zeile 103 bis 104 löschen:

- die Videoüberwachung ~~und die Wirksamkeit von Waffenverbotszonen~~ regelmäßig auswerten. Dabei prüfen wir kritisch die Verhältnismäßigkeit auch im

Nach Zeile 105 einfügen:

- Symbolpolitik in Sicherheitsfragen ablehnen. Daraus folgt die Abschaffung der bisherigen Waffenverbotszonen.

Begründung

Wenn es um Sicherheit geht, dürfen wir nicht symbolpolitische Maßnahmen treffen, da diese niemandem helfen und eher zu Stigmatisierung führen.

Waffenverbotszonen sorgen nur dafür, dass mehr Menschen anlasslos von der Polizei kontrolliert werden und geben somit Raum für racial profiling durch Polizist*innen.

Unterstützer*innen

Pia Troßbach (KV Frankfurt)

Ä2 zu Starkes Sicherheitsnetz aus Schutz, Hilfe und Prävention

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Nach Zeile 47 einfügen:

- Einsatzkräften in Situationen mit jungen Menschen helfen, indem wir die Polizeiausbildung um ein jugendspezifisches Pflicht-Modul ergänzen, das an den Umgang mit jungen Menschen heranführt, Kinderrechte und Jugendschutz in den Fokus nimmt und Expertise und Sensibilität für den Umgang mit migrantisierten Menschen sowie für Menschen mit psychischen Krankheiten schafft.

Begründung

Wir haben im Rahmen der Dein Wunsch Aktion und im Austausch mit dem Frankfurter Jugendring sehr ähnliche Probleme identifiziert, die darauf fußen dass in Polizeieinsätzen Polizisten Hilfestellungen und Leitlinien für den Umgang mit jungen Menschen fehlen. Damit ein sicherer Einsatz nicht abhängig vom alarmierten Polizisten ist, würden wir gerne für alle in der Ausbildung ein Pflichtmodul etablieren, um das genannte zu vertiefen.

Unterstützer*innen

Pia Troßbach (KV Frankfurt)

Ä3 zu Starkes Sicherheitsnetz aus Schutz, Hilfe und Prävention

Antragsteller*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort
beschlossen am: 22.05.2025)

Antragstext

Von Zeile 104 bis 105 einfügen:

- auswerten. Dabei prüfen wir kritisch die Verhältnismäßigkeit auch im Hinblick auf mögliche Verdrängungseffekte. KI-gestützte Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen lehnen wir aufgrund der Verstöße gegen das Persönlichkeitsrecht, gerade von jungen Menschen, ab.

Unterstützer*innen

Carsten Zecher (KV Frankfurt), Steen Müller (KV Frankfurt), Pia Troßbach (KV Frankfurt),
Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt)

Ä5 zu Starkes Sicherheitsnetz aus Schutz, Hilfe und Prävention

Antragsteller*innen Christoph Rosenbaum (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 5 bis 9:

Wir verfolgen ein modernes, präventives und feministisches Sicherheitsverständnis, das auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht und ~~sich an den Menschenrechten orientiert.~~ Eine progressive Ordnungspolitik stellt dabei die Bedürfnisse besonders vulnerabler Gruppen in Zentrum. Menschen- und Persönlichkeitsrechte bewahrt. Eine progressive Sicherheitspolitik ist Voraussetzung für soziale Teilhabe. Entsprechend unseres sozialpolitischen Ansatzes haben wir dabei alle Menschen im Sozialraum im Blick, denn soziale Balance betrifft uns alle und ist Grundlage für ein friedliches Zusammenleben. Damit tragen wir nachhaltig zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei und ermöglichen die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben, indem wir die Bedürfnisse besonders vulnerabler Gruppen ins Zentrum stellen: im öffentlichen Raum, in der Wohnungslosenhilfe, im Katastrophenschutz und im digitalen Raum.

In Zeile 19:

~~Öffentlicher~~Sicherer ~~öffentlicher~~ Raum für alle

Von Zeile 40 bis 91:

~~Rettungskräften den Rücken stärken~~

- den Präventionsrat stärken und das Kursangebot "Gewalt sehen helfen" der Volkshochschule weiter ausbauen. Zivilcourage und gemeinsames Hinschauen bei Situationen, in denen Menschen ausgegrenzt und bedroht werden, sind ein wesentlicher Faktor für die Sicherheit im öffentlichen Raum.
- ~~Feuerwehr, Rettungsdienste und Polizei halten unsere Stadt am Laufen. Viele Rettungskräfte arbeiten ehrenamtlich und unter erschwerten Bedingungen. Angriffe auf sie~~

~~nehmen zu. Wir stärken ihre Sicherheit und verbessern die Arbeitsbedingungen unserer Rettungskräfte.~~

- Masterplan für mehr Sicherheit durch Prävention und Dialog~~Eine wirksame und nachhaltige Sicherheitspolitik basiert auf Fakten statt Angst. Sie begegnet Problemen mit Prävention, De-Radikalisierung und sozialer Konfliktlösung. Sicherheit entsteht nicht durch Symbolpolitik, sondern im Dialog~~. Wir werden...

~~Wir werden...~~

- gemeinsam mit Stadtverwaltung, Polizei und Zivilgesellschaft einen integrierten Masterplan Sicherheit umsetzen~~. Wir identifizieren potentiell gefährdete Quartiere und erhöhen dort die objektive Sicherheit und stärken gezielt das Sicherheitsgefühl. Dabei werden die unterschiedlichen sicherheitsbezogenen Perspektiven und Bedürfnisse aller Frankfurter*innen berücksichtigt.~~
- ~~Einsatzkräfte besser schützen durch gezielte Maßnahmen gegen Gewalt im Einsatz und für die gesellschaftliche Anerkennung ihrer Arbeit.~~
- ~~Rettungsdienste personell, organisatorisch und finanziell stabilisieren sowie für zuverlässige Hilfe und faire Arbeitsbedingungen sorgen.~~
- ~~den Bedarfs- und Entwicklungsplan 2033 umsetzen mit Investitionen in Personal, Ausstattung und die Standorte der Feuerwehr.~~
- ~~die Feuerwehr mit passender Ausrustung, Knowhow und personeller Verstärkung auf Extremwetterereignisse vorbereiten.~~
- ~~die Freiwillige Feuerwehr gezielt fördern: durch bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf, Ehrenamtsförderung, Nachwuchswerbung und gute Ausbildung.~~
- ~~durch die Fortschreibung des Programms zum Neu- und Umbau der Wachen die Feuerwehrhäuser der Freiwilligen Feuerwehr modernisieren.~~
- ~~als starkes Angebot der Frankfurter Jugendarbeit die Mini- und Jugendfeuerwehren ausbauen.~~
- ~~Diversität in der Feuerwehr stärken. Mit Programmen für Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und mit Behinderung werben wir für eine offene, inklusive Feuerwehrkultur.~~
- ~~Feuerwehr und Rettung bei Verkehrsplanung, Baustellenregelung und Mobilitätswende frühzeitig einbinden.~~
- ~~für freie Rettungswege sorgen: durch bauliche Sicherung, Kontrolle und auch unter Mitwirkung der Feuerwehr.~~

~~Resiliente Stadt: den Krisen von morgen gewachsen sein~~

~~Klimakrise, Pandemien, Cyberangriffe und weitere Risiken zeigen: Frankfurt muss~~

krisenfester werden. Resilienz bedeutet Vorsorge, klare Strukturen und eine Stadtgesellschaft, die auch in Notlagen sicher funktioniert.

Wir werden...

- den Katastrophenschutz durch regelmäßige Übungen, digitale Infrastruktur und klare Verantwortung weiterentwickeln.
- Informationsangebote zur Krisenvorsorge barrierearm, mehrsprachig und alltagstauglich gestalten.
- Barrierefreiheit im Bevölkerungsschutz sicherstellen, z. B. bei Notunterkünften, Evakuierungen und Großveranstaltungen.
- die AG Frankfurter Hilfsorganisationen (AGFH) strukturell stärken und ihre Arbeit sichtbarer machen.

Problemen mit Prävention und Dialog begegnen

Eine wirksame und nachhaltige Sicherheitspolitik basiert auf Fakten statt Angst. Sie begegnet Problemen mit Prävention, De-Radikalisierung und sozialer Konfliktlösung. Sicherheit entsteht nicht durch Symbolpolitik, sondern im Dialog.

Wir werden...

- gemeinsam mit Stadtverwaltung, Polizei und Zivilgesellschaft einen integrierten Masterplan Sicherheit umsetzen. In gefährdeten Quartieren erhöhen wir die objektive Sicherheit und stärken gezielt das Sicherheitsgefühl.

Von Zeile 103 bis 105 einfügen:

- die Videoüberwachung und die Wirksamkeit von Waffenverbotszonen regelmäßig auswerten. Alle bestehenden Sicherheitsmaßnahmen sollen auf ihre Notwendigkeit überprüft werden, indem effektiver Nutzen und Verhältnismäßigkeit abgewogen werden. Dabei prüfen wir kritisch die Verhältnismäßigkeit auch im Hinblick auf mögliche Verdrängungseffekte.

Nach Zeile 109 einfügen:

- durch aufsuchende Sozialpolitik und gute Integrationsarbeit die Wurzel des Abrutschen in die Kriminalität angehen. Es ist besser, wenn Menschen durch den Staat als durch kriminelle Netzwerke unterstützt werden.

- Rettungskräfte halten unsere Stadt am Laufen. Viele Rettungskräfte arbeiten ehrenamtlich und unter erschwerten Bedingungen. Angriffe auf sie nehmen zu. Wir stärken ihre Sicherheit und verbessern die Arbeitsbedingungen unserer Rettungskräfte.

Wir werden...

- Einsatzkräfte besser schützen durch gezielte Maßnahmen gegen Gewalt
- Rettungsdienst für gesellschaftliche Krisen und Gefahrensituationen stabilisieren
- den Bedarfserlass Entwicklungspol 2033 herstellen gegen Investitionen in
- Personalausstattung sind die Standortregeln Feuerwehr personeller
- Wiederholung der Feuerwehrgerüste für den vorherigen Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf, Ehrenamtsförderung, Nachwuchswerbung und
- durch Aufstellung Fortschreibung des Programms zum Neu- und Umbau der Wachen die Feuerwehrhäuser der Freiwilligen Feuerwehr
- als starkes Angebot der Frankfurter Jugendarbeit die Mini- und
- Diversität und Feuerwehr ausstärken. Mit Programmen für Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und mit Behinderung werben wir für
- Feuerwehr und Rettungswache Verkehrsplanung, Baustellenregelung und
- Mobilität Reisewege sorgfältig einbinden. bauliche Sicherung, Kontrolle und auch unter Mitwirkung der Feuerwehr.

Mehr Sicherheit durch eine resiliente Stadt: den Krisen von morgen gewachsen sein

Klimakrise, Pandemien, Cyberangriffe und weitere Risiken zeigen: Frankfurt muss krisenfester werden. Resilienz bedeutet Vorsorge, klare Strukturen und eine Stadtgesellschaft, die auch in Notlagen sicher funktioniert.

Wir werden...

- einen Bedarfsentwicklungsplan Katastrophenschutz entwickeln, um vor die Lage zu kommen.
- den Katastrophenschutz durch regelmäßige Übungen, digitale Infrastruktur und klare Verantwortung weiterentwickeln.
- Informationsangebote zur Krisenvorsorge barrierearm, mehrsprachig und alltagstauglich gestalten.
- Barrierefreiheit im Bevölkerungsschutz sicherstellen, z. B. bei Notunterkünften, Evakuierungen und Großveranstaltungen.
- die AG Frankfurter Hilfsorganisationen (AGFH) strukturell stärken und ihre Arbeit sichtbarer machen.

Begründung

1. Änderungen in der Einleitung: Klarstellung, dass Sozialpolitik Sicherheitspolitik ist
2. Änderungen bei öffentlichen Raum: Der Präventionsrat und "Gewalt sehen helfen" sind bestehende und wichtige Projekte in der Präventionsarbeit
3. Masterplan Sicherheit nach vorne stellen und konkretisieren. Außerdem in dem Absatz Sozialpolitik hinzufügen
4. Bedarfsentwicklungsplan Katastrophenschutz (ähnlich zu Bedarfsentwicklungsplan Rettungsdienst) hinzugefügt, um damit mittelfristig im Katastrophenschutz vor die Lage zu kommen.

Ä6 zu Starkes Sicherheitsnetz aus Schutz, Hilfe und Prävention

Antragsteller*innen Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 12 bis 14 einfügen:

- eine Sicherheitspolitik, die alle Menschen schützt, statt zu spalten.
- eine Stadt, in der Frauen, Queers, Menschen mit Behinderung und marginalisierte Gruppen sich Tag und Nacht sicher bewegen können.

Von Zeile 35 bis 37:

- partizipative Sicherheitsgestaltung fördern: Jugendliche, Frauen, queere Menschen und sonstige weitere betroffene Gruppen werden wir an Planung und Prävention gezielt beteiligen.

Begründung

Kleine sprachliche Änderungen können große Wirkung haben

Ä7 zu Starkes Sicherheitsnetz aus Schutz, Hilfe und Prävention

Antragsteller*innen Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 62 bis 63 einfügen:

- mit Migrationsgeschichte und mit Behinderung werben wir für eine offene, inklusive Feuerwehrkultur. Wir arbeiten daran sichere Arbeitsorte für die zugewinnenden vulnerablen Gruppen zu gestalten.

Begründung

Es reicht nicht aus, Menschen in die Berufe zu bekommen, sondern die Arbeitsplätze haben einen Verantwortung zu schauen, dass sie diese Gruppen schützen und einen offenes und diskriminierungssensiblen Arbeitsort zur Verfügung stellen.

Ä8 zu Starkes Sicherheitsnetz aus Schutz, Hilfe und Prävention

Antragsteller*innen Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 63 einfügen:

- Verpflichtende Fortbildungen zu Traumasensibilität und macht-, rassismus- und antisemitismuskritisches Arbeiten für Haupt- und Ehrenamtliche ausbauen.

Ä9 zu Starkes Sicherheitsnetz aus Schutz, Hilfe und Prävention

Antragsteller*innen AG Tierschutz (dort beschlossen am:
22.10.2025)

Antragstext

Nach Zeile 47 einfügen:

- Risiken minimieren. Ein Silvester ohne privates Feuerwerk aus Sicherheits-, Gesundheits-, Tier- und Umweltschutzgründen. Das fordern wir – und unterstützen damit auch Positionen von der Deutschen Umwelthilfe, der Gewerkschaft der Polizei und der Bundesärztekammer.

Begründung

Die Zahl der Übergriffe auf Polizisten und Rettungskräften nimmt jährlich zu, von querschlagenden Raketen werden jedes Jahr Unbeteiligte verletzt. Vulnerable Menschen, Wild- und Haustiere leiden extrem unter den Gefahren. Gestützt durch das Grundgesetz Artikel 20a.

Ä1 zu Demokratie und Bürger*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie

Antragsteller*innen Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 49 bis 51:

- Wir prüfen, wie Frankfurt sich über Anträge, Bündnisse und Resolutionen dafür stark machen kann, dass auch 1. Drittstaatsangehörige nach mehrjährigem Aufenthalt und 2. Menschen unter 18 Jahren auch kommunal mitbestimmen dürfen.

Unterstützer*innen

Valeska Simon (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä2 zu Demokratie und Bürger*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie

Antragsteller*innen Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 38 bis 39 einfügen:

- die Zugänglichkeit von Ämtern und Behörden durch den[Leerzeichen]Ausbau von einfacher Sprache verbessern.

Von Zeile 70 bis 72 löschen:

- Engagement und Begegnung vor Ort verlässlich. So können wir insbesondere das demokratisches Miteinander migrantischer, queerer, integrativer und zivilgesellschaftlicher Initiativen wohnortnah fördern.

Von Zeile 76 bis 77 einfügen:

- öffentliche[Leerzeichen]Orte in allen Stadtteilen identifizieren, kartieren und barrierefrei gestalten – als Grundlage für eine gerechte und zugängliche

Von Zeile 91 bis 93:

- digitale Beteiligungstools wie „**A..aula**“ in Schulen[Leerzeichen]unterstützen, um die[Leerzeichen]direkte Mitbestimmung von Jugendlichen zu ermöglichen. Schulen erhalten dafür die technische Ausstattung sowie Schulungen und personelle

Von Zeile 106 bis 107 löschen:

Bei Angriffen auf die Demokratie trägt Frankfurt eine ganze besondere Verantwortung, Haltung zu zeigen. Wir setzen uns für eine wehrhafte Demokratie

Begründung

Rechtschreibung,
aula ist der Eigenname des Projekts "aula", siehe "aula.de" und wird somit kleingeschrieben

Unterstützer*innen

Valeska Simon (KV Frankfurt)

Ä4 zu Demokratie und Bürger*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie

Antragsteller*innen Emre Telyakar

Antragstext

Nach Zeile 33 einfügen:

- Wir werden eine Stabsstelle Demokratieförderung und Teilhabe im Dezernat Diversität, Anti-Diskriminierung und gesellschaftlichen Zusammenhalt einrichten, die – in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft – die inhaltliche Ausgestaltung des Hauses der Demokratie entwickelt und dafür sorgt, dass Demokratie in Frankfurt nicht nur erinnert, sondern im Alltag gelebt wird. Diese Stabsstelle wird demokratische Beteiligung niedrigschwellig in die Stadtteile bringen: durch flächendeckende „Büros der Demokratie“ auf Grundlage des Pavillon der Demokratie, durch dezentrale Demokratiebildungsangebote in den Quartieren und Nachbarschaften, durch die Verfestigung des Pavillon-Formats als wandernde Anlaufstelle in allen Stadtteilen. Die dort formulierten Anliegen der Menschen werden systematisch erfasst, aufbereitet und jährlich in einem öffentlichen Bericht zusammengeführt. Zudem wird die Stabsstelle die Fördermöglichkeiten aus dem Bundesprogramm „Partnerschaft für Demokratie“ für Frankfurter Initiativen gezielt ausbauen und kommunale Konzepte zum Schutz vor Rechtsextremismus und anderen antidemokratischen Haltungen entwickeln.

Unterstützer*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä5 zu Demokratie und Bürger*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie

Antragsteller*innen Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 24 bis 26 einfügen:

Demokratie lebt vom Mitmachen und muss alle Menschen erreichen – unabhängig von Alter, sozialem Status, Herkunft oder Sprache. Beteiligungsangebote müssen dafür einfach, verständlich und transparent sein. Wir wollen, dass Beteiligung so nicht nur

Von Zeile 38 bis 39 einfügen:

- die Zugänglichkeit von Ämtern und Behörden durch den Ausbau von einfacher Sprache und Dolmetschung verbessern.

Unterstützer*innen

Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä6 zu Demokratie und Bürger*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie

Antragsteller*innen Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

Antragstext

Von Zeile 97 bis 99 einfügen:

- Lehrer*innen sollen jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten, die im Grundgesetz verankert ist. Und Unterberufung der UN-Menschenrechtskonvention sowie UN-Kinderechtskonvention.
Als Stadt entwickeln wir gemeinsam mit Schulen und zivilgesellschaftlichen Partnern

Unterstützer*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

Ä7 zu Demokratie und Bürger*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie

Antragsteller*innen Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 51 einfügen:

- uns auf Landesebene dafür einzusetzen, dass die Hürden und Fristen für direktdemokratische Elemente wie Bürgerentscheide abgebaut werden. So sollen beispielsweise die Mindestunterschriftenquoren und Zustimmungsquoren für Bürgerbegehren gesenkt werden. Der Zeitraum in dem die Unterschriften gesammelt werden müssen, soll verlängert werden. Im Weiteren sollen Bürgerentscheide auch in Angelegenheiten der Haushaltssatzung entscheiden dürfen.

Ä9 zu Demokratie und Bürger*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie

Antragsteller*innen Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt)

Antragstext

Nach Zeile 46 einfügen:

- die Mindestzahl an Unterschriften zur Prüfung von Anliegen durch den Magistrat auf der Ideenplattform der Stadt Frankfurt (ffm.de/ideenplattform) von derzeit 200 auf 100 absenken.

Begründung

Derzeit scheitern sehr viele Ideen auf der Ideenplattform am Quorum von 200 Unterschriften. Eine Absenkung des Quorums würde 1. mehr Ideen in die Prüfungsphase bringen und 2. die Anreize für mehr Engagement erhöhen. Ein Quorum von 100 Unterschriften wirkt überwindbarer als eines von 200.

Unterstützer*innen

Christine Holch (KV Frankfurt)